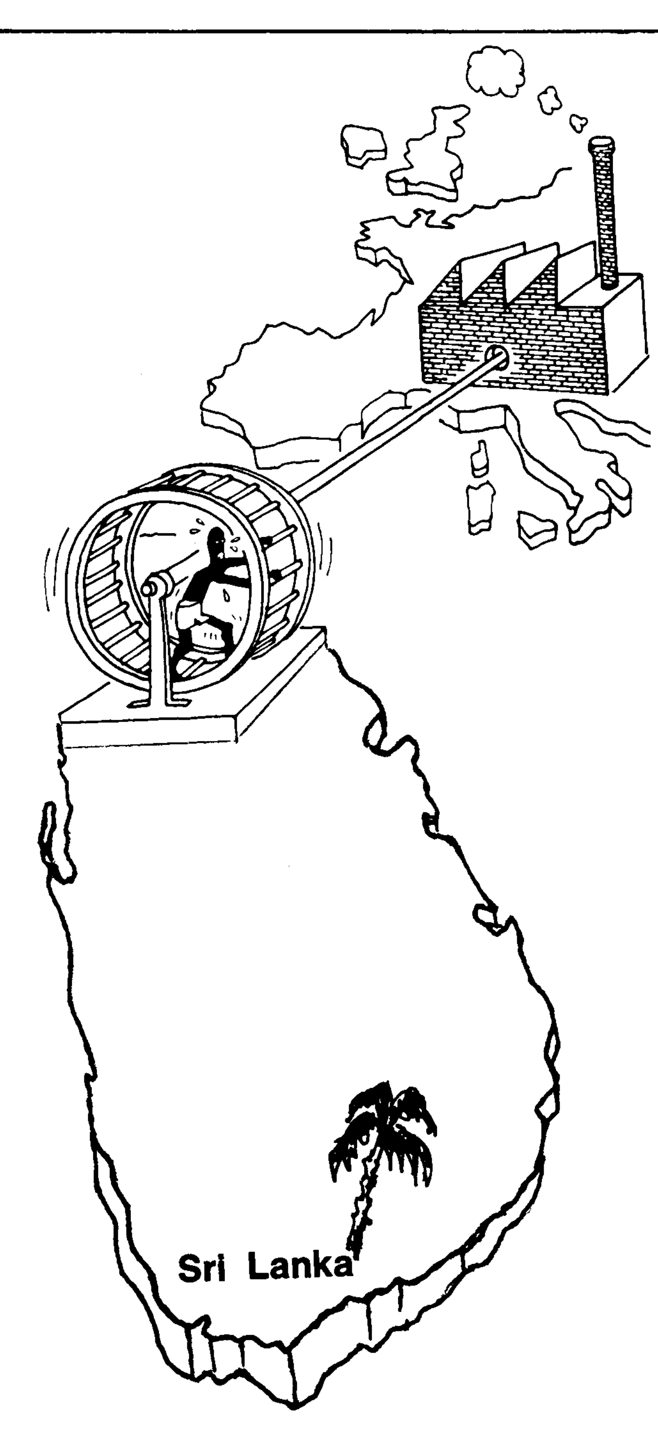
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Sri Lanka setzt auf Freihandelszonen

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

China 3
Kampuchea 6
Ost-Timor 6
West-Neu-Guinea 7
Iran 7
Türkei 10
Oman 10
Venezuela 11
Chile - Argentinien 14
Uganda - Tansania 15
Zimbabwe 15
Rohstoffe 18

SRI LANKA

Sri Lanka -Neokolonialer Stützpunkt im Indischen Ozean 19
Sri Lanka setzt auf Freihandelszonen 25
Befreiung der Kokosnuß 31
Sarvodaya - Selbsthilfebewegung 33

MOZAMBIK

Zur Diskussion über die Demokratie im Gesundheitswesen 37

DED

Regionalkonferenz in Ostafrika 40

ARGENTINIEN

Unterstützt die Ligas Agrarias! 41

DRITTE WELT IM UNTERRICHT 45

REZENSIONEN

Bücher über die Türkei 47
Indios 49
Liebe zum Imperium 50
Misereor/Brot für die Welt-Plakate 52

AKTIONSGRUPPEN

2. Bundeskongress 56
Argentinienkampagne 59

LESERBRIEF 60

REPRESSION IN DER BRD

Abschiebung koreanischer Krankenschwestern 61
Russel-Tribunal 64
Berufsverbot 66

Nr. 75 Februar 1979 DM 2.50

Impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761 / 74 003
Bürozeiten: Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Benedict Fehr, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Klaus Jährling, Uli Kieser, Bettina Kocher, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Hildegard Maur, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.
Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.

Satz: Composer-satz-Service, Eichendorffstr.5 5204 Lohmar 1, Tel.: 02246 / 78 82

Druck: SOAK Hannover, Tel. 17618

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.



Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,- (für Rentner, Arbeitslose, Schuler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,-).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Südpazifik DM 43,20 bzw. 51,20
Schweiz: Fr 28,- bzw. 20,-



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



CHINA

Kritik an Mao Tse-tung

Ende letzten Jahres gab es in China eine Reihe von Wandzeitungen zu Mao Tse-tung und anderen Themen. Durch ausländische Diplomaten und Journalisten sind besonders die Wandzeitungen aus Peking bekannt geworden, deren Authentizität nach allem, was wir von früheren Wandzeitungen und beginnenden Kampagnen wissen, feststehen dürfte. Eine Häufung von konträren Wandzeitungen bestätigt in China nicht nur eine Diskussion im Volke, sondern zeigt auch immer an, daß entsprechende Auseinandersetzungen in der Spitze - dem Politbüro oder Zentralkomitee - der Kommunistischen Partei Chinas geführt werden.

Die Wandzeitungen werfen Fragen auf, die der kritische Betrachter der chinesischen Entwicklung schon oft gestellt hatte: "Wie konnte Lin Biao zum Nachfolger Maos ernannt werden und an die Macht kommen, ohne die Unterstützung Maos zu haben?". "Wie konnte die 'Viererbande' Deng Hsiao-ping stürzen und eine Anti-Deng-Kampagne starten, ohne daß Mao dies billigte?" Solche und ähnliche Fragen wurden früher in China mit dem Satz: "Der Vorsitzende Mao ist getäuscht worden", abgetan. Heute geben sich die Chinesen mit dieser lapidaren Antwort nicht mehr zufrieden. Augenscheinlich findet momentan in der Parteispitze und im Volk eine Diskussion um die Neubewertung der Person und der Taten Mao Tse-tungs statt, eine Art von "Entmaoisierungskampagne", in dem Sinne, daß auch die bisher einzig unangefochtene Person der VR China zunehmend kritisch eingeschätzt wird.

Es ist positiv, daß Mao von dem Podium einer Gottheit, auf das er während der Kulturrevolution von den Roten Garden und Lin Biao gehoben wurde, gestürzt wird. (Am besten, man lernt die Worte Maos auswendig, auch wenn man sie nicht versteht, so sinngemäß in dem von Mao verfaßten Vorwort zur "Mao-Bibel")
Andererseits ist es auch eine Notwendigkeit für die rechte (!) Führung Hua Guo-feng und Deng Hsiao-ping auf ihrem Weg der Verwirklichung der vier Modernisierungen - der Landwirtschaft, der Industrie, der Landesverteidigung sowie der Wissenschaft und Technik - "die Worte des Vorsitzenden Mao" zu relativieren; für diese Modernisierungen müssen nämlich die Kader auf der unteren Ebene und das Volk gewonnen werden, die immer noch sehr stark durch die Ziele und Ideen der Kulturrevolution geprägt sind. Außerdem hat Deng Hsiao-ping auch ein höchst persönliches Interesse an einer Relativierung der unangefochtenen Position Maos.

Aus "konterrevolutionär" wird "vollkommen revolutionär":

Die Zwischenfälle am Tiänanmen-Platz vom 5. April 1976

Am 7. April 1976 hat das "Politbüro des ZK der KP Chinas den konterrevolutionären Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz und das Verhalten Deng Hsiao-pings in der jüngsten Zeit erörtert und ist zu der Ansicht gekommen, daß sich das Wesen der Deng-Hsiao-ping-Frage bereits in einen antagonistischen Widerspruch verwandelt hat. Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, hat das Politbüro in einem einstimmigen Beschluß Deng Hsiao-ping aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben, ihm aber gestattet, seine Parteimitgliedschaft beizubehalten, um zu sehen, wie er sich in Zukunft verhält". Dieser einstimmige, von Mao vorgeschlagene Beschluß der zweiten Absetzung Dengs - die erste erfolgte während der Kulturrevolution - und der Bewertung des Massenaufmarsches für Tschou En-lai und Deng Hsiao-ping am 5.4.1976 als konterrevolutionär - fast 400 Demonstranten wurden festgenommen - ist in China noch wohlbekannt.

Der April 1976 ist also ein großer schwarzer Fleck auf der Weste Dengs, für den Mao selbst verantwortlich zeichnete. (Zur weiteren Einschätzung der Ereignisse vom April 1976 vgl. "blätter des iz3w, Nr. 55, August 76).

Da sich das Politbüro seit damals in seiner personellen Besetzung kaum geändert hat (außer dem verstorbenen Mao und der ausgeschalteten "Viererbande"), konnte eine Revision des damals getroffenen Urteils nur dann erfolgen, wenn Mao selbst mit seiner Einschätzung sich geirrt hat. Am 15. November 1978 wurden vom Politbüro des ZK der damalige Beschluß revidiert und die Tiänanmen-Vorfälle als "vollkommen revolutionär" eingeschätzt (FR 20.11.1978). Bilder und Gedichte von Teilnehmern der damaligen Kundgebung werden in den Zeitungen veröffentlicht, die damals Festgenommenen heute als Helden gefeiert (Peking Rundschau 48/5.12.1978, S. 6ff). Ein Sieg Dengs auf der ganzen Linie!

Neueinschätzung der Kulturrevolution

Auch wenn in China keine Neueinschätzung der Kulturrevolution, die den schmückenden Namen "große proletarische Kulturrevolution" führt, veröffentlicht wird, so läßt sich doch vermuten, daß auch die Kuturrevolution über kurz oder lang auf den Müllhaufen chinesischer Geschichte geworfen werden soll: Die "Viererbande" und ihre Anhänger waren Initiatoren der Kulturrevolution und Verfechter der Fortsetzung und Umsetzung der damals aufgestellten Forderungen wie beispielsweise im Bildungswesen die Verbindung des Lernens und Forschens mit körperlicher Arbeit, für Schüler, Lehrer und Universitätsprofessoren gleichermaßen verbindlich.



„. . . und gewöhnt euch das alberne ‚Genosse Teng' ab — ‚Boß' genügt!"

Seit Ende letzten Jahres ist dieses polytechnische Prinzip für Lehrer und Wissenschaftler aufgehoben worden (FR 11.11.78). Weiterhin wurde die "Verschickung von Schulabgängern aufs Land" aufgehoben.

Um das Auseinanderklaffen von Entwicklung in den Städten und den ländlichen Regionen und dem Anwachsen der Städte und der Landflucht entgegenzuwirken, wurde seit den Fünfziger Jahren mehr oder weniger intensiv die Politik der "Landverschickung von gebildeten Jugendlichen" betrieben.
Jugendliche sollten dadurch die harte Arbeit in der Landwirtschaft kennenlernen und sich in körperlicher Arbeit und politischem Bewußtsein bewähren, bevor einige von ihnen zu weiterführenden Schulen zugelassen wurden. Diese Politik wurde formal endgültig auf einer "Nationalen Erziehungskonferenz" im Dezember revidiert (FR 16.12.78)

Beide Maßnahmen, die Teilnahme an der körperlichen Arbeit für Schüler und Wissenschaftler, Kader und Lehrer, sowie die Landverschickung von Jugendlichen waren ein Schritt der permanenten Revolution und Umgestaltung des Bewußtseins, der Revolution der Seele. Wissenschaftler, Techniker und Kader, die in jedem Jahr neben ihrer fachspezifischen Arbeit auch in der einfachen Produktion in der Fabrik oder Landwirtschaft tätig waren, wurden dadurch mit ihrer "akademischen Überheblichkeit" des Herunterschauens auf die Arbeiter und Bauern konfrontiert und waren gezwungen, ihr Verhalten und Denken zu ändern.

Rehabilitierungen und Verhaftungen

Viele Kader, die während der Kuluturrevolution zu den "unverbesserlichen Machthabern, die den kapitalistischen Weg gehen" gezählt wurden, werden rehabilitiert und erhalten erneut einflußreiche Posten in Staat und/oder Partei. Die Rehabilitierungen betreffen ausschließlich rechte[1] Funktionäre, die z.T. mehrfach in linken[1] Kampagnen zu Fall gebracht wurden, sie beziehen sich sogar auf Linienkämpfe aus den Fünfziger Jahren (Peking Rundschau 47/28.11.78).

Auf der anderen Seite werden linke Politiker zunehmend ausgeschaltet, auch diejenigen, welche die drei großen Kampagnen gegen die "Viererbande" und ihre Anhänger, die zwischen Herbst 1976 und Herbst 1978 durchgeführt wurden, überstanden haben - die Kampagne gegen die "Viererbande" wurde Ende 1978 offiziell abgeschlossen (FR 11.11.78)!

Der Aufstieg des neuen Generalsekretärs der KP Chinas und die Verhaftung der Aktivistin der Kulturrevolution Nieh-Yuan-tzu sollen beispielhaft für die grundlegenden personalpolitischen Veränderungen der Letzten Monate dargestellt werden. Ihre Namen stehen für viele ähnliche Veränderungen.

Nieh Yuan-tzu

hat die erste Wandzeitung der Kulturrevolutionären Linken am 25. Mai 1966 an der Mauer des Campus der Pekinger Universität (Bei-da) angeschlagen. Im Laufe der Kulturrevolution war sie eine der führenden Rotgar disten der Hauptstadt, später nahm sie wichtige Positionen in der Partei und der Pekinger Stadtverwaltung ein. Zusammen mit vier anderen ehemals führenden Rotgardisten ist sie im November letzten Jahres festgenommen worden, weil sie während der Kulturrevolution schwere Verbrechen begangen habe.

Aus ihrem Vorgehen gegen die rechte Linie in der Parteiführung und Liu Schao-chi und seine Anhänger sowie wegen ihrer Rebellion gegen die damalige vorkulturrevolutionäre Parteiführung, welche von Mao rechtfertigt wurde ("Rebellion ist berechtigt" und "Bombardiert das Hauptquartier" sind zwei wichtige Losungen von ihm aus der Zeit der beginnenden Kulturrevolution), soll ihr heute - über zehn Jahre später - der Strick gedreht werden. Nach der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinghua soll sie sich wegen "krimineller konterrevolutionärer Angriffe auf die Partei und der Zersetzung der Armee, wegen krimineller Gewalt gegen unschuldige Menschen und Zerstörung öffentlichen Eigentums" vor Gericht verantworten. In allen Teilen der Hauptstadt soll auf Veranstaltungen ihr Verhalten während der Kulturrevolution, das bisher immer als Vorbild galt, kritisiert werden (SZ 18/19.11.78).

Hu Yao-pang

wurde im Dezember letzten Jahres ins Politbüro gewählt und zum neuen Generalsekretär, dem ersten seit der Kulturrevolution, ernannt. Sein Name steht für viele während der Kulturrevolution entmachtete Kader, die besonders seit der zweiten Rehabilitierung Dengs zu neuen Ansehen und Posten gelangten. Zwischen 1956 und 1966 war Hu ein führendes Mitglied in der Kommunistischen Jugendliga, die wegen ihrer rechten Linie in der Kulturrevolution von den Roten Garden bekämpft und zerschlagen wurde. 1972 zum erstenmal rehabilitiert, arbeitete Hu den Plan für die Modernisierung im Erziehungswesen aus, der heute von Deng verwirklicht wird. Dieser Plan führte jedoch damals zu seinem zweiten Sturz durch die Kampagne gegen Deng Hsiao-ping und den Wind von Rechts im Jahre 1976. Mit seinem Meister Deng ist Hu nun zu erneuten Ehren aufgestiegen.

Wie sieht es mit einem erneuten "Wind von Links" aus, der Leute wie Deng und Hu entmachten könnte und die Ideen der Kulturrevolution beleben würde? Mao Tse-tung hat betont, daß die Klassenkämpfe während der Epoche des Sozialismus weiterhin stattfinden und auch durch die Kulturrevolution nicht auf Dauer revolutionär umgestaltet worden sind. "Die derzeitige große Kulturrevolution ist nur die erste; es wird in der Zukunft unausbleiblich noch mehrere geben. Die Frage, wer in der Revolution siegt, wird nur in einem langen historischen Zeitraum entschieden werden können. Behandelt man diese Angelegenheit nicht in der geeigneten Weise, ist es jederzeit möglich, daß der Kapitalismus restauriert wird. Die Parteimitglieder und das ganze Volk in unserem Land dürfen nicht glauben, daß nach einer oder zwei großen Kulturrevolutionen oder auch nach drei oder vier alles in schönster Ordnung sein werde. Wir müssen uns aufs äußerste in acht nehmen und unsere Wachsamkeit darf nie nachlassen" (Renmin Ribao 15.5.1967).

Die Kulturrevolution der Jahre 1966 bis 1968 war also nur eine von vielen notwendigen während der Epoche der sozialistischen Übergangsgesellschaft, und die Gefahr, daß der Kapitalismus restauriert wird, bleibt nach Mao bestehen. Diese Aussage Maos wird verständlicherweise heute in China nicht mehr publiziert, was vielleicht für ihre Richtigkeit in der gegenwärtigen Situation spricht. Gibt es denn momentan Leute in China, die es wagen, "gegen den Strom zu schwimmen"?

Widerstand in China

Solche umfassenden ideologischen Kehrtwendungen, wie sie seit dem Sturz der "Viererbande" in China von der Parteiführung vollzogen werden, gehen nicht ohne Widerstand im Volk oder/und der Partei vor sich. Die Verhaftungen und Absetzungen von Kadern sprechen für den Widerstand in der Partei. Wie sieht es an der Basis aus? Zum Teil lassen Wandzeitungen aus Peking einen Einblick zu: Nicht das ganze Volk ist mit den "vier Modernisierungen" und der Lockerung der Planwirtschaft, der verstärkten Anwendung der Prämiensysteme in Fabriken etc. einverstanden.



Minister Fang Yi vor dem KKW Essensham

In Peking war auf Wandzeitungen zu lesen: "Wäre der Vorsitzende Mao erleichtert, wenn er wüßte, daß Hua die Massen dazu bringt, Maos Wirken nochmals zu überdenken? Wäre er erleichtert, wenn er wüßte, daß Hua den Bauern Privatboden zurückgegeben hat?" Weiter wird in der Wandzeitung kritisiert, daß Hua nicht die Kritik an Deng Hsiao-ping fortgesetzt hat, sondern ihn im Gegenteil rehabilitierte (SZ 21.12.78).
Eine andere Pekinger Wandzeitung wirft die Frage nach dem weiteren Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auf: "Welchen Typ der Modernisierung hofft China zu verwirklichen die sowjetische, die amerikanische, die japanische, die jugoslawische? Von diesen Fragen wissen die Massen nichts" (SZ 21.12.78).
In Wuhan diskutieren die Arbeiter über die Prämien für Planübererfüllung in der Industrie, wobei einige in Prämien kapitalistische Methoden sehen (FR 4.12.78).

Wenn auch heute die "Viererbande" wohl nur noch über wenige Anhänger in China verfügen dürfte und die Feststellung, daß die "Vier" bei den Massen verhaßt waren, im großen und ganzen stimmen dürfte, so heißt dies noch lange nicht, daß der Weg Dengs der Weg der Modernisierungen ohne Widerstand bleibt.

Außenpolitik

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und den USA - so begrüßenswert "normale" diplomatische Beziehungen zwischen allen Staaten der Welt sind - markieren einen weiteren Markstein in der Wende der Außenpolitik der VR China, welche seit 1972 zu einer Abkehr von einer primär revolutionären zu einer primär nationalen Außenpolitik führte. Die faktische anti sowjetische Allianz China - USA wurde auf eine diplomatische Ebene gestellt, weitere Abkommen werden sicherlich folgen. Diese antisowjetische Außenpolitik Chinas hat die Unterstützung vieler reaktionärer Regimes, wie des Schah-Regimes im Iran und der Pinochet-Junta in Chile, alles treue Verbündete gegen die Sowjetunion (vgl. dazu die längere Einschätzung der Außenpolitik der VR China in: "blätter des iz3w, Nr. 55, August 1976, die auch heute noch Gültigkeit besitzt).

Aber auch das Symbol des "American way of life" **Coca-Cola** soll dem chinesischen Volk nicht länger vorenthalten bleiben. Von diesem Jahr an wird der braune Saft zunächst in einigen Touristenzentren und Großstädten feilgeboten. Für die spätere Zukunft sei ausserdem die Gründung von Abfüllbetrieben in China geplant (NZZ 21.12.78 und Financial Times 20.12.78).

wo.

Anmerkung:
(1) Als rechts bzw. rechte Linie werden in diesem Artikel diejenigen chinesischen Politiker bezeichnet, die der Produktionssteigerung durch Modernisierung den Vorrang geben, als links bzw. linke Linie diejenigen, die an den Ideen der Kulturrevolution, Produktion(ssteigerung) mit Revolution verbinden, festhalten wollen.



Wandzeitungsleser in Peking

Außenwirtschaftspolitik

Über die Veränderungen in der Außenwirtschafts- und Handelspolitik durch die Linie des "Vorrang der Wirtschaft vor der Politik" durch das Aufgeben des Prinzips "Vertrauen auf die eigene Kraft" haben wir bereits berichtet (blätter des iz3w, Nr. 73, Nov. 1978). Hinzuzufügen ist nur noch, daß auch in den Bereichen der Modernisierung der Landesverteidigung, der Energieversorgung und des Konsumgütersektors westliche Importe bevorstehen.

So bekunden chinesische Militärexperten Interesse am Kauf des Senkrechtstarters "Harrier", einem britischen Kampfflugzeug, und weiteren Waffenlieferungen aus NATO-Staaten (FR 11. und 24.11.78). Auch über die Lieferung von zwei Kernkraftwerken verhandeln chinesische Experten mit französischen Konsortien (Handelsblatt 5.12.78; Le Monde 23.11.78).

Über die heutige Jugend Chinas

aus: Le Monde, 10. Januar 1979

Alain Jacob berichtet aus Peking: Die Pekinger Zeitschrift "Chinesische Jugend", die als revisionistisch bezeichnet wurde und seit Beginn der Kulturrevolution eingestellt worden war, ist vor kurzem wieder erschienen. Ihre Verantwortlichen haben der prokommunistischen Zeitung "Tong-Hsiang" in Honkong ein Interview gegeben, in dem ein eher düsteres Bild des gegenwärtigen Zustands der chinesischen Jugend gezeichnet wird.

Die Jugend müsse in fünf Kategorien eingeteilt werden: Erstens die Jungen, die entschiedene Gegner der "Viererbande" sind. Voller Begeisterung und von Idealen erfüllt, fühlen sie sich zutiefst verantwortlich für ihr Land; sie haben sich trotz des Drucks und der Einschüchterungen mit ihrer ganzen Persönlichkeit für China eingesetzt. Da sie die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus beherrschen, sind sie nicht dem Personenkult verfallen.

Zweitens die Jungen, die den "Vieren" gefolgt sind. Sie haben die Entschuldigung, die "Absurditäten" ehrlich geglaubt zu haben; aber sie sind unfähig, den Reformen, die China zur Zeit unternimmt, zu folgen.

Drittens die Jungen, die die Politik völlig enttäuscht hat. Sie sind dem Nihilismus verfallen, denn die widerspruchsvollen Bewegungen, die seit der Kulturrevolution aufeinander folgten, haben sie zu der einzigen Schlußfolgerung gebracht: "Die Politik ist etwas Schmutziges".

Viertens die jugendlichen Verbrecher. Seit der Kulturrevolution hat die Jugendkriminalität in dramatischer Weise zugenommen. Es muß alles unternommen werden, um diese jungen Menschen "zurück-zu-gewinnen".

Und fünftens schließlich die Jungen, die sogar die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des Gedankenguts Maos in Zweifel ziehen. Man nennt sie häufig die "westlich beeinflußte Jugend". Tatsächlich sind die meisten von ihnen unter den Einfluß von Gedankenströmungen geraten, die den westlichen Demokratien eigen sind. Diese Gruppe ist mit dem gegenwärtigen China am meisten unzufrieden.

Was die ersten vier Kategorien betrifft, läßt die "Chinesische Jugend" klar durchblicken, daß sie zum System gehören, obwohl eine Arbeit geleistet werden muß, um manche von ihnen noch "wiederzugewinnen". Aber ist die fünfte Kategorie der Jungen, die die ideologischen Grundlagen des Systems in Zweifel zieht, auch noch "wiederzugewinnen"? Die Zeitschrift gibt darauf keine Antwort.

Diese "westlich beeinflußten" Jungen sind ebenso wie die Anhänger und Gegner der "Viererbande", auf die der Artikel anspielt, eine Minorität. Nur die Söhne und Töchter der hohen Funktionäre haben Zugang zu den "diesbezüglichen Materialien", die innerhalb der Partei zirkulieren und die dem gewöhnlich Sterblichen unerreichbar sind. Sie selbst sind über die westlichen Länder (manchmal erstaunlich gut) infomiert. Sie sind vor allem in den Machtkampf, an dem ihre Eltern teilnehmen, einbezogen. der übrige Teil der Jugend - die weit überwiegende Mehrheit - ist in einen tiefen Apolitismus, der Verzweiflung nahe, gesunken. Man hat dies bereits geahnt - besonders dank der Zeugenaussagen von "jungen Intellektuellen", die nach Hongkong geflohen waren. Es ist aber zum ersten Mal, daß Chinesen dies einigermaßen offiziell sagen.

Peking - Die chinesische Führung hat bekannt gegeben, daß durch Druckfehler fälschlicherweise der Eindruck entstanden sei, das berühmte Standardwerk der Polit-Lyrik, "Die Worte des Vorsitzenden", sei von einem ehemaligen Funktionär namens Mao tse-Tung verfaßt worden. Vielmehr entstamme es der Feder des großen Teng Hsiao-ping. Es sei also unrichtig, von der Mao-Bibel zu reden. Vielmehr müsse von der Ping-Bibel gesprochen werden.

Kampuchea

Besetzt oder befreit?

Über die jüngste Entwicklung in Indochina zu schreiben, ist für mich alles andere als ein Vergnügen. Es betrübt mich schmerzlich, es entmutigt mich in meinem Engagement für die Befreiung der Länder der Dritten Welt.

"Amis raus aus Vietnam, Laos und Kambodscha". "Drei Völker, gemeinsam gegen den Imperialismus", "Sieg im Volkskrieg". Diese Parolen der Vietnam-Solidaritätsdemonstrationen sind ein Teil meiner politischen Sozialisation. Sie sind/waren ein Teil von mir, meinem politischen Engagement, ja und es war auch mein Sieg im April 1975, als Vietnam und Kampuchea sich befreiten. Und nun führen diese beiden "befreiten Länder" gegeneinander Krieg! Oder: ein vor vier Jahren befreites Land wird von einer "neuen Befreiungsfront" erneut "befreit". Beides war für mich einfach undenkbar!

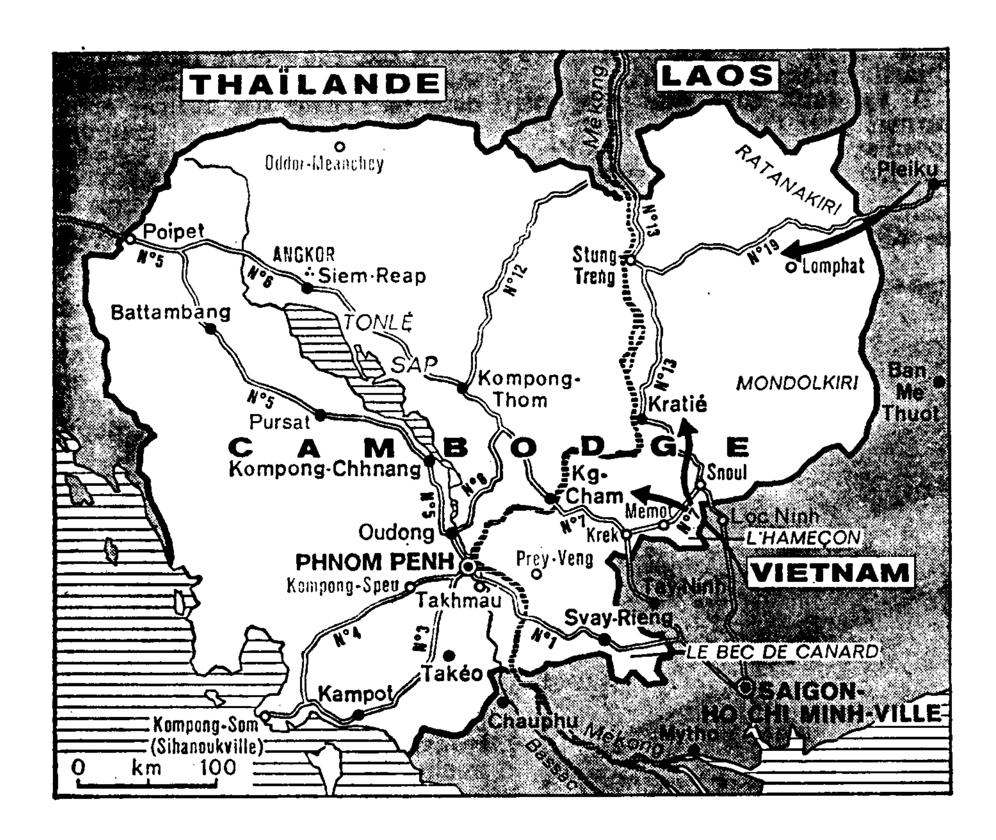
Wir haben in den "blättern des iz3w" die Demokratische Republik Kampuchea gegen die Angriffe in der Presse in Schutz genommen (vgl. blätter des iz3w, Nr. 71 und Nr. 56). Inwieweit wir Kampuchea in den letzten Jahren vielleicht zu weit in Schutz genommen haben, wissen wir noch nicht genau, vermuten es auf Grund mehrerer Indizien allerdings. Wir bemühen uns um Artikel, die mehr Fakten zusammentragen als wir bisher haben. In diesem Zusammenhang muß jedoch auch die Informationspolitik der Pol Pot Regierung kritisiert werden, die es leicht gemacht hat, Verleumdungen über Kampuchea zu verbreiten und es auch für kritische Journalisten unmöglich machte, direkt aus dem Land zu berichten.

Zu den Fakten

Der seit über einem Jahr andauernde Grenzkrieg eskalierte Anfang Januar zu einem Blitzkrieg der vietnamesischen Armee gegen das Nachbarland Kampuchea. Am 12. Januar wurde die Hauptstadt Pnom Penh besetzt. Inzwischen kontrollieren die Vietnamesen den größten Teil des Landes und alle größeren Städte. Die Soldaten der Regierung Pol Pots haben sich in den Urwald zurückgezogen und führen von dort den Kampf weiter.
Schon am 8. Januar wurde, von der erst am 12. Dezember 1978 gegründeten "Kambodschanischen Vereinigten Front für Nationale Rettung" (CNUFNS) eine provisorische Regierung gebildet. Am 10. Januar schließlich als neuer Staat die Volksrepublik Kampuchea proklamiert.

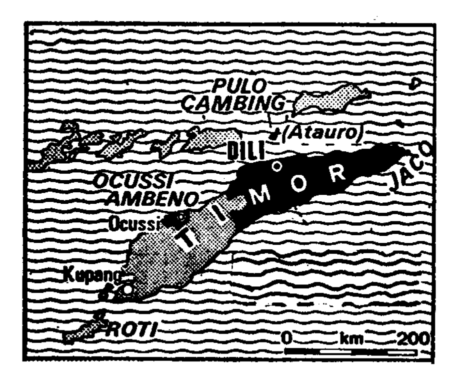
CNUFNS - Befreiungsbewegung oder Marionette Vietnams?

Von vietnamesischer Seite wurde zunächst behauptet, daß es sich bei dem Krieg in Kampuchea um einen internen Befreiungskampf gegen die Pol Pot Regierung handle. Inzwischen hat die vietnamesische Führung zugegeben, am Krieg beteiligt zu sein (FAZ 16.1.79). Darüber hinaus gehen wir davon aus, daß der Krieg fast ausschließlich von der Vietnamesischen Armee geführt wurde, da es sich um einen konventionellen Krieg einschließlich des Einsatzes von Artillerie und Luftwaffe handelt und nicht um einen Guerrillakrieg. Außerdem hat es noch nie in der Geschichte eine Befreiungsbewegung gegeben, die es einen Monat nach ihrer Gründung geschafft hat, die Hauptstadt zu erobern und fast das ganze Land zu kontrollieren.
Wir bemühen uns, demnächst eine detaillierte Einschätzung über die Situation in Indochina zu veröffentlichen. Wo



Ost-Timor

Einer indonesischen Meldung zufolge sind der Präsident der Fretilin (Nationale Befreiungsfront Ost-Timors) und der demokratischen Republik Ost-Timor, Nicolai Lobato, am 31.12.1978 bei einem indonesischen Überfall getötet worden. Lobato war der Nachfolger von Xavier do Amaral, der wegen Hochverrats und Kapitulantentum seiner Ämter enthoben und aus der Fretilin ausgeschlossen worden war. Amaral wurde 1978 von indonesischen Truppen aus der Gefangenschaft der Fretilin befreit und appelliert seither in indonesischem Auftrag an sein Volk, sich mit der Tatsache der indonesischen Besetzung Ost-Timors abzufinden und die Waffen niederzulegen. Ein anderer früherer Führer der Fretilin, Alarico Fernandes, ist, nachdem sein Versuch, in der Fretilin zu putschen, fehlschlug, ebenfalls zu den Indonesiern übergegangen.



Indonesien behauptet, mit dem Tod Lobatos sei "der letzte Widerstand der Fretilin gebrochen"; die tatsächliche militärische Lage auf Ost-Timor ist schwer einzuschätzen, da man hierbei auf indonesische Meldungen angewiesen ist, denen zufolge der Widerstand seit Jahren "endgültig besiegt" wird, oder auf Verlautbarungen von Fretilin-Führern im Exil.

Gegen die Theorie vom "Endsieg" spricht allerdings, daß noch Mitte 1978 im australischen Parlament von einer Patt-Situation auf Ost-Timor und einer möglichen Vermittlerrolle Australiens zwischen der Fretilin und Indonesien die Rede war. International ist die Fretilin allerdings zunehmend isoliert. Die Bundesrepublik, die USA, England, Frankreich und Holland beteiligten sich im vergangenen Jahr durch intensivierte Waffenlieferungen an Indonesien am Völkermord auf Ost-Timor. Nach Flüchtlingsberichten wurde die Stadt Zumalai an der Südküste so heftig bombardiert, daß Leichen den durch die Stadt fliessenden Fluss verstopften.

Nach einer Meldung von Radio Maubere[1], dem Sender der Fretilin, vom 18.6.78 kämpfen in Ost-Timor amerikanische Militärberater. Sie leiten die Ausbildung der indonesischen Soldaten und fliegen selbst Einsätze.

Die diplomatische Isolation der Fretilin wächst ebenfalls. Zwar konnte sie im Dezember 1978 vor dem Entkolonisierungsausschuss der UNO der offiziellen UNO-Position entgegentreten, wonach der Anspruch Portugals, immer noch Kolonialmacht in Ost-Timor zu sein, für bare Münze genommen wird, jedoch besteht die Gefahr, daß Portugal selbst von

diesem Anspruch abrückt und stattdessen, wie es die konservative CDS-Partei seit langem fordert, die indonesische Herrschaft über Ost-Timor anerkennt. Australien hat die Souveränität Indonesiens über Ost-Timor im Januar 1978 formell anerkannt (LM, 3.3.79, Guardian, 6.12.78, Ost-Timor-Komitee Bonn).

Anm.: Die Maubere sind das Volk, das die Osthälfte Timors bewohnt.

cn

West-Neu-Guinea

Die Lage der OPM (Organisasi Papua Merdeka), die die Befreiung der ehemaligen holländischen Kolonie West-Irian (Irian Jaya) anstrebt, die 1963 von Indonesien besetzt wurde, scheint sich zu verschlechtern. Wie die Fretilin, ist auch die OPM einer verschärften indonesischen Offensive ausgesetzt. Über tausend Menschen flohen in letzter Zeit vor den indonesischen Truppen und den Luftangriffen nach Papua-Neuguinea. Verschiedentlich überschritten indonesische Truppen auch die Grenze nach Papua-Neuguinea. Nachdem die OPM in den vergangenen Jahren beachtliche militärische Erfolge erringen konnte (LM 3./4.1.78), ist es den Indonesiern nun offenbar gelungen, einige Guerrillabasen aufzureiben. Diese Erfolge werden allerdings hauptsächlich durch Terror gegen die Zivilbevölkerung und die Ausrottung ganzer Dörfer erreicht. Die Natur des Landes (das Gebiet ist fast doppelt so groß wie die BRD, hat aber nur etwas über eine Million Einwohner) zwingt die OPM dazu, ihre Kräfte über einen weiten Raum zu verteilen.

Zwei Führer der OPM, Jacob Prai und Otto Ondawame, wurden im September in Papua-Neuguinea festgenommen und wegen "illegaler Einwanderung" zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt (Aktueller Informationsdienst Asien Nr. 24/78). Unter australischem Einfluß stehend, unterstützt die Regierung Papua-Neuguineas den indonesischen Anspruch auf West-Neu-Guinea und bezeichnet die OPM als Separatisten".

Es ist allerdings nicht ganz klar, ob die Flucht Prais und Ondawames auf militärische Niederlagen zurückzuführen ist, oder politische Ursachen hat. Es gibt politische Auseinandersetzungen in der Führung der OPM zwischen Jacob Prai und Seth Rumkorem. Beide haben Regierungen West-Neu-Guineas ausgerufen, die sich jeweils als die "einzig authentische" Regierung bezeichnen. Während Prai im Juli 1977 erklärte, seine Regierung sei sozialistisch und genieße die Unterstützung der sozialistischen Länder, und die Parole ausgab: "Ohne Sozialismus kann es keine Unabhängigkeit geben", ließ Rumkorem vor einigen Wochen durch seinen in Dakar residierenden Außenminister (der Senegal scheint das einzige Land der Welt zu sein, das West-Neu-Guinea diplomatisch anerkennt) erklären, Prai mache gemeinsame Sache mit der Kommunistischen Partei Australiens. Der Aussenminister der "Provisorischen Revolutionsregierung fügte hinzu: "Unser Kampf ist kein Klassenkampf, sondern ein nationaler Befreiungskampf. Unsere Ideologie ist der melanesische Nationalismus und nicht der Marxismus-Leninismus" (Alle Zitate aus LM 3.1.79). Er sprach sich für einen pluralistischen Staat West-Neu-Guinea aus, der langfristig die Vereinigung beider Teile Neu-Guineas anstreben müsse. In der gleichen Erklärung gab der Außenminister zu, daß die OPM in letzter Zeit schwere Niederlagen erlitten habe.

West-Irian (West-Neu-Guinea)

IRAN

Quellen:

Neue Zürcher Zeitung	Anfang
Frankfurter Rundschau	Dezember '78
Süddeutsche Zeitung	bis Ende
Financial Times	Januar '79

Die Tageszeitung, 2.12.78
Der Spiegel, 11.12.78
Vgl. auch "blätter des iz3w", Nr. 71, S. 7f; Nr. 72, S. 14ff; Nr. 73, S. 5ff; Nr. 74, S. 9ff.

Die ganze Bevölkerung erhebt sich gegen Imperialismus und Schah-Regime

Der Aufstand wird mittlerweile von allen Schichten und Gruppen der Bevölkerung getragen, die zivilen Ungehorsam in vielfältigen Formen üben. Dabei wird versucht, den Nerv des faschistischen Schah-Regimes und seiner Drahtzieher in den imperialistischen Ländern zu treffen, ohne den iranischen Massen selbst Schaden zuzufügen.
Die Arbeiter der Mineralölindustrie fördern nur noch für den inländischen Bedarf. Sie drosselten die Tagesproduktion von 6 Mio. Barrel auf zeitweilig nur noch 0,5 Mio. Damit haben sie das Regime gezwungen, den Rohölexport völlig einzustellen, von dessen Einnahmen ein großer Teil des Staatshaushalts bestritten wird. Beschleunigt wird der Staatsbankrott durch einen Streik der Steuer- und Zollbeamten. Auch die Bankangestellten widersetzen sich dem Regime. Sie zahlen nur noch Löhne und Gehälter aus. Anstatt wie sonst profitable Geschäfte für die in- und ausländischen Unternehmer abzuwickeln, verwandten sie ihre Arbeitskraft im übrigen darauf, die Namen von 177 Großgrundbesitzern, Generälen und Hofschranzen zu veröffentlichen, die immense Summen ins Ausland verschoben haben. Die Händler (Bazaris) lassen ihre Läden geschlossen - mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte.

Die von der westdeutschen Kraftwerkunion (KWU) auf den beiden AKW-Baustellen bei Buschehr Beschäftigten streiken ebenfalls. Die KWU plant, die iranischen Arbeiter durch "zuverlässigere" Pakistani und Filipinos zu ersetzen. Die Professoren forderten Ende Dezember die Wiedereröffnung der Universitäten und besetzten dafür das Wissenschaftsministerium. Der Verband der Schriftsteller und Journalisten protestiert offiziell gegen die Pressezensur. Die Eisenbahner und Fluglotsen legen den Fernverkehr lahm. Die Ärzte behandeln mittellose Zivilisten umsonst, während sie von Offizieren nicht einmal Krankenscheine annehmen.

In Teheran sind Massendemonstrationen mit mehr als einer Million Teilnehmern an der Tagesordnung. Vielerorts in der Provinz nehmen mehr Menschen an den Protestmärschen teil, als die betreffende Stadt überhaupt Einwohner hat: ein Zeichen dafür, daß nun auch die Landbevölkerung (etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung) den Aufstand unterstützt.

Entscheidend für den Erfolg des Aufstandes ist der Ungehorsam der Soldaten, der seit Mitte Dezember um sich greift: Sie ballern absichtlich in die Luft, wenn sie auf Demonstranten schießen sollen. Stattdessen töten sie ihre Offiziere. Sie üben Sabotage und machen

hochempfindliches technisches Kriegsgerät (Flugzeuge, Computer) mit wenigen Handgriffen unbrauchbar. Sie desertieren.

Auf den Computer im Informationszentrum der iranischen Luftwaffe in Täbris (West-Iran) verübten bisher unbekannte Täter trotz besonders strenger Sicherheitsmaßnahmen einen Sabotageakt. Berichten zufolge wurde die Programmeingabe des Computers durcheinandergebracht. Die von Mitarbeitern in das Elektronenhirn eingespeisten Anfragen seien mit den Ausdrücken "Yankee go home" beantwortet worden.

FR, 30.12.78

Dies alles spielt sich unter den Bedingungen des Kriegsrechts (Zensur, Ausgehverbot usw.) ab. Die Opposition hat während der letzten 15 Jahre ein informelles Kontaktnetz (Knotenpunkte: Moscheen, Anwaltskanzleien, Privatwohnungen) geknüpft, das sich nun als Nährboden erweist, um den Aufstand in dem weiträumigen Land zu organisieren. Wichtigstes Kommunikationsmittel ist der Kassettenrecorder, mit dessen Hilfe die Aufrufe der Führer des Aufstands verbreitet werden. In Iran gibt es nämlich immer noch sehr viele Analphabeten, da das Schah-Regime sich zwar Atomkraftwerke und eine der größten und modernsten Luftwaffe der Welt geleistet, aber das Volk in materieller und geistiger Rückständigkeit gelassen hat.

Zur Bedeutung der Religion für den Aufstand

Ideologischer Nährboden des Aufstands ist nach wie vor die islamisch-schiitische Religion, der 94% der Bevölkerung anhängen. Iran ist das einzige Land der Welt, in dem die Schiiten in der Mehrheit sind. Deshalb verbindet sich die Regligion hier seit jeher mit dem Nationalstolz und richtet sich gegen fremde Einflüsse.

"Es ist Gottes Gebot und die religiöse Aufgabe jedes Muslims, seine Heimat von den fremden Ausbeutern und ihren inländischen Verbündeten zu reinigen und zu befreien."

Ayatollah Khomeiny, 1941

Das iranische Volk hat sich nie darüber täuschen lassen, daß die Pahlewi-Dynastie die ausbeuterischen Profitinteressen der internationalen Konzerne vertritt und ein System der Fremdherrschaft errichtet hat. Häufigstes Schimpfwort für Schah Reza auf Mauern und Fassaden ist nicht etwa "Mörder", sondern "Verräter".

Die wichtige Rolle der Religion im gegenwärtigen Aufstand ist vor allem auf zwei Ursachen zurückzuführen: die kulturelle Rückständigkeit, in der das Schah-Regime besonders die Landbevölkerung gelassen hat, und die Tatsache, daß die Kirche im iranischen Faschismus seit langer Zeit die einzige Institution ist, wo die Menschen ihre soziale Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen und die Oppositionellen sich organisieren können.

In dieser Situation fällt den schiitischen Geistlichen (Mullahs) und Würdenträgern (Ayatollahs) die Aufgabe zu, den Aufstand zu führen. Sie verkünden und deuten auch seine allgemeinen Ziele: Entmachtung und Bestrafung der Pahlewi-Dynastie und Errichtung einer "islamischen Republik", in der Staat und Regierung die Zustimmung der Mehrheit des Volkes benötigen und den Gesetzen des Islam verpflichtet sind. Ähnlich wie die christliche ist auch die islamische Religion ein politisches Chamäleon. Sie enthält sowohl reaktionäre als auch sozialrevolutionäre Elemente und läßt sich deshalb zu ideologischen Zwecken ebenso verwenden wie zu ideologiekritischen. Z.B. verbannt der Islam die Frau aus dem öffentlichen Leben und betont gleichzeitig das öffentliche Eigentum und seine Pflege.



Es ist daher kein Wunder, daß sich die religiösen Führer des Aufstands über die konkrete Politik in der künftigen islamischen Republik weder klar noch einig sind. Die großen Ayatollahs werden politisch unterschiedlich eingeschätzt: Khomeiny gilt als erzkonservativ, Schariat Madhari als gemäßigt-liberal und Taleghani als antikapitalistisch-revolutionär. Aber alle drei verzichten um der vorläufigen Einheit willen darauf, ihre Absichten zu präzisieren. In der Ungenauigkeit, mit der die Ayatollahs bisher die Ziele des Aufstands bestimmt haben, liegt seine größte Schwäche: Es ist zu befürchten, daß das antiimperialistische Zweckbündnis der verschiedenen Klassen, Schichten und religiösen Schulen zerbricht, sobald das Pahlewi-Regime in Gestalt der vom Schah Anfang Januar eingesetzten Zivilregierung Bakhtiar endgültig zu Fall gebracht ist.

Daß der islamische Glaube sein Nährboden ist, hat für den Aufstand freilich auch seine förderliche Seite: Gläubigen fällt es leichter, die Angst vor Gefängnis, Verstümmelung und Tod zu überwinden. Sie gehen mit einer an Selbstopferung grenzenden Unerschrockenheit auf die Straße, wie sie eine rationalistische Ideologie kaum bewirken könnte. Die brutalen Repressionen des Regimes bleiben deshalb weitgehend wirkungslos, ja sie steigern die Entschlossenheit der Aufständischen noch.

Im Trauermonat Moharram gedenken die Schiiten des Imam Hussein, der im Jahre 680 in einer aussichtslosen Schlacht gegen den unrechtmäßigen Kalifen Jasid von Damaskus sein Leben einsetzte und verlor. Dieser Märtyrertod macht den Widerstand gegen einen "ungerechten Herrscher" für den Schiiten zur heiligen Pflicht - besonders am Ashura-

---

"Ein gerechtes Wort an einen ungerechten Herrscher zählt bei Allah mehr als 100 Jahre Gebet."

Schiitische Tradition

Tag, dem Höhepunkt des Moharram (11. Dezember). Der Ayatollah Taleghani wies die Gläubigen an, auf den Trauerprozessionen anstatt der üblichen Selbstgeißelungen diesmal mit erhobenen Fäusten zu marschieren. Tatsächlich fanden am 11. Dezember und den folgenden Tagen im ganzen Land riesige Aufmärsche statt, bei denen die religiöse Trauer um den Imam mit der Wut gegen das Schah-Regime verschmolz. Nur in Teheran ließ das Militär diese Aufmärsche friedlich gewähren. In Isfahan, Täbris, Meshded und anderen Provinzstädten wurden die Demonstranten kurzerhand zusammengeschossen - mit dem Ergebnis, daß am nächsten Tag noch mehr Menschen unter Einsatz ihres Lebens auf die Straße gingen.

An dieser unerschrockenen Entschlossenheit der Aufständischen haben alle Manöver des Regimes bisher nicht rütteln können. Nach der Abreise des Schah Mitte Januar forderten der Führer der Oppositionsbewegung "Nationale Front", Sanjabi, und der Ayatollah Khomeiny zur Fortsetzung des Kampfes bis zum Sturz der vom Schah eingesetzten Regierung Bakhtiar und zu "revolutionärer Disziplin" auf. Die Demonstranten wünschen jetzt Bakhtiar ebenso zum Teufel wie vorher den Schah, und Bakhtiar seinerseits setzt "Elite"-Truppen (also: die größten Lumpen der Gesellschaft) ebenso brutal gegen die Demonstranten und Streikenden ein wie vorher die Militärregierung Azhari.

Das Schah-Regime liegt in den letzten Zügen

Das brüchige Regime der schmarotzenden Kompradoren muß zu immer verzweifelteren Maßnahmen greifen, um sich der rebellierenden Bevölkerung zu erwehren und die eigene Haut zu retten. Seine Devise lautet dabei: Zuckerbrot und Peitsche. Typisch für diese Taktik ist, daß am selben Tag, an dem eine Anzahl politischer Gefangener freigelassen wird, ebensoviele Oppositionelle neu eingesperrt werden. Typisch ist auch der rasche Wechsel von Zivil- und Militärregierungen seit dem Sommer.

Die terroristische, auf Abschreckung zielende Seite des Regimes ist sein wahres Gesicht. Ständig werden privilegierte Spezialtruppen darauf angesetzt, wahllos in demonstrierende Menschenmengen zu schießen. Sogar Kranke und Kinder werden absichtlich niedergemetzelt. Die Zahl der Toten unter der Zivilbevölkerung wächst von Tag zu Tag. Ende Dezember hatte sie 10.000 schon weit überschritten.

Wenn es nach dem Oberbefehlshaber der Militärregion Teheran, General Oveisi, gegangen wäre, hätte die berüchtigte sogannte "Palastwache" am Ashura-Tag kurzen Prozeß gemacht und in Teheran 100.000 Demonstranten

umgebracht. Das hätte nach Oveisis Auffassung endlich "Ruhe und Ordnung" wiederhergestellt. Er konnte sich zum Glück nicht durchsetzen. Die Millionen-Aufmärsche am 11. Dezember verliefen - zumindest in Teheran - friedlich.

Kaum weniger brutal ist der Trick der Regierung, mitten im Winter Brennstoffe und Nahrungsmittel künstlich zu verknappen und zu rationieren, um Stimmung gegen die streikenden Ölarbeiter und Händler zu machen. Auch das wird vermutlich viele der ärmsten Iraner das Leben gekostet haben. Das Kriegsrecht und die Folterungen und Morde der politischen Geheimpolizei SAVAK sind andere Peitschen, mit denen das Regime die Bevölkerung schlägt. Ende Dezember wurden die verkrüppelten Gefangenen zentral zusammengezogen, offenbar in der Absicht, sie - lebende Beweise für Folterungen - zu liquidieren.



DIE GASMASKEN, *mit denen die auf Teherans Straßen patrouillierenden persischen Elitesoldaten ausgerüstet sind, stammen aus den USA. Das ist einem Lieferschild zu entnehmen, das noch an einer Gasmaske befestigt ist.* Funkbild: AP

Auf der anderen Seite gibt sich das Regime neuerdings großzügig und flexibel, was die Fortführung des Aufstandes auf lange Sicht eher gefährden dürfte als die nackte Unterdrückungsgewalt. Zugeständnisse sollen den Dampf aus der Widerstandsbewegung ablassen, entscheidende Bevölkerungsgruppen sollen durch Privilegien abgespalten werden. Den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurden Anfang Dezember 12,5% Lohnerhöhung gewährt, weitere 12,5% für März '79 versprochen. Den streikenden Ölarbeitern wurde sogar die Erfüllung jeder beliebigen Lohnforderung zugesagt, wenn nur die Produktion wieder auf volle Touren kommt.
Die PLO, die enge Kontakte zur iranischen Oppositionsbewegung hat und den Aufstand nach Kräften unterstütz, wollte der Schah mit Geld und dem Angebot bestechen, eine offizielle Vertretung in Teheran zuzulassen. Und seit Mitte Dezember hat sich der Schah verzweifelt bemüht, eine Zivilregierung unter einem Ministerpräsidenten zu bilden, der aufgrund seiner Biographie nicht der Kollaboration und Korruption verdächtig ist. Einige der allerschlimmsten Kapitalverschieber wurden sogar offiziell an der Ausreise gehindert, als sie ihrem Geld in die Schweiz oder auf die Bahamas folgen wollten, und unter Anklage gestellt.

Im Hintergrund:

Das Luxus-Leben der Offiziere

Die iranische Armee, in der sich die Fälle von Befehlsverweigerungen und Desertion häufen, umfaßt rund 400 000 Mann. Ihr Gerüst bilden gut bezahlte Berufssoldaten.

So erhalten Mannschaftsgrade und Mitglieder des Unteroffizierskorps zwischen umgerechnet 800 und 1200 Mark Sold im Monat. Wegen verbilligter Einkaufsmöglichkeiten in Armeekaufhäusern und günstiger Wohnungsmieten haben diese Berufssoldaten, die 30 Jahre in der Armee dienen müssen, einen wesentlich höheren Lebensstandard als Facharbeiter und leben mindestens so gut wie Gymnasiallehrer.

Noch extremer ist die Situation der unteren Offiziersränge. Ihr Einkommen ist mit 1500 bis 2000 Mark so hoch wie das der beamteten Ärzte. Diener, Fahrer und Dienstwohnungen ermöglichen ihnen aber ein geradezu luxuriöses Leben. Dieser Standard und die Beförderungsmöglichkeiten, die in den zivilen Bereichen der persischen Gesellschaft ohne Beispiel sind, haben eine totale Abhängigkeit vom Schahregime zur Folge, die dann äußerlich als blinde Ergebenheit Monarchen gegenüber erscheint.

Die Mehrheit der Armeeangehörigen besteht aber aus Wehrpflichtigen, die bei einem Sold von 50 bis 60 Mark monatlich zwei Jahre lang dienen müssen. Viele von ihnen kommen aus den Provinzen, sind Analphabeten und haben keinen Beruf erlernt. Die unzureichende Vorbildung gerade in technischen Fragen erschwert ihre militärische Ausbildung. Aus diesen Gründen ist insbesondere das Heer nur bedingt einsatzbereit. Darin liegt auch ein Grund, weshalb die Ausbildung der persischen Armee durch 40 000 US-Militärberater erfolgt und warum die Luftwaffe und einige andere Truppenteile fast ausschließlich aus Berufssoldaten bestehen. Diese soziale Zusammensetzung der Armee bedeutet auch eine politische Unsicherheit für die militärische Führung bei Inlandseinsätzen.

Deshalb hat der Schah zu seinem eigenen Schutz eine Palastwache, die Garde Shahen Shahi, mit rund 10 000 Mann aufgebaut. Die Mitglieder dieser Einheit, die die „Unsterblichen" genannt werden, durchlaufen bereits im Alter von 17 bis 18 Jahren eine Spezialausbildung. Ihre Auswahl erfolgt nach besonderen Maßstäben. So dürfen sich zum Beispiel in ihrer Familie keine Schahgegner befinden. Diese Truppe ist universell einsetzbar und von der Bevölkerung wegen ihrer Grausamkeit besonders gefürchtet.

ULRICH TILGNER (Teheran)

Das größte "Opfer" und Zugeständnis des Schahs war schließlich, daß er selbst mitsamt seiner Familie und einem Säckchen Heimaterde Mitte Januar das Land in Richtung USA verließ - vorläufig und zu Erholungszwecken. Nachdem er zuvor seine Milliarden in Sicherheit gebracht hatte, inszenierte er einen rührenden Abschied, dessen Detailschilderung wir der Regenbogenpresse überlassen wollen.

All dies kam aber viel zu spät für das Regime. Was es vor einem Jahr oder 6 Monaten vielleicht noch hätte retten können, bleibt jetzt völlig wirkungslos. Im öffentlichen Dienst und in der Ölindustrie wird weiter gestreikt, denn als die verzweifelten Angebote des Regimes an die Arbeiter kamen, ging es den Streikenden schon längst nicht mehr nur um Lohnerhöhungen. Und mit Shapour Bakhtiar hat sich nach langem Suchen Anfang Januar zwar noch ein bisher unverdächtiger Zivilist gefunden, der eitel und naiv genug war, sich vom Schah zum Regierungschef machen zu lassen. Aber die aufständischen Massen lassen sich mit dem refomistischen Programm Bakhtiars nicht mehr abspeisen. Bakhtiar verspricht, die SAVAK abzuschaffen, d.h. schlimmstenfalls: ihr einen neuen Namen zu geben, und allmählich bürgerliche Rechte und demokratische Freiheiten einzuführen. Zu den westlichen Industrieländern möchte er " weiterhin gute Kontakte" pflegen. Die rebellierende Bevölkerung ist aber mittlerweile schon zu der Einsicht gelangt, daß die unverzügliche Entmachtung und Bestrafung der Pahlewi-Dynastie und die Nationalisierung des Internationalen Kapitals im Lande die ersten Schritte auf dem Weg zur Unabhängigkeit und zur Befreiung von Elend und Rückständigkeit sein müssen.

Die Nationale Front hat ihren ehemaligen Vize-Vorsitzenden Bakhtiar ausgeschlossen, als er sich mit dem Schah zu arrangieren begann, der Ayatollah Khomeiny ist nicht einmal bereit, in Paris mit Bakhtiar als Regierungschef zu verhandeln. Bakhtiar seinerseits versucht, Khomeiny mit allen Mitteln an der Rückkehr nach Iran zu hindern. Er befürchtet nämlich zu Recht, daß Khomeinys Rückkehr einen enormen Aufschwung der Widerstandsbewegung auslösen würde, die die Pahlewi-Dynastie und damit auch seine Regierung dann endgültig hinwegfegen wird.

hpö

Das nächste Heft der "blätter" wird eine Fortsetzung dieser Kurzberichte bringen, die auf die jüngste Politik der Supermächte und der BRD eingeht.



Türkei

Blutbad in Kahramanmaras

Drei Tage lang tobte am Weihnachtswochenende in der südöstlichen Provinzhauptstadt der Bürgerkrieg. Die traurige Bilanz: allein nach offiziellen Angaben über 100 Tote, andere Schätzungen nennen bis zu 500 Tote; einige tausend Verletzte, sowie unzählige Grausamkeiten und Verwüstungen.

Weitgehend unbestritten steht fest, daß der Terror von den faschistischen "Konter-Guerilla" und "Grauen Wölfen" von langer Hand geplant und inszeniert war. Rechtsradikale Schüler hatten zwei ihrer Lehrer, die in der linken Lehrergewerkschaft TÖB-DER aktiv waren, ermordet. Als die religiöse Trauerfeier stattfinden sollte, verweigerten rechte sunnitische Moslems dem über 10.000 Menschen zählenden Trauerzug den Zugang zur Moschee; Kommunisten dürfen keine Moschee betreten. Aus den Nebenstraßen rückten Schlägertrupps an, darunter maskierte und mit Maschinenpistolen bewaffnete Männer.

Schnell weiteten sich die Schlägereien und Schießereien beim Trauerzug in der ganzen Stadt aus; alle Geschäfte, Büros und Häuser, die man mit Linken in Verbindung brachte, wurden niedergebrannt. Anschließend wurden noch ganze Stadtteile, in denen überwiegend Aleviten (eine schiitische Glaubensrichtung) wohnen, gebrandschatzt. Ein grausames Blutbad war angerichtet: Menschen waren erschlagen, erschossen oder mit Benzin übergossen und verbrannt worden, Frauen geschändet, sogar Kinder massakriert. Ministerpräsident Ecevit sah sich gezwungen, in 13 der 67 Provinzen Kriegsrecht zu verhängen, wobei das Militär unter parlamentarischer Kontrolle bleibt. Angeblich tat er es sehr ungern - das ist auch glaubhaft, denn er gehörte nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 zu den wenigen Parlamentariern, die das Vorgehen der Armee anprangerten.

Der Hintergrund:
Die Rechten wollen eine Militärregierung

Wie bei anderen Massakern im vorigen Jahr - z.B. in Malatya im April und in Sivas im September - nennen die Rechten in der Türkei religiöse Spannungen zwischen Aleviten und Sunniten als Ursache. Doch selbst die Rechten kommen nicht umhin, die Alevieten als "Linksradikale" (so z.B. ein Leserbrief in der FR vom 8.1.79) zu apostrophieren und damit die eigentlich politischen Hintergründe einzugestehen.
Tatsächlich sind die religiösen Motive nur vorgeschoben. Die Aleviten sind seit jeher eine benachteiligte Minderheit und daher schon oft in Opposition zur Obrigkeit gewesen. Durch ihre gewissermaßen fortschrittliche Tradition sympathisieren viele von ihnen mit der sozialdemokratischen CHP Ecevits.

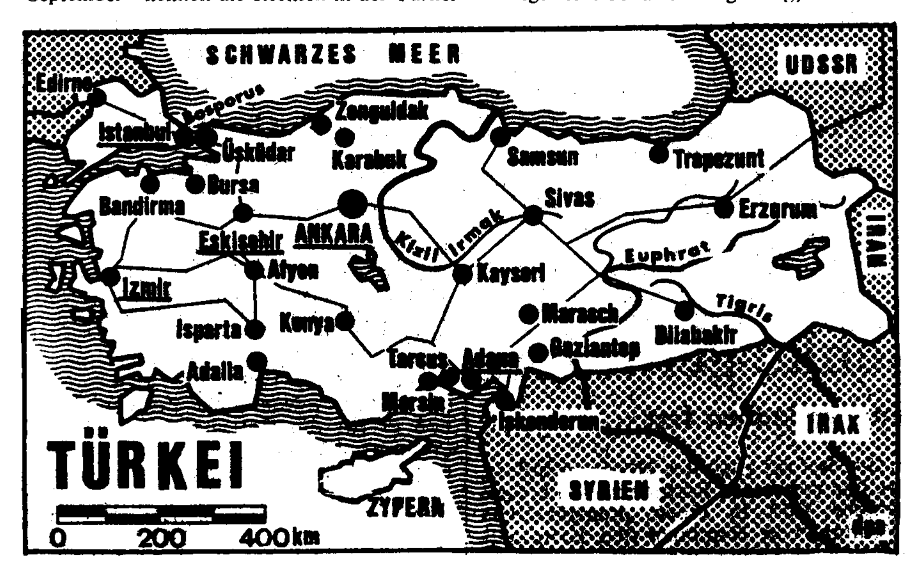
Bei den Auseinandersetzungen in der Türkei geht es nicht darum, daß Sunniten und Aleviten sich aus religiösen Gründen bekämpfen. Vielmehr ist es seit dem Regierungsantritt Ecevits Ende 1977 die Strategie der Rechten, Terror zu inszenieren und damit den Eindruck zu erwecken, die Regierung wolle zuviel Demokratie und sei daher nicht in der Lage, Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Rechte Politiker und Zeitungen fordern seit Monaten das Militär zum Einschreiten auf. Besonders im September/Oktober 1978, nach einigen Massakern in Istanbul, befürchteten viele einen Militärputsch. Der Oberbefehlshaber der Armee gilt zwar als ein Vertreter der militärischen Nichteinmischung in die Politik, doch verbreiteten Zeitungen Gerüchte, nun sei selbst er zum Einschreiten bereit (Le Monde 3.9. und 14.10.78). Bisher hielt das Militär sich aber zurück.

Die Armee selbst ist gespalten: das Offizierskorps ist von Amerikanern ausgebildet und über die einflußreiche Aktiengesellschaft OYAK mit der Wirtschaft verflochten und damit weitgehend imperialistenfreundlich. Das Unteroffizierskorps sowie einige Offiziere mögen noch in der Tradition von Atatürk stehen und daher anti-imperialistisch sein. Doch antikapitalistisch und antifeudalistisch oder gar arbeiterfreundlich und sozialistisch sind sie damit noch lange nicht. Das Vorgehen des Militärs nach dem Putsch vom 12. März 1971 verdeutlicht dies; damals richteten sich staatliche Folter und Terror selbst gegen diejenigen, die nur im Verdacht standen, links zu sein.
Die Parlamentarische Rechte, auch der gerne als gemäßigt dargestellte langjährige Ex-Ministerpräsident Demirel sagten nach dem großen Massaker in Kahramanmaras auch ganz deutlich, was sie wollen: "Unser Vertrauen liegt nicht bei dieser Regierung, sondern bei unseren Streitkräften" (SZ vom 2.1.79) und: "Die Regierung soll sich nicht in die Angelegenheiten der Armee einmischen" (Libe 30.12.78).
Also: das Militär soll die Macht in die Hand nehmen.

Die Rechte möchte der katastrophalen Wirtschaftslage in der Türkei mit Gewalt Herr werden. Diese ist in der Tat desolat: die Mittelwerte der Schätzungen liegen bei 20% Arbeitslosigkeit und 60% Inflation (so z.B. FT 27.12.78); das Loch in der Außenhandelsbilanz vergrößert sich ständig; in den letzten Jahren betrugen die türkischen Exporte wertmäßig nur 30-40% der Importe.
Es ist abzusehen, daß die Lohnerhöhungen die Preissteigerungen auch in Zukunft nicht wettmachen können. Unmut und Verzweiflung werden steigen, besonders bei den Arbeitslosen in den Städten, die überhaupt keine Einkommen beziehen. Die Krise ist vorauszusehen.

Anmerkung:
Zur Türkei sind zwei Rezensionen in diesem Heft abgedruckt.

ebe



Oman

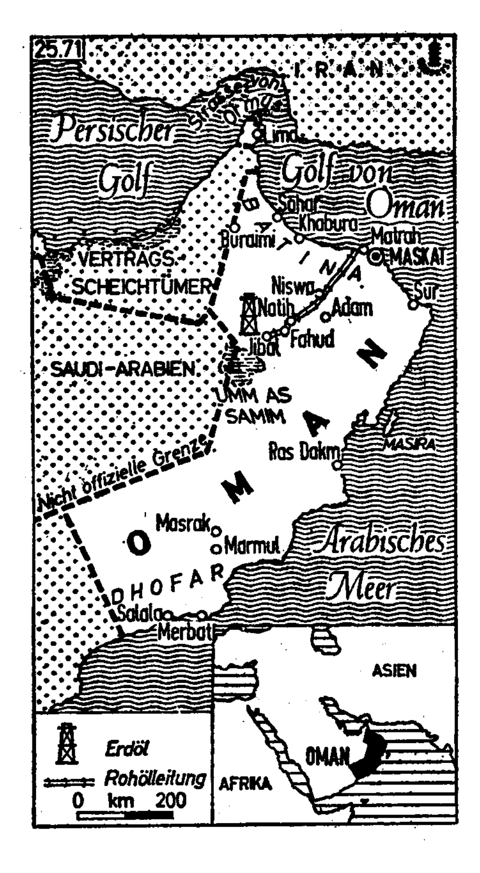
Anlässlich des "13. Jahrestags der omanischen Revolution" am 9. Juni hat das Zentralkomitee der PFLO eine ausführliche Erklärung zur Lage des omanischen Befreiungskampfes herausgegeben. Das Dokument erhält zunächst einmal Bedeutung als erstes größeres Lebenszeichen der Volksfront für die Befreiung Omans seit mehreren Jahren.

Die politische und militärische Situation, vor der die omanische Revolution nach der militärischen Niederlage von 1975/6 steht, bezeichnet die PFLO als "schwieriger denn je". In der militärischen Offensive von 1975/6 haben die imperialistischen Grossmächte und das Schah-Regime massiv ihre Interessen durchgesetzt: die Übergabe der Insel Masirah an die US-Marine und die Annektierung weiterer dreier Inseln durch den Iran entsprechen ganz dem amerikanischen Konzept der "Gulf Security", das die militärisch-politische Absicherung imperialistischer Ölinteressenten im Arabischen Golf programmiert. Faktisch steht Oman immer noch unter britisch-amerikanisch-iranischer Fremdherrschaft: "... der britische Botschafter in der Hauptstadt Maskat ist immer noch der wahre Sultan und tatsächliche Herrscher und nicht Quabus, der nur Fassade und Werkzeug ist".

Der sich als absoluter Monarch verstehende Sultan Quabus Bin Said hat in den letzten Jahren beschränkte soziale Reformen durchführen lassen, die aber außer im Bildungs- und Gesundheitsbereich ausschließlich die Ausländer, Großkaufleute und Landbesitzer begünstigen. Einher mit diesen Reformen, die die Befreiungsfront hauptsächlich als Isolierungsversuch gegenüber dem bewaffneten Widerstand wertet, ging der militärische Vernichtungsschlag gegen die PFLO: Flächenbombardements durch die omanische und iranische Luftwaffe und Marine, Strategie der "verbrannten Erde" gegenüber der Landbevölkerung vor allem im Süden des Landes. Im Dezember 1975 galt der omanische Befrei-

ungskampf in der bürgerlichen Presse offiziell als erledigt (LM v. 5.6.78).

Für den Zeitraum um den "Jahrestag der omanischen Revolution" hat die PFLO einige kleinere Anschläge und Überfälle gemeldet - hauptsächlich gegen britische Offiziere und Fahrzeuge, aber auch gegen die berüchtigte omanische Luftwaffe. Zum Teil folgten diesen Anschlägen massive Vergeltungsaktionen gegen die Bevölkerung der betreffenden Gegend.
("News from Oman" Nov. '78)



VR-China anerkennt Sultan-Regime von Oman

Am 25. Mai des vergangenen Jahres hat die Volksrepublik China das Marionettenregime des Sultans von Oman offiziell anerkannt. Im Juni war der omanische Außenminister Quais Abdul Munin al-Zawauis Staatsgast bei Aussenminister Huang Hua. Auf einem Bankett zu Ehren Zawauis erzählte Huang: "Die omanische Regierung hat sich in den vergangenen Jahren ohne Unterlaß unter der Führung Sultans Quabus Bin Said bemüht, die nationale Souveränität aufrechtzuerhalten, nationale Rohstoffquellen zu schützen und die nationale Wirtschaft und Kultur zu entwickeln,und dabei beachtliche Erfolge erzielt".
Die Volksfront zur Befreiung Omans kommentiert die Anerkennung des Maskat-Regimes durch die VR China wie folgt: "Ein solcher Standpunkt Chinas gibt nur Wasser auf die Mühlen der imperialistischen und reaktionären Kräfte und steht im Widerspruch zu den Prinzipien der großen chinesischen Revolution. Es steht darüber hinaus im Widerspruch zu den Interessen des omanischen Volkes und der gesamten nationalen Bewegung im arabischen Golf."
("News from Oman" Nov. '78)

Venezuela

Die Wahlen vom Dezember 1978 und die Aussichten der neuen Regierung.

Mit der Abstimmung über den neuen Präsidenten und die Zusammensetzung des Kongresses am 3.12.78 ist das "Jahr der Wahlen" in Lateinamerika abgeschlossen. Im In- und Ausland wurde der reibungslose Verlauf der fünften aufeinanderfolgenden Präsidentenwahl in einem Land, dessen Geschichte eine Vielzahl von Militärcoups u. Diktatoren aufweist, mit viel Lob bedacht. Besondere Bedeutung mißt man dem abermaligen Regierungswechsel zwischen der sozialdemokratisch ausgerichteten Accion Democratica (AD) und der jetzt gewählten christdemokratischen COPEI zu, wobei die Unterschiede zwischen den beiden Parteien allerdings graduell sind und nicht in ein Rechts-Links-Schema eingeordnet werden können. Die COPEI hatte bereits 1968-1973 die langjährige Regierungszeit der AD unterbrochen.
Nach Meinung vieler Beobachter habe sich damit in Venezuela, in den letzten Jahren zum erklärten "demokratischen Musterland" Lateinamerikas geworden, die "Verwurzelung des freiheitlichen Rechtsstaats" (NZZ 7.12.78) gezeigt, sei eine Festigung der parlamentarischen Demokratie eingetreten und mithin ein "Beispiel für Lateinamerika" (Le Monde 7.12.78) geliefert worden.

Bei der allgemein positiven Einschätzung bleiben viele Merkmale der venezolanischen Gesellschaft und des Wahlkampfes ebenso unberücksichtigt wie die einseitige Abhängigkeit der relativen Stabilität einer bürgerlichen Demokratie in Venezuela von den Einnahmen aus der Erdölförderung.

Der Öl-Boom und die politische Entwicklung seit 1973

Als die AD mit dem noch bis März 1979 amtierenden Präsidenten Carlos Andres Perez, in Venezuela kurz CAP genannt, 1973 einen hohen Wahlsieg und die Mehrheit im Kongress erreichte, verfügte sie über außerordentlich günstige Voraussetzungen. Durch die OPEC-Preiserhöhung im Jahr 1974 stiegen die Erdöleinkünfte Venezuelas auf 30 Milliarden US-Dollar an. In dem zur Zeit etwa 13 Mill. Einwohner zählenden karibischen Staat hat die plötzliche Petrodollarflut indessen keinen kontinuierlichen Aufwärtstrend der Wirtschaft eingeleitet, sondern die bestehenden strukturellen Ungleichgewichte weiter verstärkt. Bei dem Öl-Boom mit hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten und einem Bruttosozialprodukt, das auch 1977 noch um 7% gewachsen ist, zeichnet sich eine starke Verlangsamung ab. Der Gipfel der Erdölproduktion wurde bereits 1970 erreicht, seitdem ist die Förderung kontinuierlich gesunken, während man für die Zukunft durch den schwieriger werdenden Zugang zu den Erdölvorräten mit einem weiteren Anstieg der Produktionskosten rechnet. So haben sich die Ausgaben der staatlichen Erdölgesellschaft PETROVEN 1978 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt, während gleichzeitig die Profite der Gesellschaft um 35% gesunken sind.[1]

Das von CAP 1974 mit der zunächst allgemein begrüßten Verstaatlichung der Erdöl- und Eisenindustrie eingeleitete Wirtschaftskonzept mit verstärkter Staatsintervention war jedoch schon vorher in seiner Begrenztheit sichtbar geworden. Innerhalb dieses Konzeptes waren die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft ohnehin zumeist Vorleistungen für private Kapitalinvestitionen, die dadurch Profite von über 50% erwirtschaften konnten.[2]
Die Spekulation, besonders in der Bau- und Finanzbranche, hat dadurch ein vorher unbekanntes Ausmaß erreicht und dient der Bereicherung einer kleinen Gruppe von Bauspekulanten, die sich die lukrativen Geschäfte zuschieben und den Mietpreis künstlich hochhalten, so daß viele Wohnungen leerstehen. Die Mieten betragen oft das doppelte des in der BRD übliche Niveaus. Fast die Hälfte der 3 Mill. Einwohner der Hauptstadt Caracas lebt heute in Elendsvierteln, die sich an den Hängen des Hochtals hinaufziehen.

Venezuela kann zwar den zweifelhaften Ruhm beanspruchen, die Weltspitze im pro-Kopf-Verbrauch von Whisky zu halten, nach offiziellen Angaben sind aber 70% der Venezolaner unterernährt, und allein in Caracas gibt es 300.000 ausgesetzte Kinder ohne ein Dach über dem Kopf.
Vor allem die arme Bevölkerung hat von der populistischen Ankündigung CAP's im Wahlkampf 73, während seiner Regierungsperiode von der formalen zur sozialen Demokratie überzugehen, wenig gemerkt. Im Gegenteil: Nach einer anfänglichen Lohnerhöhung sind die Mindestlöhne eingefroren worden, während gleichzeitig die Lebenshaltungskosten z.T. um über 40% anstiegen. Das kapitalistische Wachstumsmodell in Venezuela, bei dem einseitig kostspielige Schwerindustriekomplexe vom Staat gefördert werden, sieht lediglich die Beteiligung eines kleineren Teils der Bevölkerung vor. Deren gestiegenes Einkommen schlägt sich vor allem im erhöhten Konsum zumeist importierter Waren nieder und führt zu Preiserhöhungen bei den inländischen Produkten. Die sinkenden Einnahmen aus den Exporten waren gleichzeitig von steigenden Ausgaben für Importe aus dem Ausland begleitet, was die Inflation anheizte. So decken heute die Staatseinnahmen nur noch 80% der Ausgaben, die aus dem Schuldendienst für inländische und ausländische Kreditoren resultieren. 1974 hatten die Staatseinnahmen noch mehr als das Doppelte der Staatsausgaben betragen. In diesem Zusammenhang kam die Ankündigung einer möglichen Reprivatisierung eines Teils der verstaatlichten Betriebe durch die beiden etablierten Parteien im Wahlkampf nicht überraschend.

Daß es der Regierung seit der Verstaatlichung nicht gelungen ist, die einseitige Abhängigkeit vom Erdöl, das heute 84% der Exporteinnahmen ausmacht, abzubauen, zeigt sich am deutlichsten in der Landwirtschaft: Reis und Bohnen, vor wenigen Jahren noch Exportprodukte, müssen heute aus den Nachbarländern eingeführt werden. Von der Landreform, vor achtzehn Jahren im Rahmen der "Allianz für den Fortschritt" feierlich proklamiert, ist nicht viel übriggeblieben. Die staatliche Agrarpolitik hat einseitig kapitalintensive, hochmoderne Betriebe begünstigt und die Kleinbauern vernachlässigt. Angesichts der katastrophalen Verhältnisse auf dem Land hat eine starke Abwanderung der Landbevölkerung in die Elendsviertel um die großen Städte eingesetzt. Gut vier Fünftel der Venezolaner leben heute in den Städten.

Einige Merkmale des Wahlkampfes

Der venezolanische Wahlkampf zeichnet sich u.a. dadurch aus, einer der längsten und teuersten auf der ganzen Welt zu sein. Angesichts der langen Dauer, bei den vergangenen Wahlen über ein Jahr, der Intensität und der Bedeutung, die der Wahlkampf in der venezolanischen Gesellschaft einnimmt, soll im folgenden etwas ausführlicher auf einige seiner Merkmale eingegangen werden.

Nach vorsichtigen Schätzungen hat der Wahlkampf von 1973 an die 300 Mill. DM gekostet, von denen über 90% auf die beiden Status-Parteien AD und COPEI entfielen.[3] Der Wahlkampf des vergangenen Jahres hat nach derselben Quelle über 600 Mill. DM gekostet.[4] Durch das Fehlen eines detaillierten Gesetzes zur Parteienfinanzierung sind dabei dem Einfluß ausländischer und inländischer Gelder von interessierten Kreisen keinerlei Grenzen gesetzt. Die beiden großen Parteien AD und COPEI nehmen regelmäßig vor den Wahlen Gelder von Unternehmerverbänden an, wodurch sie schon im voraus Verpflichtungen für die folgende Regierungszeit eingehen. Unterstützung aus dem Ausland ist etwa bei der Wahl von 1968 in Form von finanzieller und personeller Hilfe der CDU und westeuropäischer Christdemokraten bekannt geworden;[5] im Wahlkampf des Jahres 1978 soll vor allem der unabhängige Kandidat Diego Arria, früheres AD-Mitglied und bekannt als ehemaliger Gouverneur von Caracas, Geld aus nordamerikanischen Geschäftskreisen erhalten haben. Besonders attraktiv wurde Diego Arria, indem er eine allgemeine Liberalisierung der Wirtschaft ankündigte und die Umwandlung des über der Stadt gelegenen Humboldt-Hotels in das erste Spielcasino Venezuelas versprach, woran aufgrund des Reichtums und der Verschwendungssucht der einheimischen Oberschicht vor allem die nordamerikanische Glücksspiel-Mafia ein reges Interesse zeigte.

Diego Arria, der über große finanzielle Ressourcen, aber keine Partei verfügte, sondern erst nach der Bekanntgabe seiner Kandidatur versucht, einen Parteiapparat von oben herab aufzubauen, stellt einen charakteristischen Fall für die häufige Kandidatur von Unabhängigen bei venezolanischen Wahlen dar. Mit der Bildung von unabhängigen Wahlvereinigungen oder mit einer eigenen Präsidentschaftskandidatur, auch wenn sie ohne Aussicht auf Erfolg ist, wird der Erwerb politischer Verhandlungsmacht bezweckt. Für die Unterstützung des einen oder anderen Kandidaten der beiden großen Parteien bzw. für den schließlichen Verzicht auf die Kandidatur kurz vor der Wahl lassen sich Repräsentanten im Kongress bzw. Ministersessel einhandeln.

Der Wahlkampf zeichnet sich durch das massive Einsetzen von Massenkommunikationsmitteln aus. Vor allem im Fernsehen, das hauptsächlich von privaten Interessengruppen dominiert ist, in dem aber auch der Staat über zwei Programme verfügt, wurde starke Wahlpropaganda gemacht. Durch die staatlichen Programme ist die Regierungspartei, in diesem Fall die AD, jeweils deutlich überrepräsentiert. So konnte die AD an die 60% der gesendeten Werbespots für sich verbuchen.
Insgesamt waren die zwei etablierten Parteien durch ihre finanziellen Ressourcen und Machtmittel den vier Parteien der Linken (die eurokommunistische MAS, die links-sozialdemokratische MEP, der MIR und die kommunistische Partei PCV) haushoch überlegen. Bei den Wahlen von 1973 war ihr Verhältnis an propagandistischem Aufwand gegenüber den linken Parteien 118 zu 1.[6] Bei den Wahlen im November dürfte das Verhältnis aufgrund des erhöhten Aufwandes des MAS (Bewegung zum Sozialismus) etwas günstiger ausgefallen sein.



Carlos Andres: Demokratie mit Energie

Die etablierten Parteien verfügten über eigene, mit modernstem technischen Gerät ausgerüstete Wahlkampfteams und nahmen nordamerikanische Wahlkampfmanager unter Vertrag. Für die AD Joe Napolitan, für die COPEI Joseph Garth, der in den USA für Richard Nixon arbeitete, und für Diego Arria arbeitete der Wahlkampfberater von Jimmy Carter. Durch diesen Einfluß orientiert sich die Propaganda stark an nordamerikanischen Mustern.

Diese Überfremdung mit ausländischen Werbetechniken äußerte sich auch in dem Fehlen von programmatischer und ideologischer Argumentation. Aus diesem Grund erfolgte die Veröffentlichung der politischen Programme erst zu einem sehr späten Zeitpunkt und spielte im Wahlkampf, mit der Ausnahme der linken Parteien, keine Rolle.
Das niedrige Niveau des Wahlkampfs verdeutlichen die Hauptslogans der Parteien: Unter dem Bild des AD-Kandidaten erschien hauptsächlich die Aufschrift "Correcto" (Korrekt), womit sich der Kandidat von der allgemeinen Korruption der amtierenden Regierung absetzen sollte. Ferner: Pinerúa, Fähigkeit und Standhaftigkeit um zu regieren, was den paternalistischen Charakter des Wahlkampfstils zeigt. Anspielend auf das unproduktive Versanden der erhöhten staatlichen Einnahmen wählte die COPEI folgende Parolen: "Luis Herrera bringt das in Ordnung", "Venezuela braucht Luis Herrera" und "Wo sind die Groschen geblieben?" Es wäre allerdings falsch, aus diesem Wahlkampfstil auf ein entsprechend niedriges Niveau des politischen Bewußtseins der Bevölkerung zu schließen.

In der Endphase des Wahlkampfes steht die Mobilisierung von Anhängern zu Abschlußkundgebungen im Vordergrund, wobei die drei großen Parteien z.T. weit über 200.000 Menschen organisieren konnten. Nach Augenzeugenberichten benutzte die Regierungspartei dabei die Busse der staatlichen Verkehrsbetriebe, um Angehörige der öffentlichen Verwaltung zu ihrer Abschlußkundgebung zu fahren. In dieser Schlußphase finden häufige Fahrzeugkarawanen und lange Fußmärsche der größeren Parteien in der Hauptstadt statt, bei denen jeweils die Fahnen mit der Farbe der Partei mitgeführt und große Hupkonzerte veranstaltet werden.

Die oben beschriebene Art von entideologisiertem Wahlkampf, mit fast ausschließlicher Ausrichtung an der Person des Spitzenkandidaten und in dem die Parteien fast ausschließlich als effiziente Wahlkampfmaschinen fungieren, hat ihren absoluten Höhepunkt bei den letzten Wahlen gefunden. Aber während die vergangenen Wahlen zum grossen Teil noch als ein gesellschaftliches Ereignis und als eine Art Karneval empfunden wurden, zumal sie in der Hauptstadt Gelegenheit bieten, auf autofreien Straßen spazieren zu gehen (fast alle historischen Plätze sind dem spektakulären Bau-Boom zum Opfer gefallen), hat sich diesmal ein wachsendes Desinteresse in der Bevölkerung und Kritik in den unabhängigen Teilen der Presse bemerkbar gemacht. Viele Venezolaner haben angesichts der sich verschlechternden finanziellen Lage und der anstehenden Probleme immer

weniger Verständnis für die horrenden Wahlkampfkosten.

Die Parteien

Die Hoffnung, daß die Parteien der Linken die allgemeine Unzufriedenheit mit der AD-Regierung in einen größeren Stimmengewinn ummünzen könnten, um ihren Anteil auf 15% zu erhöhen, hat sich als unberechtigt erwiesen. Dies lag einerseits an der allgemeinen Zersplitterung der linken Parteien, von denen sich die MAS als unabhängige "Dritte Kraft" zwischen den beiden großen Parteien profilieren wollte (was sich in dem Hauptslogan der MAS "Si podemos" (etwa: "Ja, wir können es schaffen") deutlich ausdrückte), andererseits an den ungleich verteilten finanziellen Mitteln und der Tatsache, daß die COPEI den Unmut an der AD geschickt in ihre Wahlkampfstrategie einzubauen verstand. Ihr Kandidat Luis Herrera Campins trat vor allem als Sprecher der armen Bevölkerung aus den Elendsvierteln auf, mit denen er sich auch häufig auf Plakaten abbilden ließ, und prangerte den unproduktiven Verbrauch der Petrodollars und die allgemeine Korruption der regierenden AD an. Vetternwirtschaft und Korruption im staatlichen Sektor hatten tatsächlich ein solches Ausmaß erreicht, daß sogar der eigene AD-Kandidat Pinerua Ordaz eine mögliche Identifizierung mit der aktuellen Regierung zu vermeiden suchte.

Daneben hat die fast ausschließliche Ausrichtung aller linken Parteien auf eine Wahlkampf- und parlamentsbezogene Politik dazu geführt, daß man Formen alternativer politischer Organisation und Kommunikation, sowie Bestrebungen, um einen Prozess politischer Bewußtseinsbildung bei der Bevölkerung einzuleiten, völlig vernachlässigte. Die Parteien der Linken haben sich völlig vom Wahlkampfrummel absorbieren lassen und keine eigenen Konzepte zu innen- und außenpolitischen Fragen entwickelt, etwa der Solidarität mit Nicaragua, die trotz der außenpolitischen Verwicklung Venezuelas in den Konflikt überhaupt kein Thema des Wahlkampfes war.

Die Tendenz zum Zweiparteiensystem, von den Anhängern des jetzigen Systems als Kennzeichen der Stabilität begrüßt, hat sich bei den Wahlen vom 3. Dezember verstärkt. Die beiden etablierten Parteien konnten mehr als 90% der Erststimmen und etwas über 80% der Zweitstimmen auf sich vereinigen. Der Wahlsieg des COPEI-Kandidaten ist nicht zuletzt auf das Abstimmungsverhalten der Wähler der linken Parteien zurückzuführen. Viele gaben ihm ihre Erststimme, um damit dem Kandidaten der AD, Pinerua, dessen Kandidatur von dem stark antikommunistischen Flügel um den alternden Parteigründer der AD, Romulo Betancourt, gefördert wurde, einen Denkzettel zu verpassen. Einem solchen Verhalten lag folgende, widersprüchliche politische Überlegung zugrunde: Durch die Abnützung der zweiten bürgerlichen Partei könnten sich die Chancen für die Linke bei den kommenden Wahlen 1983 verbessern. Es ist aber im Gegenteil anzunehmen, daß die AD in der Opposition innerparteilich eine technokratisch ausgerichtete Reorganisation vornehmen wird, um sich gleichzeitig nach außen hin nach links zu öffnen. Dadurch könnte sie einiges von ihrer früheren Popularität gerade bei der ärmeren Bevölkerung zurückgewinnen und bei den nächsten Wahlen mit Sicherheit wieder zur aussichtsreichsten Partei werden.

Venezuela, "Schaufenster der Demokratie" in Lateinamerika?

Obwohl Venezuela gegenüber den Militärdiktaturen des südlichen Teils des Kontinents als positive Ausnahme gelten muß und heute Asylland für viele politische Flüchtlinge ist, hat die Demokratie ihre Grenzen.
Neben den oben dargestellten Einflußfaktoren nicht kontrollierbarer interner und externer Interessengruppen im Wahlkampf und der Regierungspolitik ist die Konsolidierung demokratischer Herrschaftsformen seit dem Sturz der Diktatur im Jahre 1958 lediglich formaler Art. Für die marginalisierte Bevölkerung, die heute ca. 40% ausmacht, hat sie keinen Inhalt gewonnen und gewisse soziale Verbesserungen sind eher Begleiterscheinungen des Ölreichtums, nicht aber Resultat eines spezifischen politischen Konzeptes.

Der formale Charakter des venezolanischen Systems zeigt sich auch in der Struktur der etablierten Parteien. Politische Vorstellungen spielen bei der Zugehörigkeit zu einer der großen Parteien eine geringere Rolle als persönliche Loyalitäten und traditionelle Klientelbeziehungen, mit der Hoffnung, bei einem Regierungswechsel mit einem Platz in der staatlichen Verwaltung, größter Arbeitgeber in Venezuela, belohnt zu werden. Die institutionalisierte Korruption in den etablierten Parteien ist, wie eine repräsentative Umfrage der Zeitung "El Nacional" im Oktober 1977 ergab, eine allgemein bekannte Tatsache. Daneben führt die Tendenz, erst einmal selber im Staatsdienst abzukassieren, zu einer mangelnden Kontinuität in Verwaltung und bei der Durchführung erforderlicher Projekte. Bekanntestes Beispiel der letzten Jahre ist die völlig unzureichende öffentliche Verkehrsversorgung: Nach seiner Amtsübernahme 1974 ließ der amtierende Präsident den Baubeginn der dringend erforderlichen U-Bahn zunächst einmal zwei Jahre ruhen, damit er nicht nachträglich der vorherigen Regierung zugute kommen sollte.

Durch die starke Macht des Präsidenten sind die Parteien, deren aktives politisches Leben ohnehin hauptsächlich auf die Wahlkampfzeit beschränkt ist, ohne Einfluß auf die reale Politik. Besonders seit 1974 haben repressive Maßnahmen in der Innnenpolitik zugenommen. Streiks wurden grundsätzlich als illegal erklärt und die Teilnehmer vom Präsidenten ebenso unter Militärgerichtsbarkeit gestellt wie Jorge Olavarria, Herausgeber der gegenüber der Regierungspolitik kritisch eingestellten Zeitschrift "Resumen", der längere Zeit im Gefängnis saß. Kritische Nummern der Zeitschrift sind zweimal beschlagnahmt oder in großem Umfang von der AD aufgekauft worden. Staatliche Institutionen wie die Geheimpolizei DISIP, in der viele Exilkubaner untergekommen sind und die in den letzten Jahren an zwei nicht aufgeklärten Mordfällen beteiligt war, haben relativ große Autonomie.

Mit als größtes Hindernis für eine an den Bedürfnissen der Masse der Bevölkerung orientierte Politik erweist sich schließlich der Einfluß des mächtigen Unternehmerverbandes FEDECAMARAS, der bei allen Regierungen der letzten 20 Jahre mitregiert hat. In jüngster Zeit hat der Unternehmerverband ein neues Erziehungsgesetz (1977) und die geplante Steuerreform zu Fall gebracht.

Die hohe Wahlbeteiligung, an die 90%, ist vorwiegend auf die Wahlpflicht zurückzuführen. Wer nicht über ein an den Wahltischen ausgegebenes Zertifikat mit einer Wahlbestätigung verfügt, kann, etwa bei einer Ausreise aus Venezuela, in Schwierigkeiten geraten. Nach Schätzungen läge die Beteiligung ohne Wahlzwang lediglich zwischen 40% und 50%.

Die Aussichten für die neue Regierung

Von der neuen Regierung ist aufgrund der transnationalen Abhängigkeit Venezuelas und der im Wahlkampf eingegangenen Kompromisse keine grundsätzliche Änderung sowohl innen- wie außenpolitisch zu erwarten. Unklar ist auch, was sich hinter dem von Luis Herrera, den man in den 60er Jahren der Gruppe der "avanzados" - dem fortschrittlichen Flügel der Christdemokratie - zurechnete, vertretenen Konzept des Kommunitarismus verbirgt. Wegen dieses Konzeptes wurde er im Wahlkampf von Mitgliedern der AD als Kommunist angegriffen, was ein bezeichnendes Licht auf das politische Niveau des venezolanischen Wahlkampfes und den politischen Standort einiger AD-Mitglieder wirft. Die im Wahlprogramm enthaltene Forderung nach mehr Partizipation wurde bisher in so allgemeine Formeln gekleidet, daß sich niemand Genaueres darunter vorstellen kann. In ersten Äußerungen zeigte sich Luis Herrera "tief besorgt über Exzesse einer Konsumgesellschaft" und kündigte seine Absicht an, gegen Verschwendung und Korruption anzukämpfen. Wörtlich: "Mein großes Engagement ist für die Armen, die Vernachlässigten, die Vergessenen, die Außenseiter - wie man sie heute nennt. Ihr menschliches Drama rührt an die Grundsaiten meines Gemüts. Wir wollen die Veränderung der Mentalität in der Erziehung und Arbeit zum besten Werkzeug zur Überwindung dieser Unterlassungssünde machen ..."[8]

Innerhalb der OPEC kündigte Luis Herrera eine mässigende Rolle Venezuelas an und möchte als Vermittler zwischen der Dritten Welt und den Industriestaaten fungieren.[9]
Die Kredite und Hilfsprogramme, die Venezuela vor allem in der Karibik vergeben hat und die dem Land teilweise den Vorwurf eines neuen regionalen Imperialismus einhandelten, sollen heruntergeschraubt werden.
Die Großprojekte der vorherigen Regierung im Schwerindustriebereich, die bereits angelaufen sind, muß die neue Regierung weiterführen. Aufgrund der anhaltenden Finanzkrise und der auf 6,5 Milliarden Dollar angewachsenen Auslandsschulden, zusammen mit dem von der vorherigen Regierung geerbten Haushaltsdefizit, bleibt der neuen Regierung innenpolitisch darüber hinaus wenig Spielraum.
In der Politik gegenüber Nicaragua sind drastische Änderungen in näherer Zukunft nicht zu erwarten. Die engen Beziehungen zu Costa Rica könnten sich sogar noch verstärken, da der amtierende Präsident Carazo ebenfalls über ein Parteibündnis mit christdemokratischer Beteiligung an die Regierung gelangte.

N.W.

1. Financial Times, 30.12.78
2. Vgl. dazu, Venezuela, in: Lateinamerika Nachrichten vom 23.11.78, S. 69-75
3. Campagna Electoral 1978, hrsg. von Estudios Venezolanos de Comunicacion-perspectiva critica y alternativa, Caracas, Okt. 78, S. 24 und Zeit vom 14.12.73

4. ebenda, S. 122
5. Stuttgarter Zeitung, 25.3.69
6. Campana Electoral ... S. 24
7. La corrupción en Venezuela, Centro Gùmilla, Caracas 78, S. 13
8. Zitiert nach Monitor-Dienst, 14.12.78
9. Frankfurter Rundschau, 3.1.79

Chile - Argentinien

Der Streit zwischen Argentinien und Chile um den Beagle-Kanal

(Zu den Hintergründen vergleiche "blätter..." Nr. 68) Am 8.1.79 vereinbarten die Militärjuntas von Argentinien und Chile ein Abkommen, nachdem Papst Johannes Paul II um Vermittlung im Grenzkonflikt um den Beagle-Kanal ersucht werden soll. Gleichzeitig verpflichten sich beide Seiten, auf jede militärische Aktion zu verzichten und die im Grenzgebiet zusammengezogenen Truppen schrittweise zu demobilisieren. Diese Übereinkunft ist das Ergebnis zweiwöchiger Vermittlungstätigkeit des päpstlichen Abgesandten Kardinal Antonio Samore, der Ende Dezember von beiden Regierungen als Schlichter akzeptiert wurde, nachdem bilaterale Verhandlungen gescheitert waren. (FR 10.1.79)
Gegenstand des Streites sind drei kleine, nahezu unbewohnte Inseln im Beagle-Kanal, einer natürlichen Wasserstraße zwischen Atlantik und Pazifik. Die 1967 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag Chile zugesprochenen Inseln werden gleichermaßen von Argentinien beansprucht, das diesen Schiedsspruch nicht anerkannte. Dabei geht es wohl nicht um diese Gebiete an sich, sondern um die dazugehörige 200 Meilen-Zone, die Chile bzw. Argentinien die Ausbeutung dort lagernder Bodenschätze (Erdöl) sichern.

Parallel zu den diplomatischen Verhandlungen beider Staaten liefen militärische Kriegsvorbereitungen. So trat beispielsweise das argentinische "Comité Militar", die höchste Entscheidungsinstanz, immer öfter zusammen, beide Armeen waren total mobilisiert, in Argentinien wurden Reservisten eingezogen, in einigen Städten gab es Verdunkelungsübungen. (NZZ 19.12.78)
Welche Bedeutung dieser Konflikt für beide Regierungen hat, wird deutlich, wenn man die innenpolitische Lage dieser Länder etwas näher betrachtet.

ATLANTIK
CHILE
ARGEN-TINIEN
BEAGLE-KANAL
PICTON
NUEVA
LENNOX
KAP HOORN

-.-.-. Grenze nach chilenischer Interpretation
- - - Grenze nach argentinischer Interpretation.

In Chile betrug die Inflationsrate Mitte 1978 immer noch 50%, die Arbeitslosenquote lag bei ca. 10%, der Erlös aus den Kupferverkäufen, dem wichtigsten Exportgut Chiles, ging auch 1978 weiter zurück (Länderbericht der Schweizerischen Bankgesellschaft Dez. 78). Ein schwerer Schlag für Pinochet und seine Junta war der Boykottbeschluß des interamerikanischen Gewerkschaftszusammenschlußes "ORIT" vom 26.11.78. Dieser Boykottbeschluß, der noch nicht in Kraft trat, soll auf die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Rechte in Chile hinwirken. Pinochet bildete daraufhin sein Kabinett um: alle mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigten Ressortminister und der Erziehungsminister wurden abgelöst und durch neue Ressortchefs (darunter 4 Zivilisten) ersetzt. Der neue Arbeitsminister Pinera kündigte wenige Tage später an, daß als erster Schritt zur Wiederherstellung aller gewerkschaftlichen Rechte die gewerkschaftliche Versammlungsfreiheit wieder eingeführt werde. (LM 28.12., 4.1.79, NZZ 4.1.79)

Das Auffinden von ca. 30 verstümmelten Leichen in einer verlassenen Kalkgrube führte zu weiteren großen Problemen für die Junta. Eine Demonstration anläßlich des 30. Jahrestags der Unterzeichnung der UNO-Menschenrechtsdeklaration, die wenige Tage später in Santiago stattfand, wurde aufgelöst. Dabei wurden mehrere Personen verhaftet. Die katholische Kirche Chiles warf der Junta vor, daß die meisten der seit dem blutigen Militärputsch vermißten Menschen in der Haft gestorben seien. (SZ 12.12.78)

In Argentinien ist zwar das Problem der offenen Arbeitslosigkeit weitgehend überwunden, aber bei einer Steigerung des Preisniveaus um 150% und gesunkenem Realeinkommen kann von einer wirtschaftlichen Normalisierung nicht die Rede sein. (Aussenhandelsblätter der Commerzbank 10/78)
Die Anfang November 78 vorgenommene Umbildung des Kabinetts ist wohl nur ein Zeichen für die internen Auseinandersetzungen in den argentinischen Streitkräften. Die verschiedenen Teilstreitkräfte benutzen den Konflikt mit Chile sicherlich auch dazu, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. So kaufte Argentinien 26 Mirage Jagdflugzeuge von Israel. Die Marine bestellte bei der Hamburger Werft Blohm und Voss zwei Fregatten. Für vier andere Schiffe liefert Blohm und Voss die Einzelteile, die dann in Argentinien zusammengesetzt werden. Insgesamt hat die Junta in der letzten Zeit ca. 3 Milliarden Dollar für militärische Zwecke im Zusammenhang mit dem Beagle-Konflikt ausgegeben (LM 9.11.78, 29.12.78, FR 13.12.78). Vereinzelt aufflackernde Streiks (die nach wie vor illegal sind), wie der der Eisenbahnarbeiter am 22.1.78 und die größte Menschenrechtsdemonstration (am 21.12.78) seit der Machtergreifung der Militärs sind weitere Anzeichen für die politische Anfälligkeit des Regimes Videla (Guardian 6.12.78, FR 23.12.78)

Insgesamt gesehen ist wohl auch der Konflikt um den Beagle-Kanal für beide Regierungen nichts anderes als eine willkommene Gelegenheit, um von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken.



Peru

Kriegsrecht in Peru
(Guardian, 8.1.79)

Die innenpolitische Situation in Peru wird weiterhin durch eine galoppierende Inflation (allein 1978 betrug sie 75%) und Kaufkraftverlust in breiten Bevölkerungsschichten bestimmt (der reale Wert der Löhne ist in den letzten 3 Jahren um mehr als 40% gesunken). Ursache hierfür sind die Forderungen des Internationalen Währungsfonds (siehe: "blätter..." Nr. 70) und die hohen Militärausgaben Perus (über 50% des Staatshaushalts).

Anfang 1979 wurden die Preise für Benzin (und damit die Transportkosten) und für das Grundnahrungsmittel Reis um über 20% (offiziell) angehoben. Die Maßnahme forderte Protestaktionen der Arbeiter geradezu heraus: Die "Generalföderation peruanischer Arbeiter" (eng verbunden mit der Kommunistischen Partei) rief zum 9.1.79 einen dreitägigen Generalstreik aus, der die Unterstützung weiter Kreise der peruanischen Linken erhielt.

Die Militärregierung reagierte prompt: Am 6.1. verkündete sie den Ausnahmezustand, setzte die Bürgerrechte außer Kraft, entsandte Militär- und Polizeieinheiten in die Minenzentren und die größeren Städte, und sie ließ über 200 Gewerkschafter und linke Politiker verhaften.

Über den Verlauf des Streiks sind bisher keine Meldungen eingegangen.

wawi

Uganda - Tansania

Niederlage am Kagera - Fluß.

Der Grenzkonflikt zwischen Uganda und Tansania.

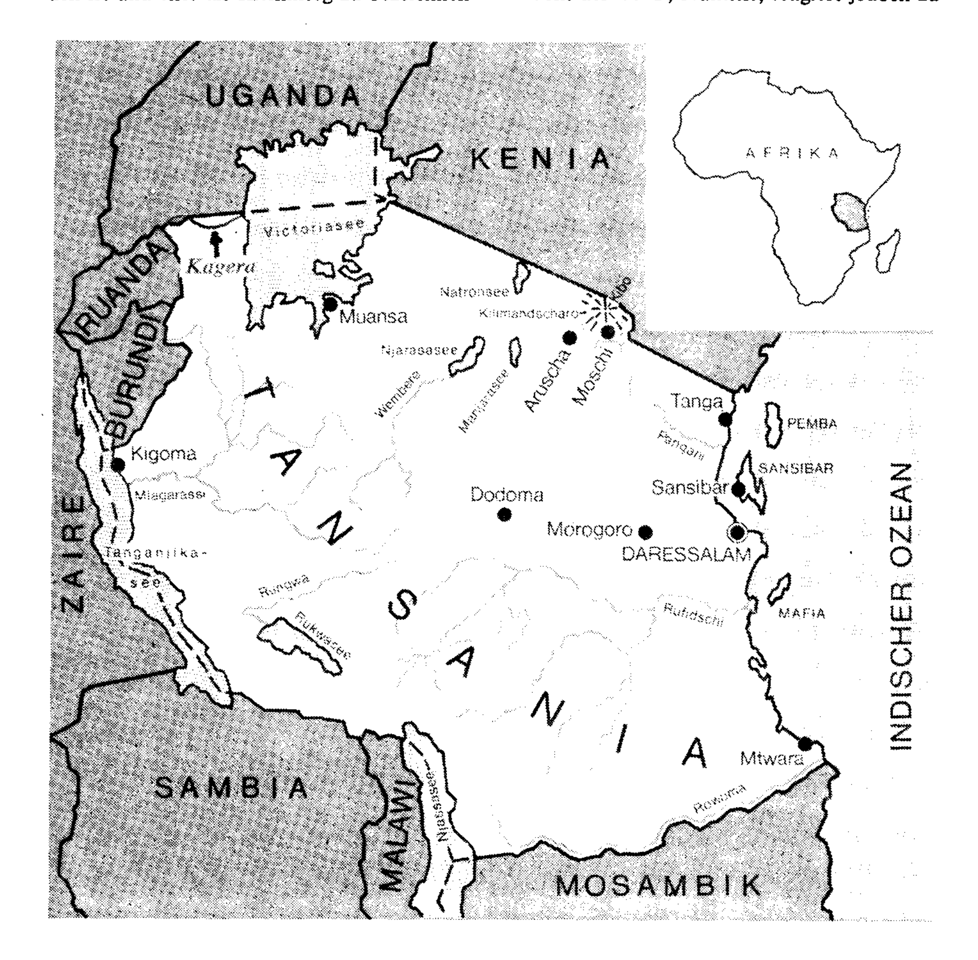
Der Kagera im äußersten Nordwesten Tansanias, 1000 km von Dar-es-Salaam entfernt, im Westen des Victoria-Sees, hat eine traurige Berühmtheit erlangt, seit Anfang November Ugandas Diktator Idi Amin die einzige Brücke über den Fluß sprengen ließ (Le Monde 5.11.). Der Kagera ist zur natürlichen Grenze zwischen 2 etwa gleich starken Heeren geworden (ca. 10.000 Soldaten), die sich seit dem Einmarsch von Amins Truppen in das südliche tansanische Territorium Ende Oktober vergangenen Jahres an den beiden Flußufern gegenüberstehen. Dem Einmarsch Amins waren wiederholte Erklärungen vorausgegangen, die Tansania fälschlicherweise der bewaffneten Grenzüberschreitung beschuldigten (Le Monde 14.10., 28.10.). Seitdem hat sich die militärische Auseinandersetzung festgefahren: Beide Seiten sind nicht in der Lage, den Fluß zu überqueren. Tansania muß zusehen, wie Uganda einen Teil tansanischen Landes besetzt hält und trotz wiederholter Rückzugserklärungen noch nicht freigegeben hat.

Wo Waffen nicht weiterführen, werden die Propagandaoffensiven immer heftiger und vernebeln die tatsächliche Situation und die Motive der Kontrahenten. Fest steht jedoch, daß dieser Krieg, der nie offiziell erklärt worden ist und eher als Kleinkrieg zu bezeichnen ist, die Wirtschaft der betroffenen Länder merklich belastet. Von Tansania ist bekannt, daß per Rundfunk zu Überstunden und Geldspenden aufgerufen wurde, eine Umsatzsteuererhöhung vorgenommen wurde und eine weitestmögliche Reduktion der Regierungsausgaben angekündigt wurde (Monitor Dienst 17.11.).

Für eine Beteiligung ausländischer Mächte an diesem Krieg liegen bisher keine Beweise vor, weder für eine Beteiligung Kubas auf tansanischer Seite, wie Radio Dar-es-Salaam verkündet (Monitor Dienst 20. u. 21.11.). Auch Großbritannien weist entgegen ugandischen Behauptungen jede Teilnahme an diesem Krieg zurück (SZ 11.11.).

Unklar ist die Zielsetzung Amins in diesem Krieg. Da seine militärischen Kräfte nicht weit reichen, kann der von ihm angezettelte Grenzkrieg wohl kaum das Ziel haben, mit Tansania im Interesse der imperialistischen Staaten die Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika, die von Tansania aus operieren, zu schwächen. Das Kaffee-Embargo der USA gegen Uganda und die pro-tansanischen Verlautbarungen von Außenminister Vance sprechen gegen ein solches Komplott der USA mit Amin (Le Monde 9.11.). Vielmehr scheint es Amin nur darum zu gehen, seinen von Tansania aus operierenden Vorgänger Obote zum Stillschweigen zu bringen und von Nyerere die bisher verweigerte Anerkennung zu erzwingen, innenpolitisch aber von der miserablen wirtschaftlichen Situation abzulenken.

Tansania hat die Verfolgung Amins über die eigenen Grenzen hinaus angekündigt und will bis zum Sturz Amins weiterkämpfen. Von der OAU verlangt Nyerere eine Verurteilung der ugandischen Aggression. Der derzeitige Präsident der OAU, Numeiri, reagiert jedoch zurückhaltend: Er will einen Verhandlungsfrieden zwischen beiden Ländern, den Rückzug Amins hinter die alten Grenzen (Le Monde 19.11.). Nyerere hat diese Gleichbehandlung von Opfer und Aggressor durch die OAU heftig kritisiert (FR 11.12.). Aber nicht nur die OAU, auch Kenia verweigert die erwünschte Unterstützung. Die kenianische Regierung könnte durch einen Boykott der Ölzufuhr, die ausschließlich über den kenianischen Hafen Mombasa erfolgt, Uganda in eine unlösbare Situation bringen. Aber für ein solches Eingreifen ist die Entspannung zwischen den Nachbarn Tansania und Kenia nocht nicht genügend fortgeschritten (Le Monde 13.12.).



Zimbabwe

(1. Sept. - Mitte Januar)

Die interne Lösung der schwarzen Mehrheitsherrschaft ist gescheitert!

Die Risse im Gebäude "interne Lösung" brechen auf. Die vielseitigen Versprechen der Übergangsregierung (Gleichstellung von Schwarzen und Weißen, Machtübernahme durch die schwarze Mehrheit) sind unhaltbar. Der Exekutivrat muß seine Konstruktionen vom 3. März 78 (Internes Abkommen) schon wieder niederreißen. "Der weiße Kominister für Inneres, Rollo Hayman, erklärte vor dem Parlament, daß die gemischtrassige Übergangsregierung, die seit dem 3. März im Amt ist, sich nicht in der Lage sehe, die erforderlichen Schritte bis zum 31. Dezember 78 zu verwirklichen" (FR 8.9.78). Am 27.12.78 gibt Hayman seinen Rücktritt und seinen Austritt aus der Regierungspartei Rhodesische Front bekannt. Muzorewa hingegen betont ungebrochen die Bedeutung von Wahlen gemäß dem internen Abkommen. Sein Heldenmut, dem bewaffneten Kampf allein durch Aufforderung an das zimbabwesche Volk Einhalt zu gebieten, ist einer knappen Erklärung vor dem UANC am 24. September gewichen. "Die Abhaltung von allgemeinen Wahlen sei wesentlich, wenn dem Guerillakampf Einhalt geboten werden soll und die interne Lösung internationale Anerkennung erhalten soll... Jedermann, der keine Wahlen wolle, fügte der Bischof hinzu, sei ein Feind des Landes" (MD 3.10.78). Im Widerspruch dazu erklärte Ina Smith im südafrikanischen Durban, daß ihn die Einhaltung des Zeitplans bzw. die Abhaltung von Wahlen noch in diesem Jahr (1978) überraschen würde. Bis dahin war weder eine Verfassung in Sicht, noch wurde mit der Registrierung der Wähler begonnen.

Muzorewa, Sithole und Chirau sind nicht nur gezwungen, fortwährend Kompromisse zu schliessen, auch ihre beiden Grundbedingungen, unter denen sie sich an der Interimsregierung beteiligt haben, konnten sie nicht verwirklichen. Die schwarze Mehrheit hatte bis zu Beginn dieses Jahres nicht die Macht übernommen, und bislang sind die Schwarzen den Weißen nicht gleichgestellt.

Der einzige Weiße im Exekutivrat (bestehend aus Muzorewa, Sithole, Chirau und Smith) weiß zu gut, wie schlecht es um die Chancen auf eine neokoloniale Lösung bestellt ist, wenn er sich jetzt hinter der internen Lösung verschanzt. Formal hat er sich am 17. November auf eine Verschiebung des Zeitplans

geeinig (s. Chronik in "blätter" Nr. 69 u. 72). Ursprünglich sollten die 80 000 weißen Wähler am 20. Oktober 1978 über eine neue Verfassung abstimmen. Nun haben sie am 30. Januar 79 abgestimmt und die Verfassung merhrheitlich angenommen (80%), natürlich unter Ausschluß der angeblich nicht entscheidungsfähigen schwarzen Bevölkerung. Denn die wird sich nach all den Jahren der Ausbeutung nicht für eine Sicherung weißen Besitztums bzw. angemessene Entschädigung nach Enteignung, für die Weiterzahlung von Renten an im Ausland lebende Rhodesier, usw. entscheiden. Bis zum 23. März wären die 72 "schwarzen" und jene 28 Parlamentssitze zu benennen, die den Weißen für zehn Jahre vorbehalten bleiben sollen. Am 20. Aprill schließlich sollen die Wahlen stattfinden (FR 18.11.78).

Die heikle Situation des Rassistenchefs kommentiert der Bonner Generalanzeiger so: "Ian Smith konnte sein Versprechen vom Frieden nicht einlösen und hat zwei immer stärker werdende Gruppen von Weißen gegen sich: Die "Konservativern", die weiße Privilegien bis zum bitteren Ende verteidigen wollen, und die "Progressiven", die einen Pakt mit der Patriotischen Front befürworten' (BGA 27.9.78).

Warum funktioniert die interne Lösung nicht?

Die Vereinbarung des Exekutivrats vom 17. November entspricht der Auseinandersetztung im Befreiungskampf, der im Gegensatz zu dem diplomatischen Geplänkel die Sache in Zimbabwe entscheiden wird. Denn nicht Smith und zuletzt auch Chirau zwingen die uneinsichtigen Mitglieder des Exekutivrats zur Verschiebung des Zeitplans, sondern die Patriotische Front zwingt die Übergangsregierung duch eine Intensivierung des bewaffneten Kampfe mehr und mehr in eine Verteidigungshaltung.

Die schwierige Wirtschaftslage Rhodesiens, der militärische Druck des Befreiungskampfs und damit der Druck auf die Übergangsregierung, an einer Allparteienkonferenz teilzunehmen, treiben Smith zu einem weiteren Versuch, Teile der Patriotischen Front wie ehedem seine drei schwarzen Kollegen für einen faulen Kompromiß zu gewinnen. Smith behauptet, das Geheimtreffen mit Nkomo sei auf Drängen des sambischen Präsidenten Kaunda zustandegekommen, - einleuchtend in Betracht der im August 78 aufgrund wirtschaftlicher Zwänge erfolgten Grenzöffnung nach Rhodesien. Die ökonomische Notwendigkeit, die kürzere Eisenbahnstrecke über Rhodesien für den rascheren Abtransport sambischen Kupfers über Südafrika und für den Import der zu dem Zeitpunkt dringend benötigten Düngemittels in Anspruch zu nehmen, und die wirtschaftliche Abhängigkeit des Commonwealthstaats von England erklären auch Aussagen Kaundas, die eine baldige Beendigung des Buschkriegs befürworten (MD 12.9.78).
Aber auch Nkomo hat die Übergangsregierung aufgefordert, sich mit der Patriotischen Front zu einigen, ehe es zu spät sei.

Ein FR Kommentator relativiert sein kaum verhohlenes Triumphgefühl, daß das Kalkül der westlichen Staaten aufgegangen sei, die Patriotische Front zu entzweien und den pragmatischen Nkomo für einen Kompromiß zu gewinnen, dahin, daß Nokomo dies in Anwesenheit des Marxisten Mugabe geäußert hat.

Nkomos Interesse an solchen Kontakten bestätigt sich durch sein Treffen mit Chirau in London kurz vor seiner Begegnung mit Smith und durch entsprechende Äußerungen, weitere Kontakte mit dem rhodesischen Ministerpräsidenten seien möglich, wenn dieser bereit sei, sich der Patriotischen Front zu ergeben. Smith habe angeboten, der Patriotischen Front die Macht zu übertragen, vorrausgesetzt, daß gewisse Dinge geschehen, behauptet Nkomo am 3. September 78 in Lusaka. Zutreffender sind wohl Gespräche über die Beteiligung Nkomos an der Übergansregierung.

Keine Kritik am Treffen sondern Zufriedenheit darüber, daß sich Nkomo den letzten Spaltungsmanövern von Smith widersetzt hat, äußert Mugabe am selben Tag in Maputo (MD 6.9.78). Die wahren Adressaten von Mugabes Kritik sind wohl die USA und Großbritannien, die versuchen, "in Zusammenarbeit mit Smith noch eine weitere intern Lösung zustandezubringen" (Erklärung Mugabes kurz nach der geheimen Zusammenkunft) (MD 4.9.78).

Die Frontstaaten außer Sambia lehnen solche Kontakte ab, ohne der Patriotischen Front Vorschriften machen zu wollen.

Die drei ausgebooteten schwarzen Marionetten interpretieren den Entwicklungsverlauf immer unrealistischer. Muzorewa und Sithole: "Smith müsse als Verräter angesehen werden, wenn sich die Richtigkeit des Geheimtreffens herausstellt. Smith werde jedoch bald ein unwichtiger Faktor sein, und die drei schwarzen Mitglieder der Übergangsregierung würden das Sagen haben" (FR 4.9.78).

Die Rassisten antworten mit einer Verschärfung der Repression

Den Abschuß eines rhodesischen Verkehrsflugzeugs am 4. September durch Befreiungskämpfer der ZAPU nimmt Smith als Anlaß, am 10. September den Kreigszustand über Teile des Landes auszusprechen.

Am selben Tag werden 21 Mitglieder des internen Flügels der ZAPU festgenommen, tags darauf weitere führende Funktionäre, wie den Vizepräsidenten der ZAPU, Josua Chinamano, erklärt. Auch Todesurteile sollen in diesen durchweg von Schwarzen bewohnten Gebieten ohne Überprüfung durch zivile Gerichte verhängt werden können! "Ian Smith könnte die Verhängung des Kriegsrechts sehr wohl als Vorwand benutzen, um überhaupt keine Wahlen abzuhalten". Das erklärte einer der 16 Schwarzen, die dem im übrigen immer noch "weißen" Parlament angehören, gegenüber der FR (FR 2.10.78). Das Kriegsrecht beinhaltet auch die Warnung an Nachbarstaaten, Terroristen innerhalb ihrer Landesgrenzen aufzunehmen, und die Ankündigung von Überfällen auf deren Stützpunkte.

Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem Smith alle Chancen einer internen Lösung verspielt, der Kontakt mit Nkomo nicht gebracht hat, und er selbst eine Allparteienkonferenz ablehnt. Smith wörtlich: "Die USA und Großbritannien können sich die Schuld an einem intensivierten Terrorkrieg teilen!"

Das Siedlerregime greift zu seinen letzten Mitteln. Im September 78 wurde die Wehrpflicht für die schwarzen Jaugendlichen ab Januar 79 angekündigt. Diese Maßnahme, von der etwa 1,5 Millionen Schwarze erfaßt werden, untermalen die schwarzen Marionetten folgendermaßen: "Diese sollen die am 3. März getroffene Vereinbarung, die am 31. Dezember den Übergang zur schwarzen Mehrheitsherrschaft vorsieht, gegen die Guerillakräfte der Patriotischen Front verteidigen..., weil sie vor allem den Schwarzen zum Vorteil gereicht" (MD 16.9.78). Nur rund ein Fünfel der im Dezember Einberufenen - nämlich nur 300 von 1544 - entscheiden sich für die Verteidigung der bestehenden Rechte oder leisten dem Einberufungsbescheid einfach nur Folge und erscheinen in den Kasernen.

Nach nicht einmal 13 Jahren des rassistischen Staates, dessen Bestand der Anführer seinen Rassengenossen für 1000 Jahre versprochen hat, werden die Aktionen des Rebellenregimes blindwütiger. Von Ende September bis Anfang November führt die Rassistenarmee eine militärische Offensive diesmal gleichzeitig gegen Sambia und Mosambik durch.

Vom 20. bis 23. September überfällt die rhodesische Armee mindestens fünf Stützpunkte der ZANLA, wie Reuter berichtet. Es handle sich um eine Selbstverteidigungsoperation gegen Camps der ZANLA Terroristen. Die ausgewogene Berichterstattung der FR verliert kein Wort über den zivilen Charakter der Lager. Denn die Ausbildungscamps der ZANLA befinden sich aus strategischen Gründen seit langem in Tansania (siehe "blätter des iz3w" Nr. 69 und 72).

Militärische Überfälle gegen Flüchtlingslager in Sambia und Lusaka und eben solche in Mosambik im Chimoio Bezirk startet die Rebellenarmee am 19.10.78. Bemerkenswert bei den Aktionen gegen sambische Flüchtlingslager am 19.10. und weiteren Anfang November ist die Tatsache, daß sie ohne Störungen der sambischen Armee verlaufen sind und die Angreifer über die Lager genauestens unterrichtet waren. Daß die sambische Behörden über die Schläge der rhodesischen Armee informiert waren, scheint nicht frei von Salisbury erfunden, sondern unterstreicht die schwierige Situation Sambias gegenüber Rhodesien. Angaben westlicher Diplomaten zufolge soll es sich bei den Lagern um Lusaka um vier ZAPU Militärstützpunkte und zwei Lager handeln, wo rund 14 000 zimbabwesche Schulkinder unter Aufsicht des UNO Hochkommissariats für Flüchtlinge leben. Bei dem Angriff auf das am 19.10. bombardierte Lager wurden 226 Jugendliche getötet und 629 verwundet. Die Biland der Angriffe vom 19.10. bis Anfang November, wie sie auch das UN Flüchtlingskommissariat bestätigt: 1500 Zimbabweflüchtlinge wurden getötet.

Welchen Aufwand das Smith Regime zur Inganghaltung seines Terrorkriegs betreibt, macht die Zahl von mehr als einer Million Dollar Kriegskosten pro Tag deutlich. Diese Kosten, öffentliche Kriegsanleihen eingerechnet, und die sinkende Moral der weißen Truppen bleiben nicht ohne Auswirkung. 1776 Weiße verliessen im September offiziell das Land (SZ 2.11.78). Im Oktober waren es 1834 Auswanderer, und 256 Personen wanderten ein. Die Gesamtzahl der Bevölkerung sinkt also weiter (Guardian 6.12.78). Die traurige Bilanz der getöteten Soldaten und Zivilisten und die negatzive Bilanz des Rassi-

stenregimes sind auf eine Intensivierung des militärischen Kampfes durch beide Seiten zurückzuführen.

Wie äußern sich ausländische Interessen in der jetzigen Phase des Befreiungskrieges?

Vor der Weltöffentlichkeit fordern die imperialistischen Staaten USA und Großbritannien eine Allparteienkenferenz, obwohl sie wissen, daß es eine Einigung auf allgemeine Wahlen unter Aufsicht rhodesischer Truppen, wie sie Smith verständlicherweise fordert, zwischen Patriotischer Front und Übergangsregierung niemals geben wird. Die Patriotische Front erkennt Großbritannien zurecht als alleinigen Verhandlungspartner an, stimmt aber einer Allparteienkonferenz ohne Vorbedingungen zu, um sich eine Legitimation für den bewaffneten Kampf zu geben. Ist daraus auf ein gemeinsames Vorgehen zwischen den USA und Großbritannien auf der einen und ZANU und ZAPU auf der anderen Seite zu schließen?

Nein, wohl kaum! In Wirklichkeit setzen die beiden Großmächte auf eine abgewandelte interne Lösung unter Wahrung ihrer wirtschaftlichen und strategischen Interessen. Daß die Labour Regierung Wilson und Callaghan und die konservative Regierung Heath, Öltransporte von Shell und BP über Südafrika an Rhodesien von 1965 bis jetzt geduldet haben, bescheinigt ihnen selbst die konservative Wochenzeitung Newsweek (Newsweek 2.10.78).

Entgegen geltenden UN Sanktionen erhält der gemischtrassige Exekutivrat von konservativen Senatoren eine inoffizielle Einladung in die USA, die die amerikanische Presse entlarvt. Sie gibt dem Exekutivrat zu einer Zeit, in der die Agressionen der Rebellenarmee Überhand nehmen, die Gelegenheit, in den USA das interne Abkommen ausführlich zu erklären und für eine Unterstützung im Kampf gegen die Patriotische Front zu werben. Am 12.10. muß Smith zugeben, daß es ihm bisher nicht gelungen ist, die US Regierung für seine interne Lösung des Konfliktes zu gewinnen. Zutreffend erklärte Mugabe am 7.10. in Maputo: „Die bloße Tatsache, daß Smith eine Einreiseerlaubnis erhalten hat, bedeutete, daß man ihm die Anerkennung gewährt, die er all die Jahre angestrebt hat. Das bedeutete Auftrieb für die sinkende Moral seiner Siedlerfreunde (MD 8.10.78)".

Im Gegensatz zu seinen aufwärtstreibenden Siedlerfreunden, die weiter an einem internen Abkommen festhalten, erklärt der Chef der „progressiven" weißen Opposition „National Unifying Force", daß die interne Lösung den Krieg gegen die Patriotische Front verschärft hat, daß bei wirklich demokratischen Wahlen die Patriotische Front gewinnen würde, und bei Verwirklichung des Smith - Abkommens die Weißen Rhodesien in wachsender Zahl verlassen würden (FR 14.10.78).

Die USA scheuen nicht, über ihren Polizisten im Nahen Osten auch direkte Waffenhilfe an die Rassisten, deren militärische Niederlage nur eine Frage der Zeit ist, zu leisten. Elf Hubschrauber des Typs Bell 205 aus Israel, der in seiner militärischen Version zum Truppentransport in Vietnam eingesetzt worden war, wurden auf der Luftwaffenbasis in Salisbury ausgemacht (FR 8.1.79). Insgesamt sind 205 amerikanische Hubschrauber im Einsatz (MD 15.12.78).

Die Söldnerwerbung schließlich soll die Lücken im weißen Heer auffüllen. Geplant ist die Verdoppelung der gegenwärtigen Zahl von 13 000 Söldnern in Zimbabwe (Monitor Dienst). Ein 34 jähriger Vietnamveteran erklärt während Smiths USA - Reise, er mache sich mit 300 Söldnern aus den USA auf den Weg nach Rhodesien. Ein ehemaliger französischer Söldner - in Rhodesien in Diensten des berüchtigten Bob Denard, der schon eine Reihe von Coups gegen unabhängige afrikanische Staaten oder Befreiungsbewegungen leitete, - berichtet in einem Interview mit der französischen Zeitung „Le Nouvel Observateur", daß französische Söldner in der rhodesischen Armee eine gesonderte Einheit bilden. Nach Schätzungen der Patriotischen Front kämpfen auch 4600 südafrikanische Soldaten in Zimbabwe (Guardin 11.10.78).

Die Lage der Patriotischen Front

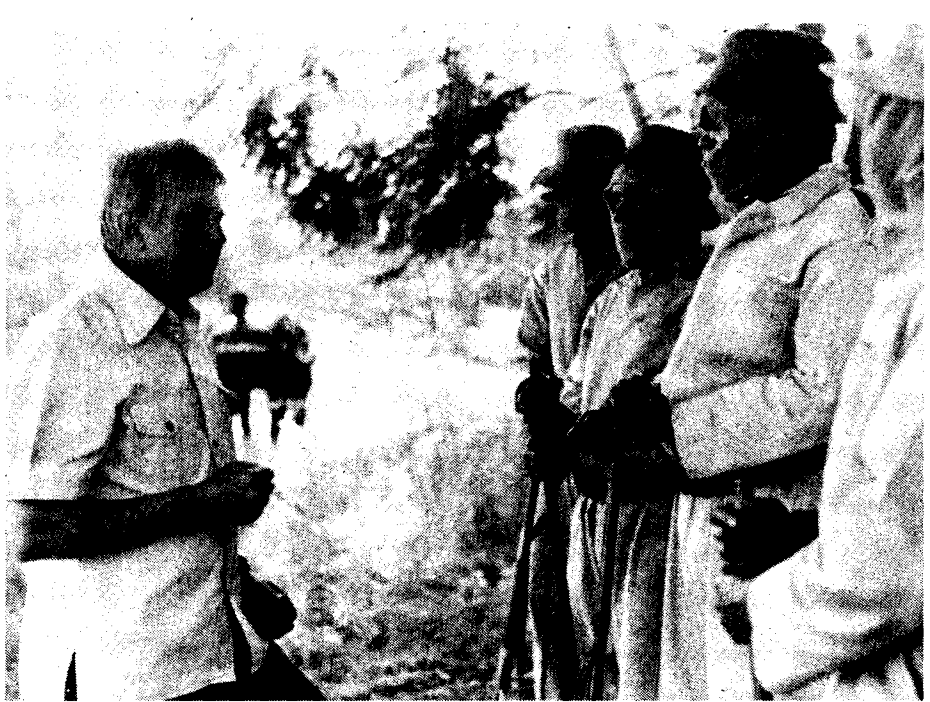
In dieser Situation ist die Patriotische Front geradezu gezwungen, den Guerillakampf zu intensivieren. Nkomo kündigte im September 78 eine Intensivierung des bewaffneten Kampfes an und prophezeite den militärischen Sieg seiner Streitkräfte bis März 79 (MD 11.9.78). Die Allparteien-Friedens-Konferenz sei für ihn „tot und begraben". Allerdings sind nur 30% aller Befreiungskämpfer ZAPU Leute. Nach Angaben des militärischen Hauptquartiers in Salisbury, das die Stärke der Guerillas eher herunterspielt, hat die ZANU in Monaten Mai bis Oktober 240 größere Angriffe innerhalb Rhodesiens durchgeführt, die ZAPU jedoch nur 84 (FR 24.11.78). ZANU und ZAPU sind nach wie vor bereit, an einer Allparteienkonferenz teilzunehmen, jedoch nur - wie Mugabe sagt - , "um der Welt zu beweisen, daß unser bewaffneter Kampf gerechtfertigt ist".

Daß der Befreiungskampf sehr viel härter geführt wird als bislang, macht eine unrühmliche Statistik deutlich: Mehr als 40% aller Zivilopfer des sechsjährigen Krieges starben in den ersten sechs Monaten des Jahres (1978), im gleichen Zeitraum fielen rund 25% aller bisher getöteten Smith Soldaten" (Spiegel 18.9.78). Der im lässigen Spiegeljargon runtergeschmierte Artikel läßt Zahlen über die vielen schwarzen Toten besonders unter Flüchtlingen in Mosambik, Sambia und Botswana missen.

Außerdem hat die Patriotische Front neben den militärischen Kosten auch die Kosten ziviler Projekte zu tragen, muß die Flüchtlingslager versorgen, Landwirtschafts- und Gesundheitsprojekte aufbauen und vorantreiben. Diesbezüglich zweckgebundene Spenden kommen der Patriotischen Front u.a. von kleinen europäischen Staaten zu - wohl auch in Hinblick auf einen zukünftigen Handelspartner abseits der aufgeteilten Märkte - Schweden, Norwegen, Holland.

Im folgenden übernehme ich einen Teil eines, wie ich meine, vor- und zutrefflichen Situationsberichts von Almut Hielscher aus Maputo, abgedruckt in der FR am 24.11.78. ew

Die ZANU hat Geldsorgen. "Wir brauchen 3,3 Millionen Dollar pro Monat, um unsere 100 000 Flüchtlinge und eine immer größere Anzahl von Menschen innehalb von Zimbabwe mit dem Notwendigsten zu versorgen", erklärt der Finanzsekretär der ZANU, Ernest Kadungure. Das Notwendigste sind Medikamente, Decken (eine Decke für drei Personen), Kleidung und Essen. Zur Zeit gibt es in den ZANU-Lagern nur zwei Mahlzeiten aus Mais und Bohnen. Für mehr recht das Geld nicht. Ernest Kadungure sagt: "Wir sind vollkommen auf die Spenden befreundeter Regierungen und Organisationen angwie- →



Farmer, private Schutztruppe

sen. Und diese Summe, die allein für nichtmilitärische Zwecke nötig ist, muß Monat für Monat neu aufgebracht werden."

Das zweite Problem der ZANU ist der Mangel an Waffen. Die Befreiungsbewegung verfügt zu Zeit - nach eigenen Angaben - über 40 000 Soldaten. Die meisten von Ihnen werden im Militärcamp von Nichingwere in Tansania ausgebildet und über Transitlager in Mosambik (in den Provinzen Tete und Manica) nach Rhodesien eingeschleust.

Die ZANU erhielt über lange Jahre den Hauptteil ihrer Waffen (meist leichtere Waffen für den Guerilla-Krieg) aus der Volksrepublik China. Doch seit dem Tode Mao Tse-tungs sind die chinesischen Waffenlieferungen immer spärlicher geworden. Außerdem braucht die ZANU seit der Intensivierung des Krieges, der neuerdings auch die Städte einschließt, mehr und mehr konventionelle Waffen, vor allem auch Flugabwehrwaffen; denn selbst in den "befreiten Gebieten" hat die rhodesische Armee noch immer die Luftkontrolle.

Seit einigen Monaten ist deshalb Robert Mugabe auf der Suche nach neuen Freunden. Nicht zufällig war er in der letzten Zeit in Äthiopien, Nigeria, Angola und in der Sowjetunion, die bisher - wohl wegen des Verhältnisses zu China - ein eher kühles Verhältnis zur ZANU hatte. Zweimal ist Mugabe mit dem kubanischen Führer Fidel Castro zusammengetroffen. Robert Mugabe sagt: "Wir bekämpfen den gleichen Feind - Imperialismus und Kapitalismus -, deshlab sind sozialistische Länder wie die Sowjetunion, Kuba oder die DDR unsere natürlichen Verbündeten. Unser gegenseitiges Verständnis entwickelt sich."

Auf die Frage nach dem bisher überaus engen Verhältnis zu China antwortet Mugabe: "Das hat eine lange Geschichte. China hat, im Gegensatz zur Sowjetunion, schon vor Jahren zugestimmt, uns auszubilden. Die meisten unserer eigenen Ausbilder wurden von Chinesen ausgebildet. Das hat eine enge Beziehung geschaffen." Doch er betont: "Aber die chinesische Politik ist deshalb nicht notwendigerweise auch unsere Politik."

Welche Antwort die sozialistischen Länder auf den Hilferuf der ZANU gegeben haben, ist noch nicht bekannt. Sicher ist, daß sie eine Bedingung gestellt haben - die Einheit von ZANU und Nkomos ZAPU, die schon seit Jahren von den sozialistische Ländern unterstützt wird....

Über den Weg zu freien Zibabwe macht Robert Mugabe keine langen Worte: "Der Sieg", so sagt er, "kommt durch den Lauf der Gewehre". Die ZANU ist siegessicher, steht doch die Regenzeit kurz bevor. "Denn der Regen ist der Freund der Guerilla", sagt Tongogara, "wir werden Smith einen nassen Sommer bescheren".

Rohstoffe

Internationale Spekulanten kontrollieren Welthandel mit Baumwolle

Seit den Anfängen der kolonialen Ausplünderung der Dritten Welt bis heute hat sich an der internationalen Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd wenig geändert: die armen Länder liefern billige Rohstoffe an die Industriemetropolen und kaufen dafür teure Fertigprodukte. Diese Aufteilung ist nicht naturgegeben, sondern Folge von Kolonialismus und wirtschaftlicher Abhängigkeit, und auch nicht gerecht, weil sie die Dritte Welt in vielfältiger Weise benachteiligt. Denn die Ausrichtung auf Rohstoffproduktion in Landwirtschaft und Bergbau verhindert den Aufbau einer Wirtschaft, die auf eigenen Beinen stehen kann und nützliche Dinge für den einheimischen Bedarf produziert: Lebensmittel, Konsumgüter und Ausrüstungen für eine einheimische Industrie. Beispielsweise wurden in der Sahelzone in der Zeit der größten Hungersnot Tomaten für den europäischen Markt angebaut und exportiert. Deshalb kann eine sinnvolle Entwicklungsstrategie langfristig nur den Weg über eine Zerschlagung der bestehenden Welthandelsstrukturen und den Aufbau selbständiger und lebensfähiger Volkswirtschaften in der Dritten Welt gehen.

Aber auch im Rahmen der bestehenden, ungünstigen Arbeitsteilung werden die Entwicklungsländer noch zusätzlich betrogen und von internationalen Konzernen ausgenommen. Eine Studie der UNCTAD (Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen) hat diese These am Beispiel der Baumwolle detailliert nachgewiesen (eine Kurzfassung der Studie findet sich in der Zeitschrift "Forum Vereinte Nationen" Nr. 9/78).

Baumwolle ist zwar keiner der "großen" Rohstoffe wie Kupfer oder Zinn, aber unerläßlich für die Textilindustrie und zudem wichtiger Devisenbringer für eine Reihe von Ländern der Dritten Welt (u.a. Obervolta, Mali, Sudan, Ägypten, Pakistan). Zugleich ist Baumwolle eines der spektakulärsten Spekulationsobjekte. Fünfzehn große internationale Gesellschaften, die zugleich mit mehreren Rohstoffen handeln, kontrollieren 80 bis 90 Prozent des Baumwollmarktes.

Alle diese Riesen haben höchst raffinierte Organisationen aufgebaut; die Vermarktungsinstitutionen der Produktionsländer können niemals mit Tempo und Flexibilität ihrer Operationen mithalten. Unter den Mitgliedern dieses Monopolclubs ist der Austausch von Marktinformationen an der Tagesordnung.

Sehr enge Beziehugen haben sich im Laufe der Zeit zwischen ihnen und den transnationalen Bankkonzernen gebildet; eine Firma kann zum Beispiel bei einer der größten Handelsbanken der Welt ständig Kredite bis zu 100 Millionen Dollar beanspruchen. Die meisten großen Handelsgesellschaften in Japan haben die Banken in ihre Konzernstruktur selbst einbezogen.

Sie alle behaupten, mit Profiten von ein bis zwei Prozent zu arbeiten. Das ist mehr als irreführend, denn die Struktur ihrer Firmenorganisation, charakterisiert durch gegenseitig verflochtenes Management, Zusammenschlüsse untereinander und mit Baumwollverarbeitungsfirmen, verschafft einen breiten Spielraum für finanzielle Kniffe, die den wahren Wert der Firmen und das Gewinnvolumen verschleiern.

Das viel gerühmte freie Spiel der Kräfte ist weitgehend eingeschränkt. Eine kleine Zahl sehr großer Handelsfirmen hat den entscheidenden Einfluß auf die Preise der Baumwolle in aller Welt. Die Wirtschaftsplanung der Entwicklungsländer, die mehr als zwei Drittel der Baumwolle produzieren, wird deshalb weiterhin bei der Gestaltung der Baumwollpreise eine untergeordnete Rolle spielen; sie müssen die großen Preisschwankungen mit ihrem lähmenden Einfluß auf ihre Exporterlöse und Entwicklungsfinanzierung hinnehmen.

Diese Zustände erklären die Berechtigung der Forderung der Entwicklungsländer nach einer "neuen Weltwirtschaftsordnung" und einem "integrierten Rohstoffprogramm", die auch zur nächsten UNCTAD-Tagung im Mai in Manila wieder erhoben werden. Kernstück dieser Pläne ist eine internationale Behörde unter UN-Aufsicht, die durch Käufe und Verkäufe auf den Rohwarenmärkten die Preise stabilisieren und der Spekulation den Wind aus den Segeln nehmen soll. Sie muß finanziell so gut ausgestattet werden, daß sie auch dem Großkapital Paroli bieten kann.

Allerdings dürfen wir bei der Unterstützung dieser Forderung eines nicht aus dem Auge verlieren: Es geht lediglich um die Beseitigung der gröbsten Auswüchse der kapitalistischen Weltarbeitsteilung, nicht um eine grundsätzliche Änderung des Systems. Im Gegenteil, die bisherige Welthandelsstruktur dürfte eher noch stabilisiert werden. Die "neue Weltwirtschaftsordnung" kann einige Nachteile für die Dritte Welt ausbügeln, aber eine langfristige Lösung für die Entwicklungsprobleme bietet sie nicht.

sth

Abhängigkeit ausgewählter Entwicklungsländer vom Baumwollexport
(Anteil der Baumwolle am Gesamtexport 1975 in %)

Land	%	Land	%
Ägypten	36,6	Sudan	46,0
Afghanistan	15,1	Syrien	24,5
El Salvador	14,8	Tschad	65,0
Guatemala	11,4	Uganda	11,4
Nicaragua	25,5	Zentralafr. Kaiserreich	31,2

Quelle: IWF, International Financial Statistics, Sept. 1976

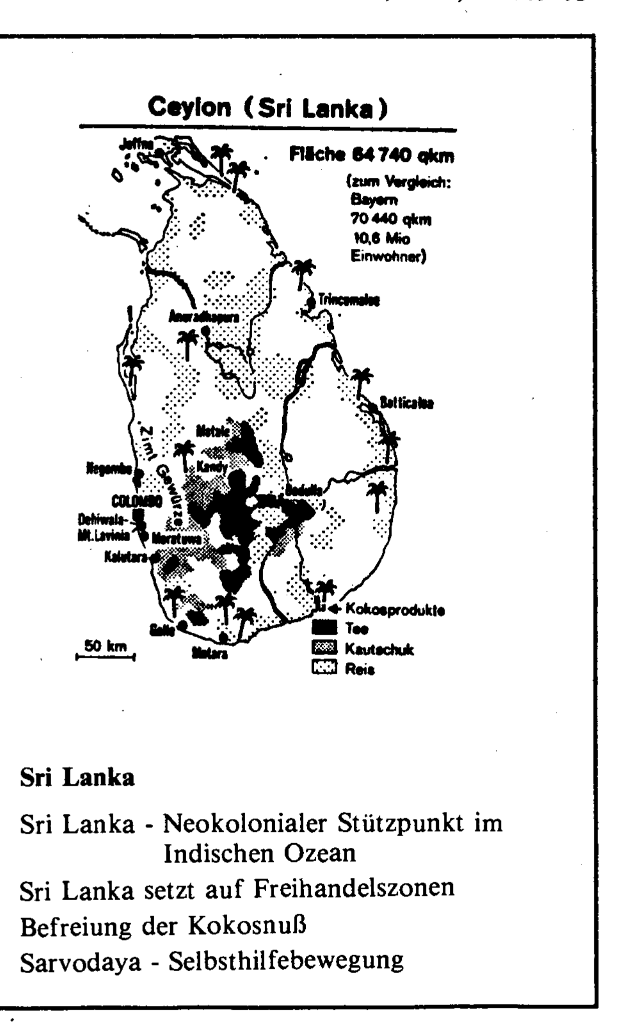
SRI LANKA

Ceylon, wie Sri Lanka mit altem kolonialem Namen noch häufig bezeichnet wird, ist zunehmend zu einem Touristenparadies geworden. Schon dies allein ist Grund genug, sich intensiver mit dieser Insel zu beschäftigen.
Interessanter noch wird Sri Lanka dadurch, daß sich durch einen parlamentarischen Machtwechsel - dem Übergang von der Bandaranaike-Regierung zu der von Jayewardene - die Verhältnisse scheinbar verändert haben. Diese Veränderungen werden in dem Artikel "Sri Lanka – neokolonialer Stützpunkt" dargestellt. Ein bedeutender Teilaspekt der Politik der neuen Regierung ist der Versuch, Freihandelszonen in Sri Lanka aufzubauen. Inwieweit Freihandelszonen zur Entwicklung des Landes beitragen können und welche Gefahren eine solche Entwicklung mit sich bringt, zeigt der Artikel "Sri Lanka setzt auf Freihandelszonen" auf.

"Die Befreiung der Kokosnuss" ist ein seltenes Beispiel dafür, daß ein Produkt, welches in kolonialen Plantagen hauptsächlich für den Export bestimmt war und noch ist, auch eine vielseitige Verwendungsform für die inländische Bevölkerung haben kann.

Schließlich haben wir noch ein Beispiel einer Selbsthilfebewegung - der "Sarvodaya-Bewegung" - vorgestellt und kritisch eingeschätzt, die trotz ihrer Kritik schon allein durch ihre Existenz Bedeutung erlangt und systemsprengende Dynamik in sich bergen kann.

Red



Sri Lanka
Sri Lanka - Neokolonialer Stützpunkt im Indischen Ozean
Sri Lanka setzt auf Freihandelszonen
Befreiung der Kokosnuß
Sarvodaya - Selbsthilfebewegung

Sri Lanka – Neokolonialer Stützpunkt im Indischen Ozean

Freie Marktwirtschaft und kapitalistischer Entwicklungsgang

In der internationalen Presse liest und hört man seit einem Jahr wieder häufig von dem kleinen Inselstaat Sri Lanka (Ceylon). 1977 wurde mit dem Wahlsieg des allgemein als 'konservativ' eingestuften Junius R. Jayewardene und seiner United National Party (UNP) eine neue Politik eingeleitet, die vor allem deshalb unsere Beachtung verdient, da hier zum einen die massive Einflußnahme des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (IBRD) deutlich wird, und zum anderen die Durchsetzung einer exportorientierten, weltmarktintegrierenden 'Entwicklungs'-Strategie sich abzeichnet.
Sri Lanka trat mit der Unabhängigkeit im Jahre 1948 das Erbe einer monokulturellen exportorientierten Kolonialwirtschaft an, die vor allem durch den Ausbau von Tee, Kautschuk und Kokospalmen geprägt war. Zwar wurde in den letzten 30 Jahren der Versuch unternommen, den Reisanbau auszuweiten und eine importersetzende Industrie aufzubauen, doch änderte dies wenig am Übergewicht der Plantagenwirtschaft. Häufige Regierungswechsel führten zu keiner Veränderung dieser aus der Kolonialzeit stammenden Strukturen und die verschiedenen Sechs-, Zehn- und Fünfjahrespläne blieben unbedeutende Dokumente.

Die Bandaranaike-Regierung 1970 – 1977

1968 hatten die großen, in der Opposition zur damaligen UNP-Regierung stehenden Parteien – Sri Lanka Freedom Party (SLFP, d.h. der Bandaranaike-Clan), die Lanka Sama Samaja Party (LSSP, d. ist trotzkistisch beeinflußte sozialistische Partei, nicht in der 4. Internationale) und die moskauorientierte Communist party (CP) – sich zur United Front zusammengeschlossen.
Bei den Wahlen 1970 errang dieses Wahlbündnis eine solide 2/3-Mehrheit im Parlament[1] und legte Ceylon auf einen nationalistisch gefärbten Staatskapitalismus fest, der mit sozialistischen Forderungen vertreten wurde.
Der Aufbau von staatlichen Konsumgüterindustrien, die Kontrolle des Devisentransfers, eine restriktive Importpolitik, die Nationalisierung des Plantagensektors sowie die Einleitung einer Landreform, die die Höchstgrenze für privaten Grundbesitz auf 50 bzw. 25 acres bei Reisland (1 acre = 0,4 ha) festlegte – all dies waren Maßnahmen, die qualitativ kaum Veränderungen brachten und letztendlich gar die Stellung der einheimischen Elite stützte.[2]
Die Existenzsicherung der Bevölkerung sollte durch die Subventionierung der Preise der Grundnahrungsmittel

gewährleistet werden; hinzu traten noch, im Vergleich mit anderen Ländern der 3. Welt, recht umfassende Sozialmaßnahmen: die kostenlose Verteilung von zwei Pfund Reis pro Person und Woche, kostenlose Primär- und Sekundarschulausbildung, freie medizinische Versorgung und unentgeltlicher Rechtsbeistand. Ein Hauptziel der damaligen Regierung war der Abbau der permanenten Arbeitslosigkeit. Doch dieses Wahlversprechen wurde nicht realisiert. Bis 1971 nahm die Arbeitslosigkeit besonders unter den Jugendlichen ständig zu.

In dieser Situation kam es im April 1971 zu einem bewaffneten Aufstand unter der Führung der Janata Vimukhti Peramuna (JVP, People's Liberation Front)— einer Partei, die aus einer Abspaltung von einer pro-chinesischen kommunistischen Partei sich heraus entwickelte und erstmals 1970 bei den Parlamentswahlen öffentlich in Erscheinung trat. Getragen wurde dieser revolutionäre Kampf hauptsächlich von den verarmten singhalesischen Bauern des zentralen Hochlandes und des Süd-Westens der Insel, während im Zentrum der nördlichen Trockenzone (Gebiet zwischen Anuradhapura und Polunaruwa) vor allem ländliche, arbeitslose Jugendliche zu den Waffen gegriffen haben sollen. Diese Bauern und Jugendliche führten mit ihren bescheidenen Mitteln einen Kampf gegen das Bandaranaike-Regime, das sie sehr stark in Bedrängnis gebracht hatten. Allein dank einer internationalen Konter-revolutionären Allianz – die USA, England, Australien, Rußland, Jugoslavien, Ägypten, Indien und Pakistan lieferten militärische Hilfen, die Chinesen wirtschaftliche Unterstützung und politischen Beistand – und einer brutalen Kriegsführung konnten die Aufständischen in relativ kurzer Zeit besiegt werden. Ca. 10 000 Personen starben während der bewaffneten Auseinandersetzungen und ca. 50 000 JVP-Anhänger oder Verdächtige wurden verhaftet und in sog. 'Umerziehungslager' festgehalten.[3]

Nach diesem Aufstand trat unter den Bedingungen des Nationalen Notstandes die Regierung die Flucht nach vorne an und verabschiedete – um die zunehmenden Konflikte abzuleiten – eine neue Verfassung, welche neues Nationalbewußtsein proklamierend den Namen Ceylon in Sri Lanka (das ist der alte traditionsreiche singhalesische Name für die Insel) umänderte. Der in der Koalition führende Bandaranaike-Clan konsolidierte in den Jahren bis 1976 so stark seine Position, daß die Vetternwirtschaft und Korruption enorm zunahmen[4], der Staat nicht von erfahrenen Technokraten, sondern vor allem von Mitgliedern oder Anhängern des Bandaranaike-Clans gelenkt wurde, welche oft Laien in der Regierungs- und Verwaltungsarbeit waren.

50 % des Jahresbudgets wurden für Lebensmittelimporte aufgewandt, statt der im Fünfjahresplan (1972 – 1976) festgelegten Produktionssteigerung von 6 % wurde real nur 2,8 % erreicht, die produktiven Kapazitäten waren nur zu 40 % ausgelastet, der Rohstoffimport war zu knapp. Die hohen Ausgaben für die Sozialpolitik und die Ölpreisverteuerung 1973/74 lasteten schwer auf dem nationalen Haushalt. Der Schuldenberg wuchs in dieser Periode auf 30 Mio. Dollar und ein Drittel der erwirtschafteten oder als Spende erhaltenen Devisen mußte für Zinsen und Tilgung ausländischer Kredite aufgewandt werden. Diese generelle Situation der Knappheit trieb die Arbeitslosigkeit und die Inflationsrate immer mehr in die Höhe. 1976/77 führten die Verteuerung und eine zusätzliche Versorgungskrise mit Fisch und Kokosnuß zu großen Streikbewegungen (staatliche Busunternehmen, Eisenbahner, Arbeiter der staatlichen Tobacco-Company). Um einen Mißtrauensantrag der Opposition abzublocken, ließ Frau Bandaranaike im Februar 1977 den Staatspräsidenten Gopallawa das Parlament bis zum 19. Mai, also fast bis zum Ende ihrer Amtszeit suspendieren.[5]

Wegen wirtschaftspolitischer und ideologischer Differenzen und des wachsenden Einflusses der SLFP-Rechten war die LSSP 1975/76 aus der Koalition ausgeschieden, während die CP bis Anfang 1977 in der Regierung blieb.

So standen sich im Juli 1977 eine dennoch siegesgewisse SLFP, eine in der Opposition gestärkte UNP und die neugegründete United Left Front (ULF = LSSP und CP und Peoples Democratic Party (PDP)) gegenüber.

Mit geschickter Demagogie, die zahlreichen Fehler der alles andere als sozialistischen Politik der SLFP hervorhebend, konnte sich die UNP als für den Kampf gegen die Krise starke Partei präsentieren, und die ULF, welche wegen der späten Trennung der CP von der Regierung viel zu kurzfristig zustande gekommen war, besaß zu wenig Profil und politischen Einfluß.

Für die Wählermassen war das alte Image der UNP als einer 'uncles-and-nephews-party', als einer korrupten, westlich orientierten, britisch erzogenen, mitunter noch kolonial zu charakterisierenden Partei der Konservativen und Reichen zugunsten einer erneuerten, verjüngten, fortschrittlichen Volkspartei (der Singhalesen) gewichen. Es war Janius Jayewardene, obwohl er in allen UNP-Kabinetten vor Sirimavo Bandaranaike als Minister verschiedener Ressorts vertreten war, unter der nicht näher präzisierten Vorstellung des Begriffs 'demokratischer Sozialismus' und des moralischen Appells zur 'neuen Gesellschaft' gelungen, der Masse der lankanischen (Einw. Sri Lankas) Wähler das Bild einer neuen, anderen, reformierten UNP einzuprägen. Dadurch erklärt sich, daß eine Wahlpropaganda sowohl der SLFP als auch der United Left Front, die sich auf das 'alte Feindbild' fixierte, an diesem neuen UNP-Begriff der Masse der Wähler vollkommen vorbeiging. Es war offensichtlich auch unmöglich, den Wählermassen klar zu vermitteln, in der UNP die korrupte unfähige Regierungspartei von vorgestern wiederzuerkennen, nachdem 7 Jahre Korruption und wachsende Wirtschaftskrise die SLFP Bandaranaikes diskreditiert hatten. Unter hoher Wahlbeteiligung – 85,7 % – setzte sich ein mittlerweile traditionelles Wahlverhalten durch, indem die Masse der Wählerschaft wieder einmal die größte Oppositionspartei favorisierte. In ökonomisch unbefriedigender Situation – und das ist eine sich verschärfende Lebenserfahrung seit der Mitte der 50er Jahre – setzen die Wählermehrheiten auf die Versprechungen der jeweiligen Hauptoppositionspartei. Deren Visionen einer besseren Zukunft, wie unklar sie auch formuliert sein mögen, werden honoriert durch Vertrauensvorschuß, bei ständiger Bereitschaft bei der nächsten Wahl wieder umzuschwenken.

Die Konstruktion des Mehrheitswahlrechtes, die klare Mehrheitsbildungen auch bei absolut schwächeren Stimmenverschiebungen (wie beispielsweise 1970) bei der Sitzverteilung in der Nationalversammlung zuläßt, begünstigt diesen Turnus.

So zeigte die Wahl von 1977 als Resultat eine derart ungleichgewichtige Sitzverteilung, daß die Brauchbarkeit des Wahlsystems für Sri Lanka zum erstenmal äußerst fragwürdig erscheint. Von 168 möglichen Sitzen der National State Assembly (NSA) errang die UNP allein 140 Sitze. Das sind 83,33 % aller Parlamentssitze, erworben auf der Basis von 50,92 % der Wählerstimmen. Die UNP ist damit die erste Partei der Insel, der es gelang, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Jedoch nach wie vor an zweiter Stelle der Wählergunst – wenn auch abgeschlagen – steht dem Stimmenanteil nach die SLFP mit 29,72 % der Stimmen. Sie erhielt aber nur 9 Parlamentssitze, d.h. 5,36 % der Mandate. Wohingegen das kommunale Wahlbündnis der tamilischen Min-

derheitsbevölkerungsgruppe, die Tamil United Liberation Front mit ihrem Anteil von 6,75 % der Wählerstimmen durch die Mehrheits-prämie des Wahlsystems zur größten Oppositionspartei im Parlament wurde mit 18 Mandaten, das sind 10,71 % der Sitze.

Verteilung der Wählerstimmen zur NSA 1977 (1970):

Parteien	Stimmen absolut		%	
UNP	3.179.221	(1.876.956)	50,92	(37,92)
SLFP	1.853.301	(1.812.849)	29,72	(36,63)
TULF	421.488		6,75	
TC		(115.567)		(2,33)
FP		(245.747)		(4,96)
CWC	62.707		1,0	
LSSP	225.317	(433.224)	3,61	(8,75)
CP	123.856	(169.229)	1,98	(3,42)
Unabhängige	353.073	(225.559)	5,65	(4,56)

Sitzverteilung in der Nationalversammlung Sri Lankas nach den Wahlen 1977 (1970):

Parteien	Sitze 1977		% der Sitze	
UNP	140	(17)	83,33	(11,3)
SLFP	9	(90)	5,36	(60,0)
TULF	18		10,71	
TC a)		(3)		(0,2)
FP a)		(13)		(8,7)
CWC	1		0,06	
CP		(6)		(4,0)
Unabhängige b)		(2)		(1,3)
Gesamt	168	(150)	100	(100)

a) der Tamil Congress (TC) und die Federal Party (FP) bildeten für 1977 die Tamil United Liberation Front (TULF).
b) der Unabhängige Kandidat, der 1977 einen Parlamentssitz erringen konnte, trat noch im August der SLFP bei.

Quellen: Economic Review, Vol. 3 No. 2, May 1977 und Vol. 3, No. 4, July 1977, Colombo

Die neue Politik der UNP-Regierung

Der Regierung Jayewardene stellten sich bei der Regierungsübernahme 1977 folgende Hauptaufgaben:

a) die Schaffung einer funktionsfähigen Wirtschaft
b) die Beseitigung der politischen Instabilität und die Festigung der Machtposition der UNP (SLFP und UNP wechseln sich seit der Unabhängigkeit Sri Lankas ständig in der Regierungsverantwortung ab)
c) die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Die Maßnahmen der UNP-Regierung zur Produktivitätssteigerung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind konkret:

die beschleunigte Durchführung des Bauprogramms zur Nutzbarmachung der Wassermassen des Mahaveli-Flusses (Accelerated Mahaveli Program), wodurch ein Trockengebiet von 3645 qKm neu bewässert werden und 500 000 landlose Familien Landbesitz erhalten sollen, sowie 12 große Staudämme entstehen und 500 Megawatt Elektrokapazität geschaffen werden.

- die Einrichtung von Freihandelszonen bei Trincomalee an der Ostküste sowie nördlich der Hauptstadt Colombo, mit ausgebauten Infrastruktureinrichtungen als Anreiz für ausländische Investoren.
- ein öffentliches Bauprogramm von 100.000 Wohnungen für den Mittelstand und die auf kapitalistische Modernisierung ausgerichtete Planung der Markt- und Industriestadt Colombo (Greater Colombo Development Plan).

Doch für diese wirtschaftlichen Entwicklungsmaßnahmen fehlen der vom Exporteinkommen der Plantagen abhängigen Volkswirtschaft Sri Lankas die finanziellen Ressourcen: Also wandte sich die UNP-Regierung wieder an bilaterale und Multilaterale Geldgeber, welche unter ihren politischen und wirtschaftlichen Bedingungen auch zu Kreditzahlungen für die anstehenden Projekte kapitalintensiver Entwicklungspolitik bereit waren. Der Rupee wurde um 100 % abgewertet, die Kontrolle des Devisenverkehrs und die Importrestriktionen aufgehoben, Verstaatlichungen teilweise rückgängig gemacht, Konsumgütersubventionen und öffentliche Sozialleistungen gekürzt. Der private Sektor, ob nationales oder ausländisches Kapital, ist wieder gefragt, Wirtschaftsgesetze mußten umgeschrieben werden etc. – der marktwirtschaftliche Kapitalismus, wie von der Weltbank, dem IWF und den westlichen Geberländern favorisiert, hält in Sri Lanka wieder seinen Einzug. Ronnie de Mel, Finanzminister, beschrieb die neue Tendenz so: „Profit darf in diesem Lande nicht länger ein Schimpfwort sein".[6]

Am deutlichsten manifestiert sich Sri Lankas Ausverkauf nationaler Interessen in den Konzessionen, welche ausländischen Investoren v.a. im Zusammenhang mit der Free Trade Zone, deren Einrichtung sehr teuer ist und beschäftigungspolitisch nur geringe Effekte haben wird, gewährt werden.[7]

Die kapitalistischen Reformen der „Politik der offenen Tür" werden – wie in den anderen von IWF/IBRD beherrschten Ländern in kürzester Zeit das schon ungünstige Zahlungsbilanzverhältnis zu einem gewaltigen Defizit verwandeln!

Hinsichtlich der gewünschten privaten Investoren soll Premier Jayewardene zwar gesagt haben „Let the robber barons come", um dann einzuschränken: „nicht für immer, aber für 10 – 15 Jahre. Danach wird alles in eine sozialistische Ökonomie umgewandelt"[8] Doch solche Äußerungen sind nichts als platte Demagogie angesichts der Verankerung und Absicherung der Kapitalistischen Entwicklungspolitik in der neuen Verfassung vom September 1978.

Die neue Verfassung der „Democratic Socialist Republic of Sri Lanka"

Mit der Revision der alten, stark von der LSSP beeinflußten Verfassung aus dem Jahre 1972 will die UNP die 'neue Ära' auch konstitutionell absichern. Sie soll als legitimierende Basis zur Durchsetzung des kapitalistischen 'Entwicklungs'-wegs dienen.

Mit der Einführung eines neuen Wahlrechtssystems und der Schaffung der Institution eines vom Volk alle sechs Jahre direkt zu wählenden mit Exekutivgewalten ausgestatteten Präsidenten wird politische Kontinuität angestrebt. Der Präsident soll in Zukunft den Ministerpräsidenten, dessen Minister und die neugeschaffenen Distriktsminister berufen und entlassen können. Jayewadene, der am 1. Januar 1978 zum ersten Präsidenten der Republik gekürt wurde, bleibt zudem ein Jahr über den nächsten Wahltermin im Jahre 1983 hinaus, also bis 1984, im Amt – ein weiteres Mittel, den neuen politischen Kurs längerfristig abzusichern.

Welche Aspekte enthält nun die neue Verfassung:

Die bürgerlichen Rechte werden ausgedehnt, Restriktionen im Interesse von „Sicherheit", „Nationaler Einheit" dagegen formuliert. Die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit wird bekräftigt (nachdem die UNP zuvor die passenden Richter neubenannt hat!), Tamil wird nun als gleichberechtigt neben dem Singhalesischen, das auch weiterhin offizielle Sprache des Landes bleibt, anerkannt. Durch Distrikt-Ministerien soll die Dezentralisierung der politischen Macht eingeleitet werden. Zur Sicherung der privaten Investitionen in den Freihandelszonen wird die volle staatliche Garantie vor Nationalisierung oder gar Enteignung gegeben.

Die innenpolitischen Konsequenzen der UNP-Politik

Zum ersten Jahrestag der UNP-Regierung wartete die Pres-



se mit einer propagandistisch großangelegten Zwischenbilanz der bisherigen 'Erfolge' auf. Nun wissen wir, daß die Ziele der Arbeitsbeschaffungsprogramme in keinster Weise erreicht, die Arbeitslosenziffer eher gestiegen waren. Diese Tatsache überspielte die Regierung jedoch, demagogisch geschickt, mit dem Hinweis, daß der Erfolg ihrer Politik sich erst nach mehreren Jahren einstellen und somit erst dann beurteilt werden könne. Es wurde in Aussicht gestellt, durch weitere Neueinstellungen in der Verwaltung, durch eine zentrale Arbeitsvermittlung (Job Card Scheme) und durch die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen über die Errichtung von Freihandelszonen und über weitere Entwicklungsprojekte bis Ende 1979 493.000 Arbeitsplätze zu schaffen.

Die United Left Front griff in einer scharf formulierten Kritik diese Versprechen der Regierung an. Selbst unter der Annahme – so argumentierte die ULF – von ca. 500.000 neuen Arbeitsplätzen bis Ende 1979 (also in 2 1/2 Jahren seit Regierungsantritt) gelänge es nicht, die hohe Zahl von 1,5 Mio. Arbeitslosen (ca. 20 % der Arbeitsfähigen) drastisch zu senken.

Denn allein durch den Zuwachs von 250.000 arbeitsfähigen Jugendlichen pro Jahr würden die neugeschaffenen Arbeitsplätze mehr als aufgebraucht. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird sich also auch weiterhin in aller Schärfe stellen.[9]

Zur Ablenkung von den schwachen wirtschaftspolitischen Erfolgen richtet die UNP ihre Propaganda seit Sommer '78 auf die politische Verurteilung der ehemaligen Regierung Bandaranaike.

Der clevere, klassenbewußte Politiker Jayewardene hatte zwar Sirimavo Bandaranaike in einer Geste der Versöhnung angeboten, die erste Präsidentschaft zu übernehmen, wobei Jayewardene Premierminister geblieben wäre. Doch Frau Bandaranaike schlug diese Koalition von UNP und SLFP – zwei von ihrer Klassenposition her fast identischen Parteien (der Bandaranaike- und der Jayewardene-Clan sind die einflußreichsten Familien innerhalb der Bourgeoisie Sri Lankas) aus; seitdem ist die Kampagne voll darauf gerichtet, die politischen Gegner endgültig aus der Bahn zu werfen.

Bei der Parlamentsdebatte um die neue Verfassung nahm die SLFP – wie die TULF – nicht nur eine ablehnende Haltung ein, sondern Mrs. Bandaranaike, bezeichnete Jayewardene schon als einen zukünftigen Hitler, der die Machtkonzentration zur Errichtung eines autokratischen Staates nutzen würde. (Mrs. Bandaranaike vergaß hier allerdings den eigenen Machtmißbrauch unter ihrer Herrschaft)[10]

Die Stimmung in der Öffentlichkeit über die Auswirkungen der neuen Politik beschreibt kritisch und treffend ein Leitartikel zum Tag des Inkrafttretens der neuen Verfassung: „Für die Bevölkerungsmehrheit hat die neue Regierungspolitik bislang nur mehr Opfer und Belastungen bedeutet. Ihr Groll wird umso größer. Denn während es ihnen schlecht geht, sehen sie überall um sich herum eine neue Klasse von Leuten, die mit ihrem neugefundenen Reichtum prunken. Und diese Klasse umfaßt besonders einige Führer, welche das Volk zu größeren Anstrengungen und mehr Opfern ermahnen."[11]

Der Leitartikel deutet in seinem Schlußsatz die gegenwärtigen Verhältnisse an: Das Volk wird wegen seiner Faulheit beschimpft, als Heilmittel dagegen wird die radikale Kürzung staatlicher Sozialleistungen ins Feld geführt. So ist die freie Reisration – um nur ein Beispiel zu nennen – um 50 % auf 450 gr pro Woche reduziert und auf jene Familien mit einem monatlichen Höchsteinkommen von 300 Rupien (ca. 35,– DM) begrenzt worden.[12] Verschärfung der sozialen Verhältnisse als Antriebsmotiv zur Mehrarbeit, deren Früchte andere einstecken!

Die einheimische Bourgeoisie hingegen leistet es sich, zur Befriedigung ihrer Luxus-, Unterhaltungs- und Bildungsbedürfnisse ab Januar 1979 das Farbfernsehen in Sri Lanka einzuführen. Und: Für die Reichen ist es heutzutage kein Problem mehr, in den besseren Geschäften Colombos teure HiFi-Türme aus Japan, elegante Kinderwagen oder auch besten Fisch in Dosen aus England bequem und ohne große Umstände einzukaufen.[13]

Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß eben wegen der Importliberalisierung innerhalb der einheimischen Bourgeoisie sich ein Konfliktpotential angesammelt hat, das durchaus die jetzige Wirtschaftspolitik zu einer, wenn auch nicht fundamentalen, Kursänderung führen könnte. Denn diejenigen Kapitalisten, die vorwiegend für den nationalen Markt einfache Güter produzieren, sehen ihre Existenz wegen der starken ausländischen Konkurrenz stark bedroht.

Bedeutsam ist auch das bisherige Verhalten der UNP gegen die Gewerkschaften: Nachdem die Regierung im Januar durch Veröffentlichung eines „White Paper on Labour" gewerkschaftliche Arbeit diskriminiert, Streiks als entwicklungsschädigend charakterisiert und damit auch polizeistaatliche Ordnungsmaßnahmen angekündigt hatte, verfuhr sie bei der gewaltsamen Zerschlagung eines Bankangestellten-Streiks im Juli 1978 auf brutale Weise. Der vom Joint Trade Union Action Committe (in Sri Lanka gibt es keine

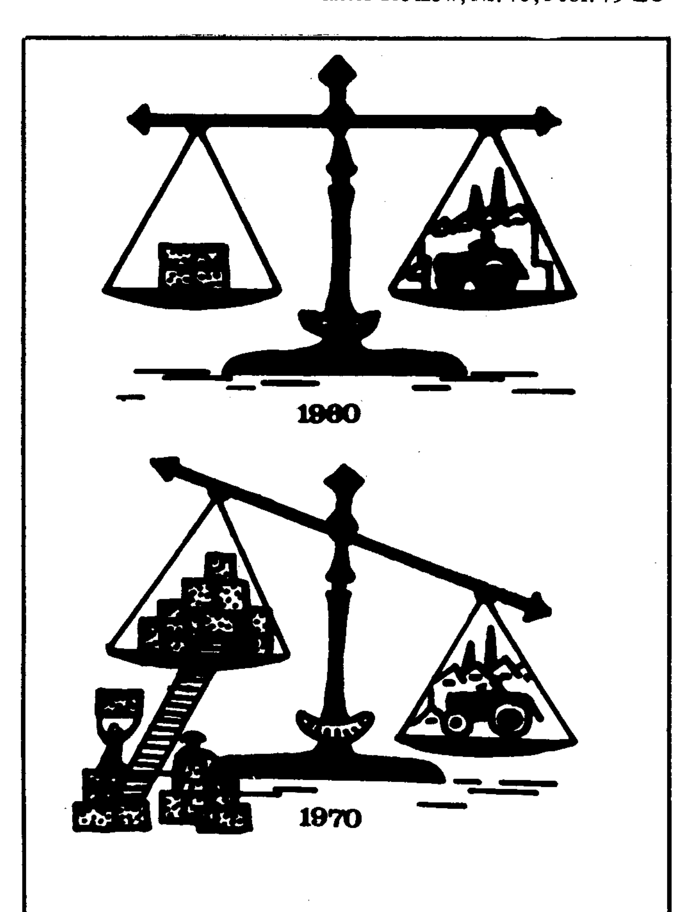


Hinter jeder Tür lebt eine Familie

Einheitsgewerkschaft, sondern für jede Branche/Berufsgruppe parteilich orientierte Gewerkschaften) für den 28.9.1978 angesetzte Streik zur Durchsetzung voller demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte und einer allgemeinen Gehaltserhöhung um Rs. 150/pro Monat wurde von der Regierung massiv kritisiert.
Es wurde unterstellt, daß 'Terroristen' hinter dem von den Gewerkschaften und der ULF geplanten Streik stünden, um die Rassenkonflikte wieder neu zu schüren. Außerdem sei der Streik nicht ökonomisch, sondern politisch motiviert.[14] Massenhafte Entlassung bei Fernbleiben vom Arbeitsplatz wurde angekündigt und mit Polizeieinsatz gedroht. Die Gewerkschaften sagten daraufhin den Streik ab, resümierten allerdings triumphierend, daß die UNP Unsicherheit und Panik gezeigt habe; ihr undemokratischer, volksfeindlicher Charakter sei offen zu Tage getreten.[15]
Auch der ethnische Dauerkonflikt zwischen den Tamilen und Singhalesen Sri Lankas, der sich zuletzt massenhaft in gewaltsamen Unruhen im Sommer 1977 wieder einmal entlud, ist für Junius Jayewardene stets ein Anlaß, die rein ethnische Komponente dieses Konfliktes übermäßig hervorzukehren und somit von den wahren sozialen und wirtschaftlichen Problemen abzulenken.
Wir wollen nochmals die Frage aufgreifen, warum durch das neu eingeführte Präsidialsystem so große Machtbefugnisse auf die eine Person des Präsidenten konzentriert werden. Offiziell, und das ist die Sichtweise der Herrschenden, heißt es, es bedürfe einer 'starken Hand', um das Land zu neuen, besseren Ufern zu führen. In der Realität bedeutet dies aber, daß die objektiv bestehenden Konflikte in der lankanischen Gesellschaft immer größere Dimensionen annehmen werden und die Herrschenden nach geeigneten Mitteln suchen, um diese Konflikte zu ihren Gunsten zu lösen, d.h. brutal zu unterdrücken. Die UNP wird ohne Zweifel bei andauernder Krise zu einer zunehmend repressiven Politik gegen oppositionelle Bewegungen Zuflucht nehmen. Die linken Parteien und die Gewerkschaften sind davon besonders betroffen.

Die Oppositionsparteien in Sri Lanka

Die SLFP ist als Repräsentant des nationalen Industriekapitals allgemein an einer mehr eigenständigen national orientierten staatskapitalistischen Wirtschaftsentwicklung interessiert. Die Partei ist jedoch gespalten in einen ‚linken', eher staatskapitalistisch und einen einflußreichen rechten, eher privatwirtschaftlich ausgerichteten Flügel. Die Stellung der Rechten charakterisiert recht anschaulich ihr Repräsentant Felix Dias Bandaranaike, der bis 1977 Finanzminister war und 1976 in seiner Budget-Rede die Weltbank als eine Art ungefährliche, vertrauenserweckende, landwirtschaftliche Genossenschaftsbank beschrieb.[16]
Die TULF präsentierte sich auf ihrem Parteitag im September als sehr gespaltene Partei. Die Interessenlage der Politiker, welche scheinsozialistische Forderungen mit der Forderung nach einem eigenen Tamilstaat im Munde führen, bedingt politische Konzeptlosigkeit. So ließen sich die TULF-Politiker, z.T. selbst Großkapitalisten, Mitte Oktober 1978 durch den Koalitionsvorschlag der UNP verunsichern. Der einzige Parlamentsabgeordnete der indischen Tamilen, S. Thondaman, ist mit seinem Ceylon Workers Congress kurz vorher schon eine Koalition mit der UNP eingegangen. Die 1977 aus LSSP, CP, PDP gebildete United Left Front stellt gegenwärtig in Sri Lanka die einzig ernst zu nehmende linke Opposition dar. Denn über die Gewerkschaften besitzt die ULF großen Einfluß auf die Arbeiterschaft (dagegen wenig Einfluß in der Bauernschaft!).
Da die ULF wegen des späten Zusammenschlusses bei der



Die Preisschere: Sri Lanka musste 1970 doppelt so viel Tee exportieren wie 1960 um die gleiche Menge Industriegüter kaufen zu können.

77er Wahl keinen Repräsentanten ins Parlament entsenden konnte, arbeitet sie bislang in den Gewerkschaften und mit außerparlamentarischen Mitteln.

Entwicklungspolitische Bilanz

Die Entwicklung Sri Lankas ist ein Beispiel dafür, wie sich, wenn koloniale Strukturen wie die exportorientierte Plantagenwirtschaft die nachkoloniale Entwicklung bestimmen, Unterentwicklung fortpflanzt.
Die Verstaatlichung der Produktion unter der Regierung Bandaranaike hat diese Strukturen nicht verändert. Als die Subventionen für die armen Bevölkerungsschichten die inflationäre Preispolitik nicht mehr aufhalten konnten und die Möglichkeiten des Staatshaushalts überstiegen, konnte sich die Regierung nicht mehr halten.
Die UNP gewann die Wählerstimmen mit ähnlichen Versprechen, wie sie 1970 von der Regierung Bandaranaike vorgebracht worden waren.
Die Wirtschaftspolitik der Regierung Jayewardene – Ausverkauf nationaler Interessen an IWF, Weltbank[17] und an die durch die Free Trade Zone angelockten Multis – ist ein Konzept, das mehr wirtschaftliche Abhängigkeit als Ansätze wirtschaftlicher Autonomie bringt. Die gegenwärtigen sozialen Spannungen lassen eine Häufung und Verschärfung politischer Konflikte erwarten. Die Politik der UNP wird dafür verantwortlich sein, daß Sri Lanka trotz seiner in der Bewegung der Blockfreien Staaten vorgebrachten Haltung für Unabhängigkeit der Entwicklungsländer sich zunehmend in die Abhängigkeit der imperialistischen Industrieländer und der von ihnen dominierten Organisationen wie IWF und Weltbank begeben wird.

Die westlichen Industrieländer stehen dieser Politik der Jayewardene-Regierung sehr wohlwollend gegenüber und fördern sie mit immer neuen „Entwicklungshilfe"-Zusagen. Noch nie zuvor erhielt Sri Lanka so viele Kredite aus der westlichen Welt wie heutzutage.[18]
Die aktuelle Frage in Sri Lanka ist:
Gelingt es Präsident Jayewardene gegen den zunehmenden Widerstand der United Left Front und der Gewerkschaften in Sri Lanka das kapitalistische Entwicklungsmodell mit allen seinen Konsequenzen durchzusetzen und Sri Lanka damit zu einem neuen und festen Stützpunkt des Neo-Kolonialismus auszubauen?

Mathes Hill
und Eswaran Kahawita

Anmerkungen:

1) Aufgrund des Mehrheitswahlrechts gibt es in Sri Lanka starke Verzerrungen zwischen der Anzahl der Sitze im Parlament und dem tatsächlichen Anteil an den gesamten Wählerstimmen. Die United Front hatte z.B. bei den Wahlen 1970 lediglich 48,8 % aller Stimmen erhalten. Vgl. dazu Kasten
2) Siehe hierzu: Heinz-Jochen Donner, Sri Lanka: Sozialistische Demokratie? Zur Nationalisierungs- und Investitionspolitik, in: 3. Welt Magazin, Nr. 8-10, 1976, S. 64 – 67; ebenso: Blätter des iz3w, Nr. 5o (Dezember 1975), S. 10 – 11.
3) Vgl.: Robin Blackburn (ed.), Explosion in a Subcontinent Harmondsworth: Penguin Books 1975, S. 151 ff. und S. 221 ff.; ebenso: Sozialistisches Jahrbuch Nr. 4, Berlin, Wagenbach 1912, S. 99 ff. und Kathleen Gough & Hari Sharma (eds.), Imperialism and Revolution in South Asia, New York/ London: Monthly Review Press 1973, S. 368 ff.
4) Vgl. dazu das Schaubild in den 'blättern des iz3w', Nr. 51 (Januar 1976), S. 8. Dort werden die Verzweigungen des Bandaranaike-Clans genau aufgezeigt.
5) Siehe: Streik in Sri Lanka, in: Indio-Asia, Vol 19 (1977), S. 178 ff.
6) Profit als Medizin, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 30.7.1978.
7) Siehe dazu den Artikel von Al Imfeld in diesem Heft, der sich ausführlich mit der Problematik von Free Trade Zones in Sri Lanka beschäftigt.
8) Socialist Sri Lanka Woos Capitalism – Response Light To Free Trade Zone, International Herald Tribune vom 24.8.1978.
9) Siehe: Easier to Empty the Sea with a Squirrels Tail, in: Socialist Nation vom 19.7.1978.
10) SLFP and the Constitution, in: Tribune vom 2.9.1978.
11) Junius R., The Servant of the Servants of the People, in: Sun vom 7.9.1978.
12) Siehe: Central Bank of Ceylon, Bulletin Nov. 1977, The Budget 1978, S. 864 – 869.
13) In Sri Lanka verfügen 20 % der Bevölkerung über ca. 46 %, 60 % aber nur über 30 % des laufenden Nationaleinkommens. Siehe: Central Bank of Ceylon, Staff Studies, Vol. 4, No 1 (April 1974), S. 87 ff.
14) Premier warns: Terrorists trying to whip up, in: Sun vom 23.9.1978.
15) Strike Threat Shows Up Government, in: Forward vom 1.10.1978.
16) A Visit that Bodes No Good, in: Forward vom 1.10.1978. Ebenso: H.-J. Donner, (s. Anm. 2), S. 65.
17) Wie sehr die Weltbank von der neuen Wirtschaftspolitik der Regierung Jayewardene ist, demonstriert eindrücklich der folgende Ausspruch des Vizepräsidenten der Weltbank, W. David Hopper: „Your President has correctly diagnosed the roots of stagnation; too much government intervention and subsidy! He and his colleagues in Government have taken bold decision to return the economy to normalcy.", zitiert nach: Ceylon News, Vol. 43, No. 13.
18) Auch die BRD stockte ihre 'Entwicklungshilfe' 1978 um ca. 100 % auf. Einzelheiten siehe: Verhandlungsprotokoll des BMZ vom 15.2.1978, Colombo.

Sri Lanka setzt auf Freihandelszonen

Bei einem dreiwöchigen Besuch vom 20. Oktober bis 9. November 1977 auf Sri Lanka stieß ich auf Schritt und Tritt auf die magische Abkürzung FTZ (Free Trade Zone, Freihandelszone). Sogar der Wächer ander Moschee im Zentrum von Colombo kam auf die FTZ zu sprechen. Er sagte mir voll Hoffnung: „Bald wird Allah allen Arbeit geben". Und ein Teeplantagen-Manager in Nuwara Eliya meinte resigniert: „Um die Realität des Tees kümmert sich momentan niemand, alles träumt von FTZ." Die FTZ beherrschte wirklich die Phantasie aller Schichten. Die Zeitungen trugen dazu bei: täglich während meines Aufenthaltes fand ich irgendwoim Ceylon Daily News die Chiffre FTZ. Es waren entweder Kurznachrichten oder Berichte vom Fortschritt der Idee; Nachrichten, Editoriales, Leserbriefe, Artikel und ganze Abhandlungen.
Die folgende Arbeit ist eine Analyse der englischsprachigen Presse Sri Lankas seit dem Aufkommen der Idee im Wahlkampf, Ende Juni 1977, bis zu meiner Abreise am 9. November[1]. Gleichzeitig habe ich Gespräche mit Regierungs- und Industrikreisen, aber auch Oppositionspolitikern und dem Stab des Centre for Society and Religion, unter der Leitung des Priesters Tissa Balasuriya, in diese Untersuchung eingebaut. Des weiteren benutzte ich die in Sri Lanka vorgefundenen Bücher, Schriften und UNIDO-Dokumente, um die Idee der FTZ in einen weltweiten, respektive asiatischen Rahmen zu stellen.[2]

Fieber nach Arbeitsplätzen

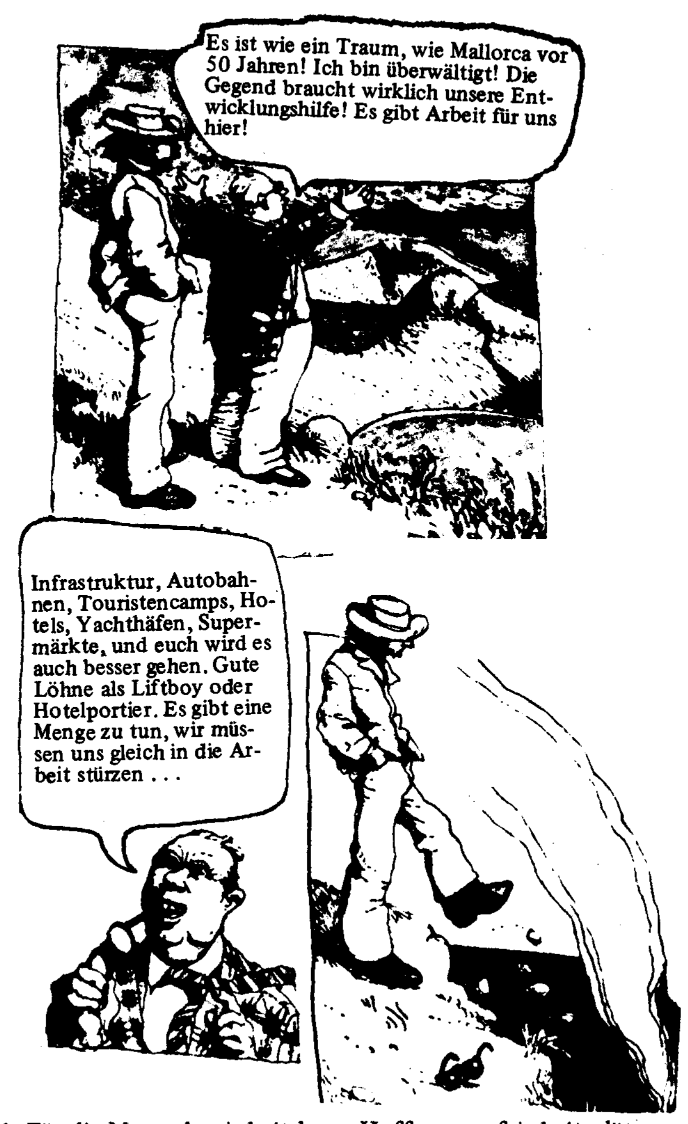
In einem in der Geschichte der Demokratie einmaligen Erdrutsch hat die United National Party (UNP) unter der Führung von J. R. Jayewardene am 21. Juli 1977 die Wahlen mit 139 von 168 Sitzen gewonnen. Die Premierministerin, Frau Sirimavo Bandaranaike, hat mit der von ihr geführten Sri-Lanka-Freiheitspartei (SLFP) wegen Korruption und Vetternwirtschaft eine vernichtende Niederlage erlebt: hatte die SLFP 1970 91 Sitze gewonnen, so ist sie im neuen Parlament mit nur 8 Stimmen vertreten.
Die amtierende UNP hat eine konservative Vergangenheit. Sie stützt sich auf die traditonellen Machtgruppierungen und war die Partei sowohl der Guts- und Plantagenbesitzer als auch des Mittelstande. Ihr Führer, Junius Richard Jayewardene, sagt zwar, daß er einerseits „sozialistischer als die pro-Moskau Kommunisten" sei, andererseits aber lieber als Pragmatiker eingeschätzt werden möchte. Obwohl er selbst 71jährig ist, hat sich die Jugend hinter ihn gestellt. Auch Frau Bandaranaike hatte 1970 die Jugend hinter sich, die jedoch bereits ein Jahr später heftig gegen sie zu rebellieren begann. Jayewardene ist sich dessen bewußt. Die ungeduldige Jugend und das Heer der Arbeitslosen verlangen Taten. Im Moment besitzt die Regierung einen erstaunlich hohen Vertrauensvorschuß. Allerdings sind die Erwartungen und Hoffnungen in allen Schichten der Bevölkerung so groß, daß auch ein Populist wie Jayewardene sie kaum wird erfüllen können. Aber wie ein Magier hat er im Wahlkampf fata-morgana-gleich die Arbeitslosen-Wüste grün werden lassen und Arbeitsplätze für alle versprochen, indem einerseits Gastarbeiter nach dem Mittleren Osten vermittelt und andererseits Freihandelszonen (FTZ) mit 50 bis 100 000 Arbeitsplätzen geschaffen werden sollten. Jayewardene versprach, die Wirtschaftspolitik zu liberalisieren und den von Bandaranaike gesteuerten Verstaatlichungskurz aufzugeben. Er schuf mit solchen Beteuerungen das notwendige internationale Klima, um eine FTZ schaffen zu können.[3]
Die Arbeitslosenquote auf Sri Lanka ist sehr hoch und macht wahrscheinlich über 15 % der arbeitsfähigen Bevölkerung aus. An rund 1,2 Millionen mußte Ende Oktober die von der Regierung versprochene Arbeitslosenunterstützung von 50 Rupien monatlich ausbezahlt werden. Die Zahl der Arbeitssuchenden wächst beständig. Einerseits



nimmt die Abwanderung aus der Landwirtschaft und selbst aus den Plantagen zu und andererseits werden jährlich eine Viertelmillion Jugendliche aus der Schule entlassen, von denen nur wenige in die Landwirtschaft zurückkehren. Die vielen Arbeitslosen in den Städten schaffen ein gefährliches politisches Klima. Leicht entzünden sich Unruhen, die sich oft gegen die Minorität der Tamilen in Form eines „Rassenkrieges" entladen.
Der neuen Regierung ist es jedoch gelungen, mit dem Zauberwort FTZ die Massen vorderhand in Zügel zu halten. Die Geschichten und Zahlen, die herumgeboten werden – selbst von Politikern und Departmentsvorstehern –, sind oft an Phantasiereichtum kaum zu übertreffen. So erschien im Daily Mirror vom 25.10.1977 eine großaufgezogene Geschichte mit dem Titel: „Exporting manpower to ME can solve unemployment problem". Schätzungen von 2,5 Millionen offenen Arbeitsplätzen im Mittleren Osten wurden genannt und es wurde suggeriert, daß für Sri Lanka alles bereitstehe und die Leute nur den Schritt ins Exil wagen müßten. Der Mittlere Osten brauche nämlich nicht hoch ausgebildete Kräfte, sondern gewöhnliche und willige Arbeiter.
Aber auch für den, der bleibt, besteht Hoffnung. Obwohl mindestens bis Ende Oktober FTz nur eine Idee war und noch kein einziges Gremium sich auch nur mit Abklärungen befaßt hatte, schrieben Zeitungen und sprachen Politiker so , als ob schon Ende des Jahres die FTZ allen zur Arbeitssuche offen stehe. Nie wurde erwähnt, daß selbst der rapideste Aufbau einer FTZ bis jetzt mindestens zwei Jahre in Anspruch genommen hat.

FTZ – Name und Geschichte
Die auf Sri Lanka geplante und diskutierte FTz ist in den letzten zehn Jahren ein entwicklungspolitisches Rezept ersten Ranges in Asien, Lateinamerika und Afrika geworden. Dasselbe Phänomen taucht unter sehr verschiedenen Namen auf. Die heute gebräuchlichsten sind: freie Zone, freie Exportzone, freie Industriezone, freie Handelszone, Freihandelszone, Exportfabrikationszone, Exportindustriezone, Reexportindustriezone oder *freie Produktionszone.* Dieser letzte Begriff scheint sich im deutschen Sprachbereich durchzusetzen, vor allem nachdem Fröbel/Heinrichs/Kreye nur diesen Ausdruck verwenden.[4] Im englischen Sprachbereich werden folgende Wörter gebraucht: Free Trade Zone oder FTZ, Export Processing Zone (EPZO, Export Manufacturing Zone, off-shore Produktion, Industrial Enclave und früher Industrial Free Zone. Die entsprechenden Fabriken und Betriebe in solchen Zonen werden im Englischen als off-shore plants und im Deutschen mit Weltmarktfabriken bezeichnet.
Ich werde im folgenden die auf Sri Lanka gebräuchlich gewordene Abkürzung FTZ verwenden, wohl wissend, daß der Ausdruck als solcher ungenau ist und seit den Empfehlungen der UNIDO-Expertengruppe bei einer Konferenz in Barranquilla, Kolumbien, 5. – 11. Oktober 1974 nicht mehr gebraucht werden sollte, da in solchen Zonen nicht nur Handel, sondern Produktion betrieben wird.
Bis jetzt habe ich bewußt eine Definition von FTZ vorenthalten, denn das Volk auf Sri Lanka kennt sie auch nicht. Für sie genügt das vage Symbol FTz und die Hoffnung auf 100 000 oder 200 000 Arbeitsplätze. Warum diese Hoffnung auf FTZ? Solche freie Produktionszonen sind Enklaven in einem Entwicklungsland, wo die Arbeitskraft der Massen industriell ausgenutzt wird, um ausschließlich für den Weltmarkt oder den Export zu produzieren. Hinter dem Begriff stehen vor allem drei Erwartungen.





1. Für die Masse der Arbeitslosen Hoffnung auf Arbeitsplätze;
2. Für eine verschuldete Regierung Aussicht auf fremde Devisen;
3. Für die Mittelschicht der Trost auf Exportsteigerung.

Diese Erwartungen stehen in engem Zusammenhang mit dem Wachstumsbegriff der 50er und 60er Jahre. Deshalb sei kurz die Geschichte von freien Produktionszonen wiedergegeben.
Eine für den Weltmarkt produzierende verarbeitende Industrie hat es in den meisten unterentwickelten Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas noch in der Mitte der sechziger Jahre nicht gegeben. Nach Fröbel u.a., waren 1966 Weltmarktfabriken in vier Ländern in Betrieb: in Hongkong, auf Taiwan, in Südkorea und im nördlichen Grenzgebiet von Mexiko. 1975 hingegen existierten bereits in 39 Längern Weltmarktfabriken in insgesamt 79 freien Produktionszonen, in denen 725 000 Arbeitskräfte beschäftigt wurden.[5] Innerhalb von zehn Jahren hat also eine bemerkenswerte Expansion stattgefunden.
Die erste derartige Zone wurde 1958 in Irland unter dem Namen Shannon Industrial Free Zone errichtet. Von hier aus trat diese neue Wirtschaftsform ihren siegeszug nach Asien (Indien, Korea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan) an und in den letzten 5 bis 8 Jahren auch nach Zentral- und Südamerika, dann nach Afrika und schließlich auch in den Mittleren Osten.
Es wird oftmals darauf hingewiesen, daß FTZ nichts mit Entwicklungsländern zu tun habe, zumal die erste Zone in Irland entstanden sei. Dahinter steht ein falsches Verständnis des Entwicklungsbegriffs. Irland war lange ein europäisches Entwicklungsland, lag an der Peripherie, hatte zwar Arbeitskräfte, aber zu wenig Geld, um zu industrialisieren.
Der Ceylon Observer gebrauchte denn auch am 4. November das Beispiel Irland als Ansporn für Sri Lanka. Hier sei ebenfalls ein Entwicklungsland gewesen, das sich mit Hilfe von FTZ in kurzer Zeit heraufgearbeitet habe. Die FTZ des Shannon Flughafens in Irland solle denn auch genauestens studiert werden, schreibt das Editorial.
Diese Freizonen wurden sehr populär, nachdem die UNCTAD ein Zollpräferenzsystem für die Entwicklungsländer zu propagieren begann. Durch das GSP (Generalized System of Preferences) wurden bestimmte Produkte aus Entwicklungsländern entweder nicht oder nur mit geringem Einfuhrzoll in Industriestaaten belegt. Bei bestimmten Produkten wurden Quoten festgelegt. Da jedoch die wenigsten Entwicklungsländer von der Regelung direkten Gebrauch machen konnten, versuchten ausländische Firmen diese Export-Vorteile für sich zu nutzen. Viele Produkte, die heute bei uns auf dem Markt als Erzeugnisse der Dritten Wekt markiert sind, stammen aus solchen Enklaven.
Eine weitere UNO-Organisation hat seit ihrer Gründung 1967 viel für die FTZ getan. Die United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) ist zum größten Promotor solcher Zonen geworden. Sie tut das mit missionarischem Eifer; das gesamte Potential multinationaler Berater kann über sie abgerufen werden. Sie publiziert Papiere über den Vorteil solcher Zonen oder wie solche Zonen zu planen und aufzubauen seien.[6]. Sie organisiert in regelmäßigen Abständen internationale und regionale Konferenzen. Daneben gibt es für Asien eigens die APO (Asian Productivity Organization) mit Rat und Tat, mit Publikationen und fahrenden Propagandisten.
Es drängt sich zudem die Vermutung auf, daß das Anwachsen der FTZ in einem Korrelationsverhältnis zur Ausbreitung der multinationalen Firmen steht. Auch wenn es immer wieder beruhigend heißt, in den FTZ befänden sich gar nicht soviele 'Multis', so trifft das eher auf Asien zu, wo japanische Firmen, die formell oftmals nicht zu den 'Multis' gezählt werden, mit über 50 Prozent in solchen Zonen beteiligt zu sein scheinen.
Die Fröbel/Heinrichs/Kreye-Untersuchung zeigt, daß die steigende Tendenz bestimmter Produktionszweige in Industrienationen, auf solche freie Produktionszonen auszulagern, um billiger produzieren zu können, für die Arbeiter Europas und Amerikas geradezu gefährlich ist. In solchen FTZs produzieren westliche Firmen, die letztlich finanziell von Entwicklungsländern subventioniert werden. So überrascht denn auch nicht, daß die Anlagen, die Regelungen und Rahmenbedingungen von freien Produktionszonen, obwohl sie in sehr verschiedenen unterentwickelten Ländern zu finden sind, praktisch identisch sind: das nur deshalb, weil letztlich ihre Funktion identisch ist. Sie gehen auf lokale Verhältnisse gar nicht ein. Sie gehen einzig vom Unternehmensinteresse aus und sind von dorther konzipiert. In anderen Worten, sie wollen ein Land nicht entwickeln, sondern sie wollen von günstigen Bedingungen, die ihnen über den Internationalen Währungsfond, die Weltbank, UNIDO und indirekt sogar UNCTAD angeboten werden, profitieren.
Eine freie Produktionszone ist eben nicht nur ein besonders ausgestattetes, enklavenartiges Industriegelände für Produktion, Teilproduktion oder Montage von Exportgütern durch Auslandsfirmen unter Verwendung der reichlich vorhandenen Arbeitskräfte, sondern eine solche Zone garantiert ihnen sehr viel mehr: Sie bietet dem ausländischen Kapitalanleger das ideale Investitionsklima und jegliche handels- und finanzpolitischen Anreize:
– volle Befreiung von Zöllen und Abgaben für einen bestimmten Zeitraum;

– Befreiung von Einkommenssteuern für mindestens 5, meistens 10 Jahre;
– Verzicht auf Kontrolle des internationalen Zahlungsverkehrs;
– freier Transfer der erwirtschafteten Profite;
– Vorzugstarife;
– zollfreie Einfuhr der Rohmaterialien und Halbfertigfabrikate;
– Bereitstellung von vorgefertigten Fabrikhallen und Gebäuden;
– die für den Export notwendige Infrastruktur von Kommunikation und Transport.

Diese liberalen Anreize sollen erst noch gesetzlich geschützt werden – mit Sondergesetzen für den Investor und Ausnahmegesetzen für die Arbeiter solcher Ghetto-Fabriken. Das Gastgeberland gibt daher mehr als es jemals dem eigenen Volk bieten kann. Es bietet freies Land, freie Gebäude, Wasser, Elektrizität, Straßen, Telefon, Telex, Post, etc. Dazu eine eigene Verwaltung, die sog. Free Zone Authority, um jegliche Bürokratie zu vermeiden und die Geschäfte im Jet-Tempo abwickeln zu können.
Der Gast, d.h. der Investor, riskiert eigentlich nichts. Und nachdem diese Zonen durch eine geschickte Werbung so populär geworden sind, kann er ruhig in eine andere Zone weiterziehen, wenn es Schwierigkeiten geben sollte. In jedem Fall hat er das Recht auf seiner Seite: dafür wurde im voraus gesorgt. Nachdem jedoch ein Land soviel an Infrastruktur und Geld in den Aufbau einer solchen Zone gesteckt hat, wird es alles versuchen, die Investoren mindestens für 10 Jahre zu behalten. Das weiß der Investor und es gibt ihm weitere Möglichkeiten des sanften Drucks oder gar der Erpressung.

Freie Produktionszonen in Asien

Sri Lanka ist eines der wenigen Länder Asiens das noch keine FTZ besitzt. Die Presse und die Politiker haben das so geschickt auszunutzen versucht, daß es mit nationalem Prestige verbunden wird, bald ebenfalls eine FTZ zu besitzen, um nicht „zum letzten Land Asiens zu gehören". (CDN, 3.8. 1977) Interessant ist auch, daß der Ceylon Daily News, das Regierungsblatt, auch sofort mit der neuen UNP-Regierung eine Kehrtwendung von 180 Grad vollzog. In einem Editorial hat CDN am 24. Juni noch heftig gegen die FTZ-Idee polemisiert: „Wollen wir unsere früheren Meister zurückholen und uns wieder ausbeuten lassen?... Wollen wir wieder ... Sklaven werden?" Seit den Wahlen schreibt CDN nur noch positiv über FTZ und identifiziert FTZ manipulativ gar mit asiatischer Solidarität.
Wie sieht also die asiatische FTZ-Szenerie aus? Im Oktober 1975 existierten in Asien 48 Freihandelszonen in 11 Ländern. In 4 weiteren Ländern waren solche Zonen im Aufbau. Im Vergleich dazu: in Lateinamerika gab es zum gleichen Zeitpunkt 24 Freihandelszonen in 9 Ländern und in Afrika 7 in 5 Ländern. Im Mittleren Osten wurde um diese Zeit erst mit dem Aufbau begonnen. Der Schwerpunkt liegt also gegenwärtig noch klar in Asien.
1975 waren dort circa 420 000 Menschen in solchen Zonen beschäftigt. An erster Stelle stand Südkorea mit 112 250, gefolgt von Singapur mit 105 000 und Taiwan mit 62 143 Beschäftigten.[7]
Die am meisten in solchen Zonen dominierende Industriegruppe war die Elektronik. Sie hatte Mitte 1975 weltweit 690 000 Menschen in solchen Produktionsghettos beschäftigt. An zweiter Stelle folgten Textilien und Bekleidung, weitere beliebte Verarbeitung oder Produktion bilden Schuhe, Spielwaren, sensible Instrumente, etc.
Am stärksten an solcher Produktion beteiligt sind die USA, Japan, die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien, Anfang 1977 konnte R. L. Bolin, Präsident von International Parks, Inc., Flagstaff, Arizona/USA sagen: „Allein die USA verschafft in EPZs 400 000 Fabrikarbeitern (in Asien und Lateinamerika) Beschäftigung."



Die Geschichte der Idee auf Sri Lanka

Nach Aussage eines Beraters im Wirtschafts- und Handelsbereich für die Regierung wurde die Idee einer FTZ von internationalen Experten bereits zu Beginn der Regierung Bandaranaike ins Gespräch gebracht, dann durch die deutsche Botschafterin Dr. Hildegunde Feilner wachgehalten und von einem Bruder von Frau Bandarainaike, der eng mit Unilever liiert und ein Geschäftsmann von internationalem Kaliber ist, promoviert. Heute hört man in allen Geschäfts- und Regierungskreisen Sri Lankas: „Die FTZ muß etwas Gutes sein, sonst würde sie sich nicht sprungartig ausbreiten. Wir wollen doch nicht den Fortschritt aufhalten."
Ein Bekannter berichtete mir nach einem Besuch im Handels- und Wirtschaftsministerium, daß alle ihn ausgelacht hätten, als er kritische Fragen über die FTZ gestellt habe. So sei ihm gesagt worden: „Wir sind mit der ganzen Welt in Kontakt. Wir haben viele Experten aus dem Ausland. Bis jetzt haben wir nicht eine einzige negative Stimme vernommen. Hören Sie doch mit ihrem Marxismus auf. Sri Lanka geht nun nicht mehr ideologisch, sondern praktisch vor."
Da die UNCTAD solche Zonen ebenfalls befürwortet und gegenwärtig ihr Generalsekretär der sehr geschätzte Ceylonese Gamani Corea ist, hat auch sie zur Popularität von FTZ beigetragen. Die Aktivität von UNIDO wurde bereits hervorgehoben. Erwähnenswert bleibt, daß Brendan O'Regan, Chairman des Shannon Free Airport Development in Irland, als Experte über UNIDO angegangen wurde.
Zur Geschichte gibt ein Leserbrief im CDN vom 15.7.77, also noch vor den Wahlen, als der CDN noch gegen die FTZ war, Aufschluß. G. D. T. Seneviratne schrieb, daß die Idee 1969 zum ersten Mal vom damaligen Minister für Industrie und Fischerei vorgelegt worden sei. 1971 sei sie dann zum ersten Mal dem Kabinett unterbreitet worden, nachdem ein Komitee die Möglichkeiten sorgfältig geprüft

hätte. Damals sei der Vorschlag durch die Linksgruppen im Parlament zu Fall gebracht worden. Interessant ist ebenfalls der Hinweis, daß die Idee vor allem vom Energieminister mit Begeisterung aufgenommen worden sei. Er habe hier einen Weg gesehen, auf dem Sri Lanka zu Kernkraftwerken kommen könnte. So sei ebenfalls 1969 eine Feasibility-Studie über die Stromerzeugung durch Reaktoren und Brüter, die Thorium benutzen könnten, gemacht worden. Der Verfasser des Leserbriefes machte der Bandaranaike-Regierung Vorwürfe, daß sie durch den Boykott der FTZ Sri Lankas Entwicklung sabotiert habe.
So konnte denn auch der Handelsminister Lalith Athulathmudali am 13. September 1977 vor ausländischen Journalisten sagen (wie im CDN vom 14.9. berichtet wird): „Schon die vorausgegangene Regierung hatte Pläne einer FTZ. Aber sie ist gescheitert an der Ideologie und Doktrin der Marxisten. Diese glaubten, dies sei ein kapitalistischer weg, ein Land zu entwickeln."
Er gab bekannt, daß die Errichtung einer FTZ für die jetzige Regierung höchste Priorität besitze. Dabei wischte er inländische und ausländische Bedenken weg. Kreisen, die um Sri Lankas Souveräntitätbangten, wolle er klar zu wissen geben, daß sich solche Zonen in so vielen anderen Ländern, in West und Ost befänden, so daß ihr Argument lächerlich erscheine. FTZ würde – wäre es irgendeine Bedrohung – nicht solche Popularität besitzen. Das Ausland beruhigte er: die jetzige Regierung werde Ruhe und Ordnung schaffen und Probleme effizient lösen.
In einer Note aus dem Büro des Premierministers heißt es, mit der FTZ wende sich die Regierung von der Denkweise einer Import-Substitutions-Industrialisierung und wende sich klar einer exportorientierten Wirtschaftspolitik zu.
So werden vier Ziele einer FTZ aufgeführt:
- eine exportorientierte Produktionsweise zu fördern;
- ausländische Investitionen anzuziehen, um dem lokalen Markt Kapital und Know-how zu vermitteln;
- Arbeitsplätze zu schaffen, die Tüchtigkeit der Arbeiter zu verbessern sowie Management-Erfahrung und den Stand des technischen Wissens zu erhöehn;
- die Exportentwicklung von den gegenwärtigen Engpässen (Devisenprobleme, Bankschwierigkeiten, zu viele Kontrollen, etc.) zu befreien.

Um all diese Ziele zu erreichen, müssen Anreize geschaffen werden:
- geringe Steuern oder gar Steuerfreiheit für 8 Jahre;
- Anreize, um lokale Materialien zu benutzen;
- finanzieller Beistand in Form preisgünstiger Darlehen oder Mitbeteiligung;
- direkte Subventionsbeiträge in bestimmten Fällen;
- Ausbildungsbeiträge.

Ganz kurz wird auch auf Gefahren und anderswo gemachte schlechte Erfahrungen hingewiesen. Sri Lanka sei sich bestimmter Implikationen bewußt. Besonders schwierig würden die Eigentumsfragen und die Anliegen der Arbeiter sein. Sri Lanka besitze eine sehr starke Gewerkschaftstradition und eine gut ausgebaute Arbeitsgesetzgebung. Die Arbeiter selbst besäßen ein starkes Rechts- und Gerechtigkeitsempfinden. Subtil werden also hier erwartete Schwierigkeiten in kommenden Verhandlungen mit ausländischen Firmen angedeutet. Das Dokument suggeriert allerdings klar, daß Sri Lanka mit all diesen Fragen fertig werde.

FTZ-Interessen kurz durchleuchtet

Ein Wirtschaftswissenschaftler, der FTZ gegenüber skeptisch eingestellt ist und deshalb unter keinen umständen – wie er mir sagte – öffentlich mit Namen genannt werden will, versuchte mir in einem längeren Gespräch eine größere Perspektive zu geben. Daß Sri Lanka und die neue Regierung zur Beruhigung der Massen Trostideen brauchen, sei klar. Aber es müsse auch ein außengesteuertes Interesse vorhanden sein, sonst hätte eine FTZ auf Sri Lanka doch gar keine Chance, zumal der Wettbewerb unter den asiatischen freien Produktionszonen ständig zunehme. Er gab folgendes zu bedenken:
- Sri Lanka besitzt eine ausgezeichnete strategische Position in der internationalen Schiffahrt. Seit Europa für Exportprodukte des Fernen Ostens immer wichtiger geworden ist, ist Sri Lanka ein günstiger Durchgangspunkt.
- Da die internationale Wirtschaft auf den arabischen Markt lauert, erweist sich Sri Lanka als ein geradezu einzigartiges Sprungbrett.
- Auch der ostafrikanische Markt öffnet sich. Da neuerdings im ostafrikanischen Raum die Grenzprobleme immer komplizierter werden, erweist sich die geographische Lage von Sri Lanka als günstig. Gegenwärtig ist es Kenia nicht möglich, Produkte nach Tansania oder Mozambik zu exportieren. Für multinationale Firmen einen Sitz und Ausgangspunkt in Colombo zu haben, dürfte deshalb vorteilhaft sein. Südafrikas Lage ist für Multis ein Risiko geworden. Der Markt könnte auch von Sri Lanka aus bedient werden.
- Sri Lanka ist ein ausgezeichnetes Sprungbrett von und nach Indien. Da im Augenblick verschiedene Multis Schwierigkeiten mit der indischen Regierung haben, ja sogar ausgewiesen wurden, ist ein Abwarten in Sri Lanka nah und günstig.
- Wirtschaftlich ist wichtig, daß Sri Lanka die von den USA und der EG zugeteilten Exportquoten für Textilien und Fertigkleider nur etwa zu drei Prozent ausgenutzt hat. Hongkong, Südkorea, Taiwan und Singapur haben entgegengesetzte Schwierigkeiten. Also lockt eine „Diversifizierung", d.h. ein Abschieben einer gewissen Produktionsmenge nach Sri Lanka.
- Ebenfalls muß festgestellt werden, daß in bestimmten Ländern Asiens die Löhne erheblich angestiegen sind, so daß der Neuling Sri Lanka zum Lockvogel wird. In anderen Worten; um billiger und williger Arbeitskräfte wegen sind mehrere Firmen bereit, andere freie Zonen zu verlassen und neue aufzusuchen.
- Aber auch militärisch-strategische Gründe spielen mit. Sri Lanka ist ein zentraler Punkt im Indischen Ozean und sowohl für Ost wie West wichtig. Militär- und Wirtschaftsberater sind heute oft nicht eindeutig auseinander zu halten und so gibt es bestimmt Gruppen, die alles versuchten, Sri Lanka auf dem Umweg über die Wirtschaft an den Westen zu binden.
- Das Argument der möglichen Souveränitätseinschränkung Sri Lankas sei mehr als ein Schlagwort, wenn die Analyse tiefschüfiger ansetze. Gewisse Kreise (Geschäftsleute, Mittelschicht, Bürokraten) reden zwar von Demokratie, wollen aber Ruhe, Ordnung, Stabilität und Garantie. Diese Kreise sehen in der FTZ das Zähmungsmittel. Sie ziehen mit jenen ausländischen Interessen an einem Strang, denen vor allem an Stabilität und Arbeitsdisziplin gelegen ist. Auch wenn die meisten ceylonesischen Marxisten zu den Gegnern der FTZ zählen, gibt es doch einige orthodoxe Kommunisten unter den Befürwortern von FTZ. Sie sehen, daß FTZ auf Sri Lanka nur mit Repression und Ausnahmegesetzen zu verwirklichen ist und glauben so, daß sich nach der schweren Wahlniederlage ein neues Klima für ihre Arbeit entwickeln könne. (Ich erhielt dieses Argument durch einen früheren kommunistischen Abgeordneten bestätigt. Er ist überzeugt, FTZ schaffe ein revolutionäres Proletariat, weil es

die Ausbeutung am eigenen Leib erfahren lasse.)
Unter den Firmen, die sogar von Finanzminister Ronnie de Mel (CDN, 31.10) konkret als Interessenten für Investitionen in einer FTZ genannt werden, befinden sich AEG, Krupp und Thyssen aus der Bundesrepublik Deutschland und Mitsubishi, Hitachi und Sumitomo aus Japan.
Ein Vertreter einer amerikanischen Holz- und Papierindustrie bemerkte mir gegenüber Spontan im privaten Gespräch: „Ich muß da schon ein bißchen die Internationale Handelskammer und unsere Botschaft dahinterhetzen. Wenn die schon freie Marktwirtschaft wollen, sollen sie es beweisen und von unten beginnen. Ihr Freiheitsbegriff ist mir noch zu vage, um Investitionen zu empfehlen. Aber mit ein bißchen Druck wird sich das wohl verbessern lassen."

Werden sich die Heilserwartungen erfüllen?
Hinter der FTZ-Idee steht ein Entwicklungskonzept, daß sich Impulse zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes vor allem durch Anschluß und Integration in den Weltmarkt erhofft. Fraglich bleibt allerdings, ob dadurch nicht andere Probleme geschaffen werden, bzw. vorhandene Schwierigkeiten nur noch verstärkt werden.

Lösung der Arbeitslosigkeit: Die Untersuchungen aller asiatischen freien Produktionszonen haben folgendes Bild ergeben: Über 70 % der Beschäftigten sind Frauen; davon wiederum 87 % zwischen 16 und 24 Jahren; sie sind ungelernt oder nur schnell angelernt; 89 % aller Arbeiter sind unmittelbar in der Produktion tätig. Es wurde festgestellt, daß die Männerarbeitslosigkeit nicht wesentlich abgebaut wird und daß durch das Abwerben der Mädchen die noch verbleibende Wirtschaft weiter untergraben wird. FTZ hat weder im Fenen Osten noch in Zentralamerika Unterentwicklung verhütet, im Gegenteil eher gefördert.
FTZ nutzen nur billige Arbeitskraft industriell aus. Diese Kräfte sollen billig, willig, jung, fleißig, unorganisiert und sehr produktiv sein. Für elektronische Arbeiten werden Fingerfertigkeit und gute Augen benötigt. Die Fähigkeiten junger Frauen sind hierfür besonders günstig. Untersuchungen zeigen, daß die Bedingungen in FTZ frühkapitalistisch sind: Minimum 48 Stunden Arbeit, 50 Wochen lang, ohne Feiertage und sehr oft unvergütete Überstunden, keine soziale Sicherheit, unzureichender Arbeitsschutz, überzogener Leistungsdruck und Rechtlosigkeit. Damit nimmt die FTZ-Arbeit eine besonders ausgeprägte Form moderner Ausbeutung an. Da in den meisten Zonen Gewerkschaften nicht geduldet werden und Frauen weniger politisch sensibilisiert sind, ist die Wehrlosigkeit der Arbeitnehmer groß. Sie sind ausgeliefert, ob sie wollen oder nicht.

Know-how und Devisenzufluß: Nach der heutigen Beschaffenheit aller bekannten FTZ kann in aller Sachlichvon keinem Transfer von Know-how gesprochen werden. Angeboten in einer FTZ wird meist Arbeit, die zwar viel Konzentration aber wenig Vorbildung verlangt, meist nur von jüngeren Frauen ausgeführt werden kann und die in westlichen Gesellschaften kaum mehr Arbeiter ausführen würden.
Die Devisenfrage hat sich ebenfalls als sehr problematisch herausgestellt. Devisengewinne erweisen sich häufig nur als statistische Manipulation. Von Exporten im eigentlichen Sinn kann schon gar nicht gesprochen werden: es sind Verschiebungen über verschiedene Phasen hinweg (oftmals von einer FTZ zur anderen; oftmals nur auf dem Papier). Zudem wird ja extraterritorial produziert. Der gelistete Exportertrag ist reine Zahlenspielerei. Für das Land selbst bedeutet zu Beginn jede FTZ eine immense finanzielle Belastung, da es die ganze Infrastruktur aufbauen und anbieten muß. Würden alle Gelder, die für eine FTZ gebraucht werden, systematisc und ebenso effizient in Entwicklungsprojekte geleitet, das Land würde mehr gewinnen. Zu dieser Überzeugung kommt Samir Amin, der den Aufbau einer EPZ in Senegal verfolgt hat. Durch den Aufbau einer solchen Zone sei der Staat Senegal mindestens 5 Jahre für alle anderen Entwicklungsprojekte blockiert gewesen. Droht Sri Lanka ähnliches?

Al Imfeld

Anmerkungen

1) Folgende Zeitungen wurden durchgegangen:
– Ceylon Daily news (Regierungszeitung und lautestes Sprachrohr der FTZ) Abk.: CDN.
– Sunday Times (die Sonntagszeitung des Daly News)
– SUN (individualistisch, unabhängig) und ihr sonntägliches Pendant WEEK END;
– Daily Mirror (verstaatlichte Zeitung des Mittelstandes)
– Ceylon Observer und Sunday Observer.
Das Centre for Society and Religion (Abk.: CSR) (271 Deans Road, Colombo) führt seit dem 15. Juli 1977 eine Dokumentation über FTZ. Alle Zeitungen werden bearbeitet und die Ausschnitte aufbewahrt. Diese Dokumentation war mir eine große Hilfe.
2) Bei den Befürwortern der FTZ lag meist das neue Buch der Asian Productivity Organization in Tokyo auf dem Tisch: N. Vittal (editor), EXPORT PROZESSING ZONES IN ASIA: Some Dimensions. Tokyo 1977. 122 S. Das Centre for Society and Religion (CSR) benutzte als Unterlage eine Spezialpublikation von AMPO, dem Pacific-Asia Resources Centre in Tokyo: FREE TRADE ZONES AND INDUSTRIALIZATION OF ASIA. P.O. Box 5250, Tokyo, 1977. 212 S. Diese Sammlung von Aufsätzen deckt sich weitgehend mit: Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs /Otto Kreye. DIE NEUE INTERNATIONALE ARBEITSTEILUNG. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. rororo aktuell 4185, Reinbek bei Hamburg, September 1977. 654 S. Natürlich fanden sich zu Hauf UNIDO-Dokumente. Ich habe die Nummern von 12 wichtigeren notiert und daheim studiert. Ich führe sie hier nicht extra auf. Sie können leicht vom UNIDO-Zentrum in Wien (Box 707, A-1011 Vienna) angefordert werden.
3) Davon zeugen mehrere Berichte in den großen Wirtschaftszeitungen des Westens, etwa in der Neuen Zürcher Zeitung mit dem Wahlkommentar am 23./24. Juli, mit Kurzberichten in dem von der FAZ herausgegebenen Blick durch die Wirtschaft, wo das Wohlwollen Sri Lanka gegenüber zusehends zunimmt (cf. 31. Aug., 19. Sept., 21. Nov. 1977). So heißt es am 21. Nov. nach der „drastischen Abwertung in Sri Lanka": „Begrüßt wurde in diesem Zusammenhang das Bemühen des Premierministers Jayewardene, die Wirtschaftspolitik zu liberalisieren und den von seiner Amtsvorgängerin Sirimavo Bandaranaike gesteuerten Verstaatlichungskurs aufzugeben. Mit besonderer Aufmerksamkeit werden von westlichen Privatunternehmen die inzwischen weitgehend ausgereiften Pläne Jayewardenes verfolgt, im Einzugsbereich der Hauptstadt Colombo eine Freihandelszone einzurichten. Zahlreiche Firmen, darunter auch deutsche, haben bereits ihr Interesse an der Gründung von Niederlassungen bekundet."
4) Siehe Anmerkung 2).
5) Fröbel et al, op. cit. S. 499 – 500.
6) etwa: How to Organize an Industrial Free Zone. Autor ist T.Q. Pena, Chairman-Administrator, Export Processing Zone Authority, Philippines. ID/WG. 244/5, 1 – 4 – 1977.
7) Alle Zahlen in diesen Abschnitten stammen – wo nicht anders vermerkt – aus Fröbel/Heinrich/Kreye, op. cit.

aus: INTERNATIONALES ASIENFORUM Vol 9 (1978), Nr. 1/2, (leicht gekürzte Fassung).

Befreiung der Kokosnuß

Der folgende Artikel entstand auf Basis eines Rundbriefes des „Centre for society and Religion" in Colombo, den wir zugeschickt bekamen. Wir haben zwar beschlossen, den Artikel in der vorliegenden Fassung zu veröffentlichen, da er uns um einige Informationen bereichert und wir den Inhalt von allgemeinem Interesse halten, sind aber nicht in der Lage, Genaueres über das „Centre for Society and Religion" zu sagen.
Interessierte Leser, die sich für die Projekte dieser Organisation einsetzen wollen, sollten sich deshalb direkt mit der Gesellschaft in Verbindung setzen.
(Adresse am Schluß des Artikels) Red.

In Sri Lanka sind etwa 490.000 ha Land mit Kokospalmen bepflanzt; dies entspricht ungefähr 25 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes. 11 % der Welt-Anbaufläche von Kokospalmen befindet sich in Sri Lanka und somit kommt der Kokos-Produktion dieses Landes auch weltweit Bedeutung zu.
Kokosnüsse stellen als Extrakt, Kopra (geschnitzeltes und getrocknetes Fruchtfleisch), Öl, Kurumba (Limonade), Toddy (Eine Art kokos-Bier) und Arrak (Schnaps) einen wichtigen Bestandteil der Koch- und Eßgewohnheiten der Singhalesen dar, Kokospalmen mitsamt Wurzel eine bedeutende Rohstoffquelle sowohl für den häuslichen als auch den industriellen Gebrauch: als Matten, Nutz- und Feuerholz, Seife u.a. Die besten Pflanzenarten sind darüber hinaus aufgrund ihrer Heilkräfte wichtig für die Volksmedizin.
Der Lebensunterhalt sehr vieler Menschen hängt direkt oder indirekt von der Kokospalme und ihren Folgeprodukten ab: so die Plantagenarbeiter, die Arbeiter in den Mühlen, LKW-Fahrer usf. Die Weiterverarbeitung der Kokospalme schafft so viele Arbeitsplätze, obwohl einige Verarbeitungsschritte noch nicht grundsätzlich in Sri Lanka durchgeführt werden können.
Anders als die in Monokultur angelegten Tee- oder Gummibaumplantagen erlauben Kokospalmen zwischen den einzelnen Bäumen eine intensive Landwirtschaft oder Tierhaltung. Sie erfordern weder solch intensive Pflege wie Teesträucher noch brauchen sie so viel Sonne wie der Gummibaum. Der Baum hat eine sehr lange Lebenszeit, er kann nach bereits 5 oder 6 Jahren zum erstenmal und dann 50 – 60 Jahre lang abgeerntet werden. Dabei trägt er unter günstigen Wetterbedingungen und bei ausreichender Düngung durchgehend gut.

Kokos ist ein typisches Produkt der Dritten Welt. Fast 80 % der Gesamtproduktion stammt aus Asien. Die drei führenden Produzenten sind die Philippinen (25 %), Indonesien (16 %) und Indien (16 %). Zentral- und Südamerika produzieren etwa 8 %, ebenso Ozeanien. Afrika liefert die übrigen 5 %.
Obwohl also die Kokospalmen in den Ländern der Dritten Welt stehen, wird der Weltmarkt für Kokosprodukte von großen internationalen Lebensmittelkonzernen wie Unilever und Procter & Gamble beherrscht. Die Multis kontrollieren die meisten Bereiche der Verarbeitung und des Handels, die Verschiffung, Verteilung in den Importländern, den Groß- und Einzelhandel, das dazugehörige Bankwesen, Werbung und Forschung. Sie haben ebenso die Nebenprodukte und Ersatzstoffe in der Hand. Der Weltmarktpreis für die verschiedenen Kokosprodukte ist, wie der so vieler anderer Rohstoffe, erheblichen Schwankungen unterworfen. Sein Schicksal wird mitbeeinflußt durch die Verfügbarkeit von künstlichen Ersatzstoffen und durch die Wetterbedingungen.
Die Arbeiter auf den Plantagen sind voneinander isoliert und starker Ausbeutung sowohl durch die einheimischen Eliten als auch die Multis ausgesetzt. Die meisten dieser Arbeiter sind nicht in Gewerkschaften organisiert, um ihre Interessen zu vertreten. Die Höhe der Löhne sind zwar gesetzlich vorgeschrieben, die Mindestlöhne sind aber sehr niedrig angesetzt und halten mit der rapiden Inflation in keinster Weise Schritt. Die Beschäftigung in den Mühlen ist unregelmäßig, die Arbeitsbedingungen sind miserabel für die dort beschäftigten Männer, Frauen und Kinder...
Die Wohnungsverhältnisse sind außerordentlich armselig. Oftmals leben die Menschen auf dem Grundstück des Mühlenbesitzers und sind ihm dadurch vollständig ausgeliefert. Sie verfügen meist über keinerlei Ersparnisse, oft sind sie schwer verschuldet. Die Arbeitslosigkeit, besonders unter der Jugend, ist sehr hoch. Die Arbeiter haben im Prinzip zwar politische Rechte, da sie jedoch uniformiert und unorganisiert sind, waren sie bisher nicht in der Lage ihre Verhältnisse zu verbessern. In den letzten Monaten wurde man sich in Sri Lanka zunehmend der Wichtigkeit der Kokosprodukte bewußt, vor allem deswegen, da die inländischen Verbraucherpreise in die Höhe schnellten, als Ergebnis der Angebotsverknappung und der inländischen und ausländischen Nachfragesteigerung. Es gibt jedoch keineswegs so etwas wie ein nationales Bewußtsein hinsichtlich einer sozialen Gerechtigkeit in der Kokosproduktion. Die Lebensbedingungen der Arbeiter, deren Rechte, die Rolle der einheimischen Elite und der kleinen und großen ausländischen Gesellschaften wurden auf diesem Sektor noch nicht systematisch analysiert und dargestellt.
Den Möglichkeiten der Entwicklung der Weiterverarbeitung im Lande selbst oder die Neuorganisation der Produktion nach sozialistischen Grundsätzen schenkte die Öffentlichkeit nur wenig Aufmerksamkeit. Das Volk hat im Ganzen die UNCTAD Verhandlungen kaum beachtet. Auch unter den nichtstaatlichen Organisationen fehlt ein Bewußtsein, das die Kokosproduktion und die sie begleitenden gesellschaftlichen Verhältnisse als gesamtasiatisches Problem erkennen würde. Genau in diesem Rahmen liegen die Ansatzpunkte des Projektes zur „Befreiung der Kokosnuß".
Das „Centre for Society and Religion in Sri Lanka" möchte im Lande einen Prozeß der Bewußtseinsbildung in Gang bringen und mit anderen Gruppen in Asien und anderen Teilen der Welt zusammenarbeiten, die sich mit den Problemen der Kokos-Produktion auseinandersetzen. Das Zentrum zieht große Nutzen aus den Erfahrungen, die im Zusammenhang mit den Aktionen zur „liberation of tea" gesammelt worden sind, möchte aber seine Verbindungen und Kontakte mit anderen Gruppen und Personen erweitern.
Ein erstes öffentliches Seminar über das Thema fand im Spätjahr 1977 in Colombo statt. Das Zentrum hofft, eine Reihe von Studien in Englisch, Singhala und Tamil zu verbreiten, um eben diese Bewußtseinsbildung fördern zu können. Die Kirchen in Sri Lanka werden aller Voraussicht nach kooperieren; die Gegenden der Kokos-Plantagen sind in etwa auch ihr Wirkungsbereich. Wenn das Projekt sich entwickelt, wird das Zentrum es fortwährend überdenken und an veränderte Situationen anpassen.

Ein solches Interesse an den Problemen, die die Kokos-Produktion, so wie sie jetzt ist, mit sich bringt, muß auf verschiedensten Ebenen erzeugt werden, auf lokaler wie internationaler Ebene. Bis jetzt konnte das Zentrum Kontakt mit Gruppen und Personen in verschiedenen Ländern aufnehmen, die an der Durchführung des Projektes helfen wollen. Als Beginn einer möglichen Zusammenarbeit sendet das Zentrum an Interessenten eine Art Forschungsplan, der die notwendig durchzuführenden Studien umreißt. Das Zentrum ist dankbar für jede Aktion oder Information,die Sie ihm für seine Dokumentation oder zur Weiterverbreitung übersenden.
„Centre for Society and Religion", 281/1 Dean's Road, Colombo 10, Sri Lanka.

tm

Literatur zu Sri Lanka

Leider gibt es zu Sri Lanka nur wenige Publikationen in deutscher Sprache, die für den Nicht-Spezialisten von Interesse sein könnten. Der Großteil der Literatur ist in Englisch abgefaßt.
Einen empfehlenswerten Gesamtüberblick über die vielschichtigen Probleme der lankanischen Gesellschaft liefert:

Eckehard Kulke, Sri Lanka, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 4, Unterentwicklung und Entwicklung in Asien, Hamburg: Hoffmann und Campe, 1978, S. 603 – 620.

Eine Beschreibung der Insel aus streng geographischer Sicht bietet

Manfred Domrös in der Fischer Länderkunde Südasien, Frankfurt: Fischer Verlag 1977, S. 289 – 303. Eine ausführliche Rezension dieser Länderkunde findet sich in den „blättern des iz3w", Heft Nr. 65 (Nov. 77), S. 48 – 49.

Wer detailliertere Informationen über die Geographie Sri Lankas wünscht, greife zu

Manfred Domrös, Sri Lanka. Die Tropeninsel Ceylon, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1976. Wohlgemerkt: Eine tiefgehende Gesellschaftsanalyse bieten die Domrös'schen Publikationen nicht.

Fred Halliday, The Ceylonese Insurrection, in: Robin Blackburn (ed.), Explosion in a Subcontinent, Harmondsworth: Penguin Books, 1975, S.151-220 unternimmt eine solide polit-ökonomische Analyse der lankanischen Gesellschaft, um die Ursachen für den Aufstand 1971 zu erhellen. In diesem Buch, das nur ca. 12,– DM kostet, ist auch die interessante Verteidigungsrede des Führers dieses Aufstands, Rohan Wijeweera, enthalten.

Es existiert auch eine deutsche Version der Halliday'schen Analyse:

Fred Halliday, Der Aufstand in Ceylon, in: Sozialistisches Jahrbuch No. 4, Berlin: Wagenbach Verlag 1972 (Rotbuch 41), S. 99 ff.

Und zum Schluß der umfassendste Reader zu Sri Lanka:

K. M. de Silva, Sri Lanka. A Survey, London: C. Hurst & Company 1977. Dort findet man alles, was man zu Sri Lanka sucht (einschließlich Bibliographien). Die einzelnen Problembereiche werden kompakt in Form von 18 Artikeln abgehandelt.

Clemens Jürgenmeyer

„Sarvodaya" – oder: Der Mythos vom ‚Grass-Root-Level'

Wegen des eigenwilligen Aufbaus dieses Artikels halten wir eine redaktionelle Vorbemerkung für angebracht.
Der Artikel enthält im ersten Teil eine Selbstdarstellung der Sarvodaya-Bewegung, die beim Lesen sehr hohe Erwartungen an die gesellschaftliche Wirkungskraft dieser Bewegung weckt. Im zweiten Teil folgt eine kritische Darstellung, die die vorher geweckten Erwartungen jedoch als Illusionen entlarvt.
Da durch die von der Autorin vorgenommene Trennung von Selbstdarstellung und Kritik die Widersprüche zwischen Anspruch und Praxis dieser Bewegung besonders deutlich zum Ausdruck kommen, halten wir diese Struktur des Artikels für berechtigt, aber auch die Vorbereitung des Lesers auf das Vorgehen der Verfasserin für notwendig.

Red.

Die Sarvodaya/Shramadana-Bewegung wurde 1958 in Sri Lanka gegründet. Sie ist die derzeit bedeutendste Selbsthilfebewegung in Sri Lanka. Es handelt sich um eine buddhistisch geprägte Organisation, die durch verschiedene Entwicklungsprogramme die Lage der ländlichen Bevölkerung verbessern will.
Das Konzept von Sarvodaya beinhaltet neben ökonomischen Maßnahmen die Belebung der sozialen Gemeinschaft und betont die eigene kulturelle Tradition. Die aufgrund dieses Konzepts notwendigen Arbeiten werden unter Einbeziehung der gesamten Dorfbevölkerung durchgeführt.

WIE SICH SAVODAYA SIEHT

Organisatorische Struktur

Derzeit läßt sich die Sarvodaya-Bewegung folgendermaßen organisatorisch gliedern:
– das Hauptquartier, in dem etwa 35 hauptberufliche Mitarbeiter tätig sind
– in 5 'Development Education Institutes', die Ausbildungs- und koordinierende Funktion haben
– diesen sind etwa 50 'Extension Centres' zugeordnet, – die nächst kleinere Einheit – die ebenfalls Ausbildungs- und Koordiniationsfunktion haben
– etwa 1000 Sarvodaya-Dörfer.

Entwicklung der Bewegung

Seit ihrer Gründung im Jahre 1958 hat Sarvodaya von der Organisationsform und ihren Aufgabenbereichen her mehrere Etappen durchgemacht, die parallel zu ihrer umfangmäßigen Ausbreitung liefen.
Während der ersten Dekade ihres Bestehens führte die Bewegung hauptsächlich sog. 'work-camps' in besonders wenig entwickelten Dörfern durch. Dies hatte neben dem direkten materiellen Nutzen den Effekt, ein Grundkontingent von Dörfern zu schaffen, in denen später weitere Sarvodaya-Maßnahmen durchgeführt werden konnten. Zum anderen konnten junge Leute für Sarvodaya mobilisiert werden, am Ausbau der Bewegung mitzuwirken.
Diese Aktivitäten erforderten wenig organisatorischen Aufwand und geringe finanzielle Mittel.
Mit Erstellung eines „100-Dörfer-Plans" im Jahre 1968 und der Ausrichtung der Aktivitäten auf mehr integrierte und langfristige Maßnahmen wurde nicht nur die Einrichtung eines Koordinationsbüros und die Beteiligung von hauptberuflichen Sarvodaya-Mitarbeitern notwendig, sondern auch die Schaffung eines Sarvodaya-Fonds. So läßt sich ab etwa 1969 aufgrund finanzieller Hilfe durch ausländische Organisationen die ständige Ausweitung des Aufgabenbereiches von Sarvodaya zu langfristigen Dorfentwicklungsmaßnahmen und Ausbildungskursen für Personal verzeichnen. Mittlerweile ist die 'Selbsthilfebewegung' Sarvodaya von finanzieller ausländischer Hilfe abhängig.
1975 kann man wegen des durchschlagenden Erfolges das Planziel auf 1000 Dörfer, die von der Bewegung erfaßt werden sollen, erweitern, das bereits 1977 erreicht wird. Gleichzeitig wird an der Ausformulierung eines Programms gearbeitet, das verstärkte Zusammenarbeit mit der Regierung auf Wahlkreisbasis vorsieht.

Praktische Durchführung des Entwicklungskonzepts

Zumeist beginnt die Sarvodaya-Aktivität in einem Dorf auf Anfrage der Bewohner – in der Regel Personen in Führungspositionen (Mönche, Lehrer, Regierungsbeamte)– beim jeweiligen 'Extension Centre' oder im Hauptquartier. Nach kurzer Bestandaufnahme der zur Verfügung stehenden dörflichen Ressourcen wird die Organisation eines 'work-camps' von einem Sarvodaya Mitarbeiter eingeleitet; dieses 'work-camp' soll ein Hauptbedürfnis der Dorfgemeinschaft aufgreifen (z.B. Wasserleitung, Straße). Die Versorgung der Arbeitskräfte während dieses Zeitraumes (Dauer: von 3 Tagen bis zu einer oder zwei Wochen) wird wenn möglich vom Dorf selbst getragen.
Ein wichtiger Effekt des 'work camps' ist dessen psychologische Wirkung, die von dem Erlebnis ausgeht, in gemeinsamer Aktion etwas für die materielle Entwicklung des Dorfes geleistet zu haben, dessen Ergebnis jedem unmittelbar erfahrbar ist. Die Atmosphäre während des Arbeitsvorganges bekräftigt das Gefühl der Zusammengehörigkeit, was verstärkt wird durch Auflockerung des Arbeitstages mit Versammlungen, Musik, Tanz, religiösen Zeremonien. Durch kooperative Arbeit soll also Gemeinschaftsgefühl und Vertrauen in die eigene Kraft geweckt werden. Außerdem wird während der Organisationsphase die Herausbildung von geeigneten dörflichen Führungskräften ermöglicht, aus denen sich später die Sarvodayaführer rekrutieren.
Einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung des camps leistet der buddhistische Mönch, der durch zahlreiche Zeremonien die Feierlichkeit des Vorgehens betont und ihm – traditionalen Gepflogenheiten entsprechend – einen besonderen Stellenwert verleiht.
Gerade in den letzten Jahren – durch verstärkte Zusammenarbeit mit Regierungsbeamten, Parlamentsmitgliedern – boten die camps zunehmend für die demokratisch gewählten Volksvertreter die erste Möglichkeit (!), mit der 'basis' bei gemeinsamer Arbeit in Kontakt zu treten. –

Ein weiteres Mittel, die Dorfbevölkerung zur aktiven Mitarbeit zu motivieren und ihr die Bedeutung kooperativer Tätigkeit immer wieder vor Augen zu führen, ist das regelmäßig durchgeführte Treffen der Dorfgemeinschaft während des 'work-camps'. Hier werden Probleme diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht, Informationen gegeben, Geschichten erzählt und Lieder gesungen. Diese inzwischen innerhalb der Bewegung obligatorischen Treffen zur Belebung des sozialen Bewußtseins füllen ein Vakuum, das durch die fortschreitende Unterminierung und Auflösung der traditionelen Verwandtschaftsbeziehungen und des traditionalen Dorfgefüges entstanden war.
Allein die Erfahrung, daß Hoch- und Niederkastige, einfache Bauern und hohe Regierungsbeamte nebeneinander auf einfachen Strohmatten sitzen, könnte nach Meinung von Sarvodaya dazu beitragen, ein „Gefühl der Gleichheit" zu vermitteln und hierarchische Strukturen aufzulösen.
Wohlfahrtsleistungen auf dem Gesundheits- und Erziehungssektor sind ein weiterer Schritt bei der Einbeziehung einer dörflichen Gemeinde in das Sarvodaya-Entwicklungskonzept. Da die Sozialmaßnahmen der Regierung zwar, verglichen mit anderen asiatischen Entwicklungsländern, verhältnismäßig gut sind, aber dennoch nicht gleichmäßig alle Bevölkerungsteile und alle Dörfer erreichen, werden gerade Leistungen auf dem Gebiet der Vorschulerziehung, der medizinischen und kostenlosen Milchversorgung, von den Dorfbewohnern als willkommen angesehen. Die Einrichtung von Gemeinschaftsküchen, Gesundheitsdiensten und Vorschulen ist nach Errichtung der 'work-camps' der nächste Schritt der Sarvodayastrategie. Da sich Sarvodaya jedoch nicht als Dienstleistungsunternehmen verstehen will, sollten diese Sozialmaßnahmen von der Dorfgemeinschaft in Eigeninitiative und Selbstverantwortung getragen werden. Um die materielle Basis des Dorfes zu verbessern, werden Maßnahmen auf dem Anbau-, Kredit- und Vermarktungssektor angestrebt. Hierzu ist es notwendig, geschulte und organisatorisch erfahrene Mitarbeiter zu haben, die diese Maßnahmen initiieren und koordinieren können.
Idealerweise sollten die Bauern Sarvodayakredite zu günstigen Bedingungen aufnehmen, den Anbau durch angemessene Bepflanzungs- und Bearbeitungsmethoden intensivieren, sowie auf dem Gebiet der Vermarktung bestehende Regierungskooperativen nützen oder in Absprache mit den anderen Dorfbewohnern neu bilden. (Umverteilungsmaßnahmen von Land beinhaltet das Konzept Sarvodayas natürlich nicht). Die Anregung von handwerklichen Tätigkeiten wie Flechten, Metallverarbeitung, Weben soll ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Beseitigung der Unterbeschäftigung leisten.
Neben diesen etappenmäßig für jedes Sarvodaya-Dorf vorgesehenen Aktivitäten ergibt sich aufgrund aktueller Ereignisse oftmals die Notwendigkeit umgehender Soforthilfemaßnahmen durch Sarvodaya, wie etwa die Versorgung der inhaftierten jugendlichen Teilnehmer am Aufstand von 1971 mit Büchern, oder die Unterstützung von Flüchtlingen zur Zeit der Auseinandersetzungen zwischen Singhalesen und Tamilen im Sommer 1977.

WIE ICH SAVODAYA SEHE

Das am durchgängigsten vorhandene Prinzip bei Sarvodaya schien mir der immer wieder auftauchende **Widerspruch zwischen verbalen Proklamationen und gesellschaftlicher Praxis zu sein.** –
Ein Beispiel hierfür ist die **Modellfarm „Tanamalwila"**: Die Tatsache, daß die Farm keine sich selbst versorgende Einheit darstellt, sondern von ausländischen Geldmitteln abhängig ist, spräche nicht gegen das Projekt an sich. Wenn die oben beschriebenen Sarvodaya-Ideale sich als wahr erwiesen hätten, wäre das allein Existenzberechtigung genug. Am Beispiel der dort arbeitenden Jugendlichen läßt sich jedoch zeigen, daß das nicht der Fall ist. Alle wichtigen Entscheidungen werden von einem Planungsstab altgedienter Sarvodaya-Mitarbeiter getroffen, die teilweise nicht einmal auf der Farm wohnen. Das als demokratisches Gremium eingerichtete Treffen der Dorfgemeinschaft entpuppt sich als Organ zur Weiterreichung bereits „oben" getroffener Beschlüsse. Stets die gleichen Leute ergreifen das Wort. Außerdem ist zu bezweifeln, daß sich ein „Gefühl der Gleichheit" durch bloßes Nebeneinandersitzen entwickeln kann, wenn die Farm-Bewohner entsprechend ihrer vorherigen Ausbildung entlohnt werden, und nur die „Führer" über die Höhe des Einkommens zu befinden haben. Ein starkes Lohngefälle zwischen Landarbeiter/-innen, handwerklich Tätigen und Planungsstabmitgliedern ist ebenso charakteristisch für Tanamalqila wie die vergammelnden landwirtschaftlichen Maschinen, die von einer ausländischen Organisation gespendet wurden, sich jedoch leider für den Boden in dieser trockenen Region Sri Lankas nicht eignen.



Ein weiterer Widerspruch zwischen theoretischen Ansprüchen Sarvodayas und der gesellschaftlichen Praxis zeigt sich in der **Motivation vieler einfacher Sarvodaya-Arbeiter**: Ausschlaggebender Grund für die Beteiligung an Sarvodaya-Ausbildungskursen ist oft die Aussichtslosigkeit, eine andere Arbeitsstelle zu finden. Die Arbeitslosigkeit beträgt weit über 1 Mio. Menschen; die Unterbeschäftigung ist hoch. Sarvodaya stellt somit eine Alternative zum „job" dar und ist zudem mit Ansehen verbunden.
Initiativen der Landbevölkerung zur Ausweitung von Sarvodaya-Aktivitäten beschränken sich meist auf den Bereich infrastruktureller und ökonomischer Maßnahmen. Sarvodaya wird so in die Rolle einer Wohlfahrtsorganisation gedrängt, deren Aufgabe es ist, materielle Hilfeleistungen zu erbringen und folkloristische Veranstaltungen durchzuführen. Bewußte Partizipation im Sinne der Sarvodaya-Ethik ist selten und wird durch die anhaltende Überflutung der Bewegung mit ausländischen Hilfszahlungen auch nicht gerade weiter gefördert.
Ein weiterer Kritikpunkt scheint mir die Tendenz zur **bürokratischen Kopflastigkeit** zu sein. Sie läßt sich bis auf die

Dorfebene hin verfolgen als Ausdruck jenes Prinzips, das immer wieder betont wird: „leadership". Es verkörpert eine Seite des Widerspruchs, der sich mit den beiden Polen

– verbal proklamierte Gleichheit/Einheit
– faktisch praktizierte Hierarchisierung

umschreiben läßt.

„leadership" als Hierarchie konstitutierendes Prinzip auf allen Ebenen unterstützt zentralistische Tendenzen und gefolgsame Fixierung statt umfassender Motivierung und kritischem Bewußtsein. Zudem wirkt es legitimierend für eine gesellschaftliche Praxis, die bestehende Macht- und Herrschaftsstrukturen unangetastet beläßt. Als Beispiel mag eine Sarvodaya-Versammlung in dem Norf Nadelagama dienen: Lehrer, Arzt, Mönch und reicher Landbesitzer sitzen gemeinsam am geschmückten Tisch vor der zu leitenden Versammlung des „gemeinen Volkes", das sich auf einfachen Holzbänken tummelt. Hier wird besonders deutlich, daß Sarvodaya die vorhandenen sozialen Gegensätze nicht beseitigt sondern eher verschleiert und verfestigt.

Die politischen Parteien Sri Lankas, wie auch die Sarvodaya-Bewegung, berufen sich gerne auf eigenständige kulturelle Werte und glorifizieren das vorkoloniale Königtum. Dies liefert die passende Utopie einer Gesellschaft, die bestehede Macht- und Herrschaftsstrukturen unangetastet ließ und Widersprüche/Ausbeutung durch wohltätigen Paternalismus und die Tradition der sozialen Wohlfahrt ausglich. In dem Ideal des selbstversorgenden, altsinghalesischen Sozialstaates sehe ich die Mystifizierung gesellschaftlicher Herrschafts- und Machtstrukturen, die in Widerspruch stehen zu der harmonischen, herrschaftslosen Gemeinschaft, die verbal proklamiertes Ziel Sarvodayas ist. In der Verstärkung dieses Widerspruchs kann meines Erachtens die Chance des revolutionären Umschlagens liegen. Die bisherige Praxis und die stabilisierende Funktion Sarvodayas in Bezug auf das vermeintlich demokratische System in Sri Lanka stehen dieser Möglichkeit jedoch leider entgegen.

Historisch gesehen mag die Suche nach einer eigenen kulturellen Identität als Auflehnung gegen britische Fremdherrschaft durchaus ihren fortschrittlichen Zweck (nationale Selbstbestimmung) erfüllen; mittelfristig kann die Belebung sozialer Kommunikationsformen, die Schaffung eines Gemeinschafts- und Solidaritätsgefühls sich befreiend auswirken auf das morbide, von Lethargie, Stagnation und Nichtentwicklung geprägte Sozialgefüge; langfristig wird dies alles,wennes gleichzeitig den Auf- und Ausbau hierarchischer Strukturen bewirkt, zur Stabilisierung und Legitimierung eines Systems führen, das Macht, Herrschaft und imperialistische Interessen mit traditionalen Werten zu verschleiern versteht.

Waltraud Ernst

Anmerkung:
In der BRD hat sich inzwischen eine „Deutsche Sarvodaya-Gruppe" gebildet. Die Kontaktadresse für weitere Informationen: W. Scherrer, Pappelweg 22, 5300 Bonn – Bad Godesberg.

Strukturdaten zu Sri Lanka

A. Allgemeines

Fläche:65 610 km² (etwa Bayern)

N - S Entfernung:	435 km
W - O Entfernung:	225 km

Bevölkerung:	14,2 Mio (1976)	
	2,4 Mio (1871)	Bev. Wachstum: 2,5 %
	5,307 Mio (1931)	

51.6 % der Bev. sind jünger als 20 Jahre.

Stadt: 22,4 % der Bev.	Feuchtregion: 80,0 % der Bev.
Land: 77,6 % der Bev.	Trockenregion: 20,0 % der Bev.

Hauptstadt ist Colombo mit ca. 1 Mio Einw.
Währung: 1 Rupie zu 100 Cents , 1 DM = 8,5 Rs.

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen (1971):

1	Singhalesen	71,9 %	9 147 000
	Tiefland-S.		5 440 000
	Kandy-S.		3 700 000
2	Tamilen	20,5 %	2 611 000
	Ceylon-T.		1 400 000
	Indien-T. (Plantagenarbeiter)		1 200 000
3	Moors	6,7 %	854 000
4	Burgher & Europäer	0,3 %	44 000
5	Malaien	0,3 %	42 000

Religionszugehörigkeit:

Buddhisten	67,3 %
Hindus	17,6 %
Christen	7,9 %
Muslims	7,1 %
Sonstige	0,1 %

Staatsform:
seit 22.5.1972 Republik Sri Lanka; parlamentarische Demokratie mit Premierminister. Regierung und Einkammerparlament. Seit Januar 1978: vom Volk gewählter Präsident mit Exekutivgewalt. Regierung seit Juli 1977: United National Party unter Junius R. Jayewardene.

B. Landwirtschaft

Landnutzung: in der Feuchtregion recht hoch
in der Trockenregion sehr niedrig
insgesamt beträgt die Landnutzung nur 26,4 %

Das Verhältnis von potentiell nutzbarem zu ungenutzten Land lautet 4 : 1.

Anbau:
Feuchtregion: Plantagenwirtschaft (Kokosnüsse, Kautschuk, Tee)
Küste ——> Hochland
Trockenregion: Reisanbau (Bewässerungswirtschaft)
Produktion ungenügend: 25 % des Bedarfs wird importiert. Vgl. auch Ratio Reisland Ha/Einw.

1871/2	0,095
1921/2	0,072
1971/2	0,046

Nötig wären aber bei gleichbleibendem Flächenertrag 0,1 ha/Einw., also eine Verdoppelung des Reislandes.
Es gibt auch noch Brandrodungsbau („Chena")

Anbauflächen der wichtigsten Nutzpflanzen (1968):

Kokospalmen	466 000 ha	29,1 %
Reis	459 000 ha	28,6 %
Tee	242 000 ha	15,1 %
Kautschuk	232 000 ha	14,4 %
		87,2 %

Der Rest ist für Zimt, Pfeffer, Kakao etc. und andere Nahrungsmittel (Hirse, Mais, Kartoffeln, Gemüse) bestimmt.

Produktionsindex: 1962 = 100	1963	1971
Tee	konstant	konstant
Kautschuk	101.1	135.9
Kokosnüsse	konstant	konstant
Reis	112.2	139.3
Gesamt:	104.2	125.9

Der Index der landwirtschaftlichen Produktion insgesamt sowie der Nahrungsmittelerzeugung im besonderen blieb von 1971 bis 1975 konstant. Dies bedeutet, daß die Produktion je Einwohner abnahm. Die genauen Zahlen:

1970 = 100	1971	1973	1975
land. Prod. /E.	96	91	88
Nahrungsmittel Prod./E	97	93	90

Besitzstruktur: Im Reisanbau herrscht der Kleinbetrieb vor, im Plantagensektor bei Kokosnüssen Mittelbetriebe und bei Tee und Kautschuk Großbetriebe.

Betriebsgröße ha	Betriebe in %	Fläche in %	Ständig bezahlte Arbeitskräfte
bis 1,0	65,4	15,3	0,31
1,0 – 2,0	18,9	16,4	0,6
2,0 – 4,0	11,3	18,3	1,0
4,0–10,1	3,2	11,4	1,4
bis 10 ha	98,8	61,4	3,31
10 – 20	0,7	5,6	3,0
20 und mehr	0,5	33,0	92,7

1972 Landreform: Begrenzung auf 10 ha bei Reisland, auf 20 ha bei anderem Nutzland. Plantagen,zu einem großen Teil in ausländischen Besitz, waren davon ausgenommen.
Ein Vergleich mit den Aunbauflächen zeigt, daß die Landreformbestimmungen zum allergrößten Teil für die Plantagenwirtschaft zutrafen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß bis 1974 nur 12 % des gesamten Nutzlandes der Landreformkommission zugewiesen wurden, die in erster Linie aus Tee, Kautschuk und Kokospalmen -Land bestanden und an Genossenschaften oder an die staatliche Planting Corporation vergeben wurden. 1975 wurden alle Plantagen verstaatlicht. Sie sollen neu verteilt werden an ceylonesische Bürger, Kooperativen oder Staatsplantagen.

C. Wirtschaft:	Fischereiwirtschaft:	unterentwickelt
	Forstwirtschaft:	kaum
	Bodenschätze:	wenig, lediglich Graphit, Edelsteine u.Mineralsande

Industrie: wenig vorhanden, auf Nahrungsmittel- und weiterverarbeitende Industrie beschränkt: Zement, Ziegel, Papier, Textilien, Sperrholz, Reifen, Öle und Fette.

Produktionsindex: 1962 = 100	1973	1974	1975	1976
	120	123	123	124

Bislang verfolgte Sri Lanka eine Wirtschaftspolitik der Importsubstitution, die jedoch seit wenigen Jahren sehr stark zu Gunsten einer „Liberalisierung der Wirtschaft", d.h. stärkere Kooperation mit ausländischen Firmen und Ausrichtung auf den Weltmarkt, geändert wurde: Freihandelszone bei Trincomalee, joint ventures, weniger Importrestriktionen, günstige Investitionsbedingungen, Gewerkschaftsreform.
Die Betriebe sind meistens staatlich. (Staatskapitalismus, mixed economy). Die verarbeitende Industrie trägt nur 12,5 % zum BSP des Landes bei (1974), Durchschnittlich 72 % der Rohmaterialien müssen importiert werden; daher starke Belastung der Devisenvorräte.

Handel: Exporte: 90 - 95 % von Tee (60 %), Kautschuk und Kokosnüsse (je 15 %). Zimt nur 1,7 %
Importe: Konsumgüter 47,0 %, davon Nahrungsmittel (1974) ellein 42,8 %; Brennstoffe und Chemieprodukte 42,1 %; (1972: 24,3!), Investitionsgüter 10,0 % (1972: 21,2!).

Handelsbilanz: (Mio Rs.)	1973	1974	1975	1976
Einfuhr:	2 715	4 554	5 525	4 688
Ausfuhr:	2 617	3 471	3 933	4 815
	- 98	- 1 083	- 1 592	+ 127

Terms of Trade: $\frac{\text{Export-Index}}{\text{Import-Index}} \times 100$

1950	1955	1960	1965	1970	1972	1974	1975	1976
165	151	136	109	78	65	58	46	62

= Abhängigkeit vom Ausland steigt an:

z.B.:	IWF Kredite	Kurzfristige Kredite	Zuschüsse	Lieferantenkredite
1970	57	434	75	85
1974	106	836	254	429
Projekthilfe				
1970	35			
1974	103			

oder: Anleihen	1950-69	:	1 400 Mio. Rs
"	1974	:	199 Mio. Rs
Spenden	1950-69	:	494 Mio. Rs
"	1974	:	231 Mio. Rs

Haupthandelspartner: GB, VR China, USA, Pakistan, Japan

Tourismus: Bruttoeinnahmen (Mio. Rs)

1973	1974	1975	1976
58,6	94,8	124	198,4

Erwerbsstruktur:

	Anteil am BSP (zu 1959 cost-prices) 1971	1974
Primärer Sektor (Land- u. Forstwirtschaft, Viehzucht)	50,4 % der Bev.	33,16 %
Sekundärer Sektor: (Produzierendes Gewerbe)	13,4 % der Bev.	19,63 %
Tertiärer Sektor: (Handel, Banken, Vers., allg. Dienstleistungen)	27,3 % der Bev.	47,21 %
o.A.	8,2 % der Bev.	47,21 %
Erwerbspersonen insg.	28,5 % der Bev.	
Arbeitslose (offene)	ca. 22,0 % der Bev.	
besonders betroffen:	Jugendliche zwischen 15 u. 24 J.	

Lebensstandard:		gesamt	Kleidung	Essen
	1952 =	100	100	100
Indikator:	1965 =	112,5		107,3
Lebenshaltungs-	1970 =	138,2		136,6
kosten	1974 =	185,8	204,6	189,7
	1976 =	200,7		

Einkommensindex:	1974
Techn. Büroangestellte	181,4
Untere Angestellte	220,5
Reg.-Angestellte	202,8
Lehrer	159,1

Wichtig: Der größte Teil der Ausgaben sind für Essen und Kleidung bestimmt.

Die innenpolitische Lage ist prekär. Die schlechte wirtschaftliche Situation geht einher mit einer hohen Bildungsquote (Schulpflicht; nur ca. 15 % Analphabeten; 63 % der Jugendlichen haben Sekundarabschluß) => 1971 Aufstand unter Führung der janata Vimukhti Peramuna

Auch: Ethnische Konflikte Tamilen vs. Singhalesen.

Quellen:

1. Far Eastern Economic Review Yearbook 1978
2. Eckehard Kulke 1978
3. K. M. de Silva 1977
4. Manfred Domrös 1976 und 1977
5. Stat. Bundesamt Wiesbaden, Länderkurzbericht Sri Lanka

Die genauen bibliographischen Angaben finden sich in der Literaturliste.

CLEMENS JÜRGENMEYER



MOSAMBIK

Zur Diskussion über die Demokratie im Gesundheitswesen

Während der Vorbereitung der letzten Nummer der 'blätter' (Nr. 74) kam es innerhalb der Redaktion zu einer Kritik an dem Demokratieverständnis von Ralf Syring in seinem Artikel „Demokratie im Gesundheitswesen Mosambiks". Daraus ergab sich die kritische Anmerkung von tm+ma zu dem Beitrag von Ralf Syring, der in dieser Nummer auf diese Kritik antwortet.

Seinem Brief folgt eine Stellungnahme der Amilcar-Cabral-Gesellschaft e. V. zu unserer Aussage bezüglich der PAIGC im Vorspann zur Artikelreihe „Mosambik-Befreiung kommt nicht in Kisten". Ralf Syring schließt sich dieser Stellungnahme an.

Red.

Demokratie im Gesundheitswesen Mosambiks!

> „Unsere Entscheidungen müssen immer demokratisch sein im Inhalt und in der Form. Im Inhalt heißt, daß sie den Interessen der breiten Massen entsprechen müssen. In der Form bedeutet, daß die breiten Massen an der Erarbeitung der Entscheidung teilnehmen müssen, sie als die ihre und nicht als von oben auferlegt empfinden müssen
> (Samora Machel: Estabelecer o poder popular para servir as massas. Maputo 1975, S. 25).

In den kritischen Anmerkungen von ma + tm zu meinem tikel über das Gesundheitswesen in Mosambik scheinen mir folgende Punkte sehr wichtig zu sein:

1. Welches sind die festgelegten Kompetenzen, ist die „autonome Macht" der Basisstrukturen im Gesundheitswesen?
2. Wie verhalten sich die Strukturelemente Hierarchie und Kollektiv zueinander?
3. Auf welcher Grundlage werden Entscheidungen gefällt?

Zu 1:
Es ist ein Mangel meines Artikels, daß ich die Arbeit der Basisräte nicht konkret beschrieben habe und die Frage der festgelegten Kompetenzen nicht angesprochen habe. Ich habe keine Informationen darüber, in welchen Fällen die Entscheidungen der Basisräte z.B. im Falle eines Konflikts bindend sind, und nehme an, daß es solche festgelegten Kompetenzen auch nicht gibt. Diese Aussage bedürfte allerdings der Rückversicherung. Grundlage für meine Annahme ist die Tatsache, daß es überhaupt sehr wenige festgelegte Kompetenzen im heutigen Mosambik gibt. Es herrscht in weiten Bereichen ein gesetzloser Zustand. Neue Gesetze und Festlegungen gibt es nur in geringer Zahl. Formal gelten noch die Gesetze der Kolonialzeit außer wenn diese im Widerspruch zur neuen Verfassung stehen. In der Praxis heißt das, daß zahlreiche Entscheidungen nicht aufgrund von Bestimmungen, sondern aufgrund von Diskussionen gefällt werden. Die unangenehme Seite dieses Zustandes ist, daß Entscheidungen aufgrund von Unsicherheit auf die Bank geschoben werden und verschlungene bürokratische Vorgänge entstehen. Auf der anderen Seite wird die Situation in Diskussionen kreativ genutzt. So wurde z.B. während meines Aufenthalts in Mosambik in einem Krankenhaus über den Wunsch einer Frau nach einer Abtreibung nach einer langen und kontroversen Diskussion entschieden.
Die Abtreibung wurde durchgeführt, obwohl formal ein Gesetz in Kraft ist, das sie verbietet und von dem niemand so genau weiß, ob es im Widerspruch zur Verfassung steht. Jedenfalls ist die Antwort auf diese Frage nirgendwo festgelegt. Das ist zugleich ein Beispiel für ein Thema, mit dem sich eine Basisstruktur auseinanderzusetzen hat.

Ich weiß nicht, was geschehen würde, wenn sich eine Versammlung von Patienten und Personal eines Krankenhauses mit großer Mehrheit für die Abtreibung aussprechen würden, alle Ärzte sich aber weigern würden, diese vorzunehmen. Sicherlich gibt es für einen solchen Fall nicht einfach eine Bestimmung, in der man nur nachzuschlagen braucht, um den Konflikt zu lösen. Mir scheint das Fehlen solcher Festlegungen, die damit verbundene Unsicherheit und die darin liegende Möglichkeit zur schöpferischen Gestaltung ein Kennzeichen der gegenwärtigen Phase des Aufbaus in Mosambik zu sein – eine wohl notwendige Phase; denn wie sollten die Festlegungen jetzt zustandekommen?

Zu 2:
Ich meine, daß ich in dem Artikel durchaus die Widersprüchlichkeit zwischen kollektiver und hierarchischer Struktur benannt habe. Allerdings schätze ich den Charakter dieses Widerspruchs anders ein als ma + tm. Sie meinen, man müsse zwischen diesen beiden Strukturen „Stellung beziehen, sich aktiv entscheiden"; denn sie seien unvereinbar, wenn auch ihr Nebeneinander zunächst als „koloniales Erbe" noch akzeptiert wird. Ich habe mir überlegt, wie eine solche aktive Entscheidung aussehen würde. Sie hätte z.B. bedeutet, daß die Beschäftigten im Zentralkrankenhaus von Maputo 1976 die Absetzung der gewählten Gremien (Dynamisierungsgruppen) durch Samora Machel hätten bekämpfen müssen. Das Eingreifen der Partei durch Samora Machel gründete damals auf einer Interpretation der Partei dessen, was die Interessen der Bevölkerung seien und auf der Einschätzung, daß im Zentralkrankenhaus die herrschende Ideologie bürgerlich und von der Kolonialzeit geprägt sei. Es handelte sich klar um einen Eingriff in die Hierarchie.
Ich will die Problematik solcher Eingriffe nicht herunterspielen. Die Beteiligung der Massen in der Form, daß die Partei den Willen der Massen interpretiert und danach eingreift, kann selbstverständlich gegen die Massen verwendet werden. Ein anderes Problem ist, was gegenwärtig in Mosambik die Alternative wäre.

An einem anderen Beispiel sei das verdeutlicht. An einigen Orten sind in den letzten Monaten Volksgerichte entstanden. Dort wird von der Bevölkerung über einen Angeklagten diskutiert und gerichtet. Die FRELIMO geht bei der

Einrichtung solcher Volksgerichte sehr behutsam vor. Es ist zu erwarten, daß bei einem Dekret, daß ab sofort das Volk über Menschen, die eines Vergehens beschuldigt werden, zu Gericht zu sitzen habe, in zahlreichen Fällen nicht nur sehr harte Urteile gesprochen werden würden, sondern traditionelle, auch koloniale Strukturen in diese Urteile mit eingehen würden. Zum Beispiel gibt es in weiten Teilen Mosambiks noch den Brautkauf. Grundlage dafür sind die ökonomischen Verhältnisse auf dem Lande. FRELIMO und insbesondere die OMM (Organisation Mosambikanischer Frauen) sind sich darüber klar, daß der Brautkauf nur abgeschafft werden kann aufgrund einer langdauernden Erziehungsarbeit und aufgrund der Änderung der wirtschaftlichen Mangelsituation auf dem Lande. Auch hier liegt eine Interpretation der Interessen der Massen durch die Partei vor.

Ich denke, daß diese hier nur skizzenhafte Darstellung zeigt, daß nicht die hierarchische Struktur das koloniale Erbe ist, das man zu bekämpfen hat, sondern daß die hierarchischen Elemente der Struktur dazu genutzt werden, das koloniale Erbe zu bekämpfen. Es kann also nicht darum gehen, die Unvereinbarkeit zweier Strukturelemente festzustellen, sondern es ist zu untersuchen, ob die Verbindung dieser Strukturelemente unter den gegenwärtigen Bedingungen demokratisch ist, d.h. den Massen dient und ihre Teilnahme ermöglicht.

Zu 3:
Es bleibt das Problem, woher es denn nun kommt, daß die Entscheidungen „den Interessen der breiten Massen entsprechen". „Freiwillige Einsicht", „demokratische Gesinnung"? Mir wäre es ja auch lieber, wenn die Massen die jeweiligen Organe dazu zwingen würden, die richtige Entscheidung zu fällen. Wenn ich darüber nachdenke, was FRELIMO eigentlich dazu zwingt, eine Politik im Interesse des ganzen Volkes zu machen, dann fallen mir immer nur Antworten wie: „die Erfahrung des bewaffneten Befreiungskampfes" ein. Und ich weiß, wie unbefriedigend solche Antworten sind, weil ja der bewaffnete Befreiungskampf keine hinreichende Bedingung dafür ist, daß nach seinem Ende eine Politik gemacht wird, die die Befreiung fortsetzt. Mein Eindruck in Mosambik war, daß das dort geschieht. Ich habe keinen Hinweis darauf, daß es notwendigerweise geschieht und daß es notwendigerweise immer geschehen wird.

Es sind in Mosambik Bedingungen, Strukturen geschaffen worden, die demokratische Entscheidungen ermöglichen. Die Versammlung über die Bekämpfung der Tuberkulose, über die ich berichtet habe, war dafür ein Beispiel. Ich habe diese Versammlung übrigens fälschlicherweise eine Ärzteversammlung genannt. Sie war eine Versammlung aller derjenigen, die Medikamente verschreiben konnten, also im Distrikt unmittelbar mit der Bekämpfung der Tuberkulose als Gesundheitsarbeiter zu tun haben (Ärzte, Techniker der Medizin, Pfleger, Schwestern, Agentes Polivalentes Elementares usw.). Es war nicht einfach Zufall, daß diese Versammlung schließlich zu einer Erklärung der Schwierigkeiten bei der Anwendung des neuen Behandlungsschemas kam. Das war nur möglich, weil hier Menschen zusammenkamen, um über die Erfahrungen ihrer Arbeit zu diskutieren und aus diesen Erfahrungen Konsequenzen zu ziehen. Solche Versammlungen kosten viel Zeit und Energie und würden kaum stattfinden, wenn zu den Erfahrungen nicht auch gehörte, daß die Diskussionsergebnisse sich auf die praktische Arbeit im Sinne der Menschen auswirken. Der Gesundheitsdirektor eines Distrikts, der sich über die Ergebnisse solcher Versammlungen nicht kümmern würde, wäre wahrscheinlich nicht mehr lange in seiner Funktion, auch wenn das gegenwärtig noch nirgendwo geschrieben steht. Ich denke, daß die Tatsache, daß solche Versammlungen stattfinden, ein wichtiges Element von Demokratie ist.
Es gibt in Mosambik eine Tendenz zur „umfassenden, zielstrebigen Demokratisierung". Der unterstellte Irrtum, dies sei nur die Aufgabe der Parteikader usw. ist mir nicht bewußt. Es sei noch erwähnt, daß die Dynamisierungsgruppen übrigens keine „Parteiaufbaugruppen" sind, sondern gewählte Organe. Die Parteizellen werden neben den Dynamisierungsgruppen seit 1978 aufgebaut.

Ralf Syring



TREIBT DIE PAIGC EINE POLITIK IM INTERESSE DES AUSLANDES UND DER HOHEN PARTEIFUNKTIONÄRE UND GEGEN DAS VOLK?

Im Vorwort zu Eurer Artikelzusammenstellung zur Aufbauarbeit in Mosambik (blätter Nr. 74, S. 19) schreibt Ihr:
„In Guinea-bissau treibt die PAIGC Tourismus- und Industrialisierungsprojekte voran, die den hohen Parteifunktionären und Firmen aus Skandinavien und Italien nützen, aber nicht dem Volk."
Wir möchten hiermit diese von Euch bislang ohne die Spur eines Beweises aufgestellte Behauptung nicht unwidersprochen lassen und zumindest einige dem entgegenstehende Tatsachen in Kürze anreißen:
1. In einem längeren Aufsatz „Zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen in Guinea-Bissau" (1) berichtet H. Gebauer, der seit 2 Jahren im Planungskommissariat in Bissau arbeitet, daß bislang von der PAIGC noch keine einheitliche Strategie der sozioökonomischen Entwicklung, die einen praktischen Weg der Realisierung des PAIGC -Programmes aufzeigt, erarbeitet wurde. Die verschiedenen staatlichen Instanzen arbeiten zwar alle mit dem Willen zur Fortführung der im Befreiungskampf begonnenen Politik, konnten jedoch auch mangesl qualifizierter Kader noch keinen Gesamtplan erstellen. Im Einzelnen sehen die bislang durchgeführten Maßnahmen wie folgt aus:
– Die Landwirtschaft hat die höchste Priorität
– Im Außenhandel, der staatlich kontrolliert ist, werden Luxusgüterimporte zugunsten von Grundnahrungsmitteln abgebaut
– Der Binnenhandel wird durch die Errichtung staatlicher Läden verbessert
– Die Preise für die wichtigsten Grundnahrungsmittel werden vom Staat fixiert.

Daß darüber hinaus eine Reihe von Ländern der '1. und 2. Welt' durch umfangreiche „Hilfs- und Projektangebote" einen Fuß zwischen die Tür zu bekommen versuchen, ist bekannt. Daß die PAIGC diese Projekte diskutiert und

prüft, ist auch richtig. Von all den Großprojekten wie Fruchtsaftfabrik, Automobilfabrik, Erdnußschalenkraftwerk, Autobahnbau, die nur mit massivem ausländischen Kapitaleinsatz zu realisieren wären, ist jedoch unseres Wissens bislang keines übernommen worden, sondern einige bereits nach Prüfung verworfen worden.
Da Ihr in Eurem Vorwort gerade auch den Idealismus der Linken in der Bundesrepublik zu recht so kritisiert, wird jedem Interessierten auch klar sein, daß man auch nicht mit einigen einfachen Weisheiten und Prinzipien den Aufbau eines Landes aus dem kolonialen Erbe einfach planen und umsetzen kann. Die Problematik darum, die fehlerhaften Tendenzen und mögliche Änderungsvorschläge aus seiner Kenntnis hat Gebauer in dem erwähnten Aufsatz dargelegt (1).
2. Im Bereich des Gesundheitswesens, das in Eurer Zusammenstellung zu Mosambik einen Schwerpunkt darstellt, decken sich die Strategien und Probleme bei der Realisierung in Mosambik und Guiné/Kapverde in vielen Punkten. Welche internationale Anerkennung die Aufbauleistungen gerade in Guinea-Bissau erfahren, kann man vielleicht daran ablesen, daß auf dem ersten internationalen Kongreß der Weltgesundheitsorganisation zur „Primary Health Care" (Basisgesundheitsdienst) Dr. M. Boal (Staatssekretär Gesundheitsministerium von G. B.) zum Vorsitzenden eines der 3 Komitees dieser Konferenz berufen wurde (2). Daß der Aufaub des Basisgesundheitsdienstes sicherlich nicht für Italien oder Skandinavien oder die hohen Funktionäre sondern fürs Volk geschieht, ist wohl bekannt. Weitere Materialien dazu sind in einer Broschüre von uns, die zur Zeit im Druck ist, zusammengestellt (3).
3. Daß Guiné/Kapverde nicht die Lösung seiner Probleme im Tourismus sieht, ist eigentlich jedem der zahlreichen „Polittouristen" aus der Bundesrepublik doch wohl klar geworden. Es ist aber wohl auch jedem der auf Sal (Kapverde) mal gelandet ist, sicherlich gesagt worden, daß man die Südafrikanische Fluglinie (!) landen lassen muß, da es für die Bewohner dieser Insel augenblicklich keine andere Arbeitsmöglichkeit gibt, als auf dem Flughafen zu arbeiten, der auch von den SAA-Gebühren unterhalten wird. Über große touristische Vorhaben der PAIGC ist uns jedenfalls momentan nichts bekannt und man sollte nach Abschluß von irgendwelchen Verträgen, diese dann auch materialistisch unter die Lupe nehmen.
Wir hoffen mit diesen kurz angerissenen Beispielen Eure Behauptung zur Politik der PAIGC etwas erschüttert zu haben und bitten Interessenten, sich wegen detaillierter Materialien an uns zu wenden.

Der Vorstand der Amilcar-Cabral-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen:

1) H. Gebauer: Zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen in Guinea-Bissau. Oktober 1978 ACG Heft Nr. 8, 72 S. Dm 2,50
2) WHO-Chronicle 11/1978, S. 412
3) Agentos Santiarios de Base – Beginn einer Gesundheitsversorgung für Alle in Kapverde und Guinea-Bissau, Januar 1979 ACG Heft Nr. 9, ca. DM 3,–, ca. 60 S. (im Druck)

Materialien über: Geschäftsstelle der ACG
Hunscheidtstr. 76, 4630 Bochum

DED
Regionalkonferenz in Ostafrika 1978

Beschlüsse der Regionalkonferenz Ostafrika 1978 des Deutschen Entwicklungsdienstes (Nov. 78 in Staat Moshi/Tansania), zu deren Veröffentlichung der DED-Geschäftsführer aufgefordert wurde:

1) Die Regionalkonferenz Ostafrika des DED stellt fest, daß die Forderung der RK im vergangenen Jahr und der DED-Mitarbeiterkonferenz '77 nach einer grundsätzlichen Revision der Südafrika-Politik der Bundesregierung im wesentlichen unerfüllt geblieben sind und damit die DED-Mitarbeiter in Ostafrika weiterhin in Schwierigkeiten gegenüber ihren Partnern geraten. Die RK '78 ist der Ansicht, daß die Südafrika-Politik der Bundesregierung, die faktisch auf ein Tolerieren der Rassendiskriminierung hinausläuft, mit den Zielen des DED – soziale Gerechtigkeit, Abbau ökonomischer Ungleichheiten, Solidarität mit den unterprivilegierten Menschen der Dritten Welt – unvereinbar ist.

Die RK begrüßt, daß die Bundesrepublik endlich ihr Konsulat in Windhuk geschlossen hat, hält es aber für dringend erforderlich

- daß unverzüglich das deutsch-südafrikanische Kulturabkommen gekündigt wird;
- daß die SWAPO von der Bundesregierung wie von der UNO als einzig legitime Vertretung der Bevölkerung Namibias anerkannt wird;
- daß der von den Vereinten Nationen beschlossene Wirtschaftsboykott gegen Südafrika befolgt wird;
- daß deutsche Minister oder Bundeswehroffiziere nicht länger nach Südafrika reisen.

Mit größter Besorgnis nimmt die RK zur Kenntnis, daß der Bundesaußenminister vor kurzem in Pretoria zusammen mit Vertretern vier westlicher Mitglieder im Weltsicherheitsrat einem Kompromiß der südafrikanischen Regierung in der Namibia-Frage zugestimmt hat. Dieser Kompromiß birgt wegen seiner Tolerierung von Wahlen, die nicht unter UN-Aufsicht durchgeführt werden, das große Risiko in sich, daß die Gewinner dieser undemokratischen Wahl – wie 1965 die weiße Minderheit in Rhodesien – einseitig die Unabhängigkeit des Landes erklären. Damit würde die SWAPO erneut in einen längeren Guerilla-Krieg gezwungen, der große menschliche und materielle Opfer fordern würde. Die Bundesregierung wäre für diesen Krieg direkt mitverantwortlich. Die RK sieht die große Gefahr, daß durch schwerwiegende Fehlentscheidungen in der Namibia-Frage die Beziehungen zu zahlreichen afrikanischen Ländern gestört und auch die Arbeit des DED in Mitleidenschaft gezogen wird.

2) Die Regionalkonferenz Ostafrika verurteilt alle Maßnahmen zur Unterstützung der Umsiedlung weißer Siedler aus dem südlichen Afrika nach Bolivien und anderen lateinamerikanischen Ländern.
Die Umsiedlung einer größeren Zahl Weißer, die überwiegend Anhänger rassistischer Ideologien sind, führt nicht zur Beseitigung der Apartheidpolitik, sondern zu deren Export. Sie verstärkt außerdem Möglichkeiten für eine militärische Blockbildung im Südatlantik.

Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht nur jede direkte finanzielle und politische Unterstützung zu unterlassen, sondern alle indirekten Finanzierungen über ICEM, Weltbank, etc. zu verhindern und die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

3) Die Regionalkonferenz nimmt Bezug auf einen Beschluß der Vollversammlung Tansania '77, in dem die Geschäftsleitung aufgefordert wurde, zu den damals publik gewordenen Aktivitäten der OTRAG in Ostzaire Stellung zu nehmen. Die Regionalkonferenz stellt fest: Die von der Vollversammlung '77 Tansania vermuteten Vorgänge sind inzwischen unleugbare Tatsachen:
a) Die menschenrechtswidrige Abtretung von Hoheitsrechten über zairisches Staatsgebiet an die private Firma OTRAG (Vertrag vom 26. 3. 76).
b) Die Vertreibung der dortigen Bevölkerung
Neue massive Vorwürfe sind:
c) die militärische Einbeziehung der OTRAG-Anlagen und OTRAG-Transportflugzeuge bei der Bekämpfung der Aufstände in der Shaba Provinz 1977
d) die Nutzung der OTRAG-Anlagen für den Test von militärischen Cruise Missile Raketen.

Durch die Unterstützung der OTRAG über Steuervergünstigungen trägt die BRD Mitverantwortung an den Ereignissen in Zaire. Über die Ereignisse in Zaire und die Verbindung BRD-OTRAG ist die Öffentlichkeit systematisch getäuscht worden.

Als Vertreter des DED in Ostafrika werden wir in dem Maße unglaubwürdiger, in dem die Diskrepanz zwischen den Ereignissen in Zaire und den Verlautbarungen der Bundesregierung offenbar wird.
Deshalb fordern wir die Geschäftsleitung auf, ihren Standpunkt gegenüber dem OTRAG-Skandal klar und öffentlich darzulegen. Des weiteren fordern wir die Geschäftsleitung auf, auf die Bundesregierung einzuwirken, die kürzlich bekanntgewordenen Bombardierungen der Dörfer Kiniekela und Simbi, nördlich des OTRAG-Gebietes, im Hinblick auf eine Beteiligung der OTRAG zu untersuchen.

4) Die Regionalkonferenz protestiert gegen die Beschlagnahmung einer Spendensammlung für die rhodesische Befreiungsbewegung ZANU in Höhe von rund 110.000 DM durch das Regierungspräsidium Tübingen und fordert die Übergabe des Geldes an die ZANU.

Die Regionalkonferenz hält den Kampf der Patriotischen Front, die von der OAU als einzig legitime Vertretung des Volkes von Zimbabwe anerkannt ist und zu der die ZANU gehört, für gerecht und unterstützenswert.

Wir weisen darauf hin, daß die DED-Mitarbeiter in Zambia im September 1977 die Einrichtung eines Solidaritätskontos beschlossen haben, dessen Einnahmen der Patriotischen Front zur Verfügung gestellt werden, und daß auch unsere Kollegen in Tansania für den bewaffneten Kampf der Patriotischen Front gesammelt haben.

Die Regionalkonferenz fordert Verwaltungsrat und Geschäftsleitung des DED auf, sich öffentlich für eine Rückgabe der beschlagnahmten Felder an die ZANU einzusetzen.

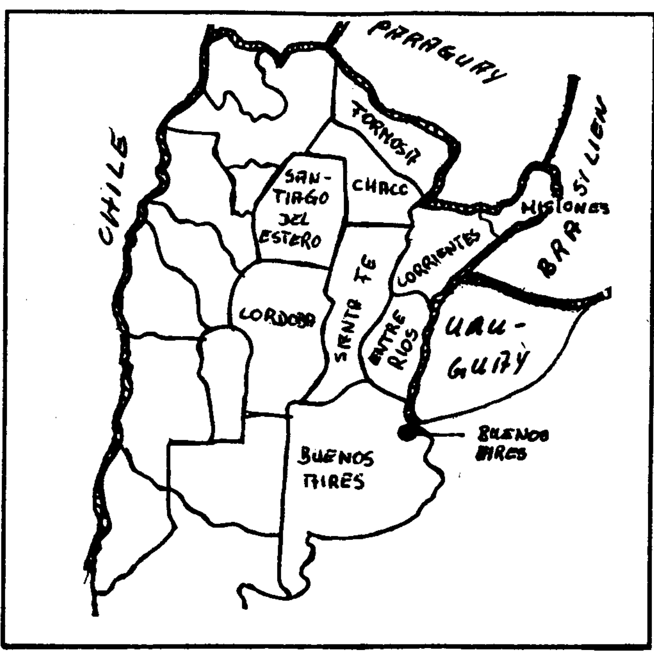
ARGENTINIEN

Unterstützt die Ligas Agrarias!

Den folgenden Bericht erhielten wir von einem Vertreter der Koordination der Ligas Agrarias für Europa. Der Bericht stammt aus Argentinien. Wir haben ihn durch einen (entsprechend gekennzeichneten) Ausschnitt und einen Aufruf aus einer Broschüre des Chile-Komittees Stuttgart ergänzt.
Red.

Entstehung der Ligas Agrarias

Die Ligas Agrarias entstanden 1970 in der Provinz Chaco im Nordosten von Argentinien. Bis dahin hatte es keine Organisation gegeben, in der die Interessen der Bauern wirklich vertreten waren und die sich für den Kampf um die Rechte der Kleinbauern eingesetzt hätte – wohl gab es solche für die Großbauern oder Agraroligarchien. In dieser Zeit entwickelte sich die schon chronische Abwanderung zu einer massenhaften Landflucht der Kleinbauern und Landarbeiter in die Großstädte. Tausende von kleinen und mittleren Landwirten, die im Norden von Santa Fe, in den Provinzen Chaco und Formosa durch die großen Baumwollmonopole in Abhängigkeit und Unterdrückung gehalten wurden, suchten nach besseren Lebensmöglichkeiten. Gleichzeitig trat in dieser Zeit die Firma AGREX auf den Plan – im Besitz des damaligen argentinischen Präsidenten Lanusse – und drohte eine Million Hektar Land („Niemandsland" nach offizieller Version) in Besitz zu nehmen. Dadurch waren Tausende von Familien betroffen, die „ihren" Boden teilweise schon seit über 50 Jahren bebaut hatten – die Indianerstämme bewohnten das Chacogebiet bereits über Jahrhunderte! Die Tatenlosigkeit der vom Staat eingesetzten Agrarorganisationen, wie die offizielle Agrarpolitik überhaupt, brachte die Landbevölkerung dazu, sich selbst zu organisieren: als Verteidigungsinstrument der kleinen und mittleren Bauern und der Landarbeiter wurden die Ligas Agrarias gegründet. Bis 1974 waren schon acht argentinische Provinzen mit mehr als 45.000 Familien in den Ligas Agrarias organisiert.



Die Nordostprovinzen Argentiniens, in denen die Ligas Agrarias am stärksten verankert sind.

Durch die Entstehung der Ligas Agrarias keimt auch die Frucht einer mühseligen Arbeit der Landbewegung der „Katholischen Aktion" und anderer christlicher Gruppen. Am Anfang, schon vor den fünfziger Jahren, entschlossen diese sich in Argentinien, Jugendgruppen für eine ländliche Arbeit auszubilden. Die ländliche Bevölkerung selbst war nur selten beteiligt, so daß die mehr missionarische Tätigkeit von den Städten ausging und eher eine Evangelisation der Landbevölkerung bezweckte. Unter der Rand- und Landbevölkerung verschiedener Provinzen kam es zu „integralen Entwicklungsversuchen" (d.h. auf verschiedenen Ebenen, z.B. Produktion, Bildung und Gesundheit) durch die AMA (Argentinische Missionsaktion) und andere christliche Bewegungen nach Methoden, die aus der Erfahrung ähnlicher Bewegungen in Europa übertragen waren (z.B. der christlichen Arbeiterjugend, CAJ). Durch die zunehmende Annäherung an die ländliche Wirklichkeit machten diese engagierten Gruppen einen Lernprozess durch, auch ermutigt durch verschiedene kirchliche Ereignisse: das Vatikanische Konzil, die päpstlichen Enzykliken (z.B. die Enzyklika „Populorum progressio", in der das Recht auf Widerstand in ungerechten Verhältnissen betont wurde) und schließlich die Konferenz von Medellin (dort fand die 2. Lateinamerikanische Bischofskonferenz statt, die zum ersten Mal die Veränderung der Situation der Menschen in Lateinamerika zum zentralen Anliegen christlichen Handelns machte). So schien auch von kirchlicher Seite der Schritt zu den Campesinos (= Kleinbauern) getan. Der Auf- und Durchbruch zur Selbstorganisation wurde aber vielmehr von den Campesinos selber geleistet, wodurch die christliche Landbewegung ihre eigentliche „Campesino-Prägung" bekam. Bereits 1966 fing man an, mit Agrargenossenschaften zu arbeiten, um somit eines der vielen Agrarprobleme zu lösen. Auf der fünften Bundesversammlung der Katholischen Landjugendbewegung 1967, unter Anwesenheit mehrerer Bischöfe, ließen die Vertreter der Landbevölkerung die Stimme des Hinterlandes ertönen und schilderten die bisher nie wahrgenommene Wirklichkeit auf dem Lande. Nach Medellin konnte auch die Randbevölkerung in Lateinamerika mit der Stimme und dem Einsatz der Kirche rechnen. In diesem Kontext machten die Führer der christlichen Landbewegung den qualitativen Sprung, die Bauern und Landarbeiter in Gewerkschaften zu organisieren. Es entstanden die Ligas Agrarias als Zusammenschluß der Bauernverbände und Landarbeiterbewegungen auf Landes- und Bundesebene.

Dieses Ereignis, eigenartig und neu in Argentinien, hatte seinesgleichen in allen Ländern Lateinamerikas: es brach die Ära der Campesinos in ganz Lateinamerika an. Ihr Schicksal und ihre Bewegung hingen eng mit den Kämpfen der

Arbeiterklasse in den Industriezentren, mit den Bestrebungen der Randbevölkerung der Elendsviertel, mit den Befreiungsbewegungen und Guerillaaufständen in den siebziger Jahren, in fast allen Ländern Lateinamerikas zusammen.

Eine Selbstorganisation der Land- und Randbevölkerung

Die Mitglieder der Ligas setzen sich zusammen aus Bauern und Landarbeitern, Saisonarbeitern, Geldpächtern und Teilpächtern (die prozentual die Pacht mit Naturalien zahlen), aus Tee-, Yerba Mate- und Baumwollpflückern, aus Tabakarbeitern, aus allen Ausgebeuteten auf dem Lande. Basis der Organisation ist immer die ganze Familie: Mann, Frau und Kinder. Bei lokalen Versammlungen wie bei Großkundgebungen beteiligt sich alles, was im Hinterland um Existenzberechtigung kämpfen muß. Es geht um Absprache von gemeinsamen Abgabepreisen der Landwirtschaftsprodukte, um die Verteilung des Landbesitzes und um die Agrarreform. Es kommt zu Alphabetisierungskursen und Bewußtseinsbildung, zur Organisation gegen Ungerechtigkeit und Übergriffe von Seiten der Regierung oder den „Großen", zum weiteren Aufbau ihrer Selbstorganisation. – Noch nie zuvor hatte diese Landbevölkerung ein wahres Stimm- und Wahlrecht. Bis zu diesem Jahrhundert waren diese Randgebiete zum großen Teil „Niemandsland" und drei der Grenzterritorien erhielten erst in den fünfziger Jahren den Provinzstatus mit Wahlrecht. Indianer hatten nie politische Rechte. Die angesiedelten Kleinbauern aus den Nachbarländern und aus der europäischen Einwanderung mußten sich durch Jahrzehnte zunächst eine harte Existenz aufbauen. Die strukturelle Grundlage (Recht, Politik, Wirtschaft, Kultur) blieb für sie lange Zeit ein Fremdkörper. Die Selbstorganisation wirkte sich wie ein Erwachen der bisher im Hinterland isolierten Landbevölkerung aus. Besonders stark wurde die Erziehung der Erwachsenen und Kinder vorangetrieben, um den Analphabetismus, der noch über 30 % der Landbevölkerung umfaßte, zu bekämpfen, desgleichen das vorzeitige Verlassen der Schulen, wo die Prozentzahlen ähnlich hoch lagen, „Die Kinder kommen hierher ohne Schuhe, zerlumpt, unterernährt, hungrig, und dann müssen sie im Lesebuch lesen: 'Wir leben in einem großartigen Vaterland, das reich und schön ist'!"

Ausbeutung, Unterdrückung, Verfolgung

Die Landbevölkerung kam nie zu ihrem Recht in Argentinien. Dieser Prozess reicht zurück bis zur Völkervernichtung während der Kolonialzeit, setzt sich fort bei Aufbau der Nationalstaaten und der „Flurbereinigung" zum Aufbau des Großgrundbesitzes im vorigen Jahrhundert und erreicht seinen Höhepunkt an Raffinesse und struktureller Brutalität in unserer Zeit. In den meisten Ländern Lateinamerikas konnte nur selten eine grundsätzliche Bodenreform in Angriff genommen geschweige denn durchgeführt werden, es sei denn zugunsten der Agraroligarchien. Im Hinterland Argentiniens haben die Indianer noch heute kein Recht auf Grund und Boden. Nach verheißungsvollen Ansiedlungen und jahrzehntelanger Landbearbeitung kommen Tausende von Kleinbauern in Missiones, Chaco, Formosa nicht zu einem gesetzlichen Bodenrecht. In den Provinzen Buenos Aires, Santa Fe und Cordoba veranlaßte das Gesetz Nr. 17.253, daß über 10.000 Landbewohner ihr Recht auf Boden verloren. In der Provinz Corrientes ist es häufig, daß Teilpächter bis zu 45 % ihrer Erträge an die Eigentümer abtreten müssen. Zu allem Übel der Ausbeutung kommt der Betrug durch Monopolhandel, Erntebeschränkung bestimmter Agrarprodukte, Preissenkung auf dem Weltmarkt usw. hinzu. Die Agrarpolitik der Militärregierung von 1966 bis 1973 verschärfte die schon chronische Krise der Agrarwirtschaft noch mehr. Als es 1969 zu Volksaufständen in den Städten und Fabriken kam, breitete sich die Unruhe auch auf dem Lande aus. Bei der Entstehung der Bauernverbände standen selbst Großbauern der Sache nicht fremd oder feindlich gegenüber, solange der Kampf sich auf gerechtere Abgabepreise oder einen besseren Absatzmarkt der Produkte beschränkte. Selbst Bischöfe beteiligten sich an den massiven Kundgebungen der neuen Bewegung und unterstützten öffentlich die Forderungen ihrer Campesinos. Die gewaltige Organisation zwang sogar die Militärregierung zum Gespräch: der General und Präsident Lanusse war gezwungen, an einer Kundgebung der Ligas Agrarias in Chaco 1972 teilzunehmen. Kurzzeitig wurde die Bewegung auch von kirchlichen Institutionen Europas unterstützt. Grundsätzlich mußten die Agrarligen mit Gewalt und Verfolgung rechnen: als sie kämpferisch wurden und eine Agrarreform zu ihrem Ziel machten, wurden sie sofort als „subversiv" bezeichnet.



Schon anläßlich der ersten Kundgebung in der Chacoprovinz wurden acht Bauern von der Polizei festgenommen, verprügelt und nach acht Tagen halb verhungert freigelassen. Während eines Streiks gegen Teeablieferung an die Fabriken wurden im Januar 1972 in der Provinz Misiones 200 Bauern festgenommen und einige schwer gefoltert. Im November 1972 traf ein ähnliches Schicksal 500 andere Bauern. Schon im Sewptember 1971 wurden in derselben Provinz bei einer friedlichen Massenkundgebung die Bauern mit Gasgranaten daran gehindert, in die Landeshauptstadt einzumarschieren. Ein Streik der Zuckerrohrproduzenten der Provinz Santa Fe wurde im Oktober 1972 durch Spezialeinheiten der Polizei grausam niedergeschlagen. Anfang 1973 wurden Tabakproduzenten, die ihre Produkte nicht zu miserablen Preisen abgeben wollten, einfach verhaftet. Ähnliches geschah Milchproduzenten der Provinz Cordoba im Jahre 1974: Sie blieben 45 Tage inhaftiert. Die Straßenbesetzungen oder -absperrungen, Traktormärsche, Versammlungen und Kundgebungen waren stets von Verhaftungen der Agrarführer begleitet. Ab 1974 wurden mehr und mehr die Leiter der Agrarligas, darunter auch Priester und Ordensschwestern, verfolgt, festgenommen, entführt und auch ermordet. Seit dem Militärputsch 1976 hat dann die Regierung der „Nationalen Sicherheit" durchgegriffen: Die ganze Bewegung wurde zum Ziel der Repression, die Ligas wurden verboten, die Führer entführt, die Campesinos blutig unterdrückt. Seit 1976 trauern mehr Witwen in den Hütten, betteln mehr Kinder auf den Straßen, leiden campesinos unter Foltern in Ge-

fängnissen und Konzentrationslagern, Kleinbauernbetriebe müssen Raum für den Großgrundbesitz schaffen und ihre Produktion bedingungslos an die Agrarmonopole liefern, Land- und Saisonarbeiter sind gezwungen, ihre Arbeitskraft an die neuen (= alten) Machtinhaber zu verkaufen.

Sie machen sich wieder auf den Weg

Die „Flurbereinigung" ist den Herrschenden nicht restlos gelungen, auch wenn die harte Unterdrückung die Campesinos in Argentinien, wie in Brasilien, Paraguay, Chile, Peru, Nicaragua und anderen lateinamerikanischen Ländern der herrschenden Gesellschaftsordnung unterordnen will: Die Menschen wehren sich gegen Tod und Unterdrückung. Ehemalige Leiter des Movimiento Rural Cristiano, Kämpfer der Ligas Agrarias, im Widerstand erfahrene Campesinos machen von neuem den Versuch, die Organisation nach Möglichkeit nochmals aufzubauen. Von einem Treffen, das trotz allen Verboten abgehalten werden konnte, wurde folgendes berichtet: „Es ist eine traurige Tatsache, daß die Gefallenen und Opfer so zahlreich sind. Während der zwei Jahre war der Schlag zu hart, mit all den schweren Konsequenzen: Frustrationen, Angst, Unsicherheit, ja sogar Tod, Entführungen, Zersplitterung ...
Trotz allem gab es auch Solidarität, Freuden, ja sogar Erfolge. Die Leute wollen etwas Neues unternehmen, an der Basis versucht man zusammenzufinden, einander zu informieren; man sieht die Möglichkeit neuer Versuche oder so etwas wie früher in Bewegung zu setzen; man ist der Ansicht, nicht alles sei verloren, aber auch, daß die Zukunft sehr schwierig sein kann... Unter diesen Voraussetzungen ergab sich eine Auswertung der bisherigen Bewegung, idealistisch und kritisch zugleich: über begangene Fehler, über die Handlungsweisen der Basis und der Führungsschichten; wie der erlebte Prozess uns beeinflußt und wie die heutige Lage uns betrifft. Wir kommen zu der Einsicht, daß trotz allem die Aussichten einen Raum bieten zu neuen Aktionen. Wichtig ist es, die richtigen Schritte zu machen, ganz der Lage entsprechend ..."

EIN BEISPIEL: DIE LIGAS AGRARIAS IN DER PROVINZ CORRIENTES (aus einer Broschüre des Chile-Komitees Stuttgart)

Zum Hintergrund:

Das Tabakanbaugebiet in der Provinz Corrientes ist durch eine starke Landkonzentration gekennzeichnet: 53,4 % der Betriebe (mit 0-25 Ha) haben nur 1,6 % der LN, während 5,4 % der Betriebe (mit 1000 bis über 10 000 ha) 76,3 % der LN beherrschen (1960).
Im Hauptanbaugebiet haben 73,2 % der Bauern weniger als 10 ha. Sie sind nicht Eigentümer des Landes, sondern besitzen es in verschiedenen Pachtformen:

– die „arrendatorios" zahlen eine feste Monatspacht in Geld,
– die „aparceros" zahlen eine gemischte Pacht aus Dienstleistungen an den Verpächter, Ernteprodukten und Geld,
– die „occupantes gratuitos" bebauen Staatsland oder sind „aparceros" ohne Pachtvertrag.

Neben der ungleichen Landverteilung ist die Monopolisierung des verarbeitenden Sektors und des Tabakhandels das Hauptproblem der Bauern. Zu Beginn der 60er Jahre begannen die ausländischen Tabakkonzerne durch Schmuggel mit US-Zigaretten und massiver Werbung in Richtung auf eine Geschmacksveränderung zu blonden Tabaken hin die argentinische Tabakindustrie zu durchdringen. Die 5 größten nationalen Tabakindustrien assoziierten sich mit ausländischen Marken, d.h. gerieten unter deren Kontrolle. Bereits



Landflüchtige in einer lateinamerikanischen Großstadt

1968 wurden doppelt soviele blonde Zigaretten verkauft wie solche aus dunklen Tabaken, wie er auch in Corrientes angebaut wird. Die Auswirkung für Corrientes war, daß der Anteil der Provinz an der nationalen Produktion von 47,22 % im Jahre 1959/60 auf 13,27 % im Jahre 1968/69 zurückging.
Zu Beginn der Bauernbewegung standen die Tabakbauern vor allem vor folgenden Problemen:

– der Tabak wurde (nach Blattgröße) klassiviziert, was bei der Weiterverarbeitung zu Zigaretten nur den Sinn haben kann, mit einer differenzierten Klassifizierung die Preise zu kontrollieren (d.h. in jahren mit Überproduktion wird niedrig klassifiziert, um die Ankaufpreise niedrig zu halten);
– Während die Erzeugerpreise stagniertenoder sanken, stiegen die Lebenshaltungskosten ständig;
– nach der Ernte bezahlen die Aufkäufer zunächst nur 30 % der Rest wird vom Staat bezahlt; da dies meist mit Verspätung geschieht, müssen sich die Bauern verschulden, um überleben und weiterarbeiten zu können; die Aufkäufer treten dann meist als Wucherer auf;
– die Bauern haben keine Maschinen. 1972 z.B. mußten sie 18 – 20 000 Pesos für die Bearbeitung von 1 ha Land bezahlen; billigere, staatliche Bodenbearbeitungsunternehmen sind nicht ausreichend vorhanden;
– die Aufkäufer werden nicht staatlich kontrolliert;
– der Agrarkredit ist unzulänglich.

Entwicklung der Bewegung

Am 29. Januar 1972 versammelten sich 3000 Tabakbauern. In einer Petition an die Provinzregierung forderten sie Klassifizierung des Tabaks in nur zwei Typen, Festlegung von Mindestpreisen, sofortige Bezahlung beim Ankauf, mehr staatliche Bodenbearbeitungsunternehmen, kleinbäuerliche Mehrheit im Tabakinstitut der Provinz. Bei der Arbeitsmethode der Ligas haben solche Petitionen in erster Linie den Sinn, das Verständnis ihrer eigenen Probleme bei den Bauern zu schärfen und ihnen die Wichtigkeit des gemeinsamen Kampfes und der Organisierung bewußt zu machen. Die damalige Provinzregierung unter Navajas Artaza (der ist Mitdirektor der „Las Marias" Aktiengesellschaft, eines durchkapitalisierten Latifundiums, das ursprünglich Yerba

Mate produzierte, 1969 bereits bei Tee einen Marktanteil von über 20 % in Argentinien hatte; 1969 umfaßte der Betrieb 10 000 ha Plantagenland, Weideland zur Selbstversorgung der 800 – 1000 Arbeiter und Angestellten, eigene Verarbeitung von Yerba und Tee) gab die Petition nach Buenos Aires weiter. Vorgeschlagen wurde von Seiten der Regierung ein Kolonisierungsprojekt, das in 8 Jahren 500 Bauernfamilien zugute kommen sollte. Die Ligas entlarvten dieses Ablenkungsmanöver:
„Wenn in 8 Jahren das Problem von 500 gelöst werden soll, stellt sich uns folgende Frage: wären, um das Problem von 7000 Bauern zu lösen, 112 Jahre notwendig? Wenn das die 'Lösung' der Regierung ist, werden wir sie nicht unterstützen."
Die Zentralregierung – damals unter General Lanusse – reagierte auf die Initiative der Tabakbauern mit Demagogie (sie schickte ihren Wohlfahrtsminister) und Repression. Anfang Mai luden die Ligas Gouverneur Navajas zu einer Massenkundgebung ein. Statt seiner erschien die Polizei, die Kundgebung von 2 500 Bauern wurde an Ort und Stelle verboten. Da die Bauern auf die massive Konfrontation mit der Polizei nicht vorbereitet waren, erlitten die Ligas zunächst einen Rückschlag. Im Juli fand dann ein sorgfältig vorbereitetes Treffen von Liga-Vertretern mit Präsident Lanusse statt. Die Diskussion wurde im Radio übertragen. Nach dem Erfolg dieser Aktion wurde die Organisation an der Basis ausgebaut, Verbindungen mit den Nachbarschaftskommissionen in den Elendsvierteln der Städte und über diese mit den Arbeitern, die vormals Tabakbauern waren, hergestellt. Der erste Kongreß der Ligas Agraria Correntinas beschloß, daß die Ligas politisch unabhängig bleiben und sich keiner Partei anschließen sollten. Als die Vorbereitungen für die Märzwahlen 1973 anliefen, wandten sich die Ligas gegen das Wahlmanöver (in Corrientes waren die Kandidaten sowohl der Konservativen als auch der Peronisten Großgrundbesitzer) und betonten die Notwendigkeit einer unabhängigen Organisation der Tabakbauern. Am 25. März 1973 – nach vollendeter Ernte, als der Aufkauf beginnen sollte – fing der Tabakstreik an. Die Bauern forderten 2 Klassen von Tabak, und jeweils bestimmte Mindestpreise. Der Streik wurde durchgesetzt, indem die Bauern die Lagerhallen der Aufkäufer blockierten und dafür sorgten, daß kein Gramm Tabak verkauft wurde. Da die vorangegangene Ernte schlecht war und viele Bauern darauf angewiesen waren, möglichst schnell ihren Tabak zu verkaufen, organisierten die Ligas die materielle Absicherung des Streiks durch Volksküchen und dadurch, daß Straßensperren errichtet und Wegzölle als Solidaritätsspenden für die streikenden Tabakbauern erhoben wurden. Gleichzeitig fanden lokale Kundgebungen und Auseinandersetzungen mit den Repressionskräften statt. Der Streik funktionierte, weil zu diesem Zeitpunkt bereits die Basisgruppen der Ligas in den einzelnen Dörfern und Siedlungen gefestigt waren. Gewerkschaften, Studenten, Oberschüler, Nachbarschaftskommissionen und der Bischof der Stadt Goya solidarisierten sich mit den Tabakbauern. Nach 33 Tagen, nachdem die Regierung die Tabakpreise erhöht hatte, wurde der Streik beendet.

Aus einem Flugblatt der Ligas Agrarias Correntinas: „SPRECHEN WIR VON DEN LIGAS AGRARIAS" (aus einer Broschüre des Chile-Komitees Stuttgart)

(Die Flugblätter zur Information über die Organisation sind bei allen Ligas in Form von Dialogen aufgebaut).

LUCIO: Vor ein paar Tagen des Abends verkündeten sie im Radio eine Menge Forderungen zugunsten von uns, die wir den Tabak anbauen, und weil mir gefiel, was sie sagten, hörte ich zu, was vom Präsidenten gefordert wurde. Am Sonntag darauf traf ich mich mit einem Freund und unter anderem sprachen wir auch über diese Bewegung und er gab mir ihren Namen, um mit Ihnen zu reden. Und jetzt möchte ich mehr von der Sache erfahren, denn sie scheint mir gut, Freund.
DER DELEGIERTE: Eine unserer Aufgaben ist es, die Genossen zu informieren, denn dafür und für andere Aufgaben wurden wir gewählt.
LUCIO: Wo entstanden die Ligas Agrarias Correntinas? (LAC)
D.: Sie entstanden bei einer Kundgebung am 29. Januar 1972 in Santa Lucia.
L.: Wer war dort?
D.: Mehr als 3000 Bauern, vor allem Tabakbauern, und Vertreter der Regierung.
L.: Wegen was war die Demonstration?
D.: Um der Regierung öffentlich die ernsten Probleme der Bauern zu erklären.
L.:
Was erwiderten die Vertreter der Regierung?
D.: Daß sie alles dem Gouverneur sagen und daß dieser bald möglichst antworten würde.
L.: Was hat der Gouverneur geantwortet?
D.: Daß das, was wir verlangen, nur Pflaster sind und keine grundsätzliche Lösung für die ernste Situation dieses großen Sektors der Provinz.
L.: Was schlägt dann die Regierung vor?
D.: Die Schaffung der Agrarstrukturbehörde, die es schon gibt.
L.: Was heißt das?
D.: Das ist ein Plan der Regierung, um das Problem von 500 Familien in 8 Jahren zu lösen. D.h. es wird mehr als 100 Jahre dauern, um die Probleme aller zu lösen.
L.: Das akzeptieren wir aber nicht!
D.: So ist es, Freund, und da die Regierung nicht ihrer Einladung entsprach, luden wir sie zu einer Delegiertenversammlung ein...
L.: Aber dann haben diese Leute von der Regierung keinerlei Lösung gebracht?
D.: In der Tat, das war Betrug. Mehr als 3000 waren wir, die wir auf eine Lösung gewartet haben, aber erreicht haben wir nichts.
L.: Außerdem ließen sie uns in der Straße warten und die Polizei wollte uns wie Tiere behandeln.
D.: So ist es Freund, so springt man mit uns um.
L.: Ich habe erfahren, daß einige Delegierte bei der Kundgebung der Ligas Agrarias des Chaco waren, wo der Präsident der Nation war. Was passierte dort?
D.: Einer unserer Genossen sprach und übergab dem Präsidenten einen Forderungskatalog, in dem wir dringend Erfüllung dessen verlangen, was die Leute vom Wirtschaftsministerium versprochen haben.
L.: Und was werden wir jetzt machen?
D.: Wir werden weiter kämpfen, um all unsere Rechte wieder zu bekommen. Fordern, daß ein gerechter Preis für unsere Produkte bezahlt wird, d.h. daß wir nicht länger ausgeraubt werden. Eine bessere medizinische Versorgung und Medikamente und Sanitätsstationen fordern. Erreichen, daß alle Kinder in die Schule gehen können und daß sie alles bekommen, was sie brauchen. Nicht zulassen, daß sie uns mit den Waren bescheißen in den Läden. Denn oft werden wir

dabei bestohlen. Die Ligas bekannt machen bei allen Arbeitern, Männern und Frauen und so vereint nicht länger erlauben, daß sie auf uns rumtrampeln.
L.: Müssen wir uns nicht besser organisieren?
D.: Natürlich und deshalb müssen alle verantwortlich sein und nicht den Delegierten alles überlassen.
L.: Klar, aber dafür müssen wir in jeder Siedlung eine Gruppe wählen, die sich um den Fortgang der Liga in dieser Siedlung kümmert.
D.: Das wäre interessant, aber wir dürfen diese Gruppe nicht alles machen lassen. Wenn wir nicht mitmachen, passiert nichts.
L.: Diese Gruppe müßte dann über die Beschlüsse der Versammlungen informieren und an die Generalversammlung geben.
D.: Dafür muß aber der Delegierte ein wirklicher Vertreter sein, einer der mit uns lebt und hauptsächlich von der Landwirtschaft lebt.
L.: Müssen die Delegierten, die nicht informieren, uns nicht gut vertreten, ausgewechselt werden?
D.: Man wird in jeder Siedlung die Leute kennen, die des Vertrauens ihrer Genossen würdig sind und die gewählt werden müssen, damit die Ligas richtig funktionieren.
L.: Jetzt verstehe ich.
D.: Außerdem muß man daran denken, ob es nicht angebracht ist, regionale Gruppen zu bilden, die die entsprechenden Probleme diskutieren und lösen.
L.: Wer wird in der Zentralkommission sein und was ist das überhaupt?
D.: Das werden wir unter uns bestimmen, unter uns allen, aber ich denke, es müßte einer von jeder Siedlung sein, damit alle vertreten sind.
L.: Dann müssen wir also alle arbeiten, um die Ligas größer zu machen?
D.: Das wäre am besten, und so erreichen wir bald die Einheit aller Bauern. Dann werden uns alle respektieren, die uns bis heute ausgenutzt haben.

Ein vernünftiger Plan

Die Vertreter der Bewegung aus verschiedenen Provinzen versuchen ein Programm durchzuführen, mit folgenden drei Schwerpunkten:

1. **„Die Solidarität mit den Landsleuten. –**
   Viele unserer Leute sind in Verlegenheit, geängstigt, geschlagen; viele Familien gebrochen, auseinander; Leute im Gefängnis oder entführt; die Inkommunikation oder Verlassenheit der Leute wirken verheerend. Gefangenen, Witwen, Waisenkindern muß geholfen werden ; Verfolgte brauchen Unterstützung und Beistand; das Problem der Menschenrechte schreit zum Himmel, gegen diese Not müssen wir Hilfe aufbringen, sie gerecht verteilen und so, daß sie sich als Hilfe und nicht als Gefahr auswirkt. Eine geringe Geldsumme kommt leider zu kurz – viel wird benötigt. Die Leute sehen die Aufgabe als durchführbar und dringend nötig an; mit Vorsicht und Ausdauer kann man bis zu den Basisgruppen und entferntesten Familien gelangen. Es dürfte kein Almosen sein, sondern eine echte Solidarität."
2. **„Ein Koordinierungsversuch.–**
   Es gibt schon einige Arbeitskreise und auch Koordinierungsversuche. In einigen Provinzen ist die Organisation schon etwas weiter voran; in anderen besteht die Möglichkeit, daß man für die Erntezeit eine Aktion unternehmen kann in bezug auf Preise, Kreditmaßnahmen, Absatzmarkt und dergleichen. Das sollte alles koordiniert werden und dürfte der Anlaß sein, um einen Koordinationsausschuß zu bilden. Dieser Ausschuß dürfte keine feste Bürostelle haben und seine Mitarbeiter nicht bekannt werden. Für die Koordination sind Kontakte sehr wichtig, wie auch die Reisen, die Studien über Agrarwirtschaft, Berichte usw. Dazu gehört eine entsprechende Finanzierung. Man kann nicht erwarten, daß die Leute selber in der Lage sind, vorerst, wirtschaftlich und politisch, das Geld aufzubringen. Zunächst müssen wir mit Tat und Organisation beweisen, daß wir zu ihnen stehen, dann werden sie mit der Zeit die Lage meistern. Für die Koordination, Studien, Berichte, Beratung u.a.m. stehen geeignete Leute bereit und zur Verfügung."
3. **„Informationsmaterial. –**
   Man sah es für nützlich an, wenn nicht eine periodische Broschüre, so doch einige Informationsblätter mit Berichten aus jeder Provinz herauszugeben. Sie müßten in ganz einfacher und volkstümlicher Sprache ankommen. Andere könnten eventuell mehr technische Informationen bringen, über Preise, Handelspolitik und ähnliches. Anfangs dürfte die Auflage nicht hoch sein, sondern nur für die Kontaktleute oder für jene, die den Inhalt an die Nachbarn weitergeben können. Ein Koordinationsmann oder Pressevertreter in jedem Bezirk würde das Informationsmaterial hin und her vermitteln. Gedruckte Berichte könnten ebenfalls zur Veröffentlichung im Ausland verwendet werden, soweit möglich. Auch dafür ist eine finanzielle Beihilfe sehr nötig, die aus Sicherheitsgründen nicht von den Bauern verlangt werden kann. Ihr könnt von außen behilflich sein, daß wir zu etwas kommen ..."

(Nach einem Bericht aus Argentinien, 1978)

SOLIDARITÄT MIT DEN LIGAS

Wie in Corrientes zeichnen sich die Ligas Agrarias auch in den anderen Provinzen dadurch aus, daß sie nach sorgfältiger Untersuchung Aktionen entwickeln, bei denen die beteiligten Bauern ihre Probleme klar verstehen und ihre Gegner kennenlernen, daß sie den organisatorischen Aufbau von unten betreiben und die Basisorgane große Autonomie besitzen, daß sie als Voraussetzung intensiver Propaganda- und Aufklärungsarbeit die Alphabetisierung vorantreiben (mit Freire-ähnlichen Methoden), daß sie der kulturellen und politischen Entfremdung der Bauern durch Propaganda in der im Nordosten Argentiniens auf dem Lande noch viel gesprochenen Guarani-Sprache (die Benutzung des Guarani ist eine Form des passiven Widerstandes der Bauern gegen die kulturelle Beherrschung) und durch Aktionen, bei denen die Lügen der Politiker entlarvt werden, begegnen, daß sie die ganze Bauernfamilie in die Organisierung einbeziehen und damit auch das Problem des Patriarchats auf die Tagesordnung bringen.
Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Methode für ebenso gefährlich eingeschätzt wurde wie die gewerkschaftliche Basisorganisation, die sich nicht korrumpieren ließ wie die dafür bekannte argentinische Gewerkschaftsführung.
Mit der Rechtswendung der dritten peronistischen Regierung begann denn auch seit Juli 1974 die Repression gegen die Ligas in verstärktem Umfang. Damals und nach dem Militärputsch 1976 wurden Hunderte von Bauern verhaftet, gefoltert und ermordet.
Der Generalsekretär der Ligas von Missiones z.B.: Pedro Peczack, wurde gefangen und drei Monate lang gefoltert. Als seine Leiche seiner Familie übergeben wurde, fehlten ihr die beiden Augen und ein Arm.
Gleichwohl ist die Saat, die die Ligas einmal ausgestreut haben, nicht einfach auszumerzen. Der Widerstand lebt und die Ligas organisieren sich neu. Im Brief eines Delegierten der Ligas vom März 1978 heißt es:

„Natürlich wandern viele nach Rosario und Buenos Aires ab. Viele sind zu Erntearbeiten gegangen. Es herrscht das reine Elend. Die Leute, das Volk hoffen wie immer und reden, sie schweigen nicht."
Und ein anderer:
„Langsam brechen wir in vielen Fällen die Isolierung auf, helfen beim Nachdenken ... immer im Bewußtsein, daß die Anstrengung aller notwendig ist, um eine Massenlinie einzuschlagen. Unerläßlich dafür und in Händen der Freunde ist die finanzielle Hilfe, um alles wieder in Gang zu setzen. Für ein Jahr würde ausreichen, aber es ist dringend."
Weil die Ligas Agrarias in der Vergangenheit gezeigt haben, daß sie echte B asisorganisationen sind, in der Lage, die Bauern für ihre Interessen zu mobilisieren, und weil uns hier die konkrete Bitte um Hilfe für den Wiederaufbau der Ligas im Widerstand mitgeteilt wurde, haben wir uns entschlossen ... dieses Projekt zu unterstützen.
(Aufruf des Chile-Komitees Stuttgart)

SPENDEN:

U. Baumgärtner
Landesgirokasse Stuttgart (BLZ 600 501 01)
Kto. Nr. 6773692
Kennwort „Ligas Agrarias"

DRITTE WELT IM UNTERRICHT

Wer sagt denn, daß ich weine –

Geschichten über Kinder in Afrika, Asien und Lateinamerika (sowie der Schweiz und den USA) zusammengestellt von Regula Renschler, hrsg.: „Erklärung von Bern", Basel 1977, Bd. 1 der Reihe Lenoz (Lenos Presse/ Z-Verlag) Preis: 12,80 DM Bestellung:

Das Buch enthält sieben Geschichten aus Ländern der Dritten Welt, die von einheimischen Autoren geschrieben sind und in deren Mittelpunkt Kinder und ihre direkte Umgebung stehen. Auf sehr hautnahe Weise kann der Leser miterleben, was Unterentwicklung und Unterdrückung auf der individuellen Ebene bedeuten, was es für ein Kind heißt, in einem Slumgebiet zu wohnen oder schwarz zu sein in einem Land,in dem Schwarze von Weißen unterdrückt werden. Um zu zeigen, daß es Unterentwicklung auch in den reichen Ländern gibt, wurden je eine Geschichte aus den USA (die Erfahrungen eines Chicano-Jungen) und der Schweiz (das Leben von Hirten in einem abgeschiedenen Tal) hinzugenommen. Die Geschichten sind meist sehr spannend und aus der Perspektive der Kinder geschrieben. Erwachsenen und Kindern wird auf eine sehr direkte Weise vermittelt, was Unterentwicklung und Elend bedeuten: wenn z.B. ein südafrikanisches Kind miterleben muß, wie sein Vater aufgrund des nicht mitgeführten Passes verhaftet wird, oder ein persischer Junge mit seinem Vater in die Stadt zieht, weil dieser hofft, dort etwas mehr Geld und Arbeit zu bekommen und dann vor Hunger nicht schlafen kann. Das alles ist sehr beeindruckend und hinterläßt vielleicht nachhaltigere Spuren als Zahlen über ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen oder Analysen über die Verslumung der Städte.
Das Buch eignet sich sowohl als Geschenk für Erwachsene, wie auch für Kinder und Jugendliche. Die Geschichten sind einsetzbar im Dritte-Welt-Unterricht der Grundschule und der Sekundarstufe I. Man kann sie vorlesen oder erzählen, für die Älteren sind sie auch als eigene Lektüre geeignet. Hilfreich für den Einsatz im Unterricht ist der Vorspann zu jeder Geschichte über die soziale und wirtschaftliche Lage der Länder, in denen die Geschichten spielen.
Die Arbeitsgruppe innerhalb der „Erklärung von Bern", die bisher fast 550 Kinderbücher zum Thema Dritte Welt beurteilt hat (vgl. Dritte Welt: Empfehlenswerte Kinder- und Jugendbücher, erhältlich bei: Erklärung von Bern, Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich), hat mit diesem Buch die Reihe der positiv zu beurteilenden Bücher um ein wichtiges bereichert.

hiwe

Rudolf H. Strahm: Kopiervorlagen zum Thema ÜBERENTWICKLUNG – UNTERENTWICKLUNG, 59 Schaubilder über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut, Gelnhausen 1978, Laetareverlag Preis: 25 DM, Bestellung: in jeder Buchhandlung oder Laetare-Verlag 646 Gelnhausen, Postfach 1440

Die Schaubilder zum Thema Überentwicklung – Unterentwicklung von R. Strahm, die sich in der Vermittlungsarbeit zum Thema Dritte Weltsehr bewährt haben, liegen nun erfreulicherweise auch als Kopiervorlagen vor. Die Blätter (Din 4) sind leicht heraustrennbar, der Druck ist ausgezeichnet, so daß Matrizen (mit dem Thermokopiergerät) und Folien, sowie Fotokopien bester Qualität hergestellt werden können. Für jede Gruppe, jeden Lehrer oder Tagungsleiter, die sich mit allgemeinen Problemen der Dritten Welt befassen, ist das eine wertvolle Hilfe. Drei neue Schaubilder sind außerdem hinzugekommen: „Was die Schweiz an den Entwicklungsländern insgesamt verdient; IWF und Weltbankgruppe: Wer bezahlt, befiehlt; Weltbankdarlehen sind ein politischer Hebelarm."
Den Kopiervorlagen vorangestellt ist ein sehr verständlich geschriebener Aufsatz von R. Strahm „Die sieben Sackgassen der Weltwirtschaft", in dem er begründet, warum seiner Ansicht nach nur eine gemäßigte Abkoppelung von Weltmarkt ein Weg zu einer echten Entwicklung der Dritten Welt sein kann.
Die Kopiervorlagen sind zwar teuer, doch, da sie in mehreren Unterrichtsfächern gut verwendbar sind, (Religion, Geographie, Wirtschaftskunde, Geschichte) sollten sie in keiner Lehrerbibliothek fehlen.

Nicaragua

Im Rahmen ihrer Loseblattsammlung mit Unterrichtsmaterial über die Dritte Welt (Darstellung des Projekts siehe 'blätter des iz3w' Nr. 69, S. 53) hat die Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung / Dritte Welt Lehrerinitiative eine Lieferung mit dem Titel: **Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand** herausgebracht (28 S.). Die Lieferung enthält u.a.: einen geschichtlichen Abriß, das Sofortprogramm der FSLN, Berichte über Menschenrechtsverletzungen und die Septemberkämpfe, den Hilferuf Ernesto Cardenals, Material zur Entwicklungshilfe der BRD und zur Haltung der USA, Hinweise auf Literatur und Medien.
Weitere Lieferungen erscheinen in Kürze.
Kontaktadresse / Bestellungen: Christian Neven-du Mont
Elsässerstraße 43 7800 Freiburg

Einzelpreis: 2,80 DM (incl. Porto)
Konto: PschA Klrh Nr. 1436 96 – 758 C. Neven-du Mont/Lehrerinitiative.



Bücher über die Türkei

Die BRD ist der wichtigste Handelspartner der Türkei. Doch hierzulande findet dieses Land keine besonders große Beachtung, auch nicht bei der Linken – und dies, obwohl viele von uns schon dort waren; obwohl 2 Millionen Türken in der BRD leben; obwohl die Geschichte der Türkei ein Lehrstück über Imperialismus ist; und obwohl sich dort starke politische Umbrüche abzeichnen, wie die jüngsten Ereignisse in Kahramanmaras (s. Chronik) wieder verdeutlicht haben.
Bis vor einem Jahr gab es kein Buch auf dem Markt, das politische und wirtschaftliche Probleme der Türkei kritisch aus antiimperialistischer Sicht darstellte. Im März/April 1978 wurde diese Lücke von Keskins Buch über die Entwicklung der Unterentwicklung in der Türkei gefüllt; gleichzeitig erschien Roths Buch über die Kurden in der Türkei.

Hakki Keskin: Die Türkei. Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat – Werdegang einer Unterentwicklung, Berlin 1978 (Verlag Olle & Wolter; DM 19,80)

Keskin gelingt besonders deutlich der Nachweis, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit der Türkei kein Ergebnis einer Nicht-Entwicklung ist, sondern daß ihre Industrialisierungsbemühungen vielmehr systematisch durch die „entwickelten" Volkswirtschaften behindert worden sind. Um die Entwicklung der Türkischen Republik verständlich zu machen, stellt Keskin zunächst die Ursachen der Rückständigkeit des Osmanischen Reiches dar.
Während sich in Mitteleuropa der Kapitalismus zu entwickeln begann, wurde im feudalistisch strukturierten Osmanischen Reich das durch Handel und besonders Wucher entstandene Kapital nicht produktiv angelegt, da diese Wirtschaftszweige mehr Profit versprachen als die Manufaktur.
Für eine nationale Wirtschaftsentwicklung erschwerend kommt aber hinzu, daß ab 1535 das Osmanische Reich mit den europäischen Mächten nach und nach „Kapitulationsverträge" unterzeichnete, in denen es den ausländischen Gesellschaften günstige Bedingungen zur Ein- und Ausfuhr von Waren einräumte. Detailliert beschreibt Keskin einzelne Vereinbarungen und ihre Wirkungen und zeigt so, daß damit einer Entwicklung der Manufaktur im Osmanischen Reich auch der Boden entzogen wurde.
Durch diese Verträge entwickelte sich das formal unabhängige Osmanische Reich zu einer Halb-Kolonie, die dem Kapital aus Frankreich und England, aber auch aus anderen Staaten ungehinderte Ausbeutung zugestand.
1876 mußte das Osmanische Reich den Bankrott erklären, nachdem es seinen internationalen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. Die Gläubigerländer gründeten daraufhin eine Finanzkommission, die das Land ganz gezielt im Interesse des ausländischen Kapitals verwaltete.
Benannt nach ihrem Initiator und Führer Mustafa Kemal Pascha (auch: „Atatürk") entwickelte die „Kemalistische Bewegung" einen Kampf für einen neuen souveränen türkischen Staat, gegen die Ausplünderung des Landes durch die Siegermächte des 1. Weltkrieges. In seinem anti-imperialistischen, jedoch nicht antikapitalistischen Kampf organisierte Atatürk breiteste Volksmassen. Unterstützt von Teilen der Armee gelang es den Kemalisten, die Ausländer militärisch zu vertreiben und 1923 die Türkische Republik auszurufen.

Atatürk verfolgte in den Jahren bis zu seinem Tode 1938 eine konsequente nationale Wirtschaftspolitik. Ausländische Firmen wurden nationalisiert, einheimische Investitionen begünstigt, und wo die türkischen Privatinvestitionen nicht ausreichten, trat der Staat als Unternehmer auf. In dieser „Etatismus" genannten Wirtschaftspolitik lenkte der Staat zielgerichtet einen ausgewogenen Industrialisierungsprozeß, in dem sowohl die „Grundindustrie" als auch die Konsumgüterproduktion ausgebaut wurden.
Gleichzeitig wurde der gesellschaftliche Überbau reformiert, in der Hoffnung, daß dadurch der Bevölkerung die „Modernisierung" erleichtert würde: u.a. verfügte man die rechtliche Gleichstellung der Frau: Trennung von Staat und Religion; Verwestlichung der Kleidung; Einführung der lateinischen Schrift (um eine schnellere Alphabetisierung zu ermöglichen). Es wurden „Dorfinstitute" eingerichtet, die ein Bildungssystem im Interesse der armen Landbevölkerung entwickelten.
Schritt für Schritt gelang der Aufbau einer ökonomischen und politischen Unabhängigkeit, wenn auch der Unterschied zu den Industrieländern noch groß war.
Innen- und außenpolitische Ereignisse während des 2. Weltkrieges schürten bei der türkischen Bourgeoisie die Angst vor den „linken" Kemalisten, die der konservativere Atatürk-Nachfolger Inönü nicht mildern konnte. Die Kemalisten hatten bisher unter Leugnung aller Klassengegensätze alle Bevölkerungsschichten vereinigen wollen; ihre Partei war die „Republikanische Volkspartei" (CHP). Nun organisierte sich das Bürgertum in der „Demokratischen Partei" (DP) und suchte Anlehnung an den Westen. Die USA boten sich als „Schutzmacht" an und lieferten Kredite, Berater und Marshall-Plan-Hilfe. Atatürks anti-imperialistische Grundsätze wurden aufgegeben; schrittweise wurde die türkische Wirtschaft den ausländischen Interessen gemäß ausgerichtet. Die amerikanischen Experten brauchten die Türkei als Agrarstaat, und konsequent blockierten sie Industrieprojekte der türkischen Regierung – Keskin hat diesbezüglich schier unglaubliche Vorgänge dokumentiert. Die USA machten ihre „Wirtschaftshilfe" davon abhängig, daß keine Schwerindustrieprojekte begonnen wurden; und tatsächlich nahm die türkische Bourgeoisie diese Bedingungen an, denn ihr ging es hauptsächlich um hohe und schnelle Profite, die sie eher in der Leichtindustrie fand.
Es ging sogar so weit, daß der Chef des Planungsamtes für außenwirtschaftspolitische Angelegenheiten der USA das „Gesetz zur Förderung des ausländischen Kapitals" entwerfen konnte, das bis heute in Kraft ist!
Die USA förderten also die DP; durch Unterstützung der

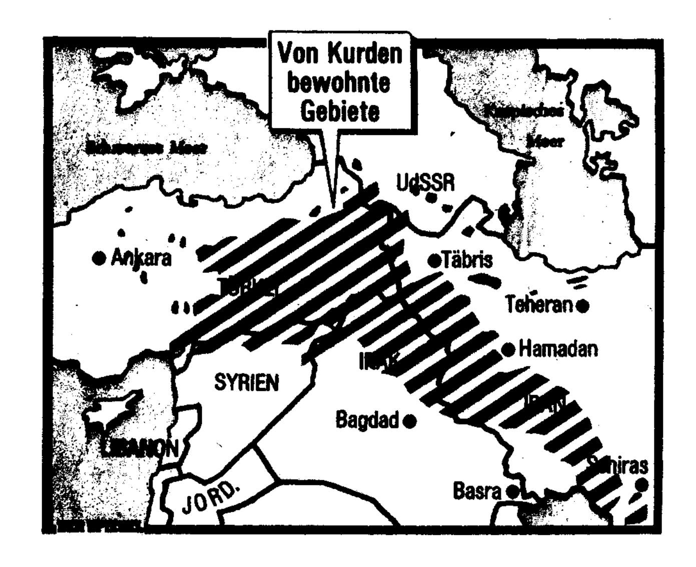
Landwirtschaft sicherten sie sich die Sympathien der Bauern, also der überwiegenden und damit demokratischen Mehrheit. 1950 wurde Menderes von der DP Ministerpräsident. Infolge der rasch zunehmenden Auslandsverschuldung – die Türkei hatte von 1930 bis 1946 eine positive Handelsbilanz, ab 1947 jedoch überwogen die Einfuhren – und der US-hörigen Politik wuchs der Widerstand bei den Arbeitern, den Intellektuellen und in der Armee, wo trotz der amerikanischen Ausbilder der kemalistische Einfluß noch stark war. 1960 wurde die Menderes-Regierung gestürzt, er selbst als Verräter hingerichtet und die DP verboten.
Die Kemalisten konnten 1961 eine neue Verfassung durchsetzen, die den Weg zu einem radikalen Demokratisierungsprozeß im Überbau ebnete. U.a. wurden Grundrechte wie Pressefreiheit, Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Versammlungs- und Demonstrationsrecht, Vereinigungsrecht, Streikrecht und Koalitionsfreiheit verankert.
Allerdings gelang es der CHP unter Inönü in den Folgejahren nicht, eine dauerhafte Regierung zu bilden. Bei den Wahlen von 1965 und 1969 gewann die „Gerechtigkeitspartei" (AP), die Nachfolgerin der aufgelösten DP, unter Demirel die absolute Mehrheit. Nach zunehmenden Unruhen, besonders bei Arbeitern und Studenten, gegen den beherrschenden Einfluß der USA rief Demirel die Armee, die von kemalistischen Kräften im Offizierskorps gesäubert worden war, zu Hilfe. Am 12. März 1971 übernahm sie die Macht, um die politischen Gegner unter Mißachtung von Verfassung und Gesetzen ausschalten zu können.
Abschließend beschreibt Keskin den Widerstand der Bevölkerung sowie die soziale und politische Umwandlung der türkischen Gesellschaft nach 1960 – eine Klassenanalyse, die die Zwiespältigkeit einzelner Schichten deutlich macht.

Das Buch erschöpft sich nicht in einer sehr spannend zu lesenden Geschichte der Türkei. In einzelnen Kapiteln untersucht es weiterhin die Gründe für das Scheitern des Kemalismus, das Eindringen des Fremdkapitals nach dem 2. Weltkrieg einschließlich der Annäherung an die EWG. Das Kapitel über die EWG-Assoziierung der Türkei zeigt, daß von ihr keine Impulse für zunehmende Industrialisierung und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Türkei ausgehen können; jedoch ist sie ein gutes Geschäft für die türkische Großbourgeoisie, wenn auch nicht alle ihre Ziele verwirklicht werden können.

Keskins Buch füllt eine große Lücke, die in der Literatur über die Türkei und über populistische oder anti-imperialistische Entwicklungsversuche entstanden war. Angesichts der schwierigen politisch-ökonomischen Materie ist das Buch überraschend gut lesbar. Ein wenig bedauerlich ist nur, daß die Entwicklung nach 1971 zu kurz und der Einfluß des Weltwährungsfonds gar nicht dargestellt sind. Auch wäre es für deutsche Leser wünschenswert, wenn dem deutschen Einfluß auf die Türkei ein zusammenfassender Abschnitt eingeräumt worden wäre. Trotz dieser drei unerfüllten Wünsche ist das Buch ein Standardwerk für jeden politisch Interessierten, der mit den Problemen der Türkei Berührung hat.

Jürgen Roth u.a.: Geographie der Unterdrückten. Die Kurden: Bilder und Texte über Geschichte, Kultur, Lebensverhältnisse und Freiheitskämpfe einer Minderheit.
Reinbek 1978 (rororo-sachbuch 7125; DM 10,80)

Ähnlich wie einst das Osmanische Reich unter vielen Staaten aufgeteilt wurde, ist es heute eine andere Nation des Vorderen Orients: Kurdistan. Das Gebiet der Kurden ist heute aufgeteilt an Syrien, Irak, Iran und die Türkei.



Ihre Kultur wird unterdrückt, ja, ihre Existenz wird sogar mit der Konsequenz eines schleichenden Völkermordes geleugnet: in der Türkei gibt es offiziell keine Kurden, höchstens „Bergtürken". Diese leben in der Osttürkei, wo es viele Bodenschätze gibt und von wo man infolgedessen viel Reichtum wegholt; doch investiert wird nichts, so daß Kurdistan ein schwer zugängliches, armes und „wildes" Bergland bleibt. Naturkatastrophen, Hunger und das kärgliche Leben überhaupt sind für die Behörden Gelegenheit genug, das kurdische Volk auszulöschen. Doch damit nicht genug: wenn ein Kurde auf seiner Sprache und seiner Kultur besteht, dann setzt er sich der Gefahr von Repression, Folter und sogar Mord durch Polizei und Militär aus.

Der von Jürgen Roth herausgegebene Sammelband versucht, die vielfältigen Formen der Unterdrückung der Kurden historisch, ökonomisch und sozial darzustellen und zu analysieren. Dabei bedient sich der Herausgeber nicht nur der Sprache der Worte; eine Sammlung ausdrucksvoller Fotos beschreibt schon alleine sehr anschaulich das schwere Leben in Kurdistan.

Ein Drittel des Buches stellt die Geschichte des kurdischen Volkes und ihrer Kultur dar. Interessant zu erfahren ist u.a., daß gerade die nationalistische Bewegung Atatürks die kurdische Nation besonders hartnäckig unterdrückte.
Neben kürzeren Abschnitten über kurdische Literatur sowie die Kurden im Iran und im Irak widmet sich das Buch hauptsächlich dem gegenwärtigen kurdischen Alltag in der Türkei.
Berichte über eine kurdische Bevölkerungsgruppe in Tunceli sowie aus dem Leben der kurdischen Frauen geben einen lebendigen und unmittelbaren Einblick in Arbeit und Alltag der Bevölkerung. Andere Abschnitte berichten u.a. über Landreform, Industrialisierung, Naturkatastrophen, staatlichen Terror, Kultur und politisches Bewußtsein. Die Textzusammenstellung wird ergänzt durch Auszüge aus der türkischen Literatur.



Ein Mangel scheint mir zu sein, daß nicht ausführlich auf die Klassenstrukturen und -interessen bei der kurdischen Bevölkerung eingegangen wird. Gerade weil – wie im Buch auch beschrieben – die Autonomiebewegung oft von Großgrundbesitzern geführt wurde und deswegen als reaktionär, US-freundlich usw. verpönt war/ist, könnte hier eine Systematisierung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden bei den Zielsetzungen verschiedener Interessengruppen mehr Klarheit verschaffen.
Geographie der Unterdrückten erfüllt seinen Anspruch, „eine konkrete Vorstellung von den Menschen zu vermitteln, die dort leben, leiden und kämpfen". Da es als Lese- und Bilderbuch zusammengestellt ist, verlockt es sehr schnell zum Herumblättern und -schmökern – es ist mit Text und Fotos so fesselnd konzipiert, wie man sich ein Buch nur wünschen kann.

ebe

Indios

Jorge Icaza, Huasipungo – Roman, Querheft 4, Lamuv Verlag, 1978, 161 S. DM 16,80

„Bei seinem Erscheinen 1934 in Ecuador löste das Buch Huasipungo einen Skandal aus. Der herrschenden Oberschicht galt es als skandalös, die Sprache als vulgär. "

Huasipungo – „Die Indios hängen doch mit blinder Liebe an diesem Stück Land, das ihnen im Austausch gegen die Arbeit auf der Hacienda zur Verfügung gestellt wird. Dann glauben sie, es sei ihr Land."
Huasipungo – dieses Stückchen Boden ist ihre Heimat, ihr einziger Besitz und ihre einzige Erwerbsquelle. Wenn der Großgrundbesitzer es ihnen nimmt, nimmt er ihnen damit jede Existenzgrundlage.
Der konkrete Fall, den Jorge Icaza schildert, spielt in den Zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts in Ecuador. An den Osthängen der Anden haben die „Gringos" Erdöllager entdeckt, zu ihrer Ausbeutung muß eine Straße durch die Sümpfe gebaut werden. Der Großgrundbesitzer Alfonso Pereira schickt, unterstützt vom Pfarrer, der selbst als Fahrunternehmer von der Straße profitieren wird, und anderen an diesem Geschäft interessierten Weißen und Mestizen, scharenweise „seine" Indios zum Straßenbau in den mörderischen Sumpf. Ihre Leichen säumen bald die Baustelle. Die Überlebenden treiben die Ochsenpeitsche, „Vater und Mutter für die Krankheiten der Indios", und die beispiellos zynischen Appelle des Pfarrers an: „Für jeden Meter, den ihr vorankommt, lächelt Euch der Vater im Himmel.".
Schließlich bricht auf der Haciende Cuchitambo ein Indianeraufstand los: Alfonso Pereira läßt die Huasipungos überfluten, um die Indios vom wertvollen Flußufer zu vertreiben, der Pfarrer segnet das Verbrechen ideologisch ab, stellt die Katastrophe als Strafe Gottes dar. Das Land geht an die Ölgesellschaft. Kurze Zeit nur können sich die unorganisiert kämpfenden Aufständischen halten, dann werden sie von einer Militäreinheit, aus Quito bis auf den letzten Mann niedergemacht.
Jorge Icaza, geboren 1906 in Quito, ist ein Vertreter des Indigenismus, jener Bewegung der lateinamerikanischen Literatur, die für eine soziale Gleichstellung der Indios eintritt und in den letzten Jahren wieder einen neuen Aufschwung nahm.
Der Roman ist einseitig, bezieht Stellung für die Indios und geht hart mit den Unterdrückern und ihren Komplizen ins Gericht. Er schildert Unterdrückung und Kampf der Eingeborenen in einer sehr direkten, emotionalen Sprache, die die geschäftemachende Menschenverachtung der herrschenden Klassen treffsicher entlarvt. Eine Leseprobe (die Indios sollen einen bereits halbverwesten Ochsen verscharren):
„Ein Loch sollt ihr graben, ihr Faulenzer."
„Ein Loch?"
„Ja, um das Tier zu begraben."
„Ave Maria."
„Begraben wie einen Christenmenschen?"
„Befehl des Patrons".
„Gott wird das bestrafen".
„Das geht uns nichts an, sache der Weißen."
„Gott wird das bestrafen, weil man das nicht darf."
„Euch wird er bestrafen, weil ihr Euch benehmt wie die wilden Tiere, sobald ihr Fleisch riecht".
Während die Arbeiter den Kadaver herbeischleppten, um ihn in die Grube zu werfen, die mit ungewöhnlicher Schnelligkeit gegraben worden war, rissen sie Stücke von dem stinkenden Fleisch ab und versteckten es unter dem Poncho.

Auch der Andres Chiliquinga, der sich unter den Totengräbern befand, sicherte sich eine Portion. Der Ochse – die Eingeweide hingen ihm aus dem Bauch, die Augenhöhlen waren leer, der Anus von den Schnäbeln der Geier zerrissen – fiel auf den Grund der Grube und ließ auf der aufgewühlten Erde einen ekelerregenden Gestank sowie eine Madenspur zurück.

Eines ist allerdings noch anzumerken. Die Übersetzung aus dem Spanischen ist streckenweise wirklich schlecht, geht an die Grenze der Verständlichkeit und die im Text z.T. im Original belassenen Quetschua-Ausdrücke werden im angehängten Glossar nicht alle und zum Teil auch nicht zur Genüge erklärt.

Lamur Verlag, Martinstraße 7, 5303 Bornheim-Merten

BÜCHER

Die nachstehend aufgeführten Bücher sind zur Rezension in der Redaktion der ‚blätter' eingetroffen:

Medienpädagogik Zentrum Hamburg, Entwicklungspolitische Medienarbeit, Das Beispiel Tanzania: Den Bauern eine Stimme geben, Hamburg 1978, 95 S., DM 5,–. Medienpädagogik Zentrum, Thadenstr. 130 a, 2000 Hamburg 50;

A. Finck/R. Meinshausen/G. Peschmann, Zimbabwe in Frage und Antwort, Bochum 1978, 73 S., Bochumer Aktionskreis Afrika (BASA), Postfach 250 229 4630 Bochum;

D. Nohlen/Fr. Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt, Hamburg 1978.
Bd. 1 Theorien u. Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung, 395 S., Bd. 2 Unterentwicklung und Entwicklung in Afrika, 750 S., Bd. 3 ... in Amerika, 600 S., Bd. 4 ... in Asien, 870 S., Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg;

Brasilien Nachrichten, Sondernummer 2, Achtzig Millionen Brasilianer hungern für die deutsche Industrie, 1978, 52 S., DM 1,50, Brasilien Nachrichten Belthlestr. 40, 74 Tübingen;

ESG Essen, Pueblo-Puebla, Die Christen, die Kirche und die Militärdiktatur in Lateinamerika. Dokumentation zur 3. Lateinamerikanischen Bischofskonferenz im Okt. 78 in Puepla, Mexico, Bonn 1978, 108 S., DM 4,– Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 5300 Bonn.



Die Liebe zum Imperium

Buch und Regie: Peter Heller
Produktion: Vorwärts Film, Heller (1978)
Schnitt: P. Heller, E. Schlensag
16 mm schwarz/weiß, 70 Min.
Verleih: Unidoc, 8 München 19, Dantestraße 29
Neue Welt, 5 Köln 1, Hansaring 80
Cine Terz, 53 Bonn 1, Buschstraße 18

Kürzlich habe ich den Film eines jungen deutschen Filmemachers gesehen. Der Film brachte mich in die Tage meines Großvaters zurück und half mir zu verstehen, warum wir, Angehörige des Kikuyu Stammes in Kenia, auch heute noch ein Sprichwort haben:
„Watho muru ta wa Nyirimani"; Was übersetzt bedeutet, „das ist so ein schlimmer Herr, wie der Deutsche".
Ich habe mich immer gewundert, wie dieser Spruch in unser Land kam. Durch den Film „Die Liebe zum Imperium" habe ich eine Erklärung dafür gefunden.
Wenn man mit den Deutschen spricht, so beschuldigen sie die Engländer, Franzosen und Portugiesen, schlimme Kolonialherren gewesen zu sein. Sie selbst fühlen sich schuldlos. Wenn nur möglichst viele diesen Film sich ansehen würden, so könnten sie erkennen, welche Wahrheit in dem Kikuyu-Ausspruch steckt.
Der Film stellt einen Zeitabschnitt 1884 – 1907 aus der Hochzeit der deutschen Kolonialherrschaft in Tanganyika dem heutigen Tanzania dar. Namentlich wird die abenteuerliche Eroberung des deutschen Kolonialreiches durch seinen Konstrukteur, den Studienrat Carl Peters, dargestellt – Carl Peters, über den ich als Kind in meinen Schulbüchern in Afrika als über einen bekannten Kolonialpionier gelesen hatte, dessen Statue ich in Tanzania gesehen habe und nach dem ich heute noch in München eine Straße benannt gefunden habe.
Peter Hellers Film „Die Liebe zum Imperium" schafft es, durch eine Montage zeitgenössischer Fotografien und Archivfilme zu zeigen, wie der Mann Peters ein Produkt eines Systems wurde und sich selber daran machte, die Ideologie des deutschen Imperiums zu verbreiten. Ich war von der enormen Arbeit, die der Filmemacher bei der Aufarbeitung des Materials leisten mußte, fasziniert. Solch ein Film konnte nur von jemanden gemacht werden, der sich von dem Thema tief betroffen fühlt und bereit ist, Opfer und Engagement aufzubringen, damit er seinen Auftrag erfüllen kann.
Und was will er nun sagen mit seinem Film?
Er zeigt Vorgänge über die viele der älteren aber auch jüngeren Deutschen nichts wissen und nichts wissen wollen, die sie aber kennen sollten. Ereignisse und Zusammenhänge, die jeder Afrikaner wissen möchte, wozu er aber selten die Gelegenheit bekommt. Dieser Film versucht nicht dem Zuschauer mit einseitigen Kommentaren eine Sichtweise aufzuzwingen, sondern er verhilft ihm zu einem eigenen Eindruck und zu eigener Stellungnahme über das Verhalten der deutschen Kolonialabenteurer, die ein imperialistisches System vertreten hatten. Die Afrikaner der Zeit konnten sich nicht der Mittel der Fotografie bedienen. Und so ist es allein ein Verdienst der behutsamen Montage von Bilddokumenten und Zitaten, daß die Perspektive der Kolonialherren, die jedes Bilddokument in sich birgt, letztlich doch auf entlarvende Weise aufgebrochen wird. Der Film läßt den Zuschauer die deutschen Invasoren mit den Augen der Afr[illegible]-

ner sehen. Durch diese Dialektik der filmischen Umsetzung ergibt sich für den Zuschauer andererseits die Möglichkeit, die Mentalität der Europäer in ihren Ursachen und Wirkungen richtig einzuschätzen.

Der Film „Die Liebe zum Imperium" sollte für jeden, der die Wahrheit liebt, und sei es, daß ihn diese schmerzen mag, eine Pflichtübung sein. Er sollte allen gezeigt werden, den Deutschen aber auch den Afrikanern. Denn nur durch ein Erkennen der Vergangenheit werden wir die Gegenwart unserer Beziehung verstehen lernen. Die Befürworter der deutschen Entwicklungshilfe sollten sich daran prüfen, war doch der Beginn der Intervention auf den fremden Kontinenten auch der Beginn der „Entwicklungshilfe". Die Motive für den europäischen Eingriff in Afrika, die im Film sehr stark herausgearbeitet werden, sind bis heute dieselben geblieben. Neokolonialismus hat in süßen Klängen neue, subtilere, verschleiernde Namen gefunden. Was sich geändert hat? Die Methoden sind behutsamer geworden. Die Ergebnisse aber bleiben die gleichen:
Die Zerstörung all dessen, was ureigentlich afrikanisch ist, im Namen der „Entwicklung". Die Motive der Kolonialherren hatten ihren Ursprung in dem Hunger der europäischen Fabriken nach Rohstoffen. „Nur profitable Kolonialerwerbungen sind patriotische Erwerbungen" meinte Carl Peters.
Was ich in diesem Film vermißt habe war die Darstellung der Rolle der Mission und Kirche für den Kolonialismus: Die Aufbereitung der Herzen und Seelen der afrikanischen Menschen, die damit abgerichtet wurden, die Rolle der Opfer im Ausbeutungssystem stillschweigend zu übernehmen. Vielleicht war dies ein zu heikles Thema für den Filmemacher? Oder fehlten ihm die finanziellen Mittel für den aus eigenen Ersparnissen selbstproduzierten Streifen? Ich jedenfalls würde es begrüßen, wenn er seine Arbeit auch diesem wichtigen Thema zuwenden könnte. Auch würde ich mir wünschen, daß wir mehr solcher Regisseure hätten, die Wahrheit zeigen und nicht jene aufpolierten Halbwahrheiten präsentieren, die bei den Zuschauern Selbstzufriedenheit produzieren. Diese krankhafte Selbstzufriedenheit und Selbstsicherheit der Europäer stört der Film durch die Befragun des Betrachters. Dem Chauvinismus der Weißen stellt er die identitätsstarken schwarzen Freiheitskämpfer in den Weg. Verbittert identifiziert sich der weiße Zuschauer mit dem verzweifelten Kampf der Afrikaner, die mit Pfeil und Bogen gegen die Maschinengewehre der Unterdrücker bestehen sollen. Und er verwirft die koloniale Legende, die behauptet, der größte aller afrikanischen Aufstände, der Maji-Maji-Aufstand gegen die deutschen Kolonialherren, wäre nur das Werk einiger verrückter schwarzer Zauberer gewesen. 50 Jahre später sagte der Präsident von Tanzania, Julius Nyerere, vor der UN-Vollversammlung über die Aufständischen: „Sie erhoben sich ... entsprechend einem natürlichen Ruf, dem Ruf des Geistes, der in den Herzen aller Menschen ruht, gegen fremde Herrschaft aufzustehen. Es ist wichtig, sich das vor Augen zu führen, um die Natur einer nationalen Bewegung zu verstehen."
Der Film „Die Liebe zum Imperium" läßt den Zuschauer den Zorn der Rebellen nachvollziehen und er vermittelt ihm auch das Verständnis dafür, warum die Afrikaner auch heute noch in den verschiedenen Teilen Afrikas gegen den Kolonialismus kämpfen:
Auch bei der Beseitigung der letzten Überreste der deutschen Kolonialherrschaft in der Gegenwart – in Südwest-Afrika/Namibia, wo die Befreiungkämpfer der Swapo für ihre Freiheit sterben.

Stanley Mbagakhi

Kirchliche Entwicklungsdienste

„EINER TRAGE DES ANDEREN LAST"
Zu einer Plakatserie von 'Brot für die Welt' und 'Misereor'.

Von den beiden kirchlichen Hilfswerken 'Brot für die Welt' und 'Misereor' wird eine Plakatserie unter dem Titel 'Partnerschaft: Morgen eine Welt oder keine' vertrieben. 13 großformatige Reproduktionen von fotographischen Aufnahmen und 11 Plakate mit reinem Textteil gehören jeweils zu einer Plakatreihe.
Die massenhafte Verbreitung und der große 'Anklang', den diese Plakatserien finden, sollte Grund genug sein, diese Plakate genauer zu analysieren (Aus Gründen der besseren Überschaubarkeit sollen Fotos und Textteile vorerst gesondert betrachtet werden – eine Zusammenschau findet sich im Schlußteil dieses Artikels.)

Zum Fotomaterial
Die dreizehn Reproduktionen lassen sich in drei Motivkreise aufteilen:

I) 9 der Aufnahmen zeigen Porträts,
II) 4 Aufnahmen zeigen Menschen bei der Arbeit,
III) eine Aufnahme beschränkt sich auf reine Sachdarstellung.

Auffallend ist das Übergewicht der Porträtaufnahmen. Plakat Nr. 22 (vgl. Abb. 1) kann als stellvertretend für diesen Motivkreis angesehen werden.

Die 'vordergründige Information' des Plakats (1).
Bei Plakat Nr. 22 handelt es sich um eine ins Querformat gebrachte fotographische Aufnahme eines Asiaten. Der bis zur Schulter Abgebildete hält seine Hände gefaltet; seine Blicke sind d i r e k t auf den Betrachter gerichtet. Während das Gesicht scharf kontrastiert wiedergegeben wird, ist dagegen die Tiefenschärfe nur sehr gering. Lediglich ein Teil eines Regenschirms ist in der rechten Bildhälfte zu erkennen.
Auffallend ist die s y m m e t r i s c h e Anordnung des Porträts: Der Blickpunkt des Bildes (Augenzone) liegt genau in der horizontalen Halbachse.
Arrangement (2) und technische Qualität des Fotos (Schwarzweiß-Aufnahme von höchster Brillianz) lassen vermuten, daß es sich bei dieser Aufnahme um ein sogenanntes 'Nichtwörtliches -Foto' handelt (3), es liegt also ein bewußt-gestelltes Foto vor. Dieser Sachverhalt gilt für die meisten Fotos der Plakatserie (vgl. Abb. 2).
Bei genauerem Betrachten des Fotos (vergleiche die eben ausgeführte Beschreibung) kommt der Verdacht auf, daß sich die 'Nachricht' dieses Plakats (Originalformat: 1,12 x 0,78 m) nicht mit dem (recht banalen) Bildgegenstand 'Asiate' deckt. Diese 'vordergründig-buchstäbliche Nachricht' wäre doch etwas zu belanglos, als daß man sie zigtausendfach reproduzierte.
Offensichtlich transportieren die Plakatmacher der beiden Hilfswerke noch weitere 'versteckte' Nachrichten mit die-



Abbildung 1: Plakat Nr. 22 der Serie

sem Plakat – weitere Bedeutungen, die im folgenden herausgearbeitet werden.

Die „versteckten" (codierten) Nachrichten.

- Alle Fotos aus dem Motivkreis 1 (Porträtsaufnahmen; vergl. Abb. 1 und 2) beschränken sich auf die Wiedergabe des menschlichen Antlitzes. Was technisch möglich gewesen wäre, bleibt (bewußt) ausgespart: die Umwelt der dargestellten Personen wird ausgeblendet. Der Detailverlust, die Beschränkung auf das (triviale) Motiv (Porträt) lassen vermuten, worauf die Plakatmacher abzielen: das Motiv soll seine Geschichtlichkeit,sein Eingebundensein in konkret-gesellschaftliche Verhältnisse leugnen. Dem Plakatbetrachter wird ein schlicht-menschliches Gegenüber präsentiert, „ein Mensch wie Du und ich", ein „Partner", wie auch im Textteil argumentiert wird. Statt die konkreten Nöte der Menschen in der Dritten Welt, statt deren Aktivitäten für den Aufbau einer menschenwürdigeren Welt darzustellen, zeigen sehr viele Plakate der Serie 'allgemeine Menschlichkeit'.

Statt existenzieller Not – exotische Schönheit (selbst den Schweißtropfen lassen sich so noch aesthetische Reize abgewinnen; vergleiche Abb. 2), statt äußerer Knechtschaft und Unterdrückung, statt brutalem Profitstreben der Herrschenden – innere Freiheit.

Auf die Ursachen der Unterentwicklung wird nicht eingegangen (auch im Textteil nicht!).

Die Abhängigkeit vieler Entwicklungsländer von den Industrieländern bleibt unerwähnt. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in der BRD, die gerade eine Entwicklung der Dritten Welt verhindern, werden gänzlich verschwiegen. Da eine kritische Ursachenanalyse fehlt, kann auch nicht auf Strukturveränderungen hingewiesen werden.

Die bruchstückhafte, nur auf Emotionen ausgerichtete Darstellung der Dritten Welt, die weder historische Voraussetzungen, noch heutige Formen der Abhängigkeit aufzeigt, zielt lediglich auf kurzfristig ausgerichtete Spendenbereitschaft.

- Die Beschränkung auf das menschliche Antlitz sowie der formale Aufbau der meisten Plakate (4) lassen leicht ein weiteres (religiöses) Motiv assoziieren: das „Antlitz Christi". Ein Motiv also, das in den Institutionen, in welchen diese Plakatreihe größtenteils zum Einsatz kommt (kirchliche Einrichtungen), sicherlich in leicht gewandelter Form noch mehrfach zu finden ist. Die Verwendung eben dieses Motives erweckt den Eindruck, als wolle man einen vielfach zitierten Bibelspruch optisch verdeutlichen: 'Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan'. Die „verschlüsselte (codierte) Nachricht" dieses Plakates zeigt, daß die vordergründig-selbstlose Hilfe im Grunde doch etwas mit dem alten Missionsgedanken und Sendungsbewußtsein der europäischen Kirchen zu tun hat. Der sakrale Gehalt, der im Bildteil nur unterschwellig mitgeliefert wird, tritt im Textteil ganz offen zu Tage: 'Einer trage des anderen Last, auf diese Weise erfüllt ihr das Gesetz Christi (Text des Plakats 24).

Die so heraufbeschworene Vision des die ganze Welt humani-



Abbildung 2

sierenden Christus bringt die Gefahr mit sich, diese (Heils-) figur zur Kaschierung tatsächlicher Unterdrückungsprozesse zu benützen. Die 'Hilfswerke' laufen somit Gefahr, (indirekt) einen Beitrag zur Aufrechterhaltung bestehender Ausbeutungsverhältnisse zu liefern.

- Auf einer dritten Ebene wird ein weiterer (codierter) Appell an die Plakatrezipienten (Zielgruppe: Pfarrgemeinden, Verbände) gerichtet. Der stechend –eindringliche Blick des Asiaten (der die Hände gefaltet hält!) transportiert den imperativischen Gestus des Moralpredigers: 'Wir haben gelernt, wie Vögel zu fliegen und wie die Fische zu schwimmen. Aber wir haben die einfache Kunst nicht gelernt, als Brüder zu leben' (Text aus Plakat 20).

Zu den Plakattexten

Während einige Texte, die in großen Lettern auf elf Plakaten abgedruckt sind, auf unpolitisch-ahistorische Weise die Situation der Entwicklungsländer beschreiben (Abbildung 3), liefern andere Plakate Sollforderungen bzw. plattgetretene Allgemeinplätze, die niemanden weh tun (Abbildung 4).

Die Menschen in Entwicklungsländern wollen lernen. Aber nur jedes zweite Kind kann eine Schule besuchen.

Brot für die Welt Misereor

Abb. 3

Auffallend ist, daß immer nur allgemein von 'den Menschen in den Entwicklungsländern gesprochen wird, ohne daß diese „Gruppe" in Herrscher und Beherrschte differenziert wird. Die Frage, warum die Reichen immer reicher, die Armen gleichzeitig aber immer ärmer werden (Textauszug aus Plakat 10), kann daher nur unbeantwortet bleiben.
Wie das Fotomaterial, so appellieren auch die Plakattexte nicht an politische Einsicht, sondern schüren auf emotionale Weise ein 'schlechtes Gewissen', das dann u.U. eine kurzfristige Spendenbereitschaft zur Folge hat. Ein möglichst hoher Geldbetrag ist offensichtlich die Zielvorgabe der 'Hilfswerke' – dies auf Kosten der Emanzipation der öffentlichen Meinung.

Macht und Profit dürfen die Menschenrechte nicht außer Kraft setzen. Gerechtigkeit und Menschenwürde sind Voraussetzungen für den Frieden.

Brot für die Welt Misereor

Abb. 4

Zur Broschüre

Zu der Plakatserie gibt es inzwischen auch eine Begleitbroschüre. Diese Broschüre ist als didaktisches Material für 'Multiplikatoren' (Lehrer, Gruppenleiter, Pfarrer ...) gedacht. Zum Unterschied zu den Plakaten (Text- und Bildteile) werden in der Begleitschrift wirtschaftliche Fakten ('Zahlen zum Nachdenken') geliefert: Text und Graphiken, die meist aus dem Buch R. H. Strahms (Überentwicklung – Unterentwicklung, Ein Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren zum Thema 'Armut', s.a. „Dritte Welt im Unterricht" in diesem Heft) entnommen sind.
Die aus diesem Buch entnommenen Beiträge sind durchaus brauchbar, zeigen sie doch Ursachen und Auswirkungen der 'Unterentwicklung' auf.

Zur Ideologie des 'Teufelkreises'

Auf Seite 17 der Broschüre wird dem Leser (kommentarlos) ein 'Erklärungsmodell' für die in der Plakatserie offen gebliebenen Fragen angeboten: Der Teufelskreis der Armut (Abbildung 5). Dieser 'circulus vitiosus', selbst in den Materialien des 'Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit' (BMZ) inzwischen zumindest in Frage gestellt (5), listet recht abstrakte Faktoren (Armut, Hunger...) auf, die sich 'irgendwie' gegenseitig bedingen. Der Teufelskreis zeichnet ein fatales Bild der Dritten Welt: Es gibt in diesem Modell keine Möglichkeit der Befreiung. Die 'Selbstverschuldungsthese', Bestandteil der alten kulturimperialistischen Ideologie, wonach Unterentwicklung keineswegs Folge der jahrhundertelangen Ausbeutung durch die Kolonialisten ist, findet sich hier wieder.
Der Teufelskreis

- geht gänzlich unhistorisch vor,
- argumentiert selbst in einem Kreis,
- ist außerstande zu erklären, wie es zu einem bestimmten Zustand gekommen ist. Er läßt die in der Vergangenheit

(Zeit des Kolonialismus) wirkenden Tendenzen außer acht und kann daher nur die h e u t i g e n 'S y m p t o m e' (Hunger ...) auflisten.

– er zeigt keine Ansätze für eine Wende zum Besseren, da er die maßgeblichen Ursachen nicht kennt, also auch nicht Strategien für die Zukunft entwickeln kann.

Welch' verheerende Folgen dieses 'Erklärungsmodell' für die Öffentlichkeitsarbeit hat, ist abzusehen: Die sich hartnäckig in der Bevölkerung haltenden Vorurteile gegenüber der Dritten Welt (Selbstverschuldungsthese) werden erneut bestätigt.

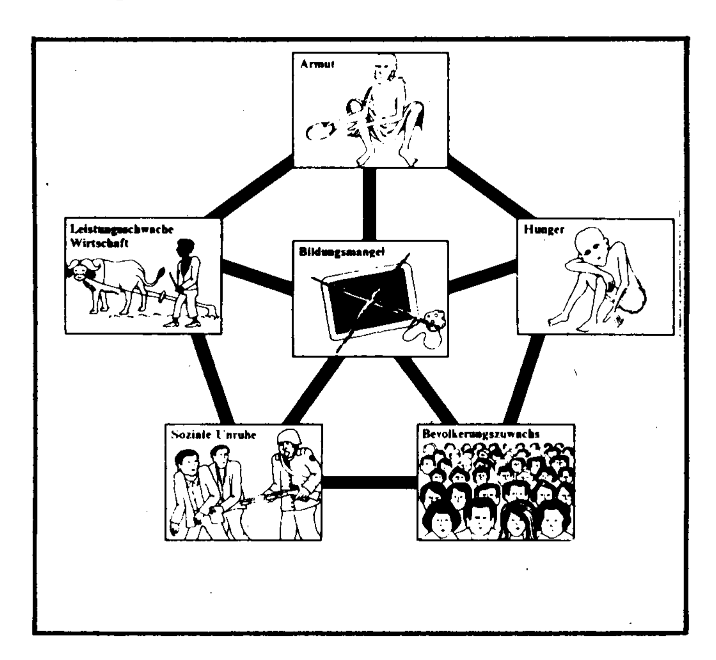


Abb. 5

Fazit: Die Plakatreihe suggeriert Teilhabe an der Lage der Menschen in der Dritten Welt, die jedoch über emotionale Partizipation nicht hinaus geht. Für eine rationale Auseinandersetzung fehlt fundiertes Hintergrundmaterial. In den entscheidenden Zügen bestätigt die Serie alte Ideologien.

Anmerkungen:

1) Bei der Analyse der einzelnen Plakate soll ähnlich vorgegangen werden, wie bei der Untersuchung der BMZ-Plakate, welche sich in den 'blättern des infozentrums dritte Welt' (Nr. 67, Seite 55 ff.) findet: Die einzelnen Bedeutungsschichten sollen Schritt für Schritt 'auseinandergenommen' werden.
Diese Methode orientiert sich an der Vorgehensweise des französischen Strukturalisten R. Barthes.
Vergleiche dazu: H. K. Ehmer, Visuelle Kommunikation, Köln 1974, Seite 162 ff.
2) Diesem Foto, sowie auch anderen Fotos dieser Serie, liegt eine Dreieckskomposition zugrunde – die Mittelsenkrechte fällt mit der Mitte des Fotos zusammen. H. K. Ehmer (Anmerkung 1) weist zurecht auf den sakralen Charakter dieser Anordnung hin; fast alle religiösen Bilder weisen dieses Bauschema auf.
3) Dieser Begriff stammt von R. Barthes; nachzulesen in: R. Barthes, Die Mythen des Alltags, Frankfurt 1964.
4) siehe Anmerkung 2.
5) BMZ-Materialien, Begleitheft für Lehrer zu der BMZ-Broschüre „Durch Partnerschaft Probleme lösen", Bonn 1977.

uk

Hinweis:

Dieser Artikel ist ein Vorabdruck aus einer Broschüre der "Arbeitsgemeinschaft der kath. Studenten- und Hochschulgemeinden".
Die Broschüre wird voraussichtlich Mitte des Jahres erscheinen.
Vertrieb: AGG, Rheinweg 34, 53 BONN.

AKTIONSGRUPPEN

2. Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen

Bericht über den 2. Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen vom 20. – 22. 10. 1978 in Nürnberg

Seit dem 1. Bundeskongreß im Herbst 1977 in München (vgl. „blätter" Nr. 66) hatte sich einiges „stabilisiert":

– Die in München oft noch euphorischen *Erwartungen* bezüglich der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit so vieler entwicklungspolitischer Gruppen waren auf realistischere Ausmaße geschrumpft. Es wurde nicht mehr um einen Dachverband (mit Programm und Mitgliedern) gestritten, sondern es wurden praktische Schritte der Zusammenarbeit diskutiert: die Form der weiteren Kooperation (FORUM, Seminare etc.), Kampagnen und Projekte ... Leider war auch die Zahl der Teilnehmer (150 Personen aus 72 Gruppen) nicht mehr so hoch wie beim 1. BUKO.

– Die *Form der Zusammenarbeit* (Koordinationsausschuß, FORUM, Seminare) hatte sich im großen und ganzen bewährt. Diese Fragen mußten nicht mehr so ausführlich wie beim 1. BUKO besprochen werden, eine Einigung war bald möglich. Dadurch wurde Zeit und Energie frei für die Besprechung von Projekten und Kampagnen, die einzelne Gruppen – unterstützt durch den Koordinierungsausschuß (KA) – zusammen durchführen wollen.

Zu den einzelnen Punkten:

– Es wurde erneut ein siebenköpfiger *Koordinierungsausschuß* (KA) gewählt, nachdem man beschlossen hatte, die BUKO-Arbeit (in der begonnenen Form) weiterzuführen. Allerdings wurde der Aufgabenkatalog für den KA erweitert. Bisher (und auch in Zukunft) sollte er

– den nächsten *BUKO* vorbereiten,
– die Herausgabe von *Handbüchern* (mit Adressen, Info-Hinweisen, organisatorischen Tips, außerdem z.B. das „Handbuch des entwicklungspolitischen Films") koordinieren und unterstützen,
– *Seminare* vorbereiten und durchführen. 1979 soll der KA dies zu folgenden 7 (!) Themen:
  - Nukleare Zusammenarbeit BRD – Südafrika
  - Perspektiven entwicklungspolitischer Arbeit
  - Methoden der entwicklungspolitischen Basis – und Öffentlichkeitsarbeit
  - Neue Weltwirtschaftsordnung, UNCTAD
  - Kriterien für Entwicklungshilfe-Projekte
  - UN-Konferenz für wissenschaftlich-technol. Entwicklung (UNCSTED)

Außerdem bekam der KA folgende zusätzliche Aufgaben:

– die Koordinierung der Vorbereitungsarbeit der 25 Gruppen, die sich am Ev. Kirchentag im Juni 1979 in Nürnberg beteiligen wollen,
– die Beteiligung (= Unterstützung der Gruppen) bei der UNCTAD-Kampagne,
– verstärkte Zusammenarbeit mit Ausländergruppen und Gewerkschaften:
  das (von uns) vorgebrachte Argument, das sei wohl zunächst einmal eine Aufgabe der Gruppen am Ort und nicht des (ohnehin überlasteten) KA, überzeugte die Gruppen nicht.

Dieser Aufgabenzuwachs war natürlich ein (stillschweigendes) Argument für die – bereits im letzten Jahr ins Auge gefaßte – Anstellung einer Halbtagskraft: Die überwiegende Mehrheit der Gruppen sprach sich dafür aus, dem KA eine solche Maßnahme anheimzustellen, falls er deren Notwendigkeit bei seiner Arbeit feststellt. Dieser Beschluß kam (gegen unser Votum) zustande

– gegen die Bedenken einer dadurch möglichen allmählichen Bürokratisierung der KA-Arbeit und dem maßgeblichen Einfluß *einer* (dem BUKO unbekannten) Person auf die KA-Arbeit,
– ohne daß die Finanzierung dieser Halbtagsstelle geklärt war (das ist ein entscheidender Punkt, wenn sich der BUKO nicht in politische Abhängigkeit begeben will),
– ohne daß eine klare Aufgabenstellung und -begrenzung für diese Halbtagskraft diskutiert war und
– ohne daß der „Sitz" des Büros geklärt war.

Der *Gruppenrundbrief*, das *FORUM*, soll in der bisherigen Form weitergeführt werden. Die Initiativgruppe Dritte Welt Kiel wurde wieder mit der Herausgabe beauftragt.

– Ein guter Fortschritt auf dem BUKO war, daß über *Kampagnen und Projekte* für 1979 diskutiert wurde. Hier bekam der BUKO eine wichtige Koordinationsfunktion: Die einzelnen Vorschläge wurden zunächst im Plenum vorgestellt, dann in Arbeitsgruppen diskutiert. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen schlugen sich in den *Beschlüssen* (s.o.: Aufgaben des KA) und *Resolutionen* (s.u.: Kasten) nieder.
– Außer den obengenannten Resolutionen aus den Arbeitsgruppen wurden noch zwei weitere *Resolutionen* verabschiedet:
+ eine zur bisher nicht verwirklichten Zusage des Auswärtigen Amtes, 500 politische Gefangene aus Argentinien aufzunehmen (siehe Kasten) und
+ eine zur Anzeigenkampagne des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (die wir bereits in Nr. 74 veröffentlicht haben).

Früchteboykott der Evangelischen Frauenarbeit

Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen begrüßt die Aktion „Kauft keine Früchte aus Südafrika" der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland. Er bewundert den Mut der Frauen zu dieser Aktion und bekräftigt sie ausdrücklich in ihrer Absicht, sie auch gegen Widerstände inner- und außerhalb der Evangelischen Kirche weiterzuführen.
Der Bundeskongreß fordert den Rat der EKD auf, seine bislang ablehnende Haltung zu dieser Aktion zu überprüfen.
Der Bundeskongreß ruft seine Mitgliedsgruppen vor Ort auf, die Aktion der Frauenarbeit nach Kräften zu unterstützen.

Argentinienkampagne „Fußball ja – Folter nein"

Angesichts der großen Breitenwirkung in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik (über 80.000 Unterschriften zur Forderung nach Freilassung von mindestens 500 politischen Gefangenen aus Argentinien u.a., Mitträgerschaft der Kampagne „Fußball ja – Folter nein" durch mehr als 300 Aktionsgruppen) hat das Auswärtige Amt (AA) der Informationsstelle Lateinamerika (ila) als Koordinierungsstelle zugesagt, sich für die Aufnahme von 500 politischen Gefangenen einzusetzen.
Wir fordern das AA auf, diese bereits seit Monaten zurückliegende Zusage im Interesse der sich in Lebensgefahr befindlichen politischen Gefangenen beschleunigt zu verwirklichen.
Wir fordern weiterhin das AA auf, im Interesse der Solidarität mit dem gesamten lateinamerikanischen Volk davon Abstand zu nehmen, Argentiniern statt Chilenen politisches Asyl zu gewähren.

Kontaktadresse:
Informationsstelle Lateinamerika (ila)
Römerstraße 88, 5300 Bonn 1

Nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika

Der zweite Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen begrüßt den Kongreß der Anti-Apartheid-Bewegung gegen die atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika.
Der Bundeskongreß fordert alle entwicklungspolitischen Gruppen auf, den Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit zu unterstützen und sich der Kampagne zur Verhinderung der südafrikanischen Atombombe zu beteiligen.
Der Bundeskongreß fordert die Bundesregierung auf, die atomare Zusammenarbeit mit dem Apartheid-Regime unverzüglich zu beenden!

Begründung:
Z.Z. wird in Südafrika eine großangelegte Urananreicherungsanlage gebaut, die die rassistische Minderheitsregierung in die Lage versetzen wird, Atombomben zu bauen. Der Bau dieser Urananreicherungsanlage geschieht durch umfangreiche Lieferungen aus dem Ausland, mit Wissen und Genehmigung der jeweiligen Exportländer. Aus der Bundesrepublik liefern die Firmen Siemens, Messerschmidt-Bölkow-Blöhm, Gutehoffnungshütte –Sterkrade u.a. entscheidende Teile für diese Anlage. In ihr kommt mit dem Trenndüsenverfahren ein Urananreicherungsverfahren zur Anwendung, das in der Bundesrepublik in der staatlichen Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe entwickelt wurde und das durch die staatlich kontrollierte Firma STEAG Essen patentrechtlich geschützt ist.

Kontaktadresse:
Anti-Apartheid-Bewegung
Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1

UNCSETD 1979 für angepaßte, vernunftgemäße Technologie

In vollem Bewußtsein über die Rolle von Wissenschaft und Technologie als die grundlegenden Werkzeuge zur Befriedigung, aber unvergessen, daß Unvernunft und Verschwendung diese verhindert, und betroffen, daß innerhalb jeder Nation und unter allen Nationen der Nutzen von Wissenschaft und Technologie ungleich verteilt ist, enttäuscht über bewußte Vernachlässigung von Alternativen, in Furcht, daß bald alles zu spät ist,
fordern Aktionsgruppen und Bürger der ganzen Welt:

* Entwicklung neuer politischer Methoden und Programme für Wissenschaft und Technologie, die den grundlegenden Bedürfnissen aller Menschen ungeteilte Aufmerksamkeit geben,
* Hauptgewicht zu setzen auf Technologien, die in Harmonie sind mit der Natur, die kulturell eingepaßt, die sinnvolle Beschäftigung bieten, die wenig kosten, die nicht aufwendig sind, die einfach verwirklicht werden können, die zu lokaler Selbst-Versorgung führen, zur Verwirklichung der Menschenrechte ebenso wie zum körperlichen Wohlergehen,
* bewußte Um-Steuerung technologischer Programme und wissenschaftlicher Untersuchungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Stärkung der Autonomie gerade der weniger bevorteilten Nationen, Gemeinschaften und Individuen.

Kontaktadresse:
„community - action" info brd, c/o schupo
Frankfurter Str. 10, 6100 Darmstadt

Insgesamt läßt sich trotz einiger kritischer Anmerkungen sagen, daß der BUKO sich zu einem brauchbaren Kooperationsinstrument für die Gruppen entwickelt.
Wir werden daher weiter die Arbeit des BUKO und des KA (kritisch) unterstützen.

bm/Aktion Dritte Welt
iz3w Freiburg

Kontaktadresse des KA: iz3w Dortmund, Weissenburger-Straße 23, 4600 Dortmund
des FORUM: ig3w Kiel, Jägerhorst 6, 2300 Kiel 1

Kleinanzeigen

Das Informationszentrum Dritte Welt in Dortmund sucht zum 1. April 1979 einen Zivildienstleistenden für die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit.
Bewerber mit Verwaltungserfahrung bzw. Vorkenntnissen auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik werden bevorzugt.
Interessenten aus dem Großraum Dortmund (Heimschläfer) können Genaueres erfahren unter Tel.: 0231 / 57 40 57

Informationszentrum Dritte Welt
Weißenburger Straße 23
4600 Dortmund 1

Wohngemeinschaft in Bonn (Berufstätige und Studenten; 2 Frauen, 2 Männer, Kind in spe) sucht Mann oder Frau oder beides (möglichst berufstätig) mit Kind. Tel.: 02221/ 23 48 74.

Regionalverbände, –Konferenzen und –Foren/Informationszentren/ Gruppen mit koordinierenden Funktionen auf lokaler Ebene/ regionale Kontaktleute des KA:

FORUM ENTWICKLUNGSPOLITISCHER GRUPPEN (FeG) Westberlin, c/o Gerd Höhnscheid, ASW, Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61, Tel. 030/2510265, KA: Siegfried Pater
KOORDINATIONSSTELLE NORD c/o Reinhard Pohl, Jägerhorst 6, 2300 Kiel, Tel. 0431/69237, kA: Uwe Hanf

Informationszentrum 3. Welt Hannover, Walderseestr. 47, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/6965297 (v.a. inhalt. Anfragen El Puente, Osterstr. 10, 3200 Hildesheim W. Tesch, Pfarrhaus, 2852 Bederkese-Flögeln
INFORMATIONSZENTRUM 3. WELT DORTMUND, Weißenburger Str. 23, 4600 Dortmund 30, KA: Dietrich Woelki

Weltmarkt Herne: von-der-Heydt-Str. 15, 4690 Herne, Tel. 02323/21233 (Harald Rohr)
FORUM ENTWICKLUNGSPOLITISCHER GRUPPEN (FeG), Dieter John (Laden) Schlenderhanerstr. 34, 5000 Köln 60 (Niehl), Tel. 0221/7122305
Bürogemeinschaft pdw/issa/AAB etc.: Blücherstr. 14, 5300 Bonn, Tel. 02221/213288, (pdw 215021)
i l a: Römerstr. 88, 5300 Bonn, Tel.: 02221/658613
KA: Siegfried Pater
KOORDINIERUNGSPROJEKT RHEINLAND-Pfalz, Auskunft Helmut Lorscheid, Engerserstr. 74 b, 5450 Neuwied, od.: Markus Franz, Heinrich-Pesch-Haus, Postfach 210623, 6700 Ludwigshafen
KOORDINIERUNGSPROJEKT RHEIN/MAIN, Auskunft: Andreas Schüßler c/o Stadtjugendpfarramt, Stalburgstr.38, 6000 Frankfurt /M 1, Tel. 0611/555570 oder: Rainer Stiehl, Lorscherstr. 27, 6380 Bad Homburg KA: Edda Stelck
STÄNDIGE KONFERENZ ENTWICKLUNGSPOLITISCHER GRUPPEN, REGION SAARLAND, Auskunft: Avelino Fungo, Waldhausweg 7, Zi. 507, 6600 Saarbrücken 3, Tel. 0681/34916, od.: Martin Keiper, Neffstraße 8, 6600 Saarbrücken, KA: Gerlinde Rübel
DACHVERBAND ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN BADEN–WÜRTTEMBERG, (DEAB), 1. Sprecher: Walter Schwenninger, Münzgasse 16 b, 7400 Tübingen, Tel. 07071/211060, 2. Sprecher, Joachim Fuchs, Veilchenstr. 33, 7500 Karlsruhe, OK: Renate Müller, Kornbergweg 19, 7325 Boll, Tel. 07164/2051 (d)

Informationszentrum 3. Welt, Freiburg, Postfach 5238, 7800 Freiburg, Tel. 0761/74003

Aktionszentrum arme Welt Tübingen, Lange Gasse 2, 7400 Tübingen

Partnerschaft 3. Welt, Sterngasse 14, 7900 Ulm, Tel. 0731/68108
STÄNDIGE KONFERENZ ENTWICKLUNGSPOLITISCHER GRUPPEN SÜDBAYERN, Königin Str. 83, 8000 München 22 (Reinhard Wesel, Tel. 089/7144864) KA: Weltmarkt Nürnberg

Aktionskreis 3. Welt Regensburg, Obermünsterplatz 7, 8400 Regensburg, Tel. 0941/565298
„NÜRNBERG-KONFERENZ" c/o Weltmarkt, Königstr. 93, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/223647 (Thomas Raschke, Moni Schmidt) und Tel. 0911/448352 (Uli Obermeyer)

AKE

ARBEITSKREIS ENTWICKLUNGSPOLITIK (AKE)

AKE e.V.
Boberhauskreis e.V.
Internationale Jugendgemeinschaftsdienste e.V.
Jugendhof Vlotho
Ring junger Bünde e.V.
Jugendhof/Postfach 1763
4973 Vlotho, Dezember 1978
Tel.: 05733 / 5063

Übersicht
über die für 1979 geplanten Maßnahmen:

1. Lehrgänge über Probleme der Entwicklungsländer und der Entwicklungspolitik im Jugendhof Vlotho (falls nicht anders angegeben).

1.1 In das Gesamtthema einführende Lehrgänge (Beginn jeweils Montag, 14.00 Uhr; (Ende am Samstag vormittag): 19.–24. 2. 79, 21.–26. 5. 79, 19.–24. 11. 79

1.2 Lehrgänge über Probleme der Dritten Welt und der Entwicklungspolitik (im Jugendhof Vlotho, Grundkenntnisse über den Themenbereich Dritte Welt werden vorausgesetzt):
10. 2. – 11. 2. 79 Thema: Algerien – ein sozialistischer Entwicklungsweg?
4. 5. – 6. 5. 79 Thema: Politische und ökonomische Situation der ehemaligen Kolonien im südlichen Afrika (Mocambique, Angola)
11. 6. – 16. 6. 79 Thema: Kann die Regionalplanung Lösungsmöglichkeiten für die Verstädterungsprobleme in der Dritten Welt aufzeigen?
Oktober 1979
(genauer Ort und Termin
werden noch bekanntgegeben) Thema: Erarbeitung von Diskussionen über didaktische Materialien (Unterrichtseinheiten, Planspiele, Videofilme . . .) für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit

2. Seminare in Entwicklungsländern für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter aus der Jugendarbeit mit Themenschwerpunkt auf Problemen der Jugendarbeit und der Erziehung und ihrer Bedeutung für den Entwicklungsprozeß:
10. 3. – 25. 3. Algerien *)
ca. 4. 9. – 3. 10. 79 Tansania *)
evtl. für 1979 geplant: Zambia *)
In Zusammenarbeit mit IJGD und der ev. Jugend ist ein Seminar in Syrien vom 28. 8. – 20. 9. 79 geplant. Vorbereitungsseminar voraussichtlich vom 2. 6. – 8. 6. 79
*) Bei diesen Veranstaltungen wird die vorherige Teilnahme an einem der unter 1. genannten Lehrgänge des AKE vorausgesetzt.

3. Studienreisen in europäische Mittelmeerländer (nur für Teilnehmer aus NRW)
Themenschwerpunkte: Politische und wirtschaftliche Strukturen, Probleme der Arbeitsemigration, Jugend und Erziehung
Für 1979 geplant: Spanien **) (Herbst), Türkei **) (Frühjahr)

4. Seminare für deutsche und ausländische Mitarbeiter aus der Jugendarbeit, Situation und Probleme der Jugend und der Jugendarbeit in der Bundesrepublik Deutschland (im Jugendhof Vlotho mit Exkursionen und Besichtigungen):
ca. 14. 8. – 4. 9. 79 mit Mitarbeitern aus Tansania
ca. 20. 8. – 10. 9. 79 mit Mitarbeitern aus Tunesien
Evtl. findet im Oktober 1979 ein Seminar mit Sambianern statt, die in Ausbildungsprojekten für arbeitslose Jugendliche arbeiten.
(Teilnahme kann in bestimmten Fällen als Praktikum angerechnet werden.)

5. Seminare: Probleme der Arbeit mit ausländischen Kindern und Jugendlichen (im Jugendhof Vlotho): 30. 6. – 1. 7. 79, 20. 8. – 25. 8. 79, 15. 10. – 17.10.79

**) hier vorherige Teilnahme an 1. oder 5. erforderlich.

Sollten Sie an einer der genannten Veranstaltungen interessiert sein, so bitten wir Sie, Genaueres zu erfragen. Möglicherweise werden in allen Bereichen zusätzliche Veranstaltungen durchgeführt.

Argentinienkampagne



Zum offenen Brief an H. Schmidt und an die Innenministerkonferenz der Bundesländer

Vor und während der Fußballweltmeisterschaft 78 in Argentinien fanden in der ganzen Welt Protestkampagnen gegen das diktatorische Regime der Militärjunta unter Gral. Videla statt. Es war das Ziel dieser Aktionen, die Weltöffentlichkeit auf die argentinische Realität aufmerksam zu machen:

In Argentinien sind weiterhin sämtliche politischen und gewerkschaftlichen Rechte verboten.
Das Land ist weiterhin unter Kriegsrecht. Sämtliche wirtschaftlichen und industriellen Bereiche wurden zum militärischen Interessensbereich erklärt. Damit kann z.B. ein Teilnehmer an einem Streik mit bis zu 10 Jahren Haft bestraft werden. Pressefreiheit, Versammlungsrecht sind aufgehoben worden (vgl. iz-Nr. 71, Aug. 1978). Hinzu kommen die wirtschaftlichen Maßnahmen (Einfrierung der Löhne, Aufgabe einer staatlichen Preiskontrolle, Öffnung des argentinischen Marktes für ausländische Konzerne), die eine Maximierung der Ausbeutung der argentinischen Arbeiter, Angestellten und Bauern bedeuten. All dies konnte und kann nur mittels der schärfsten Repression ermöglicht werden.
Noch immer gibt es in Argentinien 18 000 politische Gefangene und zwischen 15 000 und 20 000 Verschwundene.

Unter dem Druck der Kampagne und der Öffentlichkeit sagte die Bundesregierung zu, 500 politische Gefangene aus Argentinien aufzunehmen. Bald jedoch schob sie die Verantwortung auf die Konferenz der Innenminister ab, da das Asylwesen „Sache der Länder sei". Durch verschiedenartige Ausweichmanöver wurde die ganze Angelegenheit immer weiter hinausgeschoben. Schließlich und endlich wurde der schwarze Peter der argentinischen Regierung zugesteckt. Es wurde trotz mehrmaliger Beteuerungen, daß man sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetze, niemals ernsthaft Druck auf das Regime Videlas ausgeübt.

Nun warten wir hier schon seit sechs Monaten auf die Aufnahme politischer Gefangener aus Argentinien, ohne daß einer von diesem Kontingent hier aufgenommen worden wäre.

Folgender offener Brief wurde im Zusammenhang mit einem mehrtägigen Hungerstreik in Westberlin und Bonn an den Bundeskanzler und an die Innenministerkonferenz geschickt. An dem Hungerstreik beteiligten sich in Bonn fünf und in Berlin zehn Leute. Die Regierung hat darauf nicht reagiert.
Kontaktadresse: Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 53 Bonn 1, Tel. 02221 – 65 86 13

> Am 12. 1. 79 beschloß der Gemeinderat Göttingen, über das staatlich festgelegte Quotenkontingent (das die aufzunehmende Zahl für die Städte und Gemeinden festlegt) hinaus politisch Verfolgte aus Argentinien aufzunehmen.

OFFENER BRIEF AN DEN BUNDESKANZLER HELMUT SCHMIDT UND AN DIE INNENMINISTERKONFERENZ DER LÄNDER.

Seit sechs Monaten warten 500 politische Gefangene in Argentinien auf ihre Aufnahme in die Bundesrepublik Deutschland, die anläßlich der Fußball-WM zugesagt worden war. Aus Anlaß des Tages der Menschenrechte fordern wir:

1. *daß die bundesdeutschen Behörden diesen Fall genauso unbürokratisch und rasch abwickeln wie den Fall der 1000 Vietnamflüchtlinge. Wir begrüßen die Aufnahme dieser Flüchtlinge, weisen jedoch darauf hin, daß die politischen Gefangenen in Argentinien schon länger und unter schwereren Bedingungen auf ihre Aufnahme in die Bundesrepublik warten. Diese Ungleichbehandlung ist nicht gerechtfertigt.*

2. *daß auf die unnötige „Sicherheitsüberprüfung" verzichtet wird. Bei dem Personenkreis, dem die argentinischen Behörden die Ausreise gestatten würden, handelt es sich grundsätzlich um Menschen, die ohne Anklage oder Urteil in einer Art Vorbeugehaft gehalten werden. Sollte eine „Sicherheitsüberprüfung" unumgänglich sein, so sollte sie nach der Einreise in die Bundesrepublik erfolgen.*

3. *daß die bundesdeutschen Behörden den Begriff „500 politische Gefangene aus Argentinien" nicht gegen den Begriff „500 Argentinier" vertauschen. Gefordert wird die Aufnahme von 500 politischen Gefangenen und dazu die Aufnahme ihrer nicht verfolgten Familienangehörigen.*

4. *daß klargestellt wird, daß die Äußerung des deutschen Botschafters in Buenos Aires, Jaenicke, hinsichtlich der Aufnahme deutschstämmiger Argentinier in keinem Zusammenhang mit der ursprünglichen Zusage der Bundesregierung steht, sondern daß die Zusage nicht an eine Staats- oder Volkszugehörigkeit gebunden ist.*

5. *daß der Senat von Berlin alle erforderlichen Maßnahmen einleitet, um 50 dieser 500 Flüchtlinge im Land Berlin aufzunehmen.*

Die Gefangenen unterliegen nicht nur einer unmenschlichen Behandlung (Folterung und willkürlichen Strafen), sondern ihr Leben ist auch durch Krankheiten und Epedemien zusätzlich bedroht. Wie amnesty international berichtet, sind auch nach der WM in Argentinien Menschen spurlos verschwunden.
Die Verletzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist trotz aller Proteste nicht beendet worden.
Noch immer gibt es in Argentinien 18 000 politische Gefangene und zwischen 15 000 und 20 000 verschwundene Personen.

Ingeborg Drewitz
Pfarrer Dr. Heinrich Albertz
Pfarrer Dr. Helmut Gollwitzer
Pfarrer Dr. Schülze
Ulrich Roloff (Präsident der Hochschule der Künste)
Prof. Delekatt (Uni Bonn)
M. Pape (Stellv. Bundesvorsitzender Jungsozialisten)
E. Bettermann (Geschäftsf. (Geschäftsf. Deutscher (Bundesring)
amnesty international (Berlin)
GEW / Berlin
GEW im DGB
Jungsozialisten
Internationale Liga für Menschenrechte
Berliner Bildungszentrum der Kath. Dtsch. Studentenschaft
ESG / TU
Naturfreundejugend
Komitee für die Generalamnestie in Brasilien
Jungdemokraten (Bundesvorst.)
Christen für den Sozialismus Deutschland
Sozialistische Jugend Deutschland (Bundesvorstand)
Freundschaftsgesellschaft West-Berlin–Kuba
Peter Hammer Verlag
Oberbaumverlag
Rotbuch-Verlag
Walter Momper (M.d. Berliner Abgeordnetenhauses) SPD
Norbert Meisner (Kreisvors. d. SPD Zehlendorf)
Kurt Scharf (Altbischof)
Norbert Blüm (MdB, CDU)
CUT (chilenische Gewerkschaftszentrale
FDCL
VIK
Nicaragua Solidaritäts-Komittee West-Berlin
Weismann-Verlag
Lateinamerika-Komittee München
Arbeitsgem. Berliner Christen „Kirche in der Verantwortung"
Gemeindekirchenrat d. Ev. Gem. Dahlem
„Der Kalender" (Zeitschr. f.d. Adventjugend)
AK Humanes Gesundheitswesen
b. ev. Bildungswerk Berlin
Prof. Dr. Helmut Essinger (Pädagogische Hochschule Berlin)
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen
ASF. Zehlendorf
ASF. Schöneberg
ASF. Kreuzberg
ASF. Charlottenburg
Grupo Argentino West-Berlin
Lateinamerika-Gruppe Freiburg
Hartmut Futterlieb, Dipl.-Pädagoge im Studentenpfarramt Freiburg

LESERBRIEF

Im folgenden ein weiterer Leserbrief zu unserer Kritik an der Vorbereitung des Kongresses gegen atomare Zusammenarbeit. Da wir die Leserbriefspalte hierzu schließen wollen, verzichten wir auf einen erneuten Kommentar. Unsere Position und das Material, auf das sich unsere Kritik stützte, kann Nr. 71, S. 53 und Nr. 73, S. 50 entnommen werden. Über die Ergebnisse des Kongresses werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

Red.

Betr.: blätter Nr. 73, Nov. 78, S. 50
Stellungnahme des iz3w zum Kongreß gegen atomare Zusammenarbeit BRD–Südafrika

Bisher hatten die „blätter" zur atomaren Aufrüstung des Apartheid-Staates durch Firmen und Regierung der Bundesrepublik wenig berichtet. Daher fällt besonders auf, daß Ihr in Nr. 71 und 73 den „Kongreß gegen atomare Zusammenarbeit BRD–Südafrika", Bonn 11/12/Nov. 78 als ein DKP-gesteuertes Unternehmen darstellt. Die gleiche Charakterisierung wird von der Bundesregierung in einer Broschüre ausgedrückt: „Zur Sache", erschienen ebenfalls wie Nr. 73 der „blätter" unmittelbar zum Kongreß. Durch beide Publikationen soll sicherlich nicht Wahlhilfe für die DKP geleistet werden dadurch, daß dieser Partei die Steuerung dieses wichtigen und gelungenen Kongresses angehängt wird (Teilnahme von UNO, OAU, ANC, PAC, SWAPO, Patriotische Front, Tansania, Sambia, Algerien). Ihr wißt, daß in der Bundesrepublik – und hier arbeiten wir – Eure Darstellung die Auswirkung der Kongreß-Informationen erheblich schmälert. Und Ihr erzielt diese Wirkung mit unwahren Angaben. Genau wie die Bundesregierung.
Ihr behauptet 1) ein „faktischer Unvereinbarkeitsbeschluß" habe „die Gesellschaft für bedrohte Völker nicht in den Kreis der vorbereiteten Gruppen" mitaufnehmen lassen. Wahr ist: Am 15. 7. 78 hatte auf einer Vorbereitungssitzung der „Kommunistische Bund" anläßlich der eingegangenen Grußadresse der „Gesellschaft für . ." zum Kongreß spontan vorgeschlagen, diese als Unterstützungsorganisation aufzunehmen. Da dieser Vorschlag weder von den uninformierten Vorgeschlagenen noch von den Vorschlagenden auf der nächsten Sitzung bzw. je zur Abstimmung gestellt wurde, blieb es bei der bisherigen Gruppe der Unterstützungsorganisationen. (Die anschließend hinzugetretenen „Jusos" hatten sich von Anfang an als Unterstützer angemeldet und mitgearbeitet.) Der „Unvereinbarkeitsbeschluß" gegenüber einer bekannt DKP-feindlichen Organisation ist also eine Erfindung der „blätter". (N.B.: Ich habe spontan beim KB-Vorschlag diesen befürwortet, weil ich die Berichte in „pogrom" zum südlichen Afrika für richtig halte, soweit ich sie kenne.)

Ihr behauptet 2), es seien Personen, die von DKP-Mitgliedern gemieden würden, nämlich Dutschke, Biermann, P. Brückner, Cohn-Bendit, Hoss und Mühleisen, durch die AAB von der Liste des Vorbereitungstreffens „ausgeschlossen" worden. Ihr suggeriert mit dieser Behauptung, die AAB habe allein die Wünsche der DKP berücksichtigt. Dafür verschweigt Ihr, daß auf der von AAB und Unterstützungsorganisationen gemeinsam beschlossenen Liste von 98 vorgeschlagenen Personen nur einer, Wolfgang Gehrke, SDAJ, als DKP-Repräsentant angesehen werden kann. Es waren aber mindestens zehn Personen darauf, die als DKP-Schrecks gelten könnten. Von diesen wurden nur Dutschke und Biermann dann nicht mehr angeschrieben. Doch auch mit dieser Zusammensetzung muß das Spektrum der Angeschriebenen weiter eher als DKP-distanziert als DKP-gesteuert bezeichnet werden. P.Brückner wurde angeschrieben. Cohn-Bendit, Hoss und Mühleisen sind nie auf der gemeinsam beschlossenen Liste gewesen. Sie konnten also gar nicht, wie Ihr behauptet, gestrichen werden.
Ihr behauptet 3), aufgrund eines „Unvereinbarkeitsbeschlusses" hätte das „Organisationskomitee" nicht an den Vorbereitungsarbeiten teilnehmen dürfen. Wahr ist, daß die das O.K. wählenden Gruppen dieses zu einer derartigen politischen Stellungnahme und Repräsentation ausdrücklich nicht ermächtigt haben. Keine der im O.K. vertretenen Gruppen hat mit Hinweis auf eine erwünschte Teilnahme des O.K. an die AAB geschrieben, als sie frühzeitig um Mitarbeit gebeten wurden.
Ihr verschweigt 4), daß die SDAJ im September 78 ihre erbetene und bis dahin in Aussicht gestellte namentliche Unterstützung des Kongresses ablehnte.

Ihr versucht mit Unwahrheiten, Entstellungen und lügenhaftem Verschweigen den gemeinsamen Kampf von AAB, Aktion Selbstbesteuerung, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Jungsozialisten, Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Hochschul- und Studentengemeinden, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, DFG/VK, Judos, Gruppe Rheinische Zeitung, Kommunistischer Bund, Falken, Sozialistisches Büro, VDS für Befreiung im südlichen Afrika als Politintrige der Ostzone zu diskreditieren. Die hiesigen Atombombenlieferanten für den Rassistenstaat haben Anlaß, Euch zu danken.
Ich hoffe, daß Ihr durch Widerruf, Richtigstellung, sowie in Zukunft durch richtige Informationen die Auswirkung Eurer bisherigen Vernebelungspropaganda zu beseitigen versucht. Wenn nicht, müßt ich von dem Glauben, es ginge Euch um weltweite Emanzipation, Abschied nehmen.
In der Hoffnung auf weitere gemeinsame Arbeit und a luta continua

Wolff Geisler, Bonn

REPRESSION IN DER BRD

Abschiebung koreanischer Krankenschwestern

Beim Umbruch der 'blätter' Nr. 74 sind der letzte Teil des Artikels über die koreanischen Krankenschwestern (Seite 52 - 54) und die Anmerkungen vergessen worden. Wir bitten unsere Leser und den Autor, das Versehen zu entschuldigen, und holen das Vergessene hier nach.
Red.

Auf das südkoreanische Gesundheitswesen hatte dieses Exportgeschäft in mehrerer Hinsicht verheerende Auswirkungen. Schon zum Zeitpunkt des Abschlusses des Korea-Vertrages bestand starker Schwesternmangel: 1964 gab es in Südkorea 8159 Krankenschwestern, d. h. eine Krankenschwester auf 3453 Einwohner (13). (Im Vergleich belief sich dieses Verhältnis in der BRD 1965 auf 1 : 550 (3)). 1970 waren in den größeren Krankenhäusern 26 % und auf dem Lande 80 % der Krankenschwesterstellen nicht besetzt (13). Diese Situation wurde durch die einsetzende Emigration der Krankenschwestern natürlich noch verschlimmert: Allein 1970 verließen 37,5 % des koreanischen Pflegepersonals das Land (und 26,3 % der Ärzte) (7). Dabei betraf, wie oben bereits ausgeführt, diese Abwanderung besonders die höher qualifizierten Pflegkräfte, die Krankenschwestern. 1972 machten 2400 Krankenschwestern in Süd-Korea ihr Examen, davon fanden 750 in Süd-Korea einen Arbeitsplatz und 669 (28 %) gingen in die BRD (17). Die Restlichen dürften in andere westliche Länder ausgewandert sein oder ihren Beruf nicht sogleich ergriffen haben. Von den 8400 Krankenpflegehelferinnen, die im gleichen Jahr ihre Ausbildung abschlossen, gingen nur 866 (10 %) in die BRD, während der Rest in Süd-Korea arbeitslos blieb (17). Insgesamt waren 1972 in Süd-Korea 17.181 Krankenpflegehelferinnen arbeitslos, nur 4.084 hatten einen Arbeitsplatz (1).

Natürlich war es mit den im Überschuß „produzierten" Krankenpflegehelferinnen möglich, die freigewordenen Schwesternstellen zu besetzen, allerdings wurde dadurch eine der letzten Stützen des maroden koreanischen Gesundheitswesens zunichte gemacht: die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung durch Krankenschwestern, die dieser Aufgabe ohne Ärzte gerecht werden mußten und – mit ihrer relativ guten Ausbildung – dazu zur Not auch in der Lage waren. 1970 waren 80 % der Schwestern-Stellen auf dem Lande nicht mit Krankenschwestern besetzt – 1967 waren es „nur" 20 % gewesen.
Es stellt sich natürlich die Frage, aus welchen Gründen Süd-Korea sich auf dieses Geschäft eingelassen hat. Wie oben bereits ausgeführt, spielt der Export qualifizierter Arbeitskräfte eine wichtige Rolle bei der Regulierung der negativen Handelsbilanz und der Tilgung der Auslandsschulden.

Die Bedeutung, die das Geld, das die koreanischen Krankenschwestern aus der BRD in die Heimat schicken, als Devisenquelle besitzt, ist nicht zu unterschätzen: Jede der 8.500 zur Zeit in der BRD arbeitenden koreanischen Schwestern überweist pro Jahr zwischen DM 5.000,– und DM 6.000,– (18) nach Süd-Korea; dies entspricht jährlich einer Summe von 42,5 bis 50,5 Mio. DM.
Zusätzliche Momente bestehen zum einen in der traditionellen Bedeutung der Orden, die in Korea zum Teil eigene Krankenhäuser besitzen (und in der BRD am meisten von der Krise des Krankenhauswesens betroffen sind), und die schon seit längerem ihren Bedarf an Ordensnachwuchs und Krankenpflegekräften in ihren deutschen Häusern mit asiatischen Frauen decken. Zum anderen stellt die Ausbildung der Krankenschwestern und Krankenpflegehelferinnen selbst eine gute Profitquelle dar (wie sich in der rasanten Zunahme der privaten Ausbildungsstätten zeigte), denn die Koreanerinnen mußten ihre Ausbildung selbst bezahlen. Zudem bot sich für Korea eine Möglichkeit zur inneren Stabilisierung durch den kurzfristigen Abbau der Frauenarbeitslosigkeit, wodurch für einen Bevölkerungsteil, der durch die Entwicklung im Lande besonders hart betroffen ist, eine Perspektive geschaffen schien.
Die Schwierigkeiten individueller Art und was die Auswanderung und die Arbeit in der BRD, in einem total fremden Kulturkreis, für die einzelnen Krankenschwestern zur Folge hatte, lassen sich wohl am besten an der Schilderung einer Koreanerin absehen:
„Das zunächst allgegenwärtige Problem war das der Sprache. Gerade in unserem Beruf ist sprachliche Verständigung mit Patienten und Kollegen von zentraler Bedeutung. Im Krankenhaus wird, im Gegensatz z. B. zur Fabrik, im Team gearbeitet, ohne daß der einzelne festgelegte Arbeitsbereiche hat. Da wir uns kaum verständlich machen konnten, waren wir von Beginn an in eine Randposition gedrängt. Wir sind in einer Situation äußerster Personalknappheit gekommen, und so hatten die deutschen Kollegen auch nicht die Zeit, uns richtig einzuarbeiten. So stellten wir auch für unsere deutschen Kollegen eine Belastung dar, da wir ja als volle Arbeitskräfte eingesetzt und benötigt wurden, dies aber nicht ausfüllen konnten. Dies spürten wir auch und fühlten uns dadurch zusätzlich zu der allgemeinen Unsicherheit in unserer neuen Situation sehr unwohl. Es kam oft zu Mißverständnissen und Reibereien mit den deutschen Kollegen, für die wir nicht konnten und die wir nicht wollten, die wir aber wegen unserer Unfähigkeit, uns und unsere Meinung verständlich zu machen, nicht verhindern konnten. Unsere Arbeit bestand anfangs nur aus Hilfsarbeiten auf Station (Betten, Füttern, Putzen). Das führte zu großen Enttäuschungen, denn dies hat mit der Tätigkeit einer Krankenschwester in Korea nichts zu tun. In Korea führt eine Krankenschwester ärztliche Hilfstätigkeiten aus; Betten, Waschen, Füttern usw. gehört in Korea nicht zu ihren Aufgaben. Daß wir in Deutschland zunächst nur solche Tätigkeiten ausführten, wurde von uns als Diskriminierung empfunden, obwohl es sicher meistens nicht so gemeint war. Diese Situation wurde dadurch verschlimmert, daß wir nicht in der Lage waren, mit deutschen Kollegen über unsere Probleme zu reden. Überhaupt konnten wir das Verhalten der deuschen Kollegen uns gegenüber nur sehr schwer einschätzen. Den deutschen Kollegen ging es uns gegenüber sicherlich genauso, für sie waren wir die immer lächelnden sanftmütigen Mädchen aus Asien, die nichts von ihren Gefühlen und Gedanken preisgaben. So bildeten Sprache und die verschiedene Mentalität eine unsichtbare Mauer zwischen uns und unseren Kollegen, und wir fühlten uns isoliert, einsam, unverstanden oder gar unterdrückt." (15)

DER LAUF DER DINGE . . .

Bei uns haben sich inzwischen jedoch die Zeiten geändert, Krankenhäuser (vor allem kirchliche: der Segen diverser Krankenhausbedarfspläne) werden geschlossen, Betten und Stellen gestrichen. Die anhaltende Arbeitslosigkeit hat viele deutsche Krankenschwestern, die aufgehört hatten zu arbeiten, wieder anfangen lassen, die Krankenpflegeschulen sind überfüllt (z. Zt. sind ca. 25 000 Krankenpflegeschüler/innen in der Ausbildung (16)). Kein Platz mehr für Koreanerinnen, so heißt es, heiraten oder raus. Oder höflicher: Die koreanischen Krankenschwestern seien schließlich mobiler als die Deutschen und hätten weniger Ansprüche an ihren Wohnort, daher würden sie doch noch einen Arbeitsplatz finden, aber langfristig . . . ?, so ließ sich die Deutsche Krankenhausgesellschaft verlauten (16), die ja das Desaster angebahnt hatte. Nichtsdestoweniger hat die DKG auch für die Betrogenen ein gutes Wort übrig: Sie appelliert „dringend" an die Ministerpräsidenten und Gesundheitsminister der Länder, die koreanischen Krankenschwestern auch weiterhin zu beschäftigen (19). Geschäftsführer Jörg Lauterbacher: „Da haben wir doch heute die verdammte Pflicht, diese Kräfte hierzuhalten." (17)

Dies ist möglich für die Krankenschwestern und Krankenpflegehelferinnen, die bereits 5 Jahre hier gearbeitet haben und mit einer unbefristeten Arbeitserlaubnis rechnen können. Diejenigen aber, die einen auf 3 Jahre befristeten Arbeitsvertrag haben, kommen unweigerlich in den Teufelskreis zwischen Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis. Die Aufenthaltserlaubnis wird nur verlängert, wenn eine Arbeitserlaubnis vorliegt, letztere wird aber nur noch ausgestellt, wenn keine deutschen Arbeitnehmer für den Arbeitsplatz, für den die Arbeitserlaubnis gelten soll, in Betracht kommen (eine neuerliche Entscheidung des Bundessozialgerichts (20), außerdem § 19 Arbeitsförderungsgesetz). Für ein Jahr besteht Anrecht auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, wie das Bundessozialgericht in einem Urteil gegen das Bundesarbeitsamt feststellte (21). Wenn allerdings in diesem Jahr die Vermittlungsbemühungen in der BRD gescheitert sind, werden die Betreffenden unweigerlich ausgewiesen (16). In vielen Fällen haben koreanische Schwestern vor den bürokratischen Hürden kapituliert und sind – ohne alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben – nach Korea zurückgekehrt, weil sie von den zuständigen Sozialämtern und kirchlichen Sozialorganen nur unzureichend informiert und unterstützt wurden.
Auch die Möglichkeit, in der BRD politisches Asyl zu erhalten, ist stark eingeschränkt. Im neuesten Vorschlag des Bundesinnenministeriums zur „Straffung und Verkürzung des Asylverfahrens" sind die Widerspruchsverfahren gegen den Spruch der Anerkennungsausschüsse abgeschafft. Wird beim Verwaltungsgericht gegen diesen Spruch Klage erhoben, kann das Gericht bei seinem Urteil darüber eine Revision bei höheren Gerichten von vorneherein ausschließen, wenn die Klage „offensichtlich unbegründet" ist (22).
Auch hierzu der Bericht einer Betroffenen:

„Für die meisten von uns war auch das Verhalten der Behörden besonders in den letzten Jahren entwürdigend. Wir wurden nach Deutschland angeworben, weil hier das Krankenhauswesen zusammenzubrechen drohte. Wir haben hier gearbeitet und unsere Pflicht getan. Denjenigen von uns, die schon etwas länger hier sind, ist in den ersten Jahren nach Ablauf des Vertrages die Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung ohne großes Aufsehen verlängert worden. Man brauchte sie ja noch. Aber jetzt läßt man uns merken, daß wir bestenfalls noch ein geduldetes Übel sind und eigentlich gar kein Recht mehr haben, in Deutschland zu sein. Wir müssen überall nur noch als Bittsteller auftreten und froh sein, wenn man uns hier noch etwas länger duldet. Unsere Zukunft hängt im Ungewissen. Dieses erniedrigende Gefühl, plötzlich überflüssig, ja eigentlich schädlich zu sein, hat viele Kollegen entmutigt." (15)

Es läßt sich leicht ausmalen, was die Koreanerinnen bei ihrer Rückkehr in ihre Heimat erwartet: Arbeitslosigkeit, persönliche und kulturelle Schwierigkeiten, politische Repression. Durch den Andrang auf die Krankenpflegeberufe und den geringen Entwicklungsstand des Gesundheitswesens in Süd-Korea ist die Chance auf einen Arbeitsplatz als Krankenschwester oder Krankenpflegehelferin gering. Nach Schätzungen finden lediglich 50 % der Rückkehrenden in Süd-Korea wieder eine Stelle (15), und die Beratungsstelle der Caritas in Seoul berichtet, daß die „Mehrzahl" dort arbeitslos wird (23). Die katastrophale allgemei-

Basisdaten – Wirtschaft

Fläche	98 477 km^2 (BRD 248 000 km^2)		
Bevölkerung	36,44 Mio. (1977)		
Bevölkerungsdichte	369/km^2		
Bevölkerungswachstum	1961	1971	1976
(in %)	2,9	1,7	1,6
Währung	Won, 1 DM = 203 Won (1977)		
Bruttosozialprodukt (BSP)	480 DM/Einwohner (1977)		(10)
Wachstum des BSP	1973	1974	1976
(in %)	16,5 %	8,2 %	15,5 %
Exportabhängigkeit des BSP	67 % (Japan: 20 %)		

Außenhandel (in Mio. US-Dollar)		Einfuhren	Ausfuhren	Saldo
(1) Projektion auf 1977 (1)	1971	2394,3	1067,6	– 1326,7
	1976	8773,6	7715,3	– 1058,3
	1977	11078,0	10000	– 484

Handelsdefizit:	1974	2 Mrd. US-Dollar
	1975	2 Mrd. US-Dollar
	1976	0,7 Mrd. US-Dollar
Verschuldung 1976:		– 12 Mrd. US-Dollar

Auslandsinvestitionen (1976):	Japan	66 %
	USA	18 %
	and. Länder incl. BRD	16 %
Investitionsbranchen (in %):	Textilindustrie	20 %
	Chemische Industrie	20 %
	Tourismus	14 %
	Elektroindustrie	11 %
	Mineralölindustrie, Automobilindustrie, Schiffbau	Rest

Exportartikel:
- Halb- und Fertigprodukte der Leichtindustrie (Sperrholz, Textilien, Schuhe, Elektrogeräte, Elektronikteile)
- Schiffbau
- Kunstdünger
- Zement (11)

Beziehungen Korea – BRD

Entwicklungshilfe: 1972 – 1976 186,9 Mio. DM Kredite
65,7 Mio. DM Spenden (12)

Außenhandel: (in Mio. US-Dollar)	Einfuhren	Ausfuhren	Saldo (Korea)
1972	66,9	51,2	– 15,7
1974	140,3	241,8	+ 101,5
1977(1)	119,9	159,4	+ 39,5

(1) 1. 1. – 31. 5. 77

Bildungshilfe: (in Mio. US-Dollar)			
	1974	7,000	
	1977	1,650	(11)

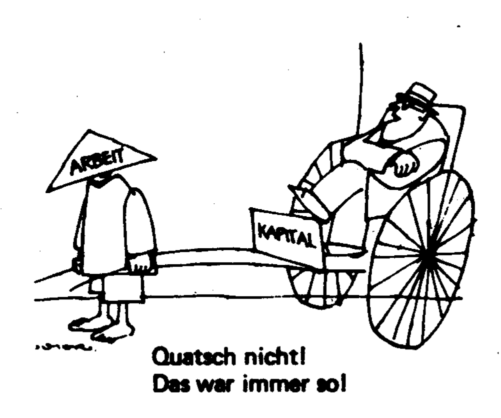
ne Beschäftigungslage macht es unmöglich, einen anderen Beruf zu ergreifen. Als weiteres erschwerendes Moment kommt das relativ hohe Alter der Rückkehrerinnen hinzu, denn 90 % der weiblichen Beschäftigten in Süd-Korea ist jünger als 20 Jahre (8). Auch die Heiratschancen sind gering, denn das Heiratsalter ist schon überschritten, und es ergibt sich das Problem, daß es in Süd-Korea kaum Männer gibt, die eine vergleichbare Ausbildung, einen Beruf mit ähnlichem Prestige, einen Auslandsaufenthalt hinter sich haben und über einen ähnlichen Erfahrungshorizont verfügen. Manche, wenn auch wenige Koreanerinnen haben sich im Ausland mit Landsleuten verheiratet, hier haben die Kinder die Hauptlast des Wechsels zu tragen.
Zu alledem kommen die Wiederanpassungsschwierigkeiten an die enge traditionelle Umgebung: Haben die Koreanerinnen es geschafft, den „Kulturschock" bei der Ankunft im Westen zu bewältigen und sich – vielleicht – positiv mit dem „Westen" auseinanderzusetzen, so muß dieses wieder rückgängig gemacht werden – in bezug auf die Stellung der Frau, in bezug auf die Familie, in bezug auf die politische Situation. Zurück in die Finsternis der unheiligen Allianz zwischen konservativer Tradition, katastrophaler wirtschaftlicher individueller Lage und politischer Diktatur.

. . . HAT SEINE METHODE

Es geht hierbei *nicht nur* um die Manier, daß sich der Mächtige beim Schwächeren holt, was er braucht, daß ein Land wie die BRD Teile der Bevölkerung eines wirtschaftlich von ihr abhängigen Landes zur Emigration veranlaßt, um so eine eigene gesellschaftliche Misere zu bewältigen, eine Misere, die selbst verschuldet ist. Warum war die Krankenpflege bei uns so schlecht bezahlt, warum waren die Arbeitsbedingunen so schlecht, daß niemand, der nicht mußte, dort arbeiten wollte? Es geht auch *nicht nur* darum, daß sowohl Süd-Korea als Land durch den Abzug qualifizierter Arbeitskräfte als auch die einzelnen koreanischen Frauen (sie mußten ihre Ausbildung selbst bezahlen und bekamen bei Verlassen der BRD nur die Hälfte der gezahlten Sozialversicherung zurück (15)) materiell geschädigt werden,

> „Der Stand der Ausbildung der koreanischen Pflegekräfte entspricht zumindest dem examinierter deutscher Schwestern. Die Koreanerinnen sind darüber hinaus zuverlässig und scheuen keinen Einsatz. Wir haben verlernt, erst etwas zu leisten, bevor wir uns etwas leisten können. Gerade aber dieser Einsatzwille ist Leitbild der Koreanerinnen."
> (Prof. Bergener, ärztlicher Direktor der psychiatrischen Landesklinik Köln-Merheim. (4))

indem die Krankenschwestern „nach Gebrauch" einfach wieder abgeschoben werden. Die Arbeitskraft ist eine Ware, qualifizierte Arbeitskraft ist mitunter sogar eine begehrte Ware und nichts wird ein kapitalistisches Land daran hindern, diese auch als Ware zu behandeln, d. h. sie zu nehmen und wieder abzustoßen, wie es ihm paßt. Sondern es geht *auch* um die ideologische Ebene der Moral und der Propaganda, mit der dieser Menschen-Handel betrieben wurde: „Sanfte Engel", die unser Krankenhauswesen „retten", so wurden sie gelobt – und zufälligerweise paßt das „Engel"-hafte Bild genau auf die Asiatinnen, die zu Hause gerade zu diesen Tugenden erzogen worden sind, und die hierzulande – fremd in Sprache, Verhalten, herausgerissen aus ihrem kulturellen Hintergrund – diesen Tugenden treu zu bleiben versprachen. Die individuelle Lage und die Anpassungsschwierigkeiten der Koreanerinnen bei ihrer Arbeit und ihrem Leben in der BRD fanden dagegen keine Beachtung. Der „Kulturschock" war mit eingeplant. Die meisten Koreanerinnen wohn(t)en in Schwesternheimen, in kleinen Ghettos, die wenigsten fanden überhaupt Kontakt zu ihrer neuen Umgebung; und diese Abgeschiedenheit sorgte dafür, daß sie Arbeitsamkeit und Fügsamkeit nicht vergaßen. Kurzum: Sie waren nicht nur billige und schnell zu beschaffende (bzw. zu beseitigende?) Arbeitskräfte, sondern sie waren auch die passenden Arbeitskräfte. Es geht hier also nicht nur um die materielle Ausbeutung durch das unter kapitalistischem Kalkül durchgeführte Export/Import-Geschäft, sondern auch um kulturelle Ausbeutung: Das „asiatische Wesen" schien genau über die gewünschten Eigenschaften zu verfügen.



Quellen:

(1) Do-Jin Yoo: Koreanische Krankenpflegekräfte in der BRD, in: Medizin, Mensch, Gesellschaft, 2 (1977), 27
(2) H. Müller: Zur Personalsituation in den Krankenhäusern der Bundesrepublik, in: Das Krankenhaus, 64 (1972), 41
(3) Daten des Gesundheitswesens, Ausgabe 1977, Hrsg.: Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Bonn-Bad Godesberg 1977
(4) Die Welt vom 11. 11. 77
(5) Gespräch mit einer koreanischen Krankenschwester
(6) Breidenstein, G.: Die internationalen Wirtschaftsinteressen in Süd-Korea, in: Korea, Hrsg.: Evangelische Studentengemeinde, Forum für die Demokratie in Süd-Korea, Korea-Komitee, Bochum 1977
(7) Kim, D. H.: Die soziale Lage in Süd-Korea, in: Korea, s.o.
(8) Koreanischer Arbeiterverband; Der Funke der Arbeiter Nr. 1, Düsseldorf 1978
(9) Kang, T. K.: Unterdrückung und Widerstand, in: Korea, s. o.
(10) Breidenstein, G.: Teilung und Krieg in Korea, in: Korea, s.o.
(11) Kang, W.H. und H. Feussner: Koreas Not ist unser Nutzen, in: Korea, s.o.
(12) Politik der Partner, Hrsg.: Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Köln 1977
(13) Sich, D.: Zu schade, um Lücken zu füllen, in: Deutsches Ärzteblatt, Heft 38, 1971, 2551
(14) Ton-Veerkamp (Studentenpfarrer in Berlin) in der Deutschen Allg. Sonntagszeitung vom 8. 12. 1976, zit. nach (15)
(15) Berichte der Arbeiterinnen in Süd-Korea, Hrsg.: Städtische Industriemission in Süd-Korea, übersetzt von Mitgliedern der Koreanischen Frauengruppe München, 1976
(16) Frankfurter Rundschau vom 22. 3. 1978
(17) v. Wolmar, W.: Interview mit dem Koreanischen Botschafter in Bonn, Young Choo, in: Das Krankenhaus 65 (1973), 188
(18) Dokumentation „Geschätzt aber nicht mehr gebraucht", Hrsg.: Koreanische Frauengruppe in der BRD c/o W.H. Feussner-Kang, Adlzreiter Str. 15, 8000 München 2, 1978
(19) Entwicklungspolitik, Informationsdienst der Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes (epd), 8, 1978
(20) Tagesspiegel vom 24. 6. 1977 (Aktz. BSG 7 RAR, 75/76)
(21) Frankfurter Rundschau vom 19. 1. 1977 (Aktz. BSG 12 RAR 83/76)
(22) Frankfurter Rundschau vom 27. 4. 1978
(23) Münchner Gemeindeblatt 38/1977

Russell-Tribunal

Das Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD, dessen 2. Sitzungsperiode zu den folgenden Ergebnissen gekommen ist, hat sich von vornherein darauf beschränkt, die Verhältnisse in der Bundesrepublik von deren eigenem Selbstverständnis als liberal-demokratischer Staat aus zu untersuchen und gegebenenfalls zu kritisieren. Daraus ergibt sich, daß wir die Einschätzungen und Urteile des Russell-Tribunals nicht in allen Punkten für ausreichend halten. Beispielsweise erscheint uns die Unterscheidung zwischen positiver und negativer Zensur, die das Russell-Tribunal macht, insofern fragwürdig, als die verbreitete Vorstellung von einer berechtigten Zensur geeignet ist, jede Zensur zu legitimieren. Vgl. dazu unsere Stellungnahme zu einem konkreten Zensurfall in Heft Nr. 71, S. 21 f. Dennoch sind wir überzeugt, daß die Kritik des Russell-Tribunals an der BRD von großem allgemeinen Interesse ist und weiteste Verbreitung verdient. Deshalb drucken wir die „Schlußfolgerungen" ungekürzt ab.

Red.

Präambel

Hauptattribut einer freien Demokratie ist es, daß ein ungehinderter Austausch von Ideen und Informationen stattfinden kann, unhängig vom Inhalt oder der Popularität des Gegenstandes. Die Geschichte der letzten 200 Jahre beweist, daß die Demokratie am besten gedeiht, wenn die Öffentlichkeit wachsam ist. Nur eine solche Gesellschaft ist in der Lage, sich zu verändern und zu wachsen, in Übereinstimmung mit dem sich unablässig ändernden Verständnis, welches die Menschen von sich und ihrer Umwelt haben. Für die Veränderung der Gesellschaft gibt es lediglich eine Einschränkung: Sie muß mit demokratischen Mitteln geschehen.
Die Art und Weise, in der eine Gesellschaft ihren Gewaltapparat organisiert, entscheidet über den Grad ihrer Freiheit. Dies gilt insbesondere für die Organisation der Polizei allgemein und der Geheimdienste im Besonderen. Ein zusätzliches Indiz für die Freiheit einer Gesellschaft bildet der Zustand der Strafgerichtsbarkeit, die in besonderem Maße in die Zuständigkeit des Staates fällt. Weil die Strafgesetze herkömmlicherweise ein Instrument der Repression gewesen sind und weil das Ergebnis einer erfolgreichen Strafverfolgung in der Freiheitsberaubung besteht, ist es das unabdingbare Erfordernis jeder freien Gesellschaft, daß die Strafgesetze öffentlich nachprüfbar, einheitlich und unparteilich angewandt werden.
Diese Prinzipien sind auch in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland festgelegt:

Art. 20, Abs. 2, S. 1 GG
Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus
Art. 1, Abs. 1, S. 1 GG:
Die Würde des Menschen ist unantastbar
Art. 2, Abs. 2, S. 1/2 GG:
Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.
Art. 3, Abs. 1 GG:
Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
Art. 5, Abs. 1, S. 3 GG:
Jeder hat das Recht seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten.
Eine Zensur findet nicht statt.

Es versteht sich von selbst, daß jeder Versuch seitens der Staatsgewalt, die öffentliche Diskussion einzuschränken oder die Macht des Staates gegenüber Angeklagten in Strafverfahren zu verstärken, sich mit einer liberalen und demokratischen Gesellschaft nicht verträgt.
Aufgrund der Tatsache, daß die BRD eine Führungsrolle in der westlichen Welt innehat und wegen des Einflusses den sie auf die Politik der Regierungen anderer Länder in West-Europa und anderswo hat, sollte jedes Anzeichen dafür, daß die Bundesrepublik von einer liberalen Demokratie in ein autoritäres und repressives Fahrwasser abgleitet, große Besorgnis bei Allen erregen.

Zensur

Schlußfolgerungen:

Die beschriebenen Zensurpraktiken stellen unter anderem die objektiven Bedingungen dar, auf die Einzelne und Gruppen vorausgreifend reagieren, indem sie Selbstzensur üben. Selbstzensur ist so gesehen durchaus nicht eine Überreaktion verängstigter leute. Vielmehr stellt sie, will man seinen Beruf behalten, in ihm aufsteigen oder ihn erst noch erreichen, die angemeßene Reaktion auf eben die Zensurmaßnahmen dar.
Indem durch die Zensurmaßnahmen das Spektrum offiziell und halboffiziell erlaubter Meinungsäußerungen immer stärker eingeengt zu werden droht, entsteht die Gefahr einer Verstärkung einer zweiteilung der Gesellschaft. Der normale und herrschende Teil, der sich anpaßt. Der an den Rand gedrängte Teil der Minderheiten. Kein Wunder angesichts der Situation, das gesellschaftliche Fluchtreaktionen gerade in der jüngeren Generation zunehmen: Von den Drogensüchtigen, die in ihrer Ohnmacht gegen sich selbst Terror ausüben, bis hin zu denjenigen, die zu terroristischen Aktionen gegen andere ihre Zuflucht nehmen. Diese Fluchtgebärden aber haben ihre genau bezeichenbaren gesellschaftlichen Hintergründe. Die Zensur bildet einen vornehmlichen Teil davon.

Tatsachen:

Wenn von Zensur die Rede ist, versteht man darunter in der Regel Eingriffe in die Freiheit, sich in mündlicher oder schriftlicher Form zu äußern und die Äußerungen gedruckt zu verbreiten. Zensur aber hat zwei Seiten: eine positive und eine negative. Die positive Zensur, die dazu dient, Minderheiten zu schützen und nicht diskriminieren zu lassen, ist durchaus nicht gegen die Demokratie gerichtet, sondern dient vielmehr ihrer Erhaltung und Herstellung. Die negative Zensur freilich besteht aus Maßnahmen öffentlicher und privater Instanzen, die die Freiheit der Meinungsäußerung gerade von Minderheiten drastisch beschneiden und sie gegenüber herrschenden Instanzen zur Ohnmacht verdammen. Aus dieser Charakteristik geht schon hervor, daß Zensur im negativen Sinne Kritik, die Gruppen und Individuen aller Art aneinander müssen üben können, gerade zu verhindern sucht. An negativer Zensur ist nicht die Kritik zu verurteilen. Vielmehr ist allein die Gewalt anzugreifen, mit deren Hilfe herrschaftlich schwächere Positionen an ihrer Meinungsäußerung gehindert werden.
Eine zensur findet nicht statt — so heißt es im Grundgesetz.
In der Tat gibt es in der Bundesrepublik keine offizielle Zensurinstanz. Dennoch findet Zensur in einer Vielzahl von Bereichen täglich statt. Ein wichtiges Instrument für diese nichtoffizielle Zensur bilden für den Staat die in den siebziger Jahren verabschiedeten Gesetzesparagraphen wie z.B. die §§ 88a und 130a StGB, die dem »Gemeinschaftsfrieden« dienen sollen, tatsächlich aber selbst wissenschaftliche und literarische Äußerungen über Gewalt strafverdächtig machen. Aber nicht nur diese neuerlich verabschiedeten Paragraphen des StGB laden zum staatlichen Mißbrauch ein. Die deutsche Eigentümlichkeit, den Staat als oberste und erste Privatperson zu begreifen, die jederzeit für Verleumdung empfindlich und von ihr verletzt werden kann (§ 90a StGB), stellt ein zusätzlich geeignetes Mittel dar, kritik zu unterbinden. Ähnliches gilt für andere Paragraphen des Strafgesetzbuches, die vor allem journalistische Freiheiten mit Strafe bedrohen (Vgl. § 353c StGB).

Diese Praxis der Zensur stellt sich folgendermaßen dar:

a. Im Bereich der technischen Medien durch die politische Einflußnahme der zur Kontrolle, nicht aber zur Programmbeeinflußung berufenen Gremien. Dadurch wird das Rundfunkgesetz, daß die technischen Medien als »öffentlich-rechtliche Anstalten« in die Verantwortung des Bürgers gegeben hat, abgeschwächt.

b. Im Bereich der öffentlichen Bibliotheken als behördlicher Druck sowohl auf Anschaffungen, Bereitstellung von Büchern in der Handbibliothek, Einstellungspraxis für das Personal und Kontrolle des Leseverhaltens.

c. Im Bereich der Theater als Einflußnahme der kommunalen und der Länderbehörden auf den Spielplan und die Programmgestaltung der städtischen Theater und Staatstheater; dabei sind besonders die Kinder- und Jugendtheater betroffen, die oft ohne eigene Häuser arbeiten.

d. Im Bereich der Presse, der Buchhandlungen, und der gesellschaftskritischen Kunst. Hier besteht die Tendenz, Kunst dort anzugreifen, wo sie nicht »nur« Kunst bleibt, die Wissenschaft-, Lehr- und Lernfreiheit dort einzuschränken, wo gesellschaftliches Engagement nicht in das normale pass-par-tout paßt, Verlage und Buchhandlungen mit Durchsuchungen und Prozessen bis zur Existenzgefährdung zu überziehen, nur weil sie nicht genehme Bücher publiziert und ausgelegt haben, Journalisten mit Strafe zu bedrohen, die Informationen weitergeben, die sie auf durchaus legale Weise erhalten haben usw. usf.

Verteidigungsrechte

Schlußfolgerungen:

Die Jury ist der Ansicht, daß die im Zusammenhang mit Fällen von mutmaßlichen terroristischen Handlungen jüngst verabschiedeten Gesetze und unternommenen Maßnahmen, die unter der Überschrift »Tatsachen« näher beschrieben sind, eine ernsthafte Bedrohung der Menschenrechte darstellen. Die Jury ist der Überzeugung, daß es Eingriffe in die Beziehung zwischen Anwalt und Mandanten gibt, das Recht auf eine

umfassende und ausreichende Verteidigung durch einen Vertrauensanwalt ist jedoch unantastbar. Es werden Eingriffe in das Recht des Angeklagten auf rechtliches Gehör vor einem Gericht unternommen und in manchen Fällen bestehen Haftbedingungen, die mit Wahrscheinlichkeit zu physischen und psychischen Schäden führen und somit das Recht des Angeklagten auf einen fairen Prozeß und auf einen menschenwürdige behandlung verletzen.
Da die Gefahr einer Ausweitung auf andere Strafverfahren besteht, ergibt sich daraus auch eine mögliche Gefahr für jeden einzelnen Bürger der BRD.

Tatsachen:

Eine wirksame Verteidigung wird behindert durch Maßnahmen, in denen sich ein allgemeiner Verdacht der Komplizenschaft von Verteidigern mit ihren Mandanten ausdrückt. Wir führen einige dieser Maßnahmen auf:
1. Die für eine Verteidigung unbedingt notwendige Vertraulichkeit der Kommunikation zwischen dem Verteidiger und seinem Mandanten wird in sogenannten Terroristenprozessen behindert durch die Kontrolle der Korrespondenz, durch häufige Hausdurchsuchungen und Aktenbeschlagnahmungen bei Verteidigern und durch die Einrichtung einer Trennscheibe für das mündliche Gespräch in der Haft. Es gibt Beispiele, in denen dies durch Manipulation der Anklage ausgeweitet wird auf andere Prozesse mit politischen Hintergrund.

2. Eine engagierte Verteidigung, wie sie das Gesetz verlangt, ist gefährdet, nachdem schon in einigen Fällen Verteidiger ausgeschlossen wurden, weil sie hinsichtlich der Haftbedingungen entschieden für die Interessen der Angeklagten eintraten. Gerichte legten dies als Komplizenschaft mit ihren Mandanten aus. Die Gefahr ergibt sich auch daraus, daß man wegen anderer engagierter Äußerungen im Prozeß später gegen Anwälte mit Straf- und Ehrengerichtsverfahren vorgegangen ist.

3. Anwälte in sogenannten Terroristenprozessen müssen demütigende Leibesvisitationen dulden. Weigern sie sich, werden sie mit hohen Gerichtskosten überzogen.

4. In einzelnen Fällen sind Telefongespräche von Anwälten überwacht und vertrauliche Gespräche zwischen Verteidigern und Mandanten mit verborgenen Mikrofonen abgehört worden.

5. Durch das Kontaktsperregesetz kann auf unbeschränkte Zeit der Kontakt zwischen Mandant und Verteidiger unterbrochen, ja sogar die Kontaktaufnahme von Anfang an verhindert werden, während die Anklage jederzeit Zutritt zu dem Verhafteten hat und sie Vernehmungen durchführen kann. Dadurch kann eine wirksame Verteidigung nicht nur schwer behindert, sondern sogar völlig unmöglich gemacht werden.
Außerdem ist das Verbot der gemeinsamen Verteidigung allgemein eine schwere Behinderung für eine wirksame Vertretung der Anklage. Ein Verteidiger, der ein Mitglied einer als kriminell bezeichneten Vereinigung vertreten hat, darf keine weiteren vermeintlichen Mitglieder derselben Gruppe in einem späteren Prozess verteidigen, während die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit hat, durch die Verfolgung einer unbegrenzten Zahl von Angeklagten an Sachkenntnis zu gewinnen.
Abgeklagte, denen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird, unterliegen häufig für längere Zeit einer völligen Isolation und sensorischen Deprivation. Das hat physische Schäden zur Folge. Wir machen aufmerksam auf die Bewertung einer solchen Behandlung, die sich in einem Bericht von amnesty international aus dem Jahre 1973 findet:

»Jedes Ermittlungsverfahren, das den Zweck oder die Folge hat, ein Versagen oder eine Verschlechterung der geistigen Funktionsfähigkeit hervorzurufen, ist ein genauso schwerer Angriff auf die unantastbare Würde der Person, wie die mehr traditionellen physischen Techniken der Folter.«

Wenn Angeklagte, die in dieser Weise behandelt werden, deshalb nicht verhandlungsfähig sind, wird der Prozeß ohne sie fortgesetzt und damit ihr Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt, wobei man davon ausgeht, daß sie ihre Verhandlungsfähigkeit selbst verschuldet haben.

Verfassungsschutz

Schlußfolgerungen:

In jeder freiheitlichen Demokratie werden die Rechte von Individuen oder Gruppen von Bürgern durch die Existenz eines inländischen Geheimdienstes in Gefahr gebracht. Diese Gefahr ist in der Bundesrepublik Deutschland besonders groß, da ihr inländischer Geheimdienst, der Verfassungsschutz, über ein riesiges Netz von Informationssammlung, -aufbewahrung und -weitergabe verfügt.
Weit entfernt davon, die Verfassung zu schützen, ist der Verfassungsschutz heute der entscheidende Teil des Element einer riesigen Maschinerie geworden, die durch ein System geheimer Sammlung und Weitergabe von Informationen (oder Fehlinformationen), von denen der Einzelne keine Kenntnis und zudem keinen Zugang hat, die Lebensgrundlage und den Ruf unschuldiger deutscher Bürger zerstört (und in einigen Fällen zu Inhaftierungen führte). Darüberhinaus droht der Verfassungsschutz seine Macht über das Leben zahlloser Bürger auszuüben. In vielen Fällen sind die Opfer ohne eine explizite politische Meinung, in anderen Fällen haben die Betroffenen nichts weiter getan, als daß sie das demokratische Recht wahrnahmen, ihre persönliche politische Meinung zu äußern.
Ausweitungen und Praktiken des Verfassungsschutzes stehen in keinerlei Verhältnis zu irgend einer tatsächlichen Bedrohung des Staates. Der Verfassungsschutz entwickelt eine Eigendynamik, die nicht parlamentarisch kontrolliert wird.; darüber hinaus hat er auch die tatsächliche Definitionsgewalt über den Sicherheitsbegriff des Staates, der ebenfalls nicht adäquater und wirkungsvoller parlamentarischer Kontrolle unterliegt.
In der Tat kann der Verfassungsschutz selbst die größte Gefahr für die freiheitliche Demokratie darstellen, denn er droht zu einer Art »Geheimregierung« zu werden.

Tatsachen:

1. Nach dem Verfassungsschutzgesetz § 3 I ist die Aufgabe des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz die »Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Bundesrepublik Deutschland oder eines der Länder gerichtet sind, oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben«.

2. Die Geheimhaltung, die den Verfassungsschutz umgibt, bewirkt, daß viele Informationen über ihn kaum mehr als eine Annäherung an die Wahrheit sind. In den zehn Jahren von 1969 bis 1978 stieg das Budget des Verfassungsschutzes um mehr als das Dreifache von 29,9 Millionen auf über 100 Millionen pro Jahr.

3. Bis zum Jahre 1975 hatte der Verfassungsschutz computergespeicherte Akten von wenigstens 2 Millionen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland ausgelegt. Darüber hinaus existieren noch 190.000 Akten in West-Berlin, die 10% der Bevölkerung erfassen.

4. 1972 schuf der Verfassungsschutz ein integriertes System (NADIS), um nachrichtendienstliche Informationen zu sammeln. Dieses System steht ebenso dem Bundeskriminalamt (BKA), dem Bundesnachrichtendienst (BND) wie dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) zur Verfügung. Diese Einrichtung hat Informationen über mehr als 3 Millionen Bürger gespeichert. Der Verfassungsschutz tauscht auch Informationen mit anderen Einrichtungen aus und hat direkten Zugang zu dem allgemeinen Informationssystem der Polizei (INPOL), welches mit NADIS verbunden ist. Über INPOL ist es möglich, Hinweise auf alle anderen verfügbaren Informationsquellen zu erhalten. Der Verfassungsschutz hat u.a. auch Zugang zu den computergespeicherten Karteien der Universitäten, der öffentlichen Bibliotheken, der Personalbüros des öffentlichen Dienstes und der Länderregierungen. INPOL erhält 6 Millionen Informationsgesuche pro Monat.
5. Der Verfassungsschutz tauscht Informationen mit Geheimdiensten anderer Länder aus, darunter auch jenen in repressiven Diktaturen, und bewirkt dadurch, daß Furcht das Leben vieler Bürger und Ausländer beherrscht.

6. Der Verfassungsschutz schafft ein System von Klassifizierungen, in dem Bürger in »autoritativer« Weise als Verfassungsfeinde definiert werden, ohne daß sie irgendeine Möglichkeit besäßen, diese Klassifizierung wirksam zu bestreiten.

7. Die nominelle Verantwortlichkeit des Verfassungsschutzes gegenüber dem Bundesinnenminister schließt Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit nicht ein. Außerdem gibt es ein Arrangement, welches sicherstellt, daß der Verfassungsschutz das Parlament umgehen kann.

8. Der Verfassungsschutz hat sich ein untereinander verzahntes computergespeichertes Informationssystem zugelegt, an dem viele staatliche Organe, einschließlich der Polizei, teilhaben. Hierdurch wird die Beschränkung, daß der Verfassungsschutz keine Polizeigewalt besitzen solle, außer Kraft gesetzt. Auf diese Weise entsteht eine Tendenz, daß die Gewaltenteilung nicht nur zwischen Exekutive, Legislative und Judikative durchbrochen wird. Vielmehr besteht auch innerhalb der Exekutive die Tendenz, die Funktionstrennung zugunsten einer einheitlichen Machtstruktur zu überwinden.

* * * * * * * * * *

Fragen für die Endabstimmung

Zensur

1. Existieren in der Bundesrepublik Deutschland Gesetze, die die Freiheit politischer Meinungsäußerung in verfassungswidriger Weise einschränken?
2. Hat die praktische Anwendung von Formen der Zensur direkt und indirekt das Recht auf freie Meinungsäußerung in der Bundesrepublik Deutschland beschnitten?
3. Gibt es Beweise dafür, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein allgemeiner Trend zur Verschärfung der Zensur besteht, der das Recht freier Äußerung jeder Art gefährdet?

Verteidigungsrechte

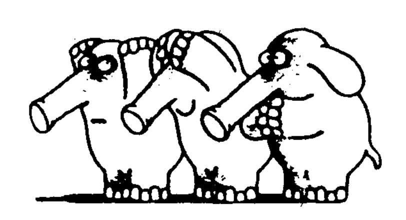
4. Wird durch das Kontaktsperregesetz da Recht auf Verteidigung verletzt?
5. Gibt es andere Eingriffe in die Beziehung zwischen Anwalt und Mandant, die das Recht des Angeklagten auf eine umfassende und ausreichende Verteidigung durch den Anwalt seines Vertrauens verletzen?
6. Ist in einzelnen Fällen mit dem Ausschluß der Angeklagten von der Verhandlung ihr verfassungsrechtlich gewährleistetes Recht auf rechtliches Gehör verletzt worden?
7. Gibt es in einzelnen Fällen Haftbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland, zum Beispiel soziale und sensorische Deprivation, die geeignet sind, zu einer physischen oder psychischen Beeinträchtigung oder Zerstörung der Persönlichkeit des Angeklagten führen?

Verfassungsschutz

8. Befindet sich die Praxis des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit der Rolle, die die Regierung legitimerweise in einer liberalen Demokratie spielen darf?

Die oben aufgeführten Fragen wurden von der Jury in geheimer Abstimmung beantwortet, der deutsche Beirat hat nicht mit abgestimmt. Sämtliche Fragen wurden mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungsstimme beantwortet, bis auf die Fragen 3 (7:5:1) und 8 (1:11:1).

Zum Berufsverbot gegen Peter Lukas wegen Mitgliedschaft in der Liga gegen den Imperialismus



Bei der folgenden Meldung stützen wir uns auf ein Informationspapier für die Teilnehmer am Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Gruppen zum Berufsverbot gegen Peter Lukas wegen Mitgliedschaft in der Liga gegen den Imperialismus (Nov. 1978) und auf den Artikel vom 11.8.78 aus den Nürnberger-Nachrichten.

Das Verwaltungsgericht Ansbach hob als erste Instanz den Entlassungsbescheid vom 13. 04. 1977 der bayerischen Staatsverwaltung gegen den Verwaltungsbeamten Peter Lukas auf. Das Berufsverbot wurde hauptsächlich von der Regierung von Mittelfranken (Bayerische Staatsverwaltung) mit der Zugehörigkeit und Unterstützung der Liga gegen den Imperialismus begründet. Die Regierung von Mittelfranken bezeichnet die Liga als verfassungsfeindlich und als Hilfsorganisation der KPD, deren Mitgliedschaft Peter Lukas zum Beamten „ungeeignet" mache. Es wurde weiterhin in diesem Bescheid behauptet, Lukas habe bei einer Anhörung die Bestimmungen des Beamtenrechts, wonach der Beamte für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten müsse, als gegen sein Demokratieverständnis verstoßend bezeichnet.

Lukas erklärte jedoch, er habe die Äußerung nicht in dieser Form gemacht, sondern lediglich zum Ausdruck gebracht, daß er für die Praxis des Radikalenerlasses kein Verständnis habe. Der vom Verwaltungsgericht als Zeuge vernommene zuständige Abteilungsleiter der Regierung bestätigte, Lukas habe auf die Frage, ob er für die Regelung des Art. 62 des Bayerischen Beamtengesetzes kein Verständnis habe, von sich aus den Radikalenerlaß ins Gespräch gebracht und erklärt, daß er die gegenwärtige Handhabung des Radikalenerlasses ablehne und sich daran stoße. Lukas habe auch das Anhörungsprotokoll nicht unterschrieben und sich neben grundsätzlichen Bedenken auch darauf berufen, daß es unvollständig oder unrichtig sei (Nürnberger-Nachrichten, 11. 08. 1978).

Das Verwaltungsgericht Ansbach fällte über das Berufsverbot folgendes Urteil: Die Angaben des Verfassungsschutzes seien veraltet. Seit zwei Jahren sei der verfassungsfeindliche Charakter der Liga nicht mehr gegeben, solange vom Verfassungsschutz nicht das Gegenteil bewiesen werde.

In der Zeit zwischen dem Urteil des Verwaltungsgerichts Ansbach und der von der bayerischen Regierung eingelegten Berufung beim Verwaltungsgericht München wurde Peter Lukas nicht wieder in den öffentlichen Dienst aufgenommen. Damit beging die Regierung von Mittelfranken einen eindeutigen Rechtsbruch.

Weitere Informationen über diesen Fall von Berufsverbot sind erhältlich bei:
Info-Büro der Liga, Sperberstr. 21, 85 Nürnberg oder
Peter Lukas, Ackerstr. 9, 85 Nürnberg

Informationsangebot

Bestellschein

ich/wir bestellen hiermit:

Autor, Titel	Einzelpreis DM	Gesamtpreis DM
iz3w und OK Südliches Afrika, „Für ein freies Azania" (Südafrika) Dez. 1977	1,50	....
Hg.: iz3w und OK Südl.Afr., „Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst" Dokumente und Materialien der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) Juli 1976	1,50	....
Eduardo Fereirra, Amilcar Cabrals Theorie der Befreiung und die Hintergründe seiner Ermordung	0,60	....
E. Fereirra, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa 1972	4,00	....
E. Fereirra, wie oben, englische Ausgabe	4,00	....
Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika (UNO-Bericht) 1972	1,00	....
Ökonomischer Völkermord in Chile. Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman von Andre Gunder Frank. Hg.: iz3w Sept. 1977	2,00	....
Schütt-Mogro, Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas	0,60	....
J. Wilhelm / H. Futterlieb, Erziehung zur Solidarität. Materialien zu Paulo Freire's politischer Alphabetisierung	2,50	....
iz3w, Einführung in die Dritte Welt Problematik für Schüler der Sekundarstufe I, Mai 1976		
iz3w, Abhängigkeit der Dritten Welt: Privatinvestitionen, Handelsbeziehungen, Rohstoffe, Entwicklungshilfe, 3. Auflage, Dez. 1977	2,00	....

Proto- und Versandkosten (mind. DM 1,–) werden gesondert in Rechnung gestellt. Rabatt für Gruppenbestellungen auf Anfrage.

BEZAHLUNG
Bestellungen unter 10,– DM; zum errechneten Betrag DM 1,– (unter 5,– DM Bestellwert) bzw. DM 1,50 (ab 5,– DM Bestellwert) addieren und das Geld in Briefmarken beilegen.
Bestellungen ab 10,– DM: Überweisung binnen 14 Tagen nach Rechnungseingang; bitte keine Vorauszahlung, die Rechnung kommt bestimmt!



Absender (bitte in Druckschrift)

____

____

____

. . . .
(Unterschrift)

Viktor Lütertz
Rehlingstr. 2

7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Sonderdrucke der »blätter des iz3w*«

* Die „blätter des informationszentrums dritte welt"

- berichten über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
- geben Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt

Die THEMENSCHWERPUNKTE einzelner Nummern sind nun als preiswerte SONDERDRUCKE erhältlich. Diese Sonderdrucke sind vor allen Dingen für finanziell schwache Gruppen, Seminare, Schüler, Studenten ect. gedacht. Die Sonderdrucke können im Unterricht, in Seminaren und in Dritte-Welt-Veranstaltungen Verwendung finden.

Folgende Sonderdrucke der „blätter des iz3w" sind bis jetzt erhältlich:

Folgende Sonderdrucke sind inzwischen erschienen:

Titel	Einzelpreis
• Welthandelskonferenz IV (1976): Veränderungen für die Dritte Welt?	1,00
• VR China: Modell für die Dritte Welt?	1,00
• Frauen in der Dritten Welt (Broschüre)	1,70
• Ägypten: Experimentierfeld für Technologische Großprojekte	0,50
• Landwirtschaft in der Dritten Welt — Teil 1: Hunger aufgrund kapitalistischer Unterwerfung	1,00
Teil 2: Strategien zur Überwindung des Hungers	1,00
• Indien: Ursachen und Formen des Elends der indischen Bauernbevölkerung	1,00
• Argentinien: Unterdrückung und Widerstand – der politische Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft	0,50
• Energieversorgung der Dritten Welt	1,00
• Chile-Faschismus im fünften Jahr	0,50

iz3w, Postfach 53 28, D-7800 Freiburg